4. Jahrgang 1956 1. Heft / Januar

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

HANS W. GATZKE
Stresemann und die deutsche Rußlandpolitik

KARL DIETRICH BRACHER
Die Stufen der Gleichschaltung in Deutschland 1933/34

HANS VON RIMSCHA
Paul Schiemann als Minderheitenpolitiker

EUGENE C. MURDOCK
Kontroversen über den Kriegseintritt der USA 1941

DOKUMENTATION
Aus den Akten des Gauleiters Kube

BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Hans Speidel, Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann

Schriftleitung:
DR. HELMUT KRAUSNICK
München 22, Reitmorstraße 29

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Hans W. Gatzke . . . Von Rapallo nach Berlin: Stresemann und die deutsche Rußlandpolitik 1

Karl Dietrich Bracher . Stufen totalitärer Gleichschaltung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34 30

Hans von Rimscha . . Paul Schiemann als Minderheitenpolitiker 45

MISZELLE

Werner Conze . . . . Das Ende des Proletariats 62

DOKUMENTATION

Aus den Akten des Gauleiters Kube *(Helmut Heiber)* 67

FORSCHUNGSBERICHTE

Eugene C. Murdock . . Zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den zweiten Weltkrieg 93

BIBLIOGRAPHIE 75

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart S, Mörikestr. 17, Tel. 7 48 51/52
Vertrieb und Auslieferung: Stuttgart N, Hospitalstraße 12, Telefon 9 10 15/9 23 32 —
Preis des Einzelheftes DM 6.—; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 20.— zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise: Vierteljährlich im Normalumfang von je 112 Seiten (7 Bogen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
4. Jahrgang 1956 1. Heft/Januar

HANS W. GATZKE

VON RAPALLO NACH BERLIN
STRESEMANN UND DIE DEUTSCHE RUSSLANDPOLITIK

Die Beziehungen der Weimarer Republik zur Sowjetunion haben, aus naheliegenden Gründen, die Historiker in den Jahren seit 1945 besonders stark beschäftigt und sind in ihren Umrissen bereits bekannt[1]. Eine endgültige Untersuchung wird erst dann möglich sein, wenn die Akten des Auswärtigen Amts der Weimarer Zeit für die Forschung freigegeben werden[2]. Einige der wichtigsten dieser Dokumente befinden sich jedoch unter dem bereits zugänglichen und bisher nur teilweise veröffentlichten Nachlaß des Reichsministers Dr. Gustav Stresemann[3]. Es lohnt sich daher schon jetzt der Versuch, etwas tiefer in die deutsche Rußlandpolitik einzudringen, besonders für die wichtige Spanne zwischen 1922 und 1926, an deren Beginn bzw. Ende die beiden grundlegenden Vertragswerke von Rapallo und Berlin

[1] Den besten Überblick geben Edward Hallett Carr, German-Soviet Relations between the Two World Wars 1919–1939 (Baltimore 1951), deutsch unter dem Titel: Berlin–Moskau, Deutschland und Rußland zwischen den beiden Weltkriegen (Stuttgart 1954); sowie Paul Kluke, „Deutschland und Rußland zwischen den Weltkriegen", Historische Zeitschrift, Bd. 171 (1951), S. 519–52. Die ausführliche Studie von Lionel Kochan, Russia and the Weimar Republic (Cambridge 1954) behandelt das Problem mehr von der russischen Seite. Fritz Klein, Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917–1932 (Berlin 1952) ist zu tendenziös, um ernstgenommen zu werden. Wichtig ist Gustav Hilger und Alfred G. Meyer, The Incompatible Allies – A Memoir-History of German–Soviet Relations 1918–1941 (New York 1953). Die von Gustav Hilger revidierte deutsche Ausgabe: Gustav Hilger, Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918 — 1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten. (Frankfurt a. M./Berlin 1955).

[2] Diese Akten befinden sich in Händen des „German Foreign Ministry Documents Project" unter amerikanisch-englisch-französischer Verwaltung.

[3] „Nachlaß des Reichsministers Dr. Gustav Stresemann", Mikrofilm, National Archives, Washington, D.C., zum Teil veröffentlicht in Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, hrsg. v. Henry Bernhard (Berlin 1932–33). Vgl. dazu Hans W. Gatzke. „The Stresemann Papers", Journal of Modern History, XXVI (1954), S. 49–59. Ein Hinweis auf das Rußlandmaterial im „Nachlaß" findet sich in Erich Eyck, „Neues Licht auf Stresemanns Politik", Deutsche Rundschau, 81. Jahrg. (1955). Gründlicher, jedoch nicht erschöpfend, wird der „Nachlaß" benutzt in Karl Dietrich Erdmann, „Das Problem der Ost- oder Westorientierung in der Locarno-Politik Stresemanns", Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 6. Jahrg. (1955), S. 133–62.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stehen. Damit dürfte gleichzeitig das zurzeit noch umstrittene Bild Stresemanns und seiner Außenpolitik weitere Aufhellung erfahren[4].

Stresemanns Haltung zur Sowjetunion hatte sich vor seinem Regierungsantritt im August 1923 bereits mehrmals gewandelt. Im Sommer 1918, in seiner Rolle als Unterhändler für die Ergänzungsverträge zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk, hatte er von „einer weitgehenden wirtschaftlichen und politischen Verständigung" mit den Kommunisten gesprochen. „Vielleicht", so schrieb er damals, „wendet sich das ganze Gesicht Deutschlands in Zukunft etwas mehr dem Osten zu, und wir finden dort einigen Ersatz für das, was auf dem Gebiete des überseeischen Wettbewerbs vorläufig für uns nicht zu erlangen ist[5]." Der Gedanke, Rußland als Ersatz für oder gar als Stütze gegen den Westen zu benutzen, lag auf der Hand[6]. Die Stabilisierung der russischen Verhältnisse jedoch und die damit wachsende Gefahr des Weltkommunismus beeinflußten bald auch Stresemanns Einstellung. „Glauben Sie wirklich," so schrieb er an Albert Vögler, als die Rote Armee 1920 plötzlich in Polen zur Gegenoffensive überging und so der deutschen Grenze näherrückte, „daß Lenin, der stets die Weltrevolution gepredigt hat, an dieser Grenze stehen bleiben wird? Was aber dann?[7]" Mit dem Schwinden dieser Gefahr jedoch legte sich Stresemanns Furcht wieder. Er hielt es „für ein geschichtliches Unglück", sagte er, „daß Deutschland und Rußland auseinandergeführt worden seien[8]", und er warnte vor einer Beteiligung Deutschlands an Plänen der Alliierten für die wirtschaftliche Ausbeutung Rußlands[9]. Gleichzeitig war er aber realistisch genug zu sehen, daß die Furcht der Alliierten vor dem Kommunismus unter Umständen der deutschen Außenpolitik auch zum Vorteil gereichen konnte[10].

Der Abschluß des Vertrages von Rapallo am 16. April 1922, der im Lager der Westmächte große Bestürzung hervorrief, fand Stresemanns volle Zustimmung[11]. Doch dieses Abkommen, das einen Schlußstrich unter die Vergangenheit setzte und die Hoffnung auf weitgehende wirtschaftliche Zusammenarbeit für die Zukunft

---

[4] Vgl. hierzu die demnächst in der Historischen Zeitschrift erscheinende Arbeit von Annelise Thimme, „Gustav Stresemann – Legende und Wirklichkeit", welche an Hand des „Nachlasses" das bisherige Bild Stresemanns überprüft und grundlegend ergänzt.

[5] Hans W. Gatzke, Dokumentation „Zu den deutsch-russischen Beziehungen im Sommer 1918", in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 77, 94.

[6] Henry L. Bretton, Stresemann and the Revision of Versailles (Stanford 1953), S. 170, Anm. 55.

[7] Stresemann, „Nachlaß", Filmrolle 3090, Serie 6930, Dokument 139314 (im folgenden zitiert: „Nachlaß", 3090/6930/139314). Stresemann wurde damals zu Besprechungen mit Arnold Rechberg, dem britischen Geschäftsträger Lord Kilmarnock und anderen zugezogen, die sich mit Plänen für eine deutsch-alliierte Intervention gegen Rußland befaßten: „Nachlaß", 3171/7351/165735ff.

[8] „Nachlaß", 3171/7351/165736.

[9] Verhandlungen des Reichstages, Bd. 354 (1921), S. 6648, 6656.

[10] Bretton a. a. O., S. 40, 96.

[11] „Nachlaß", 3110/7009/143331f., 143336.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weckte, war vorerst nur „ein Baum ohne Früchte, aber weithin sichtbar[13]". Der Mann, der mehr als jeder andere sich um die Fruchtbarmachung dieses Baumes bemühte, war der neue deutsche Gesandte in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau[13].

Die Wahl dieses vielschichtigen Aristokraten für einen so wichtigen Posten erregte einige Opposition – in Berlin, nicht jedoch in Moskau[14]. Der Graf, der nie die Demütigung verwunden hat, die (so fühlte er) ihm und Deutschland in Versailles angetan worden war, hoffte „von Moskau aus die Folgen des schmählichen Diktates von Versailles erfolgreich bekämpfen und vielleicht das ganze Schandwerk über den Haufen werfen zu können"[15]. Er warnte jedoch vor einer zu einseitigen Ostpolitik. An den Vorverhandlungen zu Rapallo hatte er nicht teilgenommen und stand dem Vertrag skeptisch gegenüber[16]. „Eine ausschließlich nach Osten orientierte deutsche Politik", so schrieb er in einer Denkschrift vom 15. August 1923[17], „wäre im gegenwärtigen Augenblick ohnehin nicht nur verfrüht und gefährlich, sondern aussichtslos und darum verfehlt." Eine solche Politik „würde die nachteiligsten Wirkungen auf unsere Beziehungen zum Westen ausüben. Der natürliche Weg nicht nur der wirtschaftlichen Entwicklung weist dahin, daß England auf dem Kontinent mit Deutschland ein Gegengewicht gegen Frankreich schafft." Jedoch „wenn Deutschland sich mit Rußland militärisch bände, so würde diese Kombination erst ungleich später wirksam werden[18]". Das Hauptziel deutscher Rußlandpolitik sah Brockdorff-Rantzau, ähnlich wie Stresemann, im Ausbau der gegenseitigen Wirt-

---

[12] Paul Scheffer, Sieben Jahre Sowjetunion (Leipzig 1930), S. 443. Die Vorverhandlungen zum Rapallovertrag behandelt Wipert von Blücher, Deutschlands Weg nach Rapallo (Wiesbaden 1951). Vgl. auch Edward Hallet Carr, The Bolshevik Revolution 1917–1923 (New York 1953), III, Kap. 28–30.

[13] Es gibt bisher keine definitive Biographie des Grafen. Edgar Stern-Rubarths Buch: Graf Brockdorff-Rantzau, Wanderer zwischen zwei Welten (Berlin 1929), wurde im Auftrag von Rantzaus Bruder geschrieben und hat geringen Quellenwert. Weiteres Material findet sich in Theodor Wolff, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte (Amsterdam 1936), Kap. 8, sowie in den Memoiren von Blücher, Hilger, Dirksen und Graf Bernstorff. Eine Sondernummer der Europäischen Gespräche, 7. Jahrg. (1929) ist der Erinnerung Brockdorff-Rantzaus gewidmet. Das Manuskript eines umfangreichen Dokumentenwerkes aus dem Rantzauschen Nachlaß, bearbeitet von Erich Brandenburg, zusammen mit der Hauptmasse des Nachlasses, befindet sich mit den Akten des A.A. z. Zt. unter alliierter Kontrolle (vgl. oben Anm. 2). Die Studie von Herbert Helbig, „Die Moskauer Mission des Grafen Brockdorff-Rantzau", Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte, hrsg. v. Horst Jablonowski und Werner Philipp, Bd. 2 (Berlin 1955), S. 286–344, stützt sich auf Brandenburgs Abschriften eines Teils des Rantzauschen Nachlasses.

[14] Blücher a. a. O., S. 166ff.; Hilger a. a. O., S. 84ff.; Helbig a. a. O., S. 299ff.

[15] Helbig a. a. O., S. 324; vgl. auch Stern-Rubarth a. a. O., S. 106, 123, 152, 156.

[16] Helbig a. a. O., S. 300.

[17] Helbig a. a. O., S. 329ff. Rantzau schrieb zwei Denkschriften, am 8. Juli und 15. August, für den Reichspräsidenten bzw. den Reichskanzler, die beide von H. zum ersten Male vollständig veröffentlicht werden.

[18] Die hier ausgesprochene Kritik richtet sich in erster Linie gegen die Pläne Seeckts und Wirths für ein militärisches Zusammengehen mit Rußland. Vgl. Helbig a. a. O., S. 304ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftsbeziehungen. Und auf diesem Gebiet erreichte er zu Anfang seiner Tätigkeit einige erfreuliche Erfolge[19].

Im Sommer 1923 jedoch wurde das Schwergewicht der deutsch-russischen Beziehungen wieder auf das politische Gebiet verlegt. Zwei Monate nach Brockdorff-Rantzaus Ankunft in Moskau begann die Ruhrbesetzung durch die Franzosen. Hätte sich nun der Rapallovertrag, wie manche Leute annahmen, auch auf gegenseitige militärische Hilfe bezogen, so war hier gewiß eine Situation gegeben, in der Deutschland derartige Hilfe dringend brauchte. Rußland sprach auch wohl verschiedentlich von einer möglichen Intervention auf seiten Deutschlands gegen Frankreichs Bundesgenossen Polen, doch blieb es bei solchen Äußerungen[20]. Brockdorff, der anfänglich auf irgendwelche russische Hilfe gehofft zu haben scheint, warnte bald vor einer russischen Annäherung an Frankreich[21]. Aber die „russische Sphinx", wie Stresemann sagte, versuchte auf verstecktere Weise, durch Unterstützung der Aufstandspläne der deutschen Kommunisten, aus der Verlegenheit ihres „Bundesgenossen" Kapital zu schlagen[22].

Diese russische Einmischung in Deutschlands innere Angelegenheiten war ein typisches Beispiel für die Zweigleisigkeit sowjetischer Politik, die es verstand, gleichzeitig „korrekte" diplomatische Beziehungen mit einem Lande zu unterhalten und dessen Regierung revolutionär zu unterwühlen. Offiziell distanzierte sich die Sowjetregierung bei jeder Gelegenheit von der Agitation der Komintern. Niemand, so erklärte Außenminister Tschitscherin seinem Freunde Rantzau, habe doch jemals König Leopold von Belgien für die Zweite Internationale verantwortlich gemacht, nur weil sie ihr Hauptquartier in Brüssel hatte[23]. Aber derartige Erklärungen trafen auf berechtigte Skepsis. Tschitscherin selbst scheint es wirklich ehrlich mit der russisch-deutschen Freundschaft gemeint zu haben. Doch sein Amt war ja nur einer der vielen Faktoren, die die russische Außenpolitik bestimmten, und selten der entscheidende[24].

Aus Gründen, die uns hier nicht näher zu beschäftigen brauchen, blieb der Putschversuch der deutschen Kommunisten in seinen Anfängen stecken[25]. Interessant ist, daß die Einmischung der Komintern, abgesehen von einigen deutschen Protesten und russischen Unschuldsbeteuerungen, das deutsch-russische Verhältnis

---

[19] Helbig a. a. O., S. 316f., 330, 333; Stern-Rubarth a. a. O., S. 127.

[20] Über Rußlands Haltung in der Ruhrkrise vgl. Edward Hallett Carr, The Interregnum 1923–1924 (New York 1954), S. 164ff., 215ff.; Hilger a. a. O., S. 120f. Stresemann bluffte, als er später Lord d'Abernon versicherte, daß Deutschland 1923 „eine Koalition mit Rußland habe bilden und daß sie gemeinsam Europa hätten überrennen können". Viscount d'Abernon, The Diary of an Ambassador, Vol. III (New York 1931), S. 146.

[21] Blücher a. a. O., S. 172ff.; Helbig a. a. O., S. 325.

[22] Carr, Interregnum, Kap. 9; Hilger a. a. O., S. 122ff.

[23] Hilger a. a. O., S. 125.

[24] Über die verwickelte Konzipierung russischer Außenpolitik vgl. Theodore H. von Laue, „Soviet Diplomacy: G. V. Chicherin", in: The Diplomats 1919–1939, hrsg. v. Gordon A. Craig und Felix Gilbert (Princeton 1953), S. 237ff.

[25] Carr, Interregnum, S. 220–22.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht weiter zu belasten schien[26]. Dies deutsche Augenzudrücken mag teilweise auf die damalige Schwäche Deutschlands zurückzuführen sein[27]. Doch fragt es sich, ob man sich dort auch wirklich des ganzen Ausmaßes der russischen Intrigen bewußt war, besonders was die Versuche angeht, Polen durch Versprechung von Kompensationen in Ostpreußen zur Anerkennung eines kommunistischen Deutschland zu gewinnen[28].

Stresemanns Beurteilung der Lage geht aus einem Brief hervor, den er, nunmehr als Außenminister, am 1. Dezember 1923 an Brockdorff-Rantzau schrieb[29]. Die Finanzierung der deutschen kommunistischen Bestrebungen durch die Russen bezeichnet er darin zwar als bedenklich, doch sieht er auch einen gewissen Vorteil darin, daß der Botschafter in Moskau jetzt derart auftreten könne, „daß das an sich schlechte Gewissen der dortigen Machthaber noch schlechter wird". „Jede Zukunftspolitik", so fährt er fort, „muß mit Deutschland rechnen. Der starke Rückgang des Sozialismus, die gewaltige Erstarkung aller nationalen Organisationen, bürgt dafür, daß wir in geschichtlich absehbarer Zeit wieder zu Kräften kommen, bündnisfähig für unsere Freunde und gefährlich für unsere Gegner werden können." Und er empfiehlt dem Botschafter: „Ich hoffe . . ., daß Sie den gegenwärtigen Gewalthabern gegenüber nicht nur der Herr, wie Tschitscherin, sondern der deutsche Graf sein und bleiben werden, der durch Zielbewußtsein, Energie und Charakter diejenige gerade heute so notwendige Vertretung des Deutschen Reichs bildet, die niemals durch eine starke Persönlichkeit notwendiger war als in den gegenwärtigen Zeiten."

Wie dieser Brief zeigt, waren die Beziehungen zwischen Stresemann und Brockdorff-Rantzau zu Beginn ihrer Zusammenarbeit durchaus kordial. Stresemanns spontane Solidaritätserklärung mit Brockdorffs Haltung in Versailles – der berühmte Händedruck von Weimar – hatte den für derartige Gesten sehr empfänglichen Grafen tief berührt[30]. Im Laufe der Zeit jedoch ergaben sich eine Reihe von Differenzen sachlicher Art, die bei der Verschiedenheit ihrer Persönlichkeiten oft zu starken Verstimmungen führten, besonders da beide an einer übertriebenen Empfindlichkeit litten. Dem Grafen war vor seinem Amtsantritt eine Reihe von Vorrechten eingeräumt worden[31], die an sich schon allerlei Konfliktsstoff enthielten, da er keine Gelegenheit versäumte, seine Unabhängigkeit zu betonen[32]. „Für das

---

[26] Obwohl, wie Hilger a. a. O., S. 125, sagt, die Erinnerung an die Oktoberereignisse in Deutschland nie völlig vernarbte.

[27] Carr, Interregnum, S. 225; Kochan a. a. O., S. 94.

[28] Grigorij Bessedowsky, Im Dienste der Sowjets (Leipzig 1930), S. 163, 171 ff.; Carr, Interregnum, S. 218–19.

[29] „Nachlaß", 3099/7120/146506 ff. Gekürzte Version in Vermächtnis I, S. 259 ff.

[30] Stern-Rubarth a. a. O., S. 138; Vermächtnis III, S. 482.

[31] Hilger a. a. O., S. 93. Brockdorff wurde dem Kanzler direkt unterstellt und durfte unmittelbar an den Reichspräsidenten Bericht erstatten.

[32] Helbig a. a. O., S. 340, beschreibt, wie Reichskanzler Wirth dem Grafen versicherte: „Sie können sicher sein, daß die ganze Politik mit Rußland über Ihre Person geleitet wird", worauf Brockdorff entgegnete: „Ja, oder über meine Leiche!"

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

‚echt preußische Pflichtgefühl'", schrieb er im Februar 1924 an Stresemann, „habe ich persönlich niemals die ... Bewunderung empfunden, die ihm gebühren soll, denn ich nehme für mich in Anspruch, eine Pflichtauffassung durchzuführen, die höher steht, weil sie eigenes Denken und Handeln zuläßt[33]." In dem Maße wie Brockdorff-Rantzau von seinem Amt absorbiert wurde und so den Überblick über die deutsche Gesamtpolitik verlor, verschärfte sich, wie wir sehen werden, sein Gegensatz zu Stresemann. Kurz vor seinem Tode machte sich sein Unmut dann oft in heftigen Worten Luft, wobei jedoch seine Überarbeitung und die Verschlechterung seines Gesundheitszustandes mitgespielt haben dürften. Am besten läßt sich das Verhältnis Stresemann–Brockdorff als zwischen Achtung und Antipathie schwankend beschreiben, wobei zu Beginn die gegenseitige Achtung überwog[34]. Selbst wenn man des Grafen Neigung zur „dick aufgetragenen Schmeichelei"[35] in Rechnung stellt, so klingt der warme und respektvolle Ton seiner Briefe an Stresemann (z. B. die Anrede „Hochverehrte, liebe Exzellenz") doch meist echt. Was Stresemann betrifft, so schrieb er dem Grafen im April 1924: „Wenn ich das Amt verließe, würde ich mich freuen, es in Ihren Händen zu wissen[36]."

Die deutsch-russischen Beziehungen, die durch die Oktoberkrise wohl gestört, aber nicht erschüttert worden waren, erhielten einen wirklich ernsten Stoß im Mai 1924, als die Berliner Polizei bei der Verfolgung eines deutschen Kommunisten eine Durchsuchung der Sowjetischen Handelsvertretung vornahm[37]. Der russische Gesandte reiste sofort ab, und sämtliche Wirtschaftsverbindungen mit Deutschland wurden abgebrochen. In ihren Wiedergutmachungsforderungen verlangten die Russen dann vor allem die Anerkennung der Exterritorialität für ihre Handelsvertretung. Die Spannung zog sich bis Ende Juli hin und endete mit der Erfüllung eines Großteils der russischen Wünsche[38]. Brockdorff-Rantzau hatte sich ganz besonders für die Beilegung des Zwischenfalls eingesetzt und dabei Stresemanns volle Unterstützung gefunden[39].

---

[33] „Nachlaß", 3106/7167/155273.

[34] Wie verschieden selbst enge Mitarbeiter des Grafen seine Einstellung zu Stresemann beurteilen, geht hervor aus den Zeugnissen von Hilger a. a. O., S. 86, 129, und Herbert von Dirksen, Moskau, Tokio, London (Stuttgart 1949), S. 66.

[35] Otto Hoetzsch, „Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau", Europäische Gespräche, 7. Jahrg. (1929), S. 14.

[36] „Nachlaß", 3117/7168/155568.

[37] Über die Einzelheiten des Vorfalls vom 3. Mai 1924 vgl. Vermächtnis I, S. 401 ff.; „Nachlaß", 3117/7168/155608; Hilger a. a. O., S. 179 ff.; Carl Severing, Mein Lebensweg (Köln 1950), II, S. 17–18; Helbig a. a. O., S. 317 f.

[38] Hilger a. a. O., S. 181. Eine Zusammenfassung des Abkommens vom 29. Juli findet sich in Vermächtnis I, S. 404. Eine ausführlichere Untersuchung im „Nachlaß", 3112/7127/147640 ff. zeigt, daß Deutschland keineswegs alle russischen Forderungen erfüllte. Vgl. auch Helbig a. a. O., S. 318.

[39] Stern-Rubarth a. a. O., S. 139; Kochan a. a. O., S. 95, gibt keinerlei Beleg für seine Feststellung, daß „Stresemann absichtlich die Beilegung des Disputs verzögerte". Das Reichswirtschaftsministerium vielmehr empfahl dem AA., die Exterritorialitätsfrage als „Kompensationsobjekt" für Deutschlands „zahlreiche und wichtige Forderungen" in den unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen aufzusparen. „Nachlaß", 3117/7169/155789 f.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anfang Juni, während die Krise noch im Gange war, suchte Brockdorff-Rantzau den Volkskommissar Trotzki im Kriegsministerium auf, um eine andere wichtige Angelegenheit zu besprechen – den Einfluß des Berliner Zwischenfalls auf das Verhältnis zwischen der Reichswehr und der Roten Armee[40]. Diese Militärbeziehungen haben keinen direkten Zusammenhang mit unserem Thema hier, obwohl die Moskauer Gesandtschaft nicht ganz unbeteiligt an ihnen war[41]. Der Botschafter fragte Trotzki, ob „der beklagenswerte Zwischenfall" die Beziehungen zu seinem Ressort bedrohe, worauf Trotzki beteuerte: „Nein, davon kann keine Rede sein, dieser Dreck muß erledigt werden und ist nicht entfernt imstande, auf die für uns wie Sie so erfreulich angebahnten und wichtigen militärischen Beziehungen irgendeinen Einfluß zu üben." Brockdorff-Rantzau erwähnte verschiedene Mißstände, die sich in den Militärbeziehungen ergeben hatten, und Trotzki versprach, Abhilfe zu schaffen. Das Gespräch wandte sich dann der allgemeinen Lage zu, und der Botschafter fragte, ob Rußlands Haltung gegenüber Frankreich sich geändert habe. „Trotzki erwiderte mit starker Betonung, das sei keineswegs der Fall; weder das Verhältnis zu Frankreich, noch die Beziehungen zu England könnten das deutsch-russische Freundschaftsverhältnis stören. Nach seiner festen Überzeugung werde dieses noch auf Jahre – er verbesserte sich – Jahrzehnte bestehen bleiben." Das Hindernis für eine wirkliche Annäherung an die Westmächte sei „die große Rechnung", d. h. das Verlangen der Franzosen und Engländer nach Bezahlung der Schulden des Zarenreiches.

Während Trotzki so die Bedenken Brockdorff-Rantzaus wegen einer möglichen Annäherung Rußlands an den Westen zu zerstreuen suchte, hatte Deutschland bereits selbst begonnen, sein Verhältnis zu den Siegermächten zu normalisieren. Die Verhandlungen über den Dawes-Plan, begonnen im April 1924, fanden am 16. August ihren Abschluß, und kurz darauf erklärte Deutschland sich bereit, unter gewissen Bedingungen seine Mitgliedschaft im Völkerbund zu beantragen. Hiermit war eine wirkliche Bedrohung der sowohl von Rantzau wie Tschitscherin proklamierten deutsch-russischen Schicksalsgemeinschaft gegeben. Die deutsche Wendung zum Westen kam daher unter den sofortigen Angriff der Sowjets[42]. Am 21. September charakterisierte Tschitscherin in einem Brief an Ludwig Stein Deutschlands Eintritt in den Völkerbund als „eine Kapitulation, einen Kanossagang, einen Zu-

---

[40] „Nachlaß", 3165/7414/175334ff.; Aufzeichnung Brockdorff-Rantzaus. Diese Unterredung widerspricht der Mitteilung von Unterstaatssekretär Hencke, in Helbig a. a. O., S. 316, Anm. 83, daß „der Graf Trockij [sic!] zuletzt im Herbst 1923 gesprochen."

[41] Hans W. Gatzke, Stresemann and the Rearmament of Germany (Baltimore 1954), Kap. 4; Georges Castellan, „Reichswehr et Armée Rouge 1920–1939", in J.-B. Duroselle, Hrsg., Les Relations Germano-Soviétiques de 1933 à 1939 (Paris 1954), S. 137–260. Vgl. auch den wichtigen Artikel von Helm Speidel, „Reichswehr und Rote Armee", in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 9–45.

[42] Hilger a. a. O., S. 127ff. Es kursierte damals das Gerücht, Tschitscherin habe sich während der Londoner Verhandlungen über den Dawes-Plan an einige Führer der D.N.V.P. (die Gegner des Planes waren) mit Vorschlägen für einen deutsch-russischen Neutralitätsvertrag gewandt. Vgl. auch Carr, German-Soviet Relations, S. 81.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kunftsverzicht", da es sich beim Völkerbund doch um einen „Bund der Sieger" zur Garantie des Versailler Vertrages handle. Ein solcher Schritt würde eine „Kollision mit der Rapallo-Politik" darstellen und zu möglichen Konflikten mit Rußland führen[43].

Rußlands Bedenken gegen Deutschlands Völkerbundseintritt wurden Stresemann offiziell im September und Oktober von dem russischen Botschafter Krestinski sowie von Botschaftsrat Bratman-Brodowski vorgetragen[44]. Um diese Bedenken zu zerstreuen, überreichte Stresemann ihnen eine Abschrift des Gutachtens über die Bedingungen und Vorbehalte, welche Deutschland vor Eintritt in den Völkerbund zu stellen gedachte, besonders hinsichtlich der Artikel 16 und 17 der Völkerbundssatzung über Sanktionsmaßnahmen gegen Angreifernationen, derentwegen Rußland besonders besorgt war. Er stritt ab, daß Deutschlands Eintritt eine stillschweigende Anerkennung der Versailler Grenzen bedeute und verwies auf die Revisionsmöglichkeiten unter Artikel 19. Stresemann beklagte sich schließlich über die Einmischung Sinowiews und der Komintern in Deutschlands innere Angelegenheiten. Die Erklärungen Krestinskis, daß Sinowiew ja nicht Mitglied der Regierung sei, ließ Stresemann nicht gelten[45]. Im ganzen war der Ton der Unterredungen jedoch freundlich, und bei ihrem Abschluß, am 29. Oktober, stellte Stresemann fest, daß Deutschland unter keinerlei Druck stehe, in den Völkerbund einzutreten.

Im November 1924 wurden die im Mai unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen wiederaufgenommen[46]. Es war jedoch äußerst schwierig, zwischen zwei so verschiedenen Wirtschaftssystemen einen Ausgleich zu finden, und Rußlands Verstimmung über die deutsche Westpolitik bereitete dabei ein weiteres Hindernis. Da schlugen die Russen im Dezember plötzlich vor, daß Deutschland mit ihnen einen Neutralitätsvertrag abschließen und sich verpflichten solle, an keinerlei wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Aktionen gegen Rußland teilzunehmen. Hier eröffnete sich eine vollkommen neue Perspektive deutsch-russischer Beziehungen. Die deutsche Regierung war jedoch im Augenblick mit dringlicheren Problemen beschäftigt und war sich auch vielleicht der Tragweite des russischen Angebots zuerst nicht ganz bewußt. Der Vorschlag fand jedenfalls nicht nur keinen Widerhall, sondern Ende Februar streckte Deutschland sogar noch weitere Fühler nach Westen aus und begab sich auf den Weg, der im Verlauf der nächsten acht Monate zum Sicherheitspakt von Locarno führte.

---

[43] Ludwig Stein, Aus dem Leben eines Optimisten, (Berlin 1930), S. 239f. Stein war Korrespondent der „Vossischen Zeitung" und der „B.Z. am Mittag". Der Brief war zur Verlesung in der „Mittwochsgesellschaft" bestimmt, fand aber den Weg in die Öffentlichkeit.

[44] „Nachlaß", 3120/7178/157420ff., 157445ff., 157522ff.; Aufzeichnungen Stresemanns. Gekürzt in Vermächtnis I, S. 586ff.

[45] Ein Interview Tschitscherins in „Iswestija" (26. September 1924), in dem jeder Zusammenhang zwischen Rußland und der Komintern abgestritten wird, trägt Stresemanns Randbemerkung: „Diese Heuchelei ist doch widerlich!", „Nachlaß", 3120/7178/157412.

[46] Hilger a. a. O., S. 182ff.; Louis Fischer, The Soviets in World Affairs (New York 1930), II, S. 583ff.; Helbig a. a. O., S. 318ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Russen wurden nun wirklich unruhig, und als trotz Rantzaus Warnungen[47] die deutsche Regierung sich weiter passiv verhielt, kam Krestinski Anfang März auf das russische Angebot zurück. Stresemann entschuldigte sich damit, daß durch den Tod Eberts die Angelegenheit verzögert worden sei, versprach aber eine baldige Stellungnahme. Auch versicherte er dem russischen Gesandten, daß der Sicherheitspakt die Grenzfrage im Osten unberührt lasse. Er gab zu, daß Deutschland von England und Frankreich gedrängt werde, dem Völkerbund bedingungslos beizutreten, aber er „glaube nicht, daß die Deutsche Regierung dies tun könne und werde"[48]. Stresemann war offensichtlich bemüht, sich weder nach Osten noch nach Westen eindeutig festlegen zu lassen, sondern Deutschlands Interessen nach beiden Seiten hin wahrzunehmen[49].

Diese Einstellung versuchte Brockdorff-Rantzau am 7. April 1925 in einer längeren Mitteilung dem Stellvertreter Tschitscherins, Maxim Litwinow, klarzulegen[50]. „Wenn die Sowjetregierung ein Interesse an einer Vertiefung der deutsch-russischen Beziehungen hat", sagte der Graf, „muß sie zugleich ein Interesse daran haben, daß Deutschland seinen politischen Schwächezustand überwindet und wieder zu einem beachtenswerten Faktor in der europäischen Politik erstarkt. Das ist nicht anders möglich, als daß das deutsche Gebiet aus der französischen Umklammerung befreit wird. Die Politik der Reichsregierung im Westen ist nichts anderes als die Abwehr derjenigen Bestrebungen des französischen Imperialismus, welche die Existenz Deutschlands unmittelbar bedrohen." Er gab zu, daß durch die Völkerbundsfrage auch das deutsch-russische Verhältnis berührt werde. Was jedoch die Verpflichtungen zu Sanktionsmaßnahmen aus Artikel 16 und 17 betreffe, so würde Deutschland durch sein Vetorecht im Völkerbundsrat „in den meisten Fällen die Möglichkeit der Neutralität gegenüber Rußland nicht verlieren". Natürlich könnte die Mitgliedschaft im Völkerbund Deutschlands Bewegungsfreiheit auch anderweitig einschränken. „Wenn man z. B. den Fall annehmen wollte, daß Ereignisse eintreten, die eine Zurückdrängung Polens in seine ethnographischen Grenzen unmittelbar in den Bereich der Möglichkeiten rücken, so würde ein aktives Eingreifen Deutschlands durch seine Zugehörigkeit zum Völkerbunde zum mindesten stark gehemmt werden. Das ist fraglos ein Moment von großer Tragweite. Andererseits wird diese Tragweite aber durch die Erwägung eingeschränkt, daß Deutschland in

---

[47] „Nachlaß", 3166/7310/158332: Br.-R. an Stresemann: „Ich wäre für eine baldige Stellungnahme zu den Anregungen Tschitscherins vom 29. Dez. v. J. in dem von mir angedeuteten Sinne außerordentlich dankbar, weil man hier anfängt, unruhig zu werden."

[48] „Nachlaß", 3166/7310/158430ff. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 512.

[49] Anfang April erklärte er einigen Abgeordneten der D.N.V.P.: „Als ein Werkzeug gegen Rußland würden wir uns nicht benutzen lassen, daher blieben unsere Vorbehalte gegen den Völkerbund bestehen. Andererseits dürften wir nicht Rußland zuliebe das Rheinland ständigen Vexationen aussetzen." „Nachlaß", 3166/7312/158681.

[50] „Nachlaß", 3165/7415/175570ff. „Zusammenfassung der von dem Deutschen Botschafter in Moskau am 7. April 1925 im Namen der Reichsregierung dem Herrn Volkskommissar Litwinow gemachten Mitteilungen. (Dem russischen Botschafter Krestinski am 25. April 1925 übergeben.) Streng Vertraulich."

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einem solchen Falle auch als Nichtmitglied des Bundes mit der sicheren Gegnerschaft der Ententemächte, zum mindesten Frankreichs, Belgiens und der Tschechoslowakei zu rechnen hätte und demnach praktisch für absehbare Zeit an einem aktiven Vorgehen gegen Polen ohnehin gehindert wäre." Brockdorff-Rantzau wies dann weiter auf die Vorteile hin, die für Rußland erwüchsen „durch die für Deutschland bestehende Möglichkeit, innerhalb des Völkerbundes als Ratsmitglied allen antirussischen Tendenzen entgegenzuwirken". Und zum Schluß betonte er, „daß der Eintritt in den Völkerbund für die Reichsregierung keineswegs eine schon beschlossene Sache ist . . ." und daß „es noch sehr zweifelhaft ist, ob es zu einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund kommt".

Während Brockdorff-Rantzau so Deutschlands Westpolitik vor den Russen zu verteidigen suchte, war er insgeheim selbst nicht mit dieser Politik einverstanden, da sie offensichtlich die deutsch-russischen Beziehungen gefährdete[51]. Mitte April fuhr er deshalb „unter lebhafter Zustimmung Stresemanns" zur Berichterstattung nach Berlin, wo er sich in den nächsten drei Monaten davon überzeugen konnte, daß seine Befürchtungen übertrieben schienen[52].

Um die gleiche Zeit, am 15. April 1925, hatte Stresemann wieder eine seiner vielen Unterredungen mit Krestinski. Der russische Gesandte beklagte sich erneut, „daß Deutschland in voller Öffentlichkeit ein Sicherheitsangebot an die Westmächte gemacht hätte, die Beratung über den von Rußland angebotenen Vertrag aber hinauszögere . . ."[53] Stresemann erwiderte, daß der Sicherheitspakt „keine Spitze gegen Rußland habe", daß der Pakt „ein gutes Verhältnis mit Rußland nicht ausschließe", und daß Rußland Verständnis dafür haben müsse, daß Deutschland seine Politik nicht lediglich auf ein Zusammengehen mit Rußland stützen könne. Der Abschluß eines Geheimvertrages mit Rußland vor Unterzeichnung des Sicherheitspaktes sei „eine Illoyalität" dem Westen gegenüber, die Deutschland vermeiden müsse.

Kurz nach dieser Unterredung erhielt Krestinski eine Abschrift der von Brockdorff-Rantzau an Litwinow gemachten Mitteilungen sowie ein Gutachten über Deutschlands Vorbehalte zu Artikel 16 der Völkerbundssatzungen. Aus ihrer Lektüre gewann Krestinski, wie er Stresemann mitteilte, den Eindruck, daß die Deutschen sich „innerlich schon für den vorbehaltlosen Eintritt in den Völkerbund entschlossen hätten und Rußland dazu überreden wollten, diesen Standpunkt als unbedenklich anzusehen"[54].

Diese russischen Bedenken gegen Deutschlands Völkerbundseintritt wurden Anfang Juni, als offizielle Antwort auf die Mitteilung Brockdorff-Rantzaus an Litwinow,

---

[51] Hilger a. a. O., S. 129, 134f.

[52] Helbig a. a. O., S. 319.

[53] „Nachlaß", 3114/7136/148689ff.: Aufzeichnung Stresemanns. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 513f.

[54] „Nachlaß", 3113/7129/147795: Aufzeichnung Stresemanns. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 514f.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem deutschen Außenminister überreicht[55]. Rußland erkannte darin den aufrichtigen Willen der deutschen Regierung an, trotz Abschluß des Sicherheitspaktes „die guten Beziehungen mit der U.d.S.S.R. aufrechtzuerhalten und weiter zu entwickeln", fürchtete jedoch, daß die Logik der Entwicklung „allmählich zu einer völligen Umorientierung nach Westen und zur Einbeziehung Deutschlands in Kombinationen dieser oder jener Ententemächte gegen die U.d.S.S.R." führen werde. Rußland sei daher „nicht allein gegen den vorbehaltlosen Eintritt in den Völkerbund, sondern gegen jeglichen Eintritt überhaupt", den es als „Schritt auf dem Weg zur tatsächlichen Vernichtung des Vertrages von Rapallo" bezeichnete. Wenn Deutschland auf seinen Plänen bestehen sollte, so würde die Sowjetunion gezwungen sein, „andere Wege zu suchen".

Diese versteckte Drohung Rußlands, sowie seine Opposition gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund überhaupt, machten eine weitere Klärung der deutschen Haltung notwendig. Diese erfolgte in Form von internen „Richtlinien für die Fortsetzung der politischen Verhandlungen mit Rußland"[56]. Die deutsche Regierung, so hieß es darin, könne sich nicht der Möglichkeit begeben, „die Eintrittsfrage gegebenenfalls nach freiem Ermessen zu entscheiden. Nach sorgsamer Prüfung der Tragweite des Artikels 16 ist sie der Überzeugung, daß von diesem Artikel eine Beeinträchtigung der deutsch-russischen Beziehungen . . . selbst dann nicht befürchtet zu werden braucht, wenn der deutsche Vorbehalt wegen des Artikels 16 nicht formell von den Alliierten anerkannt wird. Deutschland wird auch ohne eine derartige formelle Anerkennung seines Vorbehalts in den praktisch denkbaren Fällen stets in der Lage sein, nicht nur seine Beteiligung an einer Bundesexekution gegen Rußland abzulehnen, sondern überhaupt eine solche Bundesexekution unmöglich zu machen". Als Erfüllung des russischen Vorschlags für einen Neutralitätsvertrag sahen die „Richtlinien" eine allgemeine „Grundformel" vor, die als Präambel in einen der mit Rußland abzuschließenden Wirtschaftsverträge hineingearbeitet werden könnte[57]. Sollte sich eine formelle Befreiung von den Verpflichtungen aus Artikel 16 nicht erreichen lassen, so könnten dann den Russen weitere mündliche Versicherungen gegeben werden.

Rußlands Befürchtungen, daß Deutschland eventuell vorbehaltlos in den Völkerbund eintreten werde, waren somit begründet. Auch hatte die deutsche Regierung

---

[55] „Nachlaß", 3165/7415/175580ff.

[56] „Nachlaß", 3165/7415/175588ff.

[57] Der Text der Präambel lautete folgendermaßen: „Beide Regierungen sind von der Erkenntnis durchdrungen, daß das Wohl des deutschen und des russischen Volkes eine freundschaftliche, friedliche Zusammenarbeit beider Länder erfordert. Sie sind deshalb entschlossen, die gegenseitigen Beziehungen im Geiste des Vertrages von Rapallo weiter zu pflegen und in allen die beiden Länder gemeinsam berührenden politischen wie wirtschaftlichen Fragen in dauernder freundschaftlicher Fühlung gegenseitige Verständigung anzustreben, unter dem Gesichtspunkte, für den allgemeinen Frieden Europas zu wirken und sich von allen etwa hervortretenden Bestrebungen fernzuhalten, die diesen Frieden gefährden könnten." „Nachlaß", 3165/7415/175594.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gar nicht die Absicht, einen förmlichen Neutralitätsvertrag, wie ihn die Russen wünschten, abzuschließen. Der Grund hierfür lag einmal in der Furcht Stresemanns, daß ein Geheimvertrag mit den Sowjets die Verhandlungen über den Sicherheitspakt gefährden könne[58]. Indessen hatte diese Gefahr auch ihre Kehrseite, indem sie nämlich Stresemann ermöglichte, aus der Furcht der Alliierten vor einer deutsch-russischen Verständigung Kapital zu schlagen. Er versuchte dies ohne Erfolg in einer Unterredung mit Lord d'Abernon am 10. Juni 1925[59]. Aber es gab noch einen tieferen Grund für Deutschlands kühle Haltung Rußland gegenüber. Damals schwebte in Moskau das Verfahren gegen zwei deutsche Studenten – Kindermann und Wolscht – wegen angeblicher Attentatspläne gegen Stalin und Trotzki[60]. Die Unhaltbarkeit der Anklage (in die auch Gustav Hilger verwickelt war) beeindruckte Stresemann derart, daß er an der Möglichkeit jeder weiteren Verständigung mit Rußland zu zweifeln begann[61]. „Ich vermag nicht", so schrieb er in sein Tagebuch, „wenigstens nicht solange der Bolschewismus dort herrscht, mir von einem Zusammengehen viel zu versprechen[62]." Was ihn besonders am Bolschewismus abstieß, war seine Verbindung zur Komintern. „Eine Ehe einzugehen mit dem kommunistischen Rußland", so schrieb er, „hieße sich mit dem Mörder des eigenen Volkes ins Bett legen. Schließlich kann auf die Dauer nicht die Fiktion aufrechterhalten werden, daß es eine russische Regierung gibt, die eine deutschfreundliche Politik treibt, und eine Dritte Internationale, die sich bemüht, Deutschland zu unterminieren[63]."

Einen interessanten Einblick in Stresemanns Einstellung gegenüber Rußland gibt ein Artikel „Sicherheitspakt, Völkerbund und Ostfragen", den er im Sommer 1925 unter dem Pseudonym „Dr. Hans Schumann" in den „Deutschen Stimmen" veröffentlichte[64]. Deutschland wird hier mit dem Reiter in der Fabel verglichen, „dem zur Seite diejenigen traben, die ihn zu sich herüberziehen wollen". Was die russi-

---

[58] Vgl. S. 16 oben, sowie „Nachlaß", 3113/7129/147845ff. Aufzeichnung Stresemanns über die Unterredung mit Krestinski vom 10. Juni 1925. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 516.

[59] Vermächtnis II, S. 102. Aufzeichnung Stresemanns: „. . . Wenn wir tatsächlich durch unseren Eintritt in den Völkerbund unsere Beziehungen zu Rußland aufs Spiel setzten, müßten wir auch eine entsprechende Entschädigung dafür erhalten, z. B. die Räumung des gesamten Rheinlandes, die Wiedergabe von Eupen-Malmedy und ein koloniales Mandat. Der Botschafter überhörte letzteres, erklärte aber, er sei überzeugt, daß man sich über eine Abkürzung der Besatzungsfristen würde verständigen können."

[60] Hilger a. a. O., S. 137ff. Die Studenten wurden zum Tode verurteilt, jedoch später, zusammen mit einigen deutschen „Spionen", gegen den russischen Agitator Skobelewski, der in Deutschland zum Tode verurteilt worden war, ausgetauscht. Vgl. auch Vermächtnis II, S. 520ff.; Theodor Seibert, Red Russia (London 1932), S. 272ff.

[61] „Nachlaß" 3114/7136/148543ff.

[62] Vermächtnis II, S. 154.

[63] „Nachlaß", 3113/7129/147850.

[64] Dr. Hans Schumann, „Sicherheitspakt, Völkerbund und Ostfragen", Deutsche Stimmen, 5. Aug. 1925. Die Besprechung hier stützt sich auf das Manuskript des Artikels, „Rund um den Sicherheitspakt", mit eigenhändigen Korrekturen Stresemanns, in: „Nachlaß", 3168/7316/159579ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Herüberziehungsversuche betraf, so würde es eine Überschätzung sein, von einem deutsch-russischen Bündnis die Zersprengung der Fesseln von Versailles zu erwarten. „Irgendeine blinde Vorliebe für Deutschland", so heißt es, „ist in Sowjet-Rußland nicht vorhanden", und wäre nicht die Frage der zaristischen Schulden, so hätte sich Rußland längst mit Frankreich verständigt. Außerdem würden die Franzosen im Kriegsfall stets schneller an der Elbe stehen als die Russen. „Weit schwieriger aber wird das Problem dadurch, daß der Kommunismus Weltreligion ist und nur bestehen kann, wenn er sich auszudehnen vermag. Eine russische Armee, die mit Deutschland gegen Frankreich zöge, würde Trägerin der kommunistischen Ideen sein, und die Dritte Internationale würde dafür sorgen, daß dieser Ideenzusammenklang mit den deutschen Vertretern der Kommunistischen Partei zunächst sichergestellt würde, ehe es sich vielleicht um die politische Sicherstellung des Kampfes handelt. ... Freundschaftliche Beziehungen zum Russischen Reich – Kampf gegen die Dritte Internationale und die Bestrebungen eines Sinowjew, sobald sie sich in Deutschland zeigen", so schließt der Artikel, „das ist für die nächste Gegenwart die einzige Möglichkeit der deutsch-russischen Beziehungen." Hier, in dieser immer wiederkehrenden ablehnenden Haltung Stresemanns gegen den Kommunismus, liegt der wirklich tiefere Grund für seine Skepsis gegenüber allen russischen Annäherungsversuchen.

Während Deutschland so mit den Alliierten verhandelte und die Russen hinhielt, wurden letztere immer unruhiger. Am 13. Juni machte Litwinow, obwohl „sehr krank", auf seiner Reise nach Marienbad in Berlin Station, um Stresemann seine „sehr großen Besorgnisse wegen der deutsch-russischen Beziehungen" vorzutragen[65]. Was er besonders befürchtete, war eine Einspannung Deutschlands in die antirussische Politik Englands. Eine derartige Entwicklung, so warnte er, könne eventuell zu einer engeren Fühlungnahme Rußlands mit Frankreich oder gar mit Polen führen, „eine Entwicklung, die er bedauern würde". Litwinow beklagte sich auch über die Verzögerung in den deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen, deren Abschluß „ein politischer Akt nach außen werden würde". Stresemann versuchte die russischen Befürchtungen mit den gewöhnlichen Argumenten zu beruhigen und versprach alles zu tun, um den Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen zu beschleunigen. Leider sei Deutschland, so sagte er etwas spitz, nicht in der glücklichen Lage, so wie Rußland diese Dinge diktatorisch behandeln zu können, sondern man benötige die parlamentarische Zustimmung zu allen Verträgen.

Um den Abschluß der Wirtschaftsverträge vorwärtszutreiben, bat Stresemann jetzt in einer längeren Unterredung den Grafen Rantzau, der immer noch in Berlin weilte, auf seinen Posten zurückzukehren, um dort „kraft seines starken persönlichen Einflusses ... die Dinge zu wenden"[66]. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich, daß der Botschafter seine ursprüngliche Zustimmung zu den „Richtlinien für die Fortsetzung der politischen Verhandlungen mit Rußland" geändert hatte. Speziell

[65] „Nachlaß", 3113/7129/147857ff. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 516ff.
[66] „Nachlaß", 3113/7129/147876ff. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 518f.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bezeichnete er die vorgeschlagene „Präambel“[67] als „wertlos“, weil die Russen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als mit der Präambel unvereinbar hinstellen und deshalb scharf bekämpfen würden. Es gelang Stresemann jedoch, diese Bedenken Brockdorff-Rantzaus noch einmal zu beschwichtigen, und am 25. Juni reiste der Botschafter nach Moskau zurück, begleitet von Herbert von Dirksen, dem Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, der bei den Wirtschaftsverhandlungen sekundieren sollte[68].

Die Anstrengungen Dirksens blieben jedoch erfolglos, da eine Einigung über die Hauptpunkte eines Handelsvertrages nicht zu erzielen war[69]. Ebenso erfolglos waren Brockdorff-Rantzaus Versuche, Rußlands Einwilligung zu der Präambel zu erhalten, die er aus Berlin mitgebracht hatte. Am 18. Juli übergab ihm Tschitscherin eine veränderte Fassung der Präambel, welche neben einer ausgesprochenen Neutralitätserklärung auch die Bestimmung enthielt, daß Deutschlands Völkerbundseintritt der Einwilligung Rußlands bedürfe[70]. Da dies für Deutschland unannehmbar war, so hatten sich die deutsch-russischen Verhandlungen schon sehr bald wieder festgelaufen.

So lagen die Dinge, als Deutschland Mitte September die Einladung zur Locarnokonferenz erhielt. Um den zu erwartenden Entscheidungen näher zu sein, beschloß Tschitscherin jetzt plötzlich, „zur Kur“ nach Deutschland zu fahren. Unterwegs machte er in Warschau halt, um über engere wirtschaftliche und politische Beziehungen mit Polen zu verhandeln, eine Warnung, die ihren Eindruck auf Deutschland jedoch verfehlte[71]. Tschitscherin erreichte Berlin am 30. September und hatte sofort eine vierstündige Unterredung mit Stresemann[72]. Nach einem einführenden Wortwechsel über die Tätigkeit der Komintern in Deutschland sowie über die schwebenden Wirtschaftsverhandlungen nahm das Gespräch „allmählich einen ruhigeren und normalen Verlauf“, besonders nachdem Stresemann sich bereit erklärt hatte, den deutsch-russischen Handelsvertrag so bald wie möglich zustande zu bringen, „um dem Gerede über die westliche Orientierung entgegenzutreten“. Stresemann bat Tschitscherin sodann, ihm doch einmal die russischen Beschwerden gegenüber Deutschlands Politik vorzutragen. Tschitscherin begann mit dem Rapallo-Vertrag, der „gewiß zunächst ein wirtschaftlicher Vertrag gewesen sei“, dessen Geist sich jedoch in einer gemeinschaftlichen Politik habe auswirken sollen. In diesem Sinne habe wohl Brockdorff-Rantzau im vergangenen Dezember „ein Zusammenwirken zwischen Rußland und Deutschland gegen Polen vorgeschlagen“, mit dem Ziel, „Polen auf seine ethnographischen Grenzen zurückzu-

[67] Vgl. oben, Anm. 57.

[68] Dirksen a. a. O., S. 67 ff.

[69] „Nachlaß“, 3113/7129/147 885 ff.; 3114/7136/148 543; Vermächtnis II, S. 150. Es findet sich kein Anhalt für die Feststellung in Kochan a. a. O., S. 107, daß Stresemann „den Ausgang der Verhandlungen von der vorherigen Einigung über den Westpakt abhängig machte“.

[70] Hilger a. a. O., S. 145.

[71] Hilger a. a. O., S. 136; Kochan a. a. O., S. 108 f.

[72] „Nachlaß“, 3113/7129/147 979 ff. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 523 ff. Der volle Text jetzt in Erdmann a. a. O., S. 153 ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

drängen". Das Wort „zurückdrängen" sei von Rußland verstanden worden „als ein militärisches Zusammenwirken gegenüber Polen, um das heutige Polen zu zertrümmern". Rußland habe daher als ersten Schritt einen Neutralitätsvertrag vorgeschlagen, habe darauf als Antwort von Deutschland jedoch bisher nur eine Formel[73] erhalten, „die vielleicht für einen Trinkspruch geeignet sei, aber nicht für einen Staatsvertrag. Man könne sie mit Goethe ‚Bekenntnisse einer schönen Seele' nennen. Gleichzeitig habe Herr v. Dirksen in Moskau erklärt, daß Deutschland unter Umständen bedingungslos in den Völkerbund eintreten würde und erst nach seinem Eintritt eine einseitige Erklärung bezüglich des Art. 16 abgeben würde."

Stresemann war „erstaunt", „bestürzt" und „befremdet" über die Mitteilungen Tschitscherins, da ihm von einem deutschen Bündnisangebot zur Aufteilung Polens nichts bekannt sei. Staatssekretär von Schubert, den er sofort anrief, versicherte ihm, daß ein solches Angebot niemals erfolgt sei, hielt es aber für möglich, daß Brockdorff-Rantzau „davon gesprochen hätte, daß Polen nur innerhalb seiner territorialen[74] Grenzen existenzberechtigt sei". Die Frage wurde erst endgültig in einer weiteren Unterredung zwischen Stresemann und Tschitscherin am nächsten Tage erledigt[75]. Stresemann hatte sich inzwischen an Hand der Akten über den Hergang bei dem angeblichen Bündnisangebot unterrichtet. Diese zeigten ganz klar, so sagte er, „daß die Anregung zu dem Gedankenaustausch über Polen und ebenso die Formulierung des dabei zu Erreichenden . . . von russischer Seite ausgegangen sei". Tschitscherin ging hierauf nicht näher ein, bestand jedoch darauf, daß der Satz, den er in der früheren Unterredung über die deutsch-polnische Politik gebraucht habe, ihm von Graf Rantzau aus seiner Berliner Instruktionen vorgelesen worden sei. Stresemann gab zu, daß dieser Satz, über die Zurückdrängung Polens auf seine ethnographischen Grenzen, in den Berliner Instruktionen gestanden habe, „aber nicht etwa als Mittelpunkt . . . nicht etwa als ein Bündnisangebot", und daß „dem Grafen Rantzau völlig anheimgestellt worden sei, ob er diese . . . Ausführung überhaupt machen wolle". In Rantzaus Bericht über die Unterredung mit Tschitscherin werde der Satz über Polen „als eine Andeutung bezeichnet, allerdings hinzugefügt, daß Herr Tschitscherin diese Andeutung sehr begrüßt hätte".

Damit war die Angelegenheit erledigt. Dirksen stellt in seinen Erinnerungen fest, daß Tschitscherins Behauptung sich bei Prüfung der Akten „als völlig unbegründet herausstellte"[76]. Hilger jedoch schreibt, daß „eine weitere Teilung Polens das stillschweigende Ziel beider Regierungen während der Zeit zwischen den Kriegen war. Die gebräuchliche Formel war, ‚Polen auf seine ethnographischen Grenzen zurückzudrängen'"[77]. Die gleiche Formel wird auch von Brockdorff-Rantzau in seiner Mitteilung an Litwinow am 7. April 1925 gebraucht[78].

---

[73] Damit war die deutsche „Präambel" gemeint. Vgl. oben.

[74] Muß wohl heißen: ethnographischen.

[75] „Nachlaß", 5113/7129/147 992ff. Vgl. auch Erdmann a. a. O., S. 158ff.

[76] Dirksen a. a. O., S. 70.

[77] Hilger a. a. O., S. 154.

[78] Vgl. oben, S. 9.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tschitscherins Darstellung des Dezembergesprächs mit dem Grafen entbehrt daher nicht ganz so der Grundlage, wie Stresemann dies darzustellen bemüht war. Eine Stellungnahme Brockdorff-Rantzaus erfolgte anscheinend nicht.

Was die zweite Behauptung Tschitscherins anging, Dirksen habe von einem bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gesprochen[79], so erklärte es Stresemann als „ganz ausgeschlossen", daß Dirksen solche Äußerungen getan habe. Wie wir jedoch bereits gesehen haben, wurde in den deutschen „Richtlinien für die Fortsetzung der politischen Verhandlungen mit Rußland" ein vorbehaltloser Eintritt Deutschlands als durchaus möglich betrachtet[80].

Stresemann war in diesen Unterredungen ernstlich bemüht, Tschitscherins Bedenken gegen Deutschlands Westpolitik zu zerstreuen. Wenn Deutschland im Völkerbund wäre, so sagte er, würde es darüber wachen, „daß der Völkerbund sich nicht zu einem Instrument auswachse, das den Krieg gegen Rußland auf seine Fahnen schriebe". Was die von Tschitscherin besonders gefürchtete „Gefahr eines englisch-deutschen Zusammenarbeitens gegen Rußland" betraf, so mußte der russische Außenminister schließlich selbst zugeben, daß er dabei höchstens an einen wirtschaftlichen Boykott dachte, und Stresemann beruhigte ihn damit, daß die deutsche Wirtschaft sich von keiner Seite vorschreiben lassen würde, mit Rußland keine Geschäfte zu machen. Die von Tschitscherin als „Trinkspruch" verspottete Präambel ging, nach Stresemanns Auslegung, viel weiter als die von den Russen vorgeschlagene Formel, nach der sich die Partner versprechen sollten, „von einem feindseligen Akt abzustehen". Stresemann war jedoch bereit, etwaige russische Abänderungsvorschläge für die Präambel zu diskutieren. Im großen ganzen scheint es Stresemann gelungen zu sein, Tschitscherin zu überzeugen, daß Rußland nichts von den Locarnoverhandlungen zu befürchten hätte[81]. Die Ankündigung, noch vor Stresemanns Abfahrt nach Locarno, daß der deutsch-russische Handelsvertrag vor der Unterzeichnung stehe – er wurde am 12. Oktober unterzeichnet und war „ein großer Erfolg" für die Sowjets[82] –, trug weiterhin zur Beruhigung der Russen bei. Ein Frühstück, das Reichskanzler Luther zu Ehren Tschitscherins gab und an dem Stresemann, von Schubert, Seeckt, Geßler und Fürst Bülow teilnahmen, „verlief in sehr angeregter Stimmung"[83]. Als Zeichen, daß die Ostfragen in Locarno nicht

[79] Vgl. oben, S. 15.

[80] Vgl. oben, S. 11.

[81] Fischer a. a. O., II, S. 606. Es findet sich jedoch kein Anhalt für Fischers Feststellung (von Kochan a. a. O., S. 109 wiederholt) „daß Stresemann Tschitscherin fest versprach, weder den Locarnovertrag anzunehmen noch dem Völkerbund beizutreten ohne vorherige Einschränkung des Art. 16".

[82] Hilger a. a. O., S. 183. Zu diesem wichtigen Abkommen vgl. auch Helbig a. a. O., S. 520; Kurt Gerner, Die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland, Diss. Jena 1931 (Berlin 1931); Mario da Baranca, Germania e Russia 1921–1941 (Milano 1942), S. 25–64; Jürgen Kuczynski und Grete Wittkowski, Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen in den letzten 150 Jahren (Berlin 1947), II. Teil: Weimarer Republik und Sowjetunion 1919–1932, S. 39–82.

[83] Max von Stockhausen, Sechs Jahre Reichskanzlei – Von Rapallo bis Locarno (Bonn 1954), S. 176.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vergessen werden sollten, wurde Dirksen in letzter Minute zur Konferenz mitgenommen[84]. Tschitscherin gab jedoch noch während der Locarnoverhandlungen Interviews, in denen er seinen Besorgnissen über Artikel 16 sowie ein deutsch-englisches Zusammengehen Luft machte, so daß Stresemann nochmals ausdrücklich betonen mußte, daß es für Deutschland keine Option zwischen Ost und West gäbe, sondern daß es nach beiden Seiten gute Beziehungen anstrebe[85]. Tschitscherins Agitation hatte aber auch gewisse Vorteile, indem sie nämlich den Westmächten zeigte, daß Deutschland immer noch der Weg nach Osten offen stand.

Stresemanns Versuch, Deutschlands Interessen nach Osten wie nach Westen wahrzunehmen, mußte vor allem darauf abzielen, die Alliierten zur Anerkennung der deutschen Vorbehalte gegen Artikel 16 zu bewegen[86]. Das Thema wurde am vierten Tage der Konferenz angeschnitten, als Deutschlands Völkerbundseintritt zur Debatte stand[87]. Stresemann zählte dabei folgende Möglichkeiten einer deutschen Mitwirkung bei einem Vorgehen des Völkerbundes auf: „1. eine direkte militärische Beteiligung, 2. eine indirekte militärische Beteiligung (Durchmarschrecht), 3. wirtschaftliche Mithilfe bei Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu den betreffenden Ländern." Der Einwand, Deutschland könne jegliches Vorgehen des Völkerbundes durch sein Vetorecht unmöglich machen, sagte Stresemann, sei nur dann richtig, wenn es unklar sei, wer der Angreifer sei. In allen anderen Fällen würde eine derartige Weigerung Deutschlands „zu seiner moralischen Isolierung führen". Was nun eine direkte militärische Mitwirkung angehe, so sei diese wegen des Standes der Abrüstung unmöglich. Das gleiche gelte für den Durchmarsch fremder Truppen, da sich hieraus die größten innerpolitischen und außenpolitischen Schwierigkeiten ergeben würden. Die Beteiligung Deutschlands an einem wirtschaftlichen Boykott schließlich hielt Stresemann wohl für möglich, jedoch für gefährlich. Als spezifisches Beispiel erwähnte er die Möglichkeit eines polnisch-russischen Krieges. Ein deutscher Boykott gegen Rußland würde dann zweifellos von Moskau mit einer Kriegserklärung beantwortet werden, und in diesem Falle „wäre es möglich, daß die russischen Heere ganz Deutschland überfluteten und der Bolschewismus bis an die Elbe vordringe. Deutschland werde in einem solchen Augenblick niemand haben, der ihm zur Seite stünde." Bis die Abrüstungsbestrebungen des Völkerbundes Erfolg hätten, so schloß Stresemann, und der Unterschied zwischen gerüsteten und nichtgerüsteten Völkern verschwunden sei, „müsse im Einzelfalle jedes Land die Möglichkeit haben, über den Umfang der Teilnahme an Aktionen des Völkerbundes aus Artikel 16 selbst zu entscheiden".

[84] Herbert von Dirksen, Moscow, Tokyo, London (University of Oklahoma Press 1952), S. 59. Dieser Hinweis findet sich nicht in der deutschen Ausgabe.

[85] Kochan a. a. O., S. 110; Vermächtnis II, S. 528.

[86] Über Deutschlands Vorbehalte gegen Art. 16 vgl. die Denkschrift von Friedrich Gaus, „Die Bedeutung des Art. 16 der Völkerbundssatzung für Deutschland", „Nachlaß", 3114/7136/148699 ff. – Zur innerpolitischen Seite von Locarno wird in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift eine Dokumentation erfolgen. Hrsg.

[87] „Nachlaß", 3169/7319/160067 ff. Dirksens Aufzeichnung über die Sitzung vom 8. Oktober 1925.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Briand, der nach Stresemann sprach, bedauerte Deutschlands ablehnende Haltung, da diese sich im Kriegsfalle für einen Angreifer auswirken würde. „Es sei nicht möglich", sagte er, „mit dem einen Fuß im Völkerbund zu stehen, mit dem anderen Fuß aber, oder doch wenigstens mit der Fußspitze, in einem anderen Lager." Im Falle eines russischen Angriffes „würde Deutschland von seinen Freunden umgeben sein, die ihm helfen würden. Er könne sich nicht denken, daß Deutschland einem Rußland, das die Zivilisation angreife, wirtschaftlich Beistand leisten wolle." Austen Chamberlain und einige der anderen Verhandlungsteilnehmer unterstützten Briands Bitte, Deutschland möge von seinen Vorbehalten gegen Artikel 16 absehen. Doch Stresemann berief sich jetzt auf die kommunistische Gefahr in Deutschland, die im Kriegsfalle alle Kräfte im Innern beanspruchen würde. Deutschland, so setzte er hinzu, erstrebe aber gar keine Änderung, sondern nur eine Interpretation des Artikels 16, und zwar im Sinne des Genfer Protokolls, in dem Rücksicht auf die militärische und geographische Lage eines Landes genommen werde.

Stresemanns Anspielung auf das Genfer Protokoll wird klarer, wenn man die geheimen Instruktionen der deutschen Locarnodelegation liest[88]. Hier werden die verschiedenen Möglichkeiten erwogen, Deutschland von den Verpflichtungen des Artikels 16 zu befreien. Der radikalste Weg, der einer Änderung der Satzung des Völkerbundes, so daß entwaffnete Staaten wie Deutschland an Bundesexekutionen nicht teilzunehmen brauchten, würde einen einstimmigen Beschluß der Bundesversammlung erfordern und sei daher völlig aussichtslos. Ein anderer Weg ergab sich jedoch aus der Unbestimmtheit des Artikels 16, welche Raum für Interpretationen ließ, und hier, so hieß es in den Instruktionen, „könnte uns vielleicht das bekannte Genfer Protokoll einen Fingerzeig geben"[89]. Dort war nämlich die Tragweite des Artikels 16 dahingehend interpretiert worden, daß die Signatarstaaten einer Angriffshandlung begegnen sollten „in dem Maße, das ihnen ihre geographische Lage und die besonderen Verhältnisse ihres Rüstungsstandes erlauben". Hier haben wir die Interpretation des Artikels 16 im Sinne des Genfer Protokolls, von der Stresemann bei den Locarnoverhandlungen sprach.

Von da an regelte sich die Angelegenheit sehr schnell. Zwei Tage später, während des berühmten Ausflugs auf der „Orangenblüte"[90], einigten sich Stresemann, Briand und Chamberlain auf eine Formel, die sich eng an das Genfer Protokoll hielt. Danach wurde der Artikel 16 so interpretiert, daß ein Mitgliedstaat künftig einer Angriffshandlung in einem Maße entgegentritt, „das mit seiner militärischen Lage verträglich ist und das seiner geographischen Lage Rechnung trägt"[91]. Am 12. Oktober, auf der sechsten Sitzung der Konferenz, stellte Stresemann dann weiterhin fest, daß die deutsche Delegation diese Formel so verstehe, „daß auch das Maß der

[88] „Nachlaß", 3113/7151/148289ff.: „Die deutschen Bedenken gegen den Art. 16 der Völkerbundssatzung".

[89] Zum Genfer Protokoll vgl. David Hunter Miller, The Geneva Protocol (New York 1925).

[90] Vermächtnis II, S. 192f.

[91] „Nachlaß", 3169/7319/160221.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mitwirkung auf wirtschaftlichem Gebiet sich nach der Beurteilung der militärischen Situation richte". Die anderen Verhandlungsteilnehmer hatten an dieser Auslegung nichts auszusetzen[92].

Stresemann hatte damit einen großen diplomatischen Erfolg errungen. Deutschland konnte jetzt dem Völkerbund beitreten, ohne verpflichtet zu sein, sich an einer Exekution gegen Rußland zu beteiligen. Gleichwohl war auch damit die Möglichkeit einer deutschen Verpflichtung nicht ganz aus der Welt geräumt. Die von den Locarnomächten unterzeichnete Kollektivnote über Artikel 16 machte nämlich Deutschlands Mitwirkung von seiner jeweiligen militärischen Lage abhängig. Chamberlain hatte dies bereits bei den Verhandlungen festgestellt, indem er sagte, „es sei unmöglich für ihn, nach London zurückzukehren und dem englischen Parlament zu sagen, daß der Zweck des kollektiven Notenentwurfes gewesen sei, Deutschland ein Recht auf Neutralität hinsichtlich des Artikels 16 zu geben. Nach seiner Ansicht habe die Deutsche Delegation nicht Neutralität gefordert . . . Sie habe nur darum ersucht, daß gegebenenfalls die gegenwärtige Lage Deutschlands bei der gegenwärtigen Lage Europas in Berücksichtigung gezogen werden solle."[93] Wie aber nun, wenn sich Deutschlands Lage plötzlich ändern sollte? Auch darauf hatte Chamberlain bereits früher hingewiesen. Wenn nötig, so hatte er gesagt, würden „diejenigen, die Deutschland entwaffnet haben, . . . die ersten sein, die Deutschland wieder bewaffnen[94]". Deutschlands Befreiung von den Bestimmungen des Artikels 16 war daher nur eine bedingte. Diese Tatsache blieb natürlich auch den Russen nicht verborgen, und mehr denn je hofften sie daher auf einen unzweideutigen Neutralitätsvertrag mit Deutschland[95].

Kaum war Stresemann aus Locarno zurück, als ihn Krestinski auch schon mit einem entsprechenden Anliegen aufsuchte. Stresemann wollte jedoch vorerst die Ankunft Brockdorff-Rantzaus abwarten, der jeden Tag aus Moskau erwartet wurde[96]. Der Graf, genau wie die Russen, war durch die Locarnoverträge tief beunruhigt, da er in ihnen eine einseitige politische Bindung sah, „die sich im besonderen gegen die mit Rußland betriebene Interessengemeinschaft richtete"[97]. Rantzau traf am 4. November in Berlin ein und machte sofort seiner Opposition gegen Locarno in einem längeren Memorandum an den Reichspräsidenten Luft[98]. Als dies nicht den gewünschten Erfolg hatte, suchte er um eine Audienz bei Hindenburg nach, in deren Verlauf er um seinen Abschied bat. Er beklagte sich besonders darüber, in der ganzen Frage des Westpaktes nicht informiert worden zu sein. Es gelang Hindenburg jedoch, den Grafen von seinem Entlassungsgesuch abzubringen,

[92] „Nachlaß", 3169/7319/160098ff.

[93] „Nachlaß", 3169/7319/160107.

[94] „Nachlaß", 3169/7319/160067ff.

[95] Hilger a. a. O., S. 138.

[96] „Nachlaß", 3113/7129/149011: Aufzeichnung Stresemanns vom 29. Oktober 1925. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 528.

[97] Helbig a. a. O., S. 320; vgl. auch Peter Laukhard, Brockdorff-Rantzau contra Versailles (Berlin 1935), S. 57f.

[98] Helbig a. a. O., S. 321f.; Hilger a. a. O., S. 137.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

da Rußland in seinem Rücktritt die Absicht eines Wechsels in Deutschlands Politik erblicken würde. Rantzau hatte anschließend eine längere Aussprache mit Stresemann, um „eine Reihe von Mißverständnissen" aus dem Wege zu räumen[99]. Für die meisten dieser Mißverständnisse machte der Graf den Staatssekretär von Schubert verantwortlich, gegen den er eine tiefe Abneigung hegte. Rantzau sagte, er sei „tief erschüttert" über den Vorwurf, daß er Stresemanns Politik „auf das schärfste angreife", gab jedoch seine „prinzipielle Abneigung gegen die inaugurierte Politik" zu. Die Unterhaltung war ziemlich verworren, da Rantzau dauernd von einem Thema ins andere kam, und es ist nicht ganz klar, inwieweit seine Opposition gegen Locarno sachlich begründet war oder auf gekränktem Stolz beruhte – weil man ihn „als ehemaligen Minister, der Versailles abgelehnt habe und jetzt Botschafter in der Sowjetunion sei"[100], nicht über die Locarnobesprechungen informiert hatte. Jedenfalls lag ihm sehr viel an dem weiteren Vertrauen des Außenministers, und die Verstimmung zwischen beiden schien mit dieser Aussprache behoben zu sein[101].

Inzwischen waren die Verhandlungen für einen deutsch-russischen Neutralitätsvertrag wiederaufgenommen worden, und am 11. Dezember besprachen Stresemann und von Schubert mit Krestinski und Bratman-Brodowski den neuesten russischen Text für einen derartigen Vertrag[102]. Dabei ergaben sich jedoch sofort wieder eine Reihe von Differenzen. Während die Russen eine Art von Sicherheitsvertrag wünschten, der Deutschland in allen Fällen an feindlichen Handlungen gegen Rußland hindern sollte, schlugen die Deutschen ein allgemeineres Abkommen vor, mit dem Nachdruck nicht auf der Kriegsmöglichkeit, sondern auf der Erhaltung des Friedens. „Wenn Deutschland jetzt ein Neutralitätsabkommen, das sich auf den Kriegsfall bezöge, mit Rußland abschlösse", sagte Stresemann, „so müsse der Eindruck entstehen, daß Deutschland der Ansicht sei, einmal mit Erfolg Krieg führen zu können, sich jedenfalls mit der Möglichkeit der Führung eines Krieges beschäftige. Vielleicht gebe es eine andere Formel, die vielleicht dahin lauten könnte, daß die beiden Mächte alles tun würden, für den allgemeinen Frieden zu wirken, und kriegerische Verwicklungen zwischen Deuschland und Rußland zu vermeiden." Krestinski fragte darauf, wie die Sache aussehen würde, wenn im Falle eines Konfliktes der Westmächte mit Rußland die Westmächte Deutschland plötzlich die Erlaubnis geben würden, 500000 Mann unter die Waffen zu rufen, und Deutschland das dazu nötige Kriegsmaterial zur Verfügung stellten? Stresemann bezweifelte, daß dieser Fall je eintreten würde, und selbst wenn er einträte, so sei doch „die Zeit auf immer vorüber, wo sich Deutschland als Landsknecht gegen

---

[99] „Nachlaß", 3113/7129/148095ff.: Tagebuch Stresemanns, 14. Dez. 1925. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 534f.

[100] Helbig a. a. O., S. 321.

[101] Helbig a. a. O., S. 322, stellt dagegen fest: „Die Verstimmung des Botschafters über die Politik des Ministers konnte indessen auch durch eine Unterredung mit Stresemann nicht beseitigt werden."

[102] „Nachlaß", 3113/7129/148073ff.: Aufzeichnung Stresemanns. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 529ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

andere verwenden ließ". „Es könne doch kein Zweifel darüber bestehen", so schloß Stresemann die Besprechung, „daß Deutschland zu Abmachungen mit Rußland kommen wolle."

Die Verhandlungen wurden am 22. Dezember fortgesetzt, als Tschitscherin auf der Rückreise von Paris bei Stresemann vorsprach, um über seinen Besuch bei Briand zu berichten[103]. Stresemann wandte sich wiederum gegen den russischen Neutralitätsvorschlag, „da seine Formulierung den Eindruck erwecken könnte, als wenn Deutschland sich mit kriegerischen Gedanken trüge". Statt dessen las er Tschitscherin aus einem von Gaus ausgearbeiteten Gegenvorschlag[104] vor, der Tschitscherin „sehr zu gefallen schien". Darin hieß es, daß der Fall, daß Deutschland in einen bewaffneten Konflikt hineingezogen werden könnte, den Rußland durch seinen Angriff gegen eine dritte Macht herbeigeführt hätte, „als eine bloße theoretische Möglichkeit ohne realpolitische Bedeutung" angesehen werden könne. Tschitscherin verstand diesen Satz zuerst so, „als wenn Kriege, die Rußland oder Deutschland führten, doch real unmöglich wären, und sagte, das könne er vom russischen Standpunkt nicht akzeptieren, denn er halte einen Krieg Rußlands gegen Polen oder Rumänien für durchaus im Bereich der Möglichkeit". Als Stresemann ihm dann seinen Irrtum erklärte, fand Tschitscherin die deutsche Formel „sehr gut". Er fürchtete nur noch die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Boykotts gegen Rußland. Doch der Gaussche Entwurf sah auch hier vor, daß keines der beiden Länder sich einem gegen das andere gerichteten wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott anschließen würde, und Tschitscherin war beruhigt. „Im allgemeinen hatte ich den Eindruck", so summierte Stresemann das Ergebnis der Unterredung, „daß Tschitscherin von seinen Berliner Eindrücken sehr befriedigt war und daß der Alpdruck des gegen Rußland zusammengefaßten Kontinents von ihm geschwunden ist ... Die ganzen Verhandlungen vollzogen sich ... in sehr freundschaftlichen Formen und ließen deutlich den Charakter einer entspannten Lage erkennen." Eine ähnliche Entspannung sprach aus den Neujahrsglückwünschen Brockdorff-Rantzaus an Stresemann[105]:

„Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen!"
Entre poire et caviar dämmert mählich dies Erkennen.
Diwan, west- wie östlich, diene drum zum Pfühle,
Zu vermeiden jenen Platz, den verlockend bieten, zwei bekannte Stühle.

Aber es sollten doch noch vier weitere Monate vergehen, ehe die restlichen Differenzen zwischen den beiden Partnern ausgeglichen und der Berliner Vertrag unterzeichnet werden konnte. Neue Komplikationen erwuchsen am 13. Dezember aus der Verhaftung von drei deutschen „Konsularagenten" im Kaukasusgebiet wegen angeblicher Spionage[106]. Ein weiterer Grund für die Verzögerung war die deutsche

---

[103] „Nachlaß", 3113/7129/148109ff.: Aufzeichnung Stresemanns. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 535f.

[104] „Nachlaß", 3113/7129/148132ff.

[105] „Nachlaß", 3144/7324/160878f.

[106] Hilger a. a. O., S. 148ff.; „Nachlaß", 3113/7129/148117, 148129ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Befürchtung, daß der gedachte Vertrag mit Deutschlands Verpflichtungen als Völkerbundsmitglied unvereinbar wäre. Dies war besonders wichtig im Hinblick auf die Tatsache, daß ein Vertrag, um gültig zu sein, beim Völkerbund registriert werden mußte. Stresemann hatte hierauf bereits in der Unterredung vom 11. Dezember hingewiesen[107]. Am 12. Dezember hatte Rußland einen Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrag mit der Türkei abgeschlossen, dessen Gültigkeit sofort in der ausländischen Presse angegriffen wurde[108]. Am 30. Dezember teilte von Schubert Bratman-Brodowski mit, daß nach Deutschlands Ansicht „ein deutsch-russisches Neutralitätsabkommen mit den Völkerbundssatzungen nicht vereinbar sei"[109]. Der Staatssekretär übergab Brodowski deshalb eine Abschrift des Gausschen Entwurfs als Grundlage für die weiteren deutsch-russischen Verhandlungen.

Über die Schlußverhandlungen zum Berliner Vertrag ist sehr wenig bekannt. Stresemann scheint bis zuletzt gezögert zu haben, weil er der Ansicht war, die von Deutschland gewonnene Unabhängigkeit von Artikel 16 mache einen besonderen Vertrag mit Rußland überflüssig, und weil man nie wissen konnte, wie die Westmächte auf einen derartigen Vertrag reagieren würden[110]. Aber zu dem Druck der Russen (Tschitscherin sprach wieder von einer möglichen russisch-polnischen Verständigung)[111] kam jetzt noch das Drängen des Reichstags, wo man fürchtete, daß Locarno zu einer Entfremdung zwischen Deutschland und Rußland führen könne[112]. Am 24. Februar 1926 ließ sich Stresemann daher in einem Kabinettsrat die Vollmacht zum Abschluß eines Vertrages mit Rußland geben[113].

Der Vertragsentwurf, den das Auswärtige Amt an die Moskauer Botschaft schickte, bestand aus vier kurzen Artikeln und einem Protokoll[114]. Der erste Artikel stellte fest, daß der Vertrag von Rapallo die Grundlage der deutsch-russischen Beziehungen bleiben solle und daß die beiden Länder weiterhin über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen in freundschaftlicher Fühlung zu bleiben gedächten. Im zweiten Artikel versprachen sich die beiden Partner, im Falle eines unprovozierten Angriffs gegen einen der vertragschließenden Teile neutral zu bleiben. Da die Russen sich an dem Ausdruck „unprovozierter Angriff" stießen, wurde dieser Artikel schließlich geändert, so daß von einem Angriff „trotz friedlichen Verhaltens" gesprochen wurde. Der dritte Artikel wandte sich gegen jedweden wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott; und der vierte Artikel behandelte die Ratifikationsbedingungen und

---

107 „Nachlaß", 3113/7129/148079ff.

108 Hilger a. a. O., S. 146.

109 „Nachlaß", 3113/7129/148128.

110 Stresemann teilte dem französischen Geschäftsträger de Laboulaye am 22. Dez. mit, daß mit einem deutsch-russischen Vertrag zu rechnen sei: „Nachlaß", 3113/7129/148121.

111 Hilger a. a. O., S. 154, Anm. 8.

112 Hilger a. a. O., S. 146; Kochan a. a. O., S. 115f. Vgl. auch das „Iswestija"-Interview von Hoetzsch, Scholz und Graf Reventlow, in dem die Notwendigkeit eines „Rückversicherungsvertrages" nach Locarno ausgesprochen wurde: Osteuropa 1. Jahrg., S. 339.

113 „Nachlaß", 3145/7326/161386.

114 Hilger a. a. O., S. 146ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

legte die Vertragsdauer auf fünf Jahre fest. Dies war in der Substanz der Vertrag, wie er am 24. April unterzeichnet wurde[115].

Interessanter als der Vertragsentwurf selbst war jedoch das Protokoll (d. h. der Gaussche Entwurf), welches als Anhang dem Vertrag beigegeben werden sollte[116]. Im Laufe der Schlußverhandlungen wurde dieser Entwurf in einigen Punkten geändert und ergänzt[117]. In der offiziellen Fassung des Vertrages wurde aber das Protokoll durch einen Notenwechsel zwischen Stresemann und Krestinski ersetzt[118]. Der Text dieses Notenwechsels lehnt sich eng an den des Protokolls an, wobei jedoch wichtige Teile des Protokolls in dem veröffentlichten Notenwechsel ausgelassen wurden. Dies trifft vor allem auf den dritten Punkt des Notenwechsels zu, der sich mit Deutschlands Verpflichtungen gemäß den Artikeln 16 und 17 der Völkerbundssatzung befaßt. Ein Sanktionsverfahren nach diesen Artikeln, so sagt der Notenwechsel, käme nur im Falle eines sowjetischen Angriffs gegen einen dritten Staat in Betracht, und da Deutschland selbst über die Frage bestimmen könne, ob Rußland der Angreifer sei, könne es nicht gezwungen werden, an irgendwelchen antirussischen Maßnahmen auf Grund des Artikels 16 teilzunehmen. Soweit stimmen Notenwechsel und Protokoll überein. Doch letzteres geht dann noch weiter. Der Fall, „daß Deutschland in seiner Eigenschaft als Völkerbundsmitglied zuungunsten Rußlands in einen bewaffneten Konflikt hineingezogen werden könnte, den Rußland durch seinen Angriff gegen eine dritte Macht herbeigeführt hätte", wird hier in Anlehnung an die frühere Formulierung „als eine bloß theoretische Möglichkeit ohne realpolitische Bedeutung" angesehen. Das Protokoll fährt dann fort: „Im Zusammenhang mit dem vorstehend erörterten Falle haben die beiden Regierungen auch die sonstigen Kategorien von Fällen erwogen, in denen kriegerische Verwicklungen zwischen Deutschland und Rußland theoretisch denkbar wären, nämlich den Fall, daß Deutschland etwa seinerseits zum Angriff gegen einen dritten Staat schritte, ferner den Fall, daß Deutschland oder Rußland von einer dritten Macht angegriffen würde, und endlich den Fall, daß unmittelbar zwischen den beiden Ländern ein Konflikt entstünde. Beide Regierungen erkennen als eine selbstverständliche Folge des oben festgestellten Grundsatzes freundschaftlicher Verständigung die Verpflichtung an, in keinem dieser Fälle zu kriegerischen Maßnahmen gegeneinander zu schreiten oder, soweit dabei eine dritte Macht beteiligt ist, diese sonstwie zu unterstützen[119]." Das Gaussche Protokoll, mit dieser Proklamation einer absoluten Neutralität, ging daher sehr viel weiter als der veröffentlichte Notenwechsel zwischen Stresemann und Krestinski. Der Berliner Vertrag hätte natürlich weit größeres Aufsehen unter den Westmächten erregt, wenn er dieses Neutralitäts-

---

115 Hilger a. a. O., S. 150. Der Text des Vertrages findet sich in League of Nations, Treaty Series, 53. Bd. (1926), S 387ff.

116 Vgl. oben, S. 21.

117 Eine Gegenüberstellung von zwei Versionen des Protokolls findet sich in „Nachlaß", 3165/7415/175553ff.

118 League of Nations (vgl. Anm. 115), S. 390f.

119 „Nachlaß", 3165/7415/175558f.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

versprechen für den Fall eines Angriffskrieges ausgesprochen hätte. Die Frage, ob der Notenwechsel das Protokoll wirklich ersetzte, oder ob letzteres vielleicht getrennt unterzeichnet und dem Völkerbund vorenthalten wurde, kann erst nach Einsicht der Akten des Auswärtigen Amtes beantwortet werden[120].

Der deutsch-russische Neutralitätsvertrag wurde am 24. April 1926 in Berlin von Stresemann und Krestinski unterzeichnet. Die Tatsache, daß die Unterzeichnung kurz nach dem ersten und erfolglosen Versuch Deutschlands, in den Völkerbund einzutreten, stattfand, sieht Kochan als weiteres Beispiel für seine These an, daß Deutschland seine Mißerfolge im Westen durch Erfolge im Osten auszugleichen suchte[121]. Es fehlt jedoch jeglicher Beweis für einen derartigen Kausalzusammenhang[122]. Was den Ort der Unterzeichnung angeht, so verwarf Brockdorff-Rantzau Dirksens Vorschlag, daß der Vertrag in Moskau unterzeichnet werden solle. „Er wollte seinen Namen möglichst wenig mit dieser Angelegenheit verknüpft wissen[123]." Hilger dagegen spricht von der Enttäuschung des Grafen, daß der Vertrag nicht „Rantzau-Vertrag" genannt und von ihm und Tschitscherin in Moskau unterzeichnet wurde. „Trotz dieser Enttäuschung war die Unterzeichnung jedoch der Höhepunkt der Laufbahn des Botschafters . . ., und der Graf gab jetzt gerne zu, daß es falsch gewesen wäre, nach Locarno zurückzutreten[124]." Ohne Zweifel gebührte Brockdorff-Rantzau das Hauptverdienst am Zustandekommen des Vertrages[125], und sein Wunsch, diese Tatsache auch nach außen anerkannt zu sehen, ist durchaus verständlich.

Während der Berliner Vertrag starken Anklang in Deutschland fand, wo er weit populärer war als der Locarnopakt[126], brachte er große Beunruhigung in das Lager der Westmächte[127]. Stresemann mußte daher viel Zeit darauf verwenden, Ursprung und Zweck des Abkommens zu erklären. Deutschlands Politik, so argumentierte er, sei obwohl zweiseitig, deshalb keineswegs zweideutig. Der Vertrag sei „eher eine Selbstverständlichkeit als eine Sensation"[128].

Was Rußland betraf, so half der Berliner Vertrag das seit Jahren herrschende Mißtrauen gegenüber Deutschland zumindest vorübergehend zu besänftigen, so daß das Jahr 1926 mit Recht als der „Höhepunkt der deutsch-russischen Beziehungen"

---

120 Erdmann a. a. O., S. 143, übersieht die Diskrepanz zwischen Protokoll und Notenwechsel und kommt daher zu dem Schluß (S. 145), „daß Stresemann, was seine Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Westmächten angeht, mit völlig offenen Karten gespielt hat".

121 Kochan a. a. O., S. 115f.

122 Sowohl Stresemann wie Hilger streiten diesen Zusammenhang ab. Vgl. „Nachlaß", 3145/7326/161386; Hilger a. a. O., S. 147f.

123 Dirksen a. a. O., S. 77.

124 Hilger a. a. O., S. 150; vgl. auch Helbig a. a. O., S. 322.

125 Helbig a. a. O., S. 322; 326, Anm. 152; Laukhard a. a. O., S. 56.

126 Kochan a. a. O., S. 116, 118.

127 „Nachlaß", 3165/7415/175547ff.

128 „Nachlaß", 3145/7326/161378ff.; 161390ff.; Vermächtnis II, S. 504ff., 537ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bezeichnet worden ist[129]. Von hier an jedoch setzte dann wieder ein allmählicher Verfall dieser Beziehungen ein. Die Gründe hierfür waren sowohl allgemeiner wie spezifischer Natur. Zu letzteren gehörte die Entlassung (im Oktober 1926) des Generals von Seeckt, des Förderers der militärischen Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee, sowie die öffentliche Verurteilung dieser Zusammenarbeit in einer Reichstagsrede des sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann[130]. Das russische Mißtrauen erhielt bald darauf neue Nahrung durch das Thoiry-Gespräch zwischen Stresemann und Briand, obwohl, oder besser: weil über seinen Inhalt nichts Näheres bekannt wurde[131]. Das gegenseitige Mißtrauen wurde weiterhin wachgehalten durch periodische Gerüchte, daß der eine oder andere Partner einen Ausgleich mit Polen, meist auf Kosten Litauens, anstrebe[132]. Nach einer anonymen Aufzeichnung in Stresemanns „Nachlaß" schrieb Krestinski im Oktober 1926 an Litwinow, daß Deutschland immer auf seiten der Feinde der Sowjetunion stehen würde, solange Stresemann noch am Ruder sei[133]. Wenn diese Äußerung, falls echt, auch übertrieben war, so verspürt man aus verschiedenen Äußerungen Stresemanns doch auch weiterhin seine Abneigung gegen eine zu enge Anlehnung an die Sowjetunion[134].

Trotzdem erwies Deutschland seinem russischen Partner in den Jahren nach Berlin einige sehr wichtige Dienste, sowohl in Zeiten der Krise zwischen Rußland und den Westmächten (insbesondere England) als auch in den Versuchen einer russischen Annäherung an den Westen[135]. Dirksen charakterisiert Deutschlands Politik in diesen Jahren ganz richtig, wenn er sagt: „Es ist niemals unsere Absicht gewesen, uns ein Monopol auf die Freundschaft der UdSSR zu sichern. Wir haben uns im Gegenteil bemüht, unseren russischen Freund auch in die Gemeinschaft der Nationen zurückzuführen und die Verbindung wiederherzustellen, die durch den Ausbruch der Revolution und durch die Interventionskriege abgerissen war. Uns leitete dabei die Erwägung, daß die Sowjetunion als gleichberechtigter Partner der anderen Großmächte auch als Deutschlands Bundesgenosse für uns größeres Gewicht haben würde, und daß das weltweite Mißtrauen gegen eine angebliche deutsch-russische Verschwörung sich dann legen würde. Als zusätzliche Erwägung kam die Absicht hinzu, die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Rußland zu fördern; denn wir waren überzeugt, daß die Revolution in Rußland schließlich einmal versanden und einem normalen Zustand . . . Platz machen müsse[136]."

---

[129] Carr, German-Soviet Relations, S. 91. Kochan a. a. O., Kap. VII, dehnt diesen „Höhepunkt" über die Jahre 1926–1929 aus und übersieht den langsamen Verfall der deutsch-russischen Beziehungen nach 1926.

[130] Gatzke, Stresemann and the Rearmament of Germany, S. 59ff., 73ff.

[131] „Nachlaß", 3146/7332/162458: Aufzeichnung Stresemanns.

[132] „Nachlaß", 3147/7335/162940; 3167/7337/163495.

[133] „Nachlaß", 3147/7334/162770.

[134] „Nachlaß", 3167/7338/163659f.; 3173/7372/166872; 3115/7143/150222.

[135] Kochan a. a. O., S. 124ff., 127f.; Fischer a. a. O., II, S. 774f.

[136] Dirksen a. a. O., S. 82f.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland hoffte besonders auf die Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen mit Rußland, doch diese Hoffnungen wurden bitter enttäuscht. Hier lag ein weiterer Grund für die allmähliche Abkühlung des deutsch-russischen Verhältnisses. Im Juli 1926 gelang es nach langwierigen Verhandlungen, ein Abkommen über einen 300-Millionen-Kredit an Rußland zu unterzeichnen[137]. Doch folgte bald „eine Zeit wirtschaftlicher Ernüchterung"[138]. „Die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion", schreibt Hilger, „wurden erst nach der Weltwirtschaftskrise für die deutsche Wirtschaft wirklich bedeutend[139]." Zu dieser Zeit jedoch war Stresemann bereits tot.

Während Deutschland so einerseits von seinem Zusammengehen mit Rußand wenig Vorteile hatte, mehrten sich andererseits bald wieder die gewohnten Zwischenfälle, die schon in früheren Jahren das deutsch-russische Verhältnis so schwer belastet hatten[140]. Die ostentative Ehrung des deutschen Kommunistenführers Max Hölz durch die Russen[141] und besonders der berühmte „Donez-Prozeß" gegen fünf deutsche Ingenieure im Frühjahr 1928 leiteten „die schwärzeste Periode in den deutsch-russischen Beziehungen"[142] ein. Die schwebenden Verhandlungen wegen einer weiteren Anleihe an Rußland wurden sofort abgebrochen und erst im Herbst 1929 wiederaufgenommen[143]. Brockdorff-Rantzau litt besonders schwer unter diesen dauernden Krisen, die er, wie ihm eigen war, stets sehr persönlich nahm. Er hatte das Gefühl, daß Stresemann sich dabei nicht mit dem nötigen Nachdruck hinter ihn stellte; und während er noch Anfang 1927 in den wärmsten Tönen von seiner persönlichen Freundschaft für Stresemann geschwärmt hatte[144], erging er sich jetzt in den schärfsten Anklagen gegen den Außenminister, der bereit sei, das deutsche Volk „der Phrase des Friedens und der Eitelkeit eines Mannes" zu opfern. „Ich kann unter keinen Umständen", so schrieb er an seinen Bruder, „mit ihm weiter arbeiten[145]." Die Heftigkeit dieser Ausbrüche läßt sich zum Teil aus dem schweren Leiden des Grafen erklären, das er in loyaler Pflichterfüllung vernachlässigte und dem er am 9. September, kurz nach seiner Rückkehr aus Moskau, erlag. Stresemann hielt ihm eine seiner schönsten Gedenkreden[146].

Eine Woche nach Rantzaus Tod machte Tschitscherin beim Auswärtigen Amt Besuch[147]. Er fühlte sich „außerordentlich krank und elend" und trug sich mit dem Gedanken eines längeren Kuraufenthaltes in Deutschland. Der Tod des Grafen,

---

137 Fischer a. a. O., II, S. 703ff.; Dirksen a. a. O., S. 79ff.

138 Helbig a. a. O., S. 323.

139 Hilger a. a. O., S. 183ff.; vgl. auch Fischer a. a. O., II, S. 705ff.

140 Hilger a. a. O., S. 156f.

141 Scheffer a. a. O., S. 440.

142 Fischer a. a. O., II, S. 707, 772ff.; Kochan a. a. O., S. 134; Seibert a. a. O., S. 283ff.

143 „Nachlaß", 3149/7348/165258ff.; Str.s Bericht an den Auswärtigen Ausschuß des Reichstages. Gekürzt in Vermächtnis III, S. 343ff.

144 „Nachlaß", 3167/7337/163515ff.: B.R. an Str., 8. Jan. 1927.

145 Helbig a. a. O., S. 327.

146 Vermächtnis III, S. 480ff.

147 „Nachlaß", 3165/7415/175790.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sagte er, habe eine Lücke gerissen, die „schwer, vielleicht gar nicht zu schließen sei", und er fügte hinzu, „daß er noch niemals so besorgt und deprimiert über die Entwicklung des deutsch-russischen Verhältnisses gewesen sei wie jetzt"[148]. Im Januar 1929 unterzeichneten die beiden Länder einen Schlichtungsvertrag[149], wie er im Vertrag von Berlin vorgesehen war. Doch diese positive Note wurde bald durch weitere Feindseligkeiten der Russen gestört. Bei der Maifeier in Moskau griff Marschall Woroschilow die deutsche Regierung derart scharf an, daß Tschitscherin in einem Brief an das Politbüro „die völlige Zerstörung der deutsch-russischen Beziehungen voraussagte"[150]. Kurz darauf wurde er als Außenminister von Maxim Litwinow abgelöst.

Die „Schicksalsgemeinschaft" von Rapallo war damit endgültig zu Ende und lebte nurmehr als nüchterne „Zweckgemeinschaft" weiter. „Ich schätze unser Verhältnis zu Sowjet-Rußland nicht zu hoch ein", schrieb Stresemann kurz vor seinem Tode. „Aber es ist immerhin ein Atout in unserem Spiel, und es kann die Zeit kommen, wo im Zusammenhang mit Deutschland, dem leider für das Alleinvorgehen die Kapitalien fehlen, ein Aufbau Rußlands erfolgt, der für uns volkswirtschaftlich von Bedeutung sein kann[151]." Der Tod Stresemanns im Herbst 1929 fällt somit zeitlich mit dem Ende der „Ära von Rapallo" zusammen. Wenn man versucht, das Fazit dieser Jahre von 1923 bis 1929 zu ziehen, so überwiegen die Zeiten der Krise bei weitem die der Harmonie. Sowohl Tschitscherin wie Brockdorff-Rantzau hatten ihr Bestes getan, dem Geist „von Rapallo" Gestalt zu geben. Doch Tschitscherins Einfluß war selten ausschlaggebend in Rußland, und was Brockdorff-Rantzau anbetrifft, so war er nie in seiner Ostpolitik wirklich selbständig gewesen. „Es gibt keine Ostpolitik und Westpolitik", so erklärte Stresemann kurz nach Rantzaus Tod, „sondern nur eine Außenpolitik des Deutschen Reiches, die in der Hand des Reichsaußenministers liegt", und Graf Brockdorff-Rantzau hat nie gefordert, daß die Ostpolitik nur s e i n e Aufgabe sei[152].

Der einflußreichste Faktor in der deutschen Rußlandpolitik während der wichtigen Jahre von 1923 bis 1929 war somit Gustav Stresemann, und die Art, wie er seine Politik auf einem Gebiet durchzusetzen wußte, auf dem die Hauptlinien bereits vor seinem Amtsantritt festlagen, zeigt aufs neue die Stärke seines Einflusses und seiner Persönlichkeit. Was Stresemanns Haltung gegenüber Rußland betrifft, so war sie, wie dieser Aufsatz zeigt, sowohl realistisch wie folgerichtig. Den Begriff der Schicksalsgemeinschaft, mit seinen gefühlsmäßigen und historischen Hintergründen, gab es für ihn nicht mehr. 1925 war nicht 1813 – das Rußland Stalins und

---

[148] Dies widerspricht dem Bild der „harmonischen" Beziehungen, wie es Kochan a. a. O., S. 136, beschreibt.

[149] Dirksen a. a. O., S. 97f.

[150] Dirksen a. a. O., S. 98; Scheffer a. a. O., S. 445; Kochan a. a. O., S. 140, stellt dagegen fest, daß „Mitte 1929 der Höhepunkt der russisch-deutschen Harmonie war".

[151] „Nachlaß", 5101/7155/151953ff.: Str. an Paul Löbe, 19. März 1929.

[152] „Nachlaß", 5116/7149/151174f.: Nicht abgesandter Brief Str.'s an Fritz Matthäi, 23. Sept. 1928.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Trotzkis war nicht das Rußland der Zaren. Aber auch von einem bürgerlich-demokratischen Rußland erhoffte Stresemann nichts. Sowohl 1918 wie 1927 sprach er von Rußlands Bürgertum als Deutschlands größtem Feind[153]. Wie aber sah er die Zukunft Rußlands? Hierüber sprach er sich nie sehr klar aus. Er sprach wohl häufig von einer „Evolution" des Kommunismus, deren Ziel sein sollte, „aus Sowjetrußland einen Staat und eine Wirtschaft zu machen, mit der sich leben läßt"[154]. Stresemann war jedoch zu realistisch, um hierbei an eine Rückkehr in vor-revolutionäre Verhältnisse zu denken. Seine Hoffnung richtete sich vielmehr auf eine Mäßigung der russischen Innen- und Außenpolitik, um so eine friedliche und fruchtbare „Ko-Existenz" (wie wir heute sagen würden) zwischen russischem Sozialismus und westlichem Kapitalismus zu ermöglichen. Stresemann, in anderen Worten, glaubte, genau wie mancher Amerikaner später (z. B. der Botschafter Joseph E. Davies), an die Möglichkeit eines Ausgleichs zwischen Rußland und dem Westen. Den Weg zu diesem Ausgleich sah er in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. „Wir haben mit Rußland Kreditverhandlungen geführt", sagte er den Westmächten 1927, „und stehen mit ihm in einem regen Güteraustausch. Nicht nur weil wir ihn brauchen, sondern weil ich der Meinung bin, daß es notwendig ist, Rußlands Wirtschaft so eng mit dem kapitalistischen System der westeuropäischen Mächte zu verknüpfen, daß wir dadurch den Weg ebnen für eine Evolution in Rußland . . .[155]"

Das treibende Moment in Stresemanns Rußlandpolitik war daher stets die Hoffnung auf wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Frage war nur: wie ist diese Zusammenarbeit möglich mit einem Staat, dessen Hauptziel in der Entfachung der kommunistischen Weltrevolution besteht? Aus diesem Wissen um die ideologische Gefahr des Kommunismus stammte das retardierende Moment Stresemannscher Politik, das ihn von einem wirklich engen politischen oder militärischen Zusammengehen mit der Sowjetunion stets zurückhielt. Immer wieder betonte er, daß eine mit Deutschland verbündete russische Armee ihren Aufenthalt auf deutschem Boden dazu benutzen würde, Ostelbien zu bolschewisieren. Deshalb, und weil er die militärischen Fähigkeiten der Roten Armee sehr gering einschätzte, war er gegen ein deutsch-russisches Militärbündnis. Was jedoch nicht heißen sollte, daß die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee nicht zu Deutschlands Vorteil war.

Während Stresemann so Rußland gegenüber eine gewisse Distanz wahrte, war er sich, besonders zu Beginn seiner Amtszeit, durchaus der Möglichkeit einer Annäherung Rußlands an den Westen, besonders an Frankreich, bewußt. Deutschlands Position wäre dadurch merklich geschwächt worden. Doch statt der von Rußland vorgeschlagenen Alternative einer Ostorientierung der deutschen Außenpolitik nachzugeben, wählte Stresemann den schwierigeren aber lohnenderen Weg, engere Beziehungen mit dem Westen zu pflegen, unter Aufrechterhaltung guter Beziehungen mit dem Osten. Die Furcht vor einem russisch-französischen rapprochement ver-

[153] Gatzke, „Zu den deutsch-russischen Beziehungen", S. 94; „Nachlaß", 3167/7338/163660.

[154] Vermächtnis III, S. 151: Aufzeichnung Str.'s, 15. Juni 1927.

[155] Ebenda.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schwand dann nach Locarno und machte einem neuen deutschen Selbstbewußtsein Platz, demzufolge Stresemann Deutschlands Aufgabe als Mittler oder gar Brücke zwischen Ost und West sah.

Stresemanns Politik versuchte daher stets eine Mittelstellung zwischen den Alliierten und Rußland einzunehmen. „Deutschlands Mission in Europa", sagte er einmal, „ist, der große Neutrale zu sein." Er betonte gern, daß seine Rußlandpolitik keine Geheimnisse berge, daß er „stets mit offenen Karten spiele". Was den Wortlaut der Verträge von Locarno und Berlin betrifft, so gab es auch wirklich keinen Widerspruch zwischen ihnen. Das hat aber nicht den weitverbreiteten Verdacht verhindert, daß der Berliner Vertrag geheime Klauseln militärischer Art enthielt. Stresemanns „Nachlaß" gibt jedoch keinen Anhalt für diesen Verdacht. Hätten derartige Geheimklauseln bestanden, so hätten sie sich wohl in erster Linie mit dem „Zurückdrängen Polens in seine ethnographischen Grenzen" befaßt, von dem hier und da in den deutsch-russischen Besprechungen die Rede war. Daß die Revision der deutsch-polnischen Grenze eines der Hauptziele Stresemannscher Außenpolitik war, steht fest; doch scheint er diese Revision eher durch politische und wirtschaftliche als durch militärische Maßnahmen erhofft zu haben[156].

Aber selbst wenn der Berliner Vertrag kein geheimes Militärabkommen enthielt, so fragt sich doch, ob der Geist des Vertrages sich wirklich mit Stresemanns Locarnopolitik vertrug. Benutzte Deutschland, so müssen wir uns fragen, die ihm von den Westmächten gewährte Befreiung von den Verpflichtungen des Artikels 16, um Rußland eine bedingungslose Neutralität zu versprechen? Stresemann verneinte dies ausdrücklich. Wir sahen jedoch, daß in dem Protokoll, welches als Verhandlungsgrundlage für den Berliner Vertrag diente, Deutschland und Rußland sich versprachen, unter keinen Umständen gegeneinander Krieg zu führen. Da Rußland auf dieser bedingungslosen Neutralität bestanden hatte, die Formulierung des Protokolls jedoch von Deutschland stammte, fragt es sich, ob der offizielle Text des Berliner Vertrags und Notenwechsels auch wirklich das ganze Ausmaß des deutsch-russischen Neutralitätsversprechens umfaßte, oder ob es nicht daneben noch einen geheimen Zusatz über bedingungslose Neutralität gab.

Noch ein letzter Punkt in diesem Zusammenhang: In all seinen Beziehungen mit Rußland zeigte Stresemann weit weniger Initiative als in seinen Verhandlungen mit den Westmächten. Obwohl die Russen für die meisten der Zwischenfälle verantwortlich waren, welche die deutsch-russische Zusammenarbeit erschwerten, waren sie es doch, die gleichzeitig auf eine derartige Zusammenarbeit den größten Wert zu legen schienen. Dabei fanden sie Stresemann zwar stets aufnahmebereit, doch nie enthusiastisch. Verglichen mit Brockdorff-Rantzau war sein Herz nie im Osten. Seine persönliche Haltung den Sowjets gegenüber bewegte sich zwischen Neutralität und Abneigung, wobei er natürlich zu sehr Staatsmann war, um letztere je offen zu zeigen oder seine Politik von ihr beeinflussen zu lassen. Nur in seinen Marginalien und seinem Tagebuch machte er manchmal seinem Abscheu über die „Mörder" und „Heuchler" Luft, die in Rußland am Ruder seien.

[156] Vgl. die Besprechung von Stresemanns Polenpolitik in Erdmann a. a. O., S. 146ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KARL DIETRICH BRACHER

STUFEN TOTALITÄRER GLEICHSCHALTUNG: DIE BEFESTIGUNG DER NATIONALSOZIALISTISCHEN HERRSCHAFT 1933/34*)

Die Auflösung der Weimarer Republik und die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft ist als Gegenstand der Forschung in doppelter Hinsicht bedeutsam. Vom Blickpunkt der Zeitgeschichte gesehen, umfaßt das Geschehen dieser wenigen Jahre eine Periode des revolutionären Übergangs, die zum historischen Wendepunkt geworden ist. Sie schließt brüsk Deutschlands erstes demokratisches Experiment ab, und sie besiegelt zugleich ein Ordnungssystem, das dem folgenden Jahrzehnt schon die entscheidenden Züge aufprägte, mochten auch Vorkriegs- und Kriegsentwicklung dann noch wesentliche Momente der Steigerung und Intensivierung hinzufügen. Dieser historische Aspekt ist das eine. Vom Blickpunkt der politischen Wissenschaft betrachtet, bietet das erste Biennium nationalsozialistischer Herrschaft ein instruktives Beispiel für die politischen Mittel, die inneren und äußeren Mechanismen, den Stufengang totalitärer Gleichschaltung einer kulturell, wirtschaftlich, sozial und politisch differenzierten, hochentwickelten Gesellschaft. Mit dem doppelten Ansatz der Fragestellung ist eine enge Verknüpfung verschiedener wissenschaftlicher Betrachtungsweisen gekennzeichnet, die vom Gegenstand wie von der Methode her wissenschaftstheoretische Probleme aufwirft. Der scheinbar bruchlose Übergang von der parlamentarischen Demokratie zur totalen Diktatur zwingt schließlich auch zu einer Überprüfung des Legalitäts- und Revolutionsbegriffs. Ist doch den Vorgängen von 1933/34 ein revolutionärer Charakter ebenso entschieden zugesprochen wie abgesprochen worden.

1.

Die Berufung Hitlers zum Reichskanzler vollzog sich vor dem Hintergrund einer innenpolitischen Entwicklung, die in geradezu klassischer Weise den Desintegrationsprozeß einer parlamentarischen Demokratie westlicher Prägung demonstriert. Schon Entstehung und erster Ausbau der Weimarer Republik hatten im Zeichen einer Reihe von institutionell wie psychologisch schwach fundierten Notlösungen und Kompromissen gestanden, die von einem großen Teil der Bevölkerung nur widerwillig und unter dem Zwang der Verhältnisse hingenommen, von wichtigen Machtträgern ohne echtes Bindungsgefühl und demokratisches Integrationsbewußtsein für eigene Interessendurchsetzung benützt, von den betroffenen Gegnern auf der Rechten und Linken vollends mit prinzipieller Obstruktionshaltung beantwortet und bekämpft wurden. Der Weimarer Staat mußte mit einer Bewußtseinsstruktur rechnen, die nach der langen Gewöhnung an bequeme obrigkeitsstaatliche

*) Öffentliche Antrittsvorlesung an der Freien Universität Berlin (9. Juni 1955). Auf Belege wird verzichtet, da der Verfasser (im Anschluß an sein Buch über Die Auflösung der Weimarer Republik) eine ausführliche Studie über dies Thema vorbereitet.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verwaltung an Stelle demokratisch legitimierter Politik den plötzlichen und neuartigen Ansprüchen und Problemen einer parlamentarischen Republik ebensowenig gewachsen war wie dann den gesteigerten Belastungen im Verfolg der Weltwirtschaftskrise seit 1929. Die Gründe für den Zerfallsprozeß dieser Jahre werden immer von neuem diskutiert: nicht nur aus wissenschaftlichem Interesse, sondern auch – was auf die Diskussion nicht immer klärend wirkt – aus dem konkret politischen Interesse der Nachkriegszeit heraus.

Grundzug der Problematik ist, daß hier eine labile Bewußtseinsstruktur einer nicht minder labilen institutionellen Machtstruktur begegnete. Zu den wichtigsten Stationen dieser negativen Begegnung gehört – in abgekürzter Form aufgezählt – die Entmachtung des parlamentarischen Ordnungsaufbaus durch eine Entwicklung zum autoritären Präsidialsystem hin; bedingend dafür die strukturelle und koalitionstaktische Schwäche der demokratischen und halbdemokratischen Parteien; als Kehrseite der Aufstieg totalitärstaatlich gerichteter Massenbewegungen und die Militarisierung des politischen Raums im Sinne der außerparlamentarischen Aktion; dahinter die demagogisch-propagandistische Anfälligkeit vor allem der sozial bedrängten Mittelschichten; sehr wesentlich auch der zwiespältige Neutralismus einer der Republik weithin mißtrauisch gegenüberstehenden Bürokratie, die doch Rückgrat der Exekutive sein wollte; in allen Konflikten der überspannte Antagonismus wirtschafts- und sozialpolitischer Machtgruppen und die schwer durchschaubare Aktivität gewisser *pressure groups*; und schließlich die eigenwillige, autonomistische Sonderpolitik einer Reichswehr, die von den zivilen Machtträgern in einer Atmosphäre des Mißtrauens, der Distanz, nicht der kompromißbereiten Zusammenarbeit gehalten wurde.

Im Augenblick der krisenhaften Verschärfung dieser vielschichtigen Dynamik, die fast durchweg gegen die parlamentarische Demokratie als Sündenbock gerichtet war, begann dann auch der äußere Rahmen abzubröckeln und Stück für Stück einzustürzen. Dieser Augenblick war zehn Jahre nach Annahme der Weimarer Verfassung gekommen. Als um die Jahreswende von 1929/30 die letzte Mehrheitsregierung der Weimarer Republik in eine folgenschwere Krise geriet, war die erste Phase jenes Übergangsprozesses erreicht, der zwischen 1930 und 1934 von der parlamentarischen Demokratie zum totalitären Einparteienstaat führte.

Dieser erste Abschnitt, die Phase des Machtverlustes, reicht bis zu Brünings Sturz Ende Mai 1932. An ihrem Beginn steht das Auseinanderbrechen der Großen Koalition. Zweierlei Gründe haben zum Sturz der Regierung Müller geführt. Einmal der zum kompromißfeindlichen Bruch übersteigerte sozial- und wirtschaftspolitische Antagonismus der beiden Flügelparteien der Koalition: der SPD, hinter der die sozialistischen Gewerkschaften, und der Deutschen Volkspartei, hinter der wichtige Unternehmergruppen standen. Zum anderen der von Reichswehrführung und konservativen Ratgebern Hindenburgs verfolgte Plan einer Reform der Demokratie in Richtung auf eine vermeintlich effektivere autoritäre Präsidialregierung, die über den streitenden Parteien stehen, sich freilich deutlich nach rechts orientieren sollte. Das Ergebnis war die Regierung Brüning, die nun zwei Jahre lang in

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

steter Steigerung ihres autoritären Charakters mit präsidialen Notverordnungen nach dem berühmten Artikel 48 amtete. Das Moment des Machtverlusts lag sowohl in der immer stärkeren Ausschaltung der eigentlich demokratisch-parlamentarischen Organe wie in dem eng bürokratischen Charakter der Präsidialregierung beschlossen, die auf Reichspräsident und Reichswehr gestützt ihren eigenwilligen Weg ging, während ihr öffentliche Meinung und politische Stimmung der regierten Massen mehr und mehr entglitten. Und das angesichts einer wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Krise! Unmittelbare Folge war die expandierende Aktivität einer prinzipiell antirepublikanischen „Nationalen Opposition" mit dem Höhepunkt der Harzburger Tagung, und vor allem der fast hilflos hingenommene stürmische Aufstieg der NSDAP zur Massenbewegung. Als nach der Wiederwahl des 84jährigen Reichspräsidenten, die im Blick auf die folgenden Ereignisse nur einen Scheinsieg der Demokraten und gemäßigten Reformer bedeutete, die Regierung mit dem SA-Verbot endlich zu dem lange verzögerten Schlag gegen die NSDAP ausholte, wurde das Ausmaß des Machtverlusts schlagartig deutlich. Ohne Mitwirkung von Reichstag und Parteien, nicht zuletzt durch die intrigenreiche Aktivität von agrarischen und militärischen *pressure groups* um Hindenburg, wurde zuerst Groener als der Initiator des SA-Verbots, dann Brüning und mit ihm die demokratische Version des Präsidialsystems gestürzt.

Damit war im Mai 1932 eigentlich schon das Ende der parlamentarischen Demokratie erreicht. Es folgte eine Phase von intermediärem Zwischencharakter. Als eine unentschiedene wechselseitige Blockierung der Machtgruppen trägt dies Intermezzo der Ära Papen–Schleicher das Signum des Machtvakuums. Weder die ausmanövrierten demokratischen Kräfte noch die kompromißunfähigen totalitären Bestrebungen nationalsozialistischer bzw. kommunistischer Prägung noch auch das autoritäre Regime einer winzigen Minderheit vermochten über dies Machtvakuum wirkliche Kontrolle zu gewinnen. Auch Gewaltmaßnahmen wie der Preußen-Putsch vom 20. Juli 1932, weitergehende Staatsstreichpläne Papens, Regierungsgespräche zwischen Hindenburg und Hitler, stürmische Mißtrauensvoten des Reichstags und eine Serie von Parlamentsauflösungen und Wahlen änderten nichts an diesem Zustand der allgemeinen Lähmung angesichts einer scheinbar ausweglosen machtpolitischen Szenerie. Da kam im unerwartetsten Augenblick, an der Jahreswende 1932/33, als die NSDAP schon ihre ersten Wahlverluste erlitt und in eine ernste Krise geriet, der Durchbruch zu jener Phase der Machtergreifung, mit deren sukzessiven Stufen sich die weitere Betrachtung beschäftigen wird.

Der Hebel zu dem entscheidenden Umschwung lag gemäß der verfassungspolitischen wie der praktisch-psychologischen Entwicklung der vorangehenden Jahre bei Hindenburg; er konnte nach Lage der Dinge nur von Personen in Bewegung gesetzt werden, die zum innersten Kreis des Reichspräsidentenpalais gehörten und die Konstellation des Machtvakuums manipuliert hatten. Nachdem der vielgewandte General v. Schleicher selbst die Reichskanzlerschaft übernommen hatte und sich bei einem eigenen Zwischenlösungsversuch verbrauchte, der auf die Illusion einer Spaltung der NSDAP aufbaute, kam dafür neben dem präsidialen Adjutanten Oskar

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

v. Hindenburg und dem Staatssekretär Meißner vor allem der Exkanzler v. Papen in Frage, der seinem einstigen Freund und Gönner Schleicher einen Erfolg auf seine Kosten mißgönnte und aus politischem Ehrgeiz wieder ins Spiel kommen wollte. Hier liegt die historische Bedeutung der fast vierwöchigen geheimen Vermittlungstätigkeit, die Papen seit dem berühmten Kölner Treffen vom 4. Januar 1933 zuerst mit großindustrieller Unterstützung, dann mit Hilfe Ribbentrops und Oskar v. Hindenburgs zwischen Hindenburg und Hitler entfaltete. Angesichts der erdrückenden Beweislast neuerschlossener Quellen sowie der jüngst veröffentlichten Aufzeichnungen Ribbentrops kann die vehemente Apologetik der Papenschen Memoiren auch in diesem Punkte nicht mehr ernst genommen werden. Tatsache ist, daß eine vom Dilemma des Machtvakuums gelähmte und durch Wählerverluste, interne Konflikte und Finanzprobleme in ernste Krisen geratene NSDAP nun plötzlich – und für sie selbst überraschend – ins politische Spiel auf höchster Ebene eingeschaltet und dadurch der Bedrohung durch Schleichers Gegenpläne entzogen wurde.

2.

Entgegen landläufiger Meinung ist der 30. Januar aber eher ein Anfangs- als ein Enddatum. Machtergreifung im konkreten Fall der nationalsozialistischen Eroberung und Gleichschaltung des Staates bedeutet einen anderthalbjährigen Prozeß, dessen Endpunkt im Augenblick der schlüssigen Unterstellung des militärischen Machtfaktors und der Selbsterhöhung Hitlers zum Nachfolger Hindenburgs erreicht ist. Erst die Vereidigung der Wehrmacht auf die Person Hitlers und die durch Plebiszit pseudolegitimierte Vereinigung von Reichskanzler- und Reichspräsidentenschaft im August 1934 besiegelt endgültig die Zerstörung der Weimarer Verfassung, nachdem zuvor das Blutbad vom 30. Juni 1934 die Ablösung des Rechtsstaats durch den Führerstaat dokumentiert hatte.

Die erste Stufe dieses Prozesses umfaßt die Tätigkeit des Koalitionskabinetts Hitler, der sogenannten „Regierung der Nationalen Konzentration": also die Verschiebung, Eroberung und Befestigung der Macht, die politisch-legislative Ausschaltung aller Parteien und Machtgruppen außerhalb der NSDAP, die Verdrängung der bisherigen Elite und die Begründung des Einparteienstaats im Juli 1933. In ihrem Mittelpunkt steht das Problem einer nationalsozialistischen Revolution, das dann im Zusammenhang mit der Liquidierung der „Röhm-Revolte" ein Jahr später noch einmal aufbrechen und dann brutal im Sinne der Konsolidierung gelöst werden sollte. Die Übernahme und Befestigung der Macht vollzieht sich in zwar stürmischen und gewalttätigen, aber doch nur schrittweise verwirklichten Aktionen, die vielfach nachträglich juristisch getarnt oder abgeschirmt werden. Eine große Rolle spielt auch heute noch im apologetischen Schrifttum die These, Hitler sei „legal" zur Macht gekommen, was einen Widerstand auf konstitutioneller Grundlage erschwert, ja, unmöglich gemacht habe. In Wirklichkeit hat diese rein formalistische Einstellung zur pseudolegalen Taktik der NSDAP – Musterbeispiel für die Unterwanderung einer Demokratie – schon den Abwehrwillen der republikanischen Machtträger gelähmt und am 30. Januar zu der Fiktion geführt, ein regulär berufener Reichskanz-

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ler Hitler könne nicht zur Gefahr werden, wenn im Kabinett den nur drei Nationalsozialisten acht Konservative mit Hindenburgs Vertrauensmann Papen als Vizekanzler gegenüberständen. Das war der Sinn der deutschnationalen Illusion, man könne Hitlers Massenbewegung zähmen und für die eigenen Reformpläne einspannen – eine Illusion, die damals in der selbstbewußten Entgegnung Papens auf besorgte Zweifel ihren Ausdruck fand: „Sie irren sich, wir haben ihn uns engagiert".

Der wirkliche Charakter dieser Regierung enthüllt sich nur einer Analyse der realen Machtverhältnisse. Die nationalsozialistische Verfügung über Reichskanzlerschaft, Reichsinnenministerium, preußisches Innenministerium und – durch den willigen Blomberg – Reichswehrministerium bedeutet die Kontrolle über alle für eine totale Gleichschaltung bedeutsamen Schlüsselstellungen. Demgegenüber fallen die Ressorts für Wirtschaft, Arbeit, Äußeres, die in einem funktionierenden demokratischen Staatswesen wichtige Machtpositionen einschließen, überhaupt nicht ins Gewicht. Überdies findet die Fiktion der Legalität in der Person Hitlers und seinen oft genug ausgesprochenen Diktaturbestrebungen ihre deutlichste Grenze. Es ist bezeichnend, daß sich die nationalsozialistische Verfassungstheorie nachträglich gar nicht bemüht hat, den im tiefsten illegalen Charakter dieser Vorgänge zu verschleiern. So, wenn Ernst Rudolf Huber in seinem „Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches" 1939 unumwunden erklärt hat, daß die Legalität „nur die äußere Ordnungsmäßigkeit der Ereignisse" betreffe und „ihren wahrhaft revolutionären Charakter nicht in Frage" stelle. Denn Hitlers Ernennung, so betont dieser nationalsozialistische Verfassungsrechtler, „war selbstverständlich ‚legal' im Sinne der äußeren Buchstabentreue, aber niemand wird behaupten, daß es dem inneren Sinn der Weimarer Verfassung entsprochen hätte, daß hier ihr geschworener Feind an die Spitze des Reiches gestellt würde."

Die Grenzen einer rein formalistischen Betrachtung der „legalen" Machtergreifung, die nicht nur die Apologien Hauptbeteiligter wie Papen und Meißner, sondern auch formaljuristische Deutungen bis zur Gegenwart noch beherrscht, sind hier mit ebenso unmißverständlicher wie zynischer Offenheit gekennzeichnet. Es waren durchaus unverantwortliche, außerverfassungsmäßige Exponenten politischer und wirtschaftspolitischer Bestrebungen und Illusionen, die Hitler die Machtteilhabe eröffneten. Die verfassungsmäßig verantwortlichen Instanzen dagegen, vor allem die Parteien, der Reichstag und der Reichspräsident, ließen sich von diesen Vorgängen ausschalten oder irreführen.

Damit wird deutlich, daß das Legalitätsproblem nicht allein Gegenstand juristischer Verfassungsinterpretation sein, sondern nur unter Einbeziehung verschiedener Betrachtungsweisen hinlänglich umfassend und ohne perspektivische Verzerrung analysiert und beurteilt werden kann. Das heißt, daß die verfassungsrechtliche Würdigung der Ergänzung und Kontrolle durch soziologische, ökonomische, psychologische, ideologienkritische und allgemein historische Untersuchung im weitesten Sinne bedarf, soll sie nicht an der Oberfläche bleiben und damit den wahren Instrumentalcharakter des Verfassungswandels auf pseudolegalem Wege, jenes Grundprinzip der ganzen „nationalsozialistischen Revolution", an wichtigen

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Punkten verkennen. Ist es doch als Merkmal gerade dieser ersten Stufe festzuhalten, daß die neuen Herrschaftsträger bei der Beseitigung der Grundrechte, bei Massenentlassungen und Massenverhaftungen den Schein des Rechts mit allen Mitteln der Irreführung zu wahren suchten. Noch schien es angebracht, Ordnung und Legalität in den Vordergrund zu stellen. Weil Hitler wußte, daß plötzlicher Bruch der Gesetze und offene Gewalt die Unterstützung und Billigung einer Mehrheit nicht gefunden hätten, beschritt er einen Umweg: er suchte mittels demokratischer Scheinbeschlüsse, die durch die skrupellose Herbeiführung und Ausnützung staatlicher Krisenlagen suggestiv gelenkt und schließlich erzwungen wurden, das Recht, wenn auch gefesselt, auf seine Seite zu bringen. Ungleich wichtiger als die theoretische Betrachtung einer Anhäufung von Gesetzen und Verordnungen ist daher die eigentlich politisch-wissenschaftliche Frage, unter welchen konkreten Umständen und Absichten jene *leges*, jene Legalität, also zustande gekommen oder manipuliert worden sind. Wie unerläßlich dies ist, beweist auch die oft verzerrte Diskussion des Eidproblems im Zusammenhang mit der Widerstandsbewegung und dem 20. Juli 1944: auch hier verfälscht und verschleiert der einseitig formale Verweis auf den Wehrmachtseid vom August 1934 den wahren politischen Zusammenhang, den manipulierten, erzwungenen und rein einseitig gefaßten Charakter dieser Eidesleistung.

Solche methodologischen Gesichtspunkte sind deshalb so nachdrücklich hervorzuheben, weil der Prozeß totalitärer Gleichschaltung, die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft, sich gerade vornehmlich mit Hilfe jener legalistischen Verschleierungstechnik vollzogen hat, der sich auch heute noch ein gut Teil des Schrifttums allzu bereitwillig oder allzu buchstabengläubig unterwirft. In Deutschlands politischem Raum dominierte eine ungebrochene obrigkeitsstaatliche Tradition und ein erfahrungsgesättigtes Mißtrauen gegen die offene Revolution, verbunden mit einem Bedürfnis nach Ordnung und Sicherheit auch um den Preis der Freiheit; auch die nationalsozialistische Umsturzbewegung war nach dem Mißlingen ihres Putsches von 1923 auf diesen Weg der pseudolegalen, der halben Revolution gewiesen. Hier viel eher als in der marxistisch-soziologischen These vom reaktionären Charakter des Nationalsozialismus liegt die Erklärung für die betont legalistische Fassade der Gleichschaltungspolitik. Denn tatsächlich hat der Obrigkeitsstaat des „Dritten Reiches" nur in einer äußerlich psychologischen Affinität, kaum aber seiner totalitären Grundstruktur nach mit der absoluten oder halbabsoluten Monarchie vorrepublikanischen Angedenkens etwas gemein. In ihren Manipulationsformen wie in ihrer tatsächlichen Machtstruktur unterscheiden sich kommunistische und nationalsozialistische Herrschaftsform keineswegs so grundlegend, wie es die auch von westlich-marxistischer Seite verfochtene Gegenüberstellung von „revolutionärer" und „reaktionärer" Diktatur will.

3

Für den hier umrissenen Sachverhalt ist in der ersten Stufe der Machtergreifung vor allem die Problematik um das sogenannte Ermächtigungsgesetz charakte-

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ristisch. Auch die heutige Diskussion wird noch weitgehend von dem Mißverständnis beherrscht, dies „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" sei das entscheidende Ereignis – und also das Versagen der demokratischen Parteien vor ihrer parlamentarischen Verantwortung. In Wirklichkeit hat die vieldiskutierte Reichstagsentscheidung vom 23. März 1933 nur noch formale Bedeutung, liefert nur die legalistische Staffage für jene Ausschaltung der Verfassung, die Hitler schon drei Wochen zuvor mit den zwei entscheidenden Verordnungen vom 28. Februar („zum Schutz von Volk und Staat" und „gegen Verrat am deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe") erreicht hatte.

Zweierlei ist bemerkenswert an diesen beiden sogenannten Reichstagsbrandverordnungen, die praktisch die Verfassung durch den permanenten Ausnahmezustand ersetzt und gesetzgeberisch wie politisch den großen Rahmen für Gleichschaltung und Dauerterror geschaffen haben. Einmal können sie formal so direkt an die Notverordnungstradition der Weimarer Republik anknüpfen, daß die Beseitigung der demokratischen Verfassung mit Hilfe eines einzigen strapazierten Artikels eben dieser Verfassung die Absurdität der ganzen vorangegangenen Notverordnungsgesetzgebung nach Artikel 48 erweist. Liegt schon hierin eine beherzigenswerte Lehre auch für alle gegenwärtigen Notstandserwägungen, so gilt dies in erhöhtem Maße für die eigentlich politischen Aspekte jener Verordnungen. Ihre bleibende Bedeutung für das Gefüge des „Dritten Reiches" geht schon aus der Tatsache hervor, daß auf ihrer Grundlage bis 1945 hin noch ein großer Teil der Todesurteile gegen die Männer des Widerstands erfolgte: der nationalsozialistische Staat blieb damit bis zu seinem Ende auch ganz formal auf ein Ausnahmerecht gegründet, das durch eine politische Manipulation grandiosen Stils zustande gekommen war.

Denn dieser zweite, der politische Aspekt ist auch für die Beurteilung des Reichstagsbrands selbst von entscheidender Bedeutung. Wenngleich heute noch weithin bezweifelt wird, daß dies Ereignis von nationalsozialistischer Seite bewußt inszeniert wurde, so ermöglichen doch verschiedene Indizketten seine schlüssige Einordnung in die Gesamtentwicklung. Dazu gehören die Umstände des Feueralarms und der ersten Untersuchungen sowie der fragwürdige Verlauf des späteren Prozesses, vor allem aber die schlagartig verstärkte Verhaftungs- und Verbotswelle – und dies unmittelbar vor der Reichstagswahl des 5. März. Den bekannten Indizien sei noch die Tatsache angefügt, daß der zuständige Oberbranddirektor von Groß-Berlin, Dipl.-Ing. Walter Gempp, ein international renommierter Fachmann, der kurz zuvor von Hindenburg selbst höchste Anerkennung empfangen hatte und im übrigen der Deutschen Volkspartei, also keineswegs der Linken nahestand, auf Grund schlüssiger Sofortuntersuchungen am Brandort die Möglichkeit einer kommunistischen Brandstiftung oder gar einen Einzelakt van der Lubbes – auf den sich später der Prozeß beschränkte – für ausgeschlossen erklärt hatte. In einer Besprechung mit Inspektoren und Brandleitern kam er sogleich zu einer entschiedenen Korrektur der offiziellen Verlautbarung, wobei er besonders feststellte, daß die Feuerwehr zu spät alarmiert worden sei und seltsamerweise bereits SA-Leute angetroffen habe, daß

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihm ferner Göring die Verkündung der vollen Alarmstufe und den Einsatz aller Kräfte zunächst ausdrücklich verboten habe, und daß schließlich in unzerstörten Zimmern des hermetisch abgeriegelten Reichstagsgebäudes noch Brandstiftungsmaterial im Umfang einer Lastwagenladung gefunden worden sei, was alles gegen die behauptete kommunistische Brandstiftung spreche. Die Folge war eine energische Unterdrückung seiner Gutachten und Gempps fristlose Absetzung. Als er im Reichstagsbrandprozeß bei seinen fachlich und sachlich erhärteten Aussagen blieb, verfiel Gempp langwieriger Haft und Verhören; kurz vor neuen Verhandlungen wurde er am 2. Mai 1939 in seiner Zelle erdrosselt aufgefunden[1].

War so ganz offensichtlich der lästigste Gegenzeuge gegen die offizielle Begründung des Ausnahmezustands beseitigt, so machte schon die schlagartige Ausnützung der Reichstagsbrand-Konstellation deutlich, wie willkommen sie den Machthabern war. Wie immer man die umstrittenen Einzelheiten des Brandes beurteilen mag, an seinem Instrumental- oder Manipulationscharakter dürfte für eine politisch-wissenschaftliche Gesamtbeurteilung kein Zweifel bestehen. Der Zusammenhang verdiente ausführlichere Beachtung – nicht nur wegen seiner unabsehbaren Bedeutung für die legalistische Verbrämung der totalen Unterwerfungspolitik bis 1945; er ist auch von allgemeinem, nicht zuletzt methodologischem Interesse für eine auf die Entschleierung totalitärer Manipulationsformen gerichtete Politikwissenschaft. Denn eher als sonst vermag hier die Analyse auch hinter die bloßen Ereignisse in die hermetisch verschlossene, von allen gefährlichen Zeugen gesäuberte Wirklichkeit totalitärer Legalitätstaktik einzudringen.

Die Betrachtung muß sich jedoch auf die Profilierung jener Entwicklungsmomente beschränken, die zum Schwerpunkt der Fragestellung selbst führen. Es bleibt festzuhalten, daß nach den Gleichschaltungsvorbereitungen des Februar 1933 die beiden Notverordnungen vom 28. Februar zur wichtigsten Grundlage für die Umsetzung der „nationalen Erhebung" in eine nationalsozialistische Herrschaftsordnung werden. Hier ist der Ausnahmezustand permanent legalisiert, sind die grundrechtlichen Freiheiten dem Belieben einer kontrollfreien Staatsführung unterworfen, ist nach dem fatalen Vorbild des Papenschen Preußenputsches vom 20. Juli 1932 die bundesstaatliche Struktur durch eine praktisch unumschränkte Eingriffsbefugnis in Länderrechte beseitigt und damit die unmittelbar folgende Gleichschaltung der Länder zu Reichskommissariaten und dann Statthaltereien schon besiegelt. Der intensive Druck auf die Bevölkerung, die auch in den schon stark manipulierten Wahlen vom 5. März noch mit Mehrheit für nichtnationalsozialistische Parteien stimmt, verstärkt sich mit der Errichtung des Goebbelsschen Propagandaministeriums am 11. März; er gewinnt, während die Verhaftungen politischer Gegner fortgehen und die Säuberung der Bürokratie anläuft, mit der Reichstagseröffnung in Potsdam am 21. März die feierlich-mythische Verklärung

[1] Zum vorstehenden bezieht sich der Verfasser in der Hauptsache auf Auskünfte des Sohnes von Oberbranddirektor Gempp. Vgl. bereits „Das Gewissen steht auf", 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945, gesammelt von Annedore Leber, herausg. in Zusammenarbeit mit W. Brandt und K. D. Bracher, Frankfurt 1954, S. 106f.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eines nationalen Aufbruchs im Zeichen Friedrichs des Großen und Hindenburgs; und er enthüllt in den ersten Verboten des scheinbar doch verbündeten Stahlhelms sein wahres, den deutschnationalen Partner desavouierendes Gesicht, nachdem einmal unter Terrordrohung und vagen Versprechungen der Reichstag das Ermächtigungsgesetz angenommen hatte, alle parlamentarischen Instanzen ausgeschaltet waren und der Bundesgenosse von Harzburg endgültig überflüssig erschien.

Auch die „Gleichschaltung der Länder", wie gerade die offizielle nationalsozialistische Terminologie die vielfach gewalttätige und unter tumultuarischen Umständen durchgesetzte Ablösung der regionalen Machtträger bezeichnete, wurde schon im März und April 1933 durch eine weiter intensivierte Verordnungsaktivität legalisiert; sie entzog allen demokratischen oder auch monarchistischen Gegenplänen die Grundlage. Die darin angebahnte Gleichschaltung der staatlichen Verwaltung überhaupt erreichte, nachdem Hitler schon am 23. März offen vor dem Reichstag die Gleichschaltungsparole ausgegeben hatte, ihren ersten großen Höhepunkt mit dem zentralen Gesetz vom 7. April 1933, das in zynischer Verkehrung seines Zweckes als „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" erlassen wurde. Es mußte – in vielen Fällen nachträglich, auch hier wieder die *iustificatio post eventum* – eine scheinrechtliche Begründung liefern für die willkürliche Entlassung nicht nur „nichtarischer", sondern überhaupt aller Beamten, die „nach ihrer bisherigen politischen Tätigkeit nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten". Damit konnte nach Belieben jede staatliche Personalpolitik gedeckt werden.

4.

Dies Wechselspiel von revolutionärer Gleichschaltung und scheinrechtlicher Legalisierung bestimmt den Rhythmus der ganzen folgenden Konsolidierungspolitik. Ein struktureller Einschnitt, zugleich das Ende der ersten Stufe, ist im Juli 1933 mit der teils erzwungenen, teils selbsttätigen Auflösung aller Parteien außer der NSDAP erreicht. Auch dieser Akt wird nachträglich durch das Verbot jeder künftigen Parteineugründung gewissermaßen legalisiert; er besiegelt den Einparteienstaat. Nachdem zuvor mit der Unterstellung des Stahlhelms unter Hitler, der Zerschlagung der Gewerkschaften und der partiellen Gleichschaltung der standes- und wirtschaftspolitischen Spitzenverbände die politische Spontaneität außerparlamentarischer Gruppen blockiert war, steht die zweite Stufe der Machtbefestigung im Zeichen des Ausbaus der errungenen Positionen. Ihr Ziel ist die Gewinnung oder enge Eingrenzung aller von der „ersten Revolution" nicht direkt erfaßten Institutionen und Personen im politisch-sozialen Grenzgebiet, die wohl eine zeitlich begrenzte Diktatur, nicht aber eine totale Herrschaftsordnung auf Dauer tolerieren konnten.

Das bedeutet vor allem eine Verschärfung und erste Institutionalisierung der Kontrollen über die Bereiche des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenlebens, der Kultur und der Kirchen. Schon am 23. März hatte Hitler vor dem Reichstag ausdrücklich die einheitliche Ausrichtung des kulturellen und völkischen Lebens

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

postuliert und dem zunächst die großen Wirtschaftsverbände der Industrie, des Handwerks, der Landwirtschaft, der Arbeitnehmer, gleichzeitig, mit der Berufung seines Propagandaministers, die großen Organe der öffentlichen Meinungsbildung unterstellt; jetzt verstärkt sich mit dem Ausbau der gelenkten Kulturkammern auch der Griff nach den Schriftstellern, die nicht schon bei den ersten Bücherverbrennungen und Ausbürgerungen erfaßt worden waren. Vor allem aber zeichnet sich immer deutlicher die Tatsache ab, daß der geradezu positive Waffenstillstand, den die NSDAP in den Anfangsmonaten mit der durch ein bald durchlöchertes Konkordat beruhigten katholischen wie mit der weitgehend noch deutschnational profilierten protestantischen Kirche einhielt, einer wachsenden Aktivität zur institutionellen und ideologischen Kontrolle dieser noch unabhängigen Großorganisationen Platz machte.

Der Verlauf des Kirchenkampfes in seinem überaus komplizierten Anfangsstadium ist inzwischen so weit überschaubar geworden, daß in den wachsenden Konflikten zugleich die Richtung des Gleichschaltungsprozesses auf dieser zweiten Stufe sichtbar hervortritt. Zugleich freilich auch seine Grenzen: denn gerade der unaufhaltsame Gewichtsverlust der zunächst dominierenden Deutschen Christen und schließlich das Scheitern der Bemühungen um einen nationalsozialistischen Reichsbischof bezeichnen den ersten Rückschlag der Gleichschaltungstechnik. Ein erster fühlbarer Widerstand von ausgreifender Wirkung findet hier seinen Ansatzpunkt. Für die Frage nach den Grenzen der totalen Machtbefestigung und den Beginn einer Widerstandsbewegung ergibt sich daraus die wichtige Einsicht, daß es neue antitotalitäre Impulse und Bewegungen sind – und weniger eine Kontinuität demokratischer Gruppen auch über Kapitulation und Verbot hinaus –, die sich einer mit allen Mitteln moderner Staatsmanipulation betriebenen totalen Gleichschaltung zu entziehen vermögen. Denn dies gilt ja nicht nur für den Raum der Kirchen, es sollte später auch für den Raum des Militärs gelten, das doch nach Tradition und politischer Rolle keineswegs zu den Stützen demokratischer Staatsgesinnung und Staatspraxis zählen konnte.

Zunächst freilich läuft die Entwicklung gerade in diesem Bereich umgekehrt. Denn für den hier betrachteten Prozeß ist es von entscheidender Bedeutung, daß mit der Ablösung Hammersteins durch Fritsch als Chef der Heeresleitung an der Jahreswende 1933/34 und mit der Hitlerhörigkeit Blombergs die Wehrmacht noch williger als nach der Ausschaltung Schleichers mit Hitler zusammenarbeitet. Der Interessenzusammenhang ist hier besonders deutlich. Das alte Ziel einer Vergrößerung der Armee trifft sich mit den nationalsozialistischen Aufrüstungsplänen. Nachdem Staat und Partei im Einparteienstaat ihre scheinbar unauflösliche Verbindung eingegangen waren (besonders legalisiert im Reichsgesetz „zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" vom 1. Dezember 1933), betreibt Hitler verstärkt die Einordnung und Instrumentalisierung der Wehrmacht, indem er diesen eigentlich letzten nicht-nationalsozialistischen Machtblock entgegen dem Anspruch seiner SA in geschickter psychologischer Wendung zum „einzigen Waffenträger der Nation" deklariert.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

5.

Die dritte Phase der Machtbefestigung knüpft seit Anfang 1934 an diese Problematik an. Diese Stufe steht damit zugleich im Zeichen innerer Machtkonflikte zwischen den Herrschaftsträgern selbst. Es ist ein Prozeß, den man nach einem grundlegenden Aufsatz von Hermann Mau und Helmut Krausnick als „Zweite Revolution" bezeichnen könnte. Ihr Hintergrund ist, daß die „Revolution" des Jahres 1933 – wenn man diesen Begriff auf das Wechselspiel von Gleichschaltung und Legalisierung anwenden will – zur Eroberung und ersten Sicherung der politischen Macht, zugleich aber zu erheblichen Spannungen im teilverwirklichten neuen Herrschaftsgefüge geführt hatte. Seine endgültige Befestigung im Sinne des totalen Führerstaates erforderte die Beendigung jenes revolutionären Vorprellens, das der NS-Führung die Kontrolle der eigenen Kräfte oft überaus erschwert hatte und jetzt durch den perfekten scheinlegalen, wenngleich nicht minder brutalen Gleichschaltungsprozeß allein von der Zentrale her ersetzt wird.

Es ist die für jeden revolutionären Ablauf bezeichnende Stufe der Reinigung oder Säuberung, die sich nun gegen die unbefriedigten Revolutionäre der Partei richtet, an ihrer Spitze die SA-Führung, die besonders Hitlers Kompromißtaktik gegenüber der Wehrmacht aus Konkurrenzgründen mißbilligt. Ein Schlag gegen sie gewährt aber zugleich die Gelegenheit zur Unterwerfung oder Liquidierung der einstigen Verbündeten, die inzwischen ihren Optimismus hinsichtlich eines „Abwirtschaftens" oder einer Zähmung der NSDAP betrogen sahen, oder auch mißliebiger, der Spaltungsabsicht verdächtiger Parteigenossen. Die dramatische Vorgeschichte des 30. Juni ist ein noch keineswegs ausgeschöpftes Lehrbeispiel für die Technik totalitärer Machtbefestigung; nämlich, rivalisierende Machtgruppen gegeneinander auszuspielen und dadurch als *supremus arbiter* absolute Kontrolle über beide zu gewinnen. Die Art, wie Hitler die Gegensätze durch pseudolegale und opportunistische Motive manipuliert und durch wechselnde Benutzung und Abstoßung konkurrierender Machtträger wie Wehrmacht, SA und SS seine persönliche Macht zu steigern vermocht hat, ist für die weitere Innenpolitik des „Dritten Reiches" überhaupt von entscheidender Bedeutung geworden. Es ist das Ergebnis dieser im Blutbad vom 30. Juni gipfelnden Machtstrategie, daß nun mit der feierlich proklamierten Liquidierung der Revolution zugleich die Voraussetzung für die endgültige Legalisierung des totalen Führerstaates geschaffen ist.

6.

Diese vierte Stufe, die Institutionalisierung der NS-Herrschaft, beginnt recht eigentlich mit der Sitzung des gleichgeschalteten Reichstags am 13. Juli 1934, als Hitlers nachträgliche Rechtfertigung der angeblich 77, in Wirklichkeit mehrhundertfachen Morde ohne Gerichtsverfahren widerspruchslos akzeptiert, auch diese Aktion nachträglich legalisiert und von dem bekannten Staatsrechtler Carl Schmitt in einem Aufsatz des Titels: „Der Führer schützt das Recht", gefeiert wurde. Wie Hitler hier als einzige Quelle des Rechts auftritt, so war der Staat auch nach formaler Legalisierung allein noch im Willen des Führers verankert, als Hindenburg in einer

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gewiß schwerwiegenden Koinzidenz der Umstände am 2. August starb. Der 86-jährige Reichspräsident, von dem die konservativen Planer der „nationalen Revolution" eine Begrenzung ihres Experiments und Schutz gegenüber nationalsozialistischen Totalitätsgelüsten erwartet hatten, hatte sich längst mit schwindenden Kräften auf sein ostpreußisches Gut zurückgezogen, war abgeschnitten von der politischen Wirklichkeit und umstellt von Hitler ergebenen Beratern; seine zum Mythos erhobene Gestalt lebte nur noch für die Schaustellungen des „Dritten Reiches", zur national verbrämten Rechtfertigung des halbverhüllten Terrors.

Aber wichtigster Ertrag seiner Taktik ist, daß Hitler jetzt Kontrolle nicht nur über eine dezimierte SA, sondern ebenso über die scheinbar siegreiche Wehrmacht gewinnt. Auf der einen Seite wird die SS am 20. Juli 1934 zur selbständigen Organisation erhoben, also aus dem Verband der SA emanzipiert und damit schon in eine Position versetzt, die sich im Laufe der weiteren Entwicklung als politisch bedeutsame Konkurrenz der Wehrmacht erweisen sollte. Zum anderen erfährt jetzt diese Wehrmacht selbst ihre faktische Gleichschaltung, indem sie noch am Todestage Hindenburgs die Vereidigung nicht nur auf den nationalsozialistischen Staat, sondern auf Hitler persönlich hinnimmt. Es war ein Eid, der „bei Gott" geschworen, gleichzeitig aber über alle historischen Eidesformeln hinaus dem Führer nicht nur Gehorsam, sondern „unbedingten Gehorsam" zugestand, ohne daß Hitler als Eidnehmer – wie das doch innerstes Wesen des zweiseitigen, persönlichen Eides ist – den Eidleistenden gegenüber irgendeine Schutzverpflichtung und Bindung an eine sie repräsentierende Verfassung oder gar an Gott anerkannte. Daß dann mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und also mit schärfster Strafdrohung vollends jede Freiwilligkeit in der Eidesleistung illusorisch wird, verdeutlicht nur noch ihre Fragwürdigkeit und also auch die Fragwürdigkeit einer Berufung auf diesen Eid, wie sie die Kritiker der militärischen Widerstandsbewegung noch heute festhalten. Auch dieser Akt ist wohl ins Gewand der Legalität gehüllt, aber überdies zutiefst verfassungswidrig, weil er nachweislich vor Hindenburgs Tod schon beschlossen und unter Verletzung aller Bestimmungen über die Nachfolge des Reichspräsidentenamts – die bis zur Neuwahl nach der Verfassung dem Reichsgerichtspräsidenten, nicht dem Reichskanzler zufiel – vor der manipulierten „Volkswahl" Hitlers zu Hindenburgs Nachfolger am 19. August vollzogen wurde. Es ist nur Ausdruck der tatsächlichen Machtlage, daß anschließend auch die Wehrmacht am Nürnberger Parteitag der NSDAP vom September 1934 teilnahm.

Mit dem Höhepunkt der Wehrmachtsvereidigung und der Vereinigung des Reichskanzler- und des Reichspräsidentenamtes führt diese Stufe der Institutionalisierung von den dramatischen schlußrevolutionären Akten zur Szenerie der beharrlichen innenpolitischen Konsolidierung des totalen Führerstaates über. Sein Werkzeug sind die schweigsam gehandhabten Konzentrationslager, die in den ersten Wochen der Machtergreifung nur zu vorübergehender Ausschaltung unbequemer Gegner bestimmt scheinen, nun aber neben der Gestapo zu unentbehrlichen, ständig erweiterten Institutionen werden. Eigentlich bis zum Beginn des geradezu automatischen Ausbruchs in außenpolitische Abenteuer seit 1937/38 liegen die einzigen

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ernsthaften Schwierigkeiten im wachsenden kirchlichen Widerstand. Charakteristischer Zug dieser Konsolidierungspolitik, dieser auf allen staatlich-gesellschaftlichen Gebieten praktizierten Herrschaftstechnik ist das Ineinandergreifen von zentralistischer Lenkung und Befehlsübermittlung einerseits, von verhüllender und verschleiernder Delegation und Parallelschaltung der Verantwortungen anderseits. Der Antagonismus der Machtfunktionen ist einzig in der omnipotenten Schlüsselstellung des Führers aufgehoben. Gerade darin aber, nicht im Funktionieren des Staates *per se* liegt die tiefste Absicht der keineswegs perfekten Gleichschaltung. Denn die Schlüsselstellung des Diktators ist gerade in dem unübersichtlichen Nebeneinander und Gegeneinander der Machtgruppen und persönlichen Bindungen begründet. Auf dieser Verflechtung beruht auch die steigende Wirksamkeit der Kontroll- und Zwangsinstanzen im totalen Polizeistaat.

Freilich bleibt damit auch ein ständiges Problem und inneres Gefahrenelement dieser Herrschaftsstruktur bestehen: im Fall des nationalsozialistischen Einparteienstaats zunächst der latente Dualismus von Staat und Partei, der teils bewußt als Mittel zur Beherrschung gefördert und institutionalisiert wird, teils aber eben auch als unvermeidbar hingenommen werden muß. Hier genüge abschließend die Feststellung, daß es keineswegs – wie die landläufige Meinung trotz den jüngsten Erfahrungen faschistischer und sowjetischer Prägung noch immer geht – eine reibungslosere staatliche Effektivität, sondern eine künstliche, in Wirklichkeit unendlich verlustreiche Zwangsordnung ohne rechtliche Kontrollierbarkeit der Machtträger seitens der Beherrschten ist, durch die sich der totale Staat von der scheinbar so viel schwerfälligeren, in Wirklichkeit aber organischer ausbalancierten Kompromißordnung der rechtsstaatlichen, parlamentarischen Demokratie wesenstief unterscheidet. Und man müßte die Einsicht hinzufügen, daß – wie die rasche Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft beweist – im Zeitalter der Massendemokratie der Kampf gegen den totalen Staat vor dessen erstem Griff nach der Macht geführt werden muß, und daß der Diktator nur vor der Schwelle zur Herrschaft, nicht mehr im Raum einer vermeintlich abgesicherten Machtteilhabe abgefangen werden kann. Daß dies Vorwissen nicht auf politisches Gefühl und Instinkt allein angewiesen bleibt, ist nicht zuletzt Anliegen einer politisch-wissenschaftlich fundierten Zeitgeschichte. Denn sie will die Erfahrungen auch einer jüngsten Vergangenheit aus dem Bereich der Ressentiments, der Anklage oder aus bequemem Vergessen ins Licht des sicheren Bewußtseins heben und für das staatsbürgerliche Verantwortungsgefühl in Gegenwart und Zukunft fruchtbar machen.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS VON RIMSCHA

PAUL SCHIEMANN ALS MINDERHEITENPOLITIKER

Die in den dreißiger und vierziger Jahren fast vergessene, bzw. absichtlich totgeschwiegene Nationalitätenbewegung und die damit zusammenhängende Problematik ist erst in den letzten Jahren wieder in ihrer Bedeutung für die Zeit zwischen den Weltkriegen erkannt worden. Ihrer Erforschung stehen allerdings ungewöhnlich große Schwierigkeiten im Wege, vornehmlich infolge des Mangels an zuverlässigen Quellen.

Dieser Umstand ist nicht nur durch den kriegsbedingten Verlust von dokumentarischen Unterlagen zu erklären, sondern im hohen Grade auch durch das Wesen dieser Politik. Sie war ganz und gar unbürokratisch und hat infolgedessen auch wenig aktenmäßigen Niederschlag gefunden. Eine solche, ganz auf das Zusammenspiel einzelner führender Persönlichkeiten abgestimmte Handlungsweise entsprach im besonderen Maße der für die politische Ideologie und wahrscheinlich auch für die praktische Leitung dieser Bewegung wichtigsten Persönlichkeit, Dr. Paul Schiemann[1].

Schiemann hat seine politische Wirksamkeit in zwei scheinbar sehr verschiedenen Bereichen entfaltet: einmal auf der Ebene deutscher, also nationaler Volkstumspolitik im begrenzten Rahmen seiner baltischen Heimat und zum anderen auf der Ebene übernationaler Europapolitik im Rahmen der Nationalitätenkongresse. In seiner Heimat mußte er den besonderen, vom übrigen Europa, auch vom übrigen Osteuropa in mancherlei Hinsicht abweichenden Verhältnissen Rechnung tragen, während er im Rahmen der europäischen Nationalitätenbewegung seine Politik nach allgemeinen Gesichtspunkten ausrichten und ihr eine Grundlage geben konnte,

[1] Über Paul Schiemann als politischen Führer der deutschen Volksgruppe in Lettland vgl. W. Wachtsmuth, Von deutscher Arbeit in Lettland, Band III; Das politische Gesicht der deutschen Volksgruppe in Lettland in der parlamentarischen Periode. 1918–1934. Köln 1953. Vgl. ferner derselbe, Paul Schiemann in „Baltische Köpfe". Hg. v. Heinrich Bosse und Arved Freiherr von Taube, 1953 und die Skizze von H. v. Rimscha: Paul Schiemann, Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 1954 Bd. 2. Heft 4. Schiemanns eigene Schriften finden sich in einer großen Zahl von Zeitungen und Zeitschriften verstreut. Eine kleine Sammlung von Artikeln erschien unter dem Titel: Ein europäisches Problem. Unabhängige Betrachtungen zur Minderheitenfrage. Wien 1937. Aus seinem Nachlaß, der dem Verfasser von der Witwe übergeben wurde, sind zunächst nur einige kurze Auszüge in „Baltische Hefte", Groß-Biewende 1954/55 erschienen. Andere Teile sollen folgen, so in der „Zeitschrift für Ostforschung" Schiemanns Korrespondenz mit seinem Onkel Theodor Schiemann im Herbst 1918. Seine Memoiren, an denen er in den letzten Lebensjahren geschrieben hat, sind unvollendet geblieben. Sie reichen nur bis 1918 und sind in einem so rohen Zustand, daß sie sich in der hinterlassenen Form zur Veröffentlichung nicht eignen. Nach Drucklegung dieses Aufsatzes erschien: W. v. Rüdiger, Aus dem letzten Kapitel deutsch-baltischer Geschichte in Lettland 1919-1939. Zweiter Teil. Hannover 1955. Die Schrift konnte für die vorliegende Arbeit nicht mehr verwendet werden.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die ohne Rücksicht auf regionale Besonderheiten allgemeine Geltung erlangen sollte. Das mag bei manchem den Eindruck hervorgerufen haben, als bediente sich Schiemann nach der Art von Konjunkturpolitikern, je nach der Lage, einmal des nationalen und das andere Mal des übernationalen Gleises, einmal des geschichtlich bedingten korporativ-aristokratischen und das andere Mal des ideologisch bestimmten formal-demokratischen. Ein solcher Eindruck wäre falsch. Schiemann lag eine Konjunkturpolitik sehr fern. Er ließ sich nicht von utilitaristischen Gesichtspunkten leiten, um je nach den gegebenen Umständen zeitbedingte Erfolge zu erzielen, sondern bemühte sich, unabhängig von der jeweiligen Konjunktur eine Politik auf weite Sicht zu führen und sie auf die feste Grundlage von Recht und Sittlichkeit zu stellen. „Nicht die Tatsachen der Gegenwart" hat er bekannt, „sind für uns richtunggebend, sondern der Glaube an die sittliche Grundlage des eigenen Denkens[1a]."

Andererseits war er auch kein politischer Doktrinär. Gerade in dieser Hinsicht ist er oft mißverstanden worden. Es ging ihm nicht um die Verwirklichung einer bestimmten Lehre, wie der vom Selbstbestimmungsrecht der Völker oder vom Minderheitenschutz, sondern es ging ihm darum, „neue Rechtsformen des nationalen Zusammenlebens zu finden, die jedem Volke eine seiner geschichtlichen Bedeutung angemessene Existenz sichern"[2]. Er wollte das Sittengesetz in der Politik durchsetzen, – darin sah er das Wesen des echten Liberalismus[3].

Um Schiemanns politische Wirksamkeit richtig zu würdigen, ist es nötig, sich zu vergegenwärtigen, daß er aus den in seiner Heimat gegebenen Umständen heraus einen neuen Stil politischen Führertums schaffen mußte. Schiemann trat in einem Zeitpunkt (1919) politisch in den Vordergrund, als sich in seiner Heimat zusammen mit der politisch-nationalen Revolution auch eine tiefgreifende soziale Umwälzung innerhalb des Deutschtums vollzogen hatte. Der durch Jahrzehnte führend gewesene Adel trat seine bestimmende Rolle dem Bürgertum ab, wenngleich zur neuen Führungsschicht auch zahlreiche Geburtsaristokraten gehörten. Entsprechend der neuen politischen Situation, aber auch entsprechend der politischen Überzeugung Schiemanns, mußte die neue Führungsschicht sich auf den Boden der parlamentarischen Demokratie stellen, über allgemeine Wahlen ihren Einfluß erringen und sichern und das in einem Lande ohne formal-demokratische Tradition und unter Menschen, denen Demokratie in der Regel etwas Verächtliches, ja etwas Anrüchiges war.

Der traditionelle politische Führungsstil in den baltischen Landen war bis in den ersten Weltkrieg hinein durch die ritterschaftlichen Adelskorporationen bestimmt gewesen. Es war ein sehr aristokratischer Stil. Wer im öffentlichen Leben des

---

[1a] Ein europäisches Problem, S. 23.

[2] Nach der Formulierung des Ausschusses der deutschbaltischen Parteien in einer Würdigung der politischen Tätigkeit Schiemanns anläßlich seines 60. Geburtstages am 29. 3. 36. Abgedruckt bei Wachtsmuth III, S. 427 ff.

[3] Nachlaß. Erinnerungen an Alexander Baron Meyendorff. Baltische Hefte Nr. 1, 1954, S. 17.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Landes etwas bedeuten wollte, der mußte sich in den Körperschaften, den adeligen auf dem Lande oder den bürgerlichen in den Städten, politisch heranbilden. Der selbstverständliche Weg zu Ansehen und Stellung führte über die Korporationen, zu denen man gehören und in denen man sich bewähren mußte.

Schiemann bot sich, um zur politischen Führung zu gelangen, ein ganz anderer Weg. Und es wird noch zu zeigen sein, wie er es verstanden hat, ihn entschlossen zu beschreiten, ohne damit einen Bruch mit der politischen Überlieferung zu vollziehen. Er erleichterte dadurch, zum mindesten psychologisch, weiten Kreisen seiner tief in den aristokratisch-korporativen Traditionen fußenden politischen Gegner, ihm auf seinem Wege zu folgen.

Unter Paul Schiemanns Führung wurde, parallel zu den gleichzeitigen Vorgängen in Estland, der organische Einbau des bodenständigen baltischen Deutschtums in den neubegründeten lettländischen Staat vollzogen. Er selbst hatte diesen Schritt schon längere Zeit vor der Staatsgründung vorbereitet und war dadurch in grundlegenden Gegensatz zu der bisherigen deutschbaltischen Führung geraten, die eine solche Entwicklung nicht nur nicht wünschte, sondern auch nicht mit ihr rechnete. Es trifft daher nicht zu, daß er, wie gelegentlich behauptet worden ist, im Sommer 1919, als er aus Deutschland in die Heimat zurückkommen konnte, gleichsam unvorbereitet neue Verhältnisse vorgefunden und sich nun nach ihnen gerichtet hätte. Im Gegenteil, er hatte eben diese neuen Verhältnisse herbeizuführen sich bemüht und war insofern für eine politische Wirksamkeit unter den neuen Voraussetzungen besonders gut vorbereitet.

In richtiger Abschätzung einer unabwendbaren Entwicklung hatte er sich bereits im Spätsommer 1918 für eine Unterstützung der Selbständigkeitsbestrebungen der baltischen Völker entschieden und sich im Reich dafür eingesetzt. In diesem Sinne hatte er, von der deutschen Okkupationsverwaltung als politisch mißliebig aus der Heimat ausgewiesen, in Berlin mit der Reichstagsmehrheit und einigen führenden liberalen Politikern wie Max und Alfred Weber, Friedrich Naumann, Hans Delbrück, Theodor Heuss, Paul Rohrbach Fühlung genommen und sich am 7. Oktober 1918 in einer Eingabe an den Reichskanzler Prinz Max von Baden gewandt[4]. Er war der Überzeugung, daß „die Forderung . . . sofortiger selbständiger Staatenbildung . . .“ der einzige Ausweg sei, „um die Ostseeländer vor der bolschewistischen Zerstörung zu retten und eine dauernde Feindschaft der in Zukunft unweigerlich entstehenden Staaten Estland und Lettland gegen das Deutsche Reich zu verhindern“[5]. Gleichzeitig bemühte er sich, anknüpfend an viele geschichtlich bedingte Gemeinsamkeiten eine völlige Trennung Estlands und Lettlands zu vermeiden und durch eine gleich zu begründende Union beider Staaten eine gemeinsame Wirtschafts- und Außenpolitik sicherzustellen, fand allerdings dafür, besonders bei den Esten, keine Zustimmung.

---

[4] Der Wortlaut dieser Eingabe wird in der „Zeitschrift für Ostforschung“ gedruckt werden.

[5] Osteuropäische Korrespondenz, 6. Nov. 1918.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Um diese Stellungnahme richtig zu würdigen, ist es nötig, etwas weiter zurückzugreifen. Schon in der russischen Zeit hatte Schiemann im Gegensatz zur Politik der baltischen Ritterschaften den Standpunkt vertreten, „daß die deutsche Position im Lande nur auf Grund eines Zusammengehens mit den übrigen Nationalitäten zu halten sei, und daß wir die nationale Selbstbestimmung auf Grund unserer staatsbürgerlichen Rechte und nicht auf Grund historischer Privilegien fordern müssen"[6]. Während der deutschen Okkupationszeit hielt er es für den Kardinalfehler der deutschen Ostpolitik, daß sie – in einseitiger Ausrichtung auf die Deutschen im Lande – „sich ganz unmittelbar auf einen nationalen Zuwachs und nicht auf eine Erweiterung der staatlichen Einflußsphäre im Osten einstellte". „Hätte man es verstanden", schrieb er Ende Oktober 1918 seinem Onkel Theodor Schiemann nach Berlin, „sich beizeiten die Sympathien der breiten Bevölkerungsschichten in den Ostseeprovinzen zu erwerben, so könnte jetzt keine Niederlage mehr unsere moralischen Erwerbungen vernichten[7]." Er war der Ansicht, daß es nicht nur etwa für die baltischen Lande, sondern gerade für Deutschland besser gewesen wäre, wenn es „nicht mit der kleinen deutschen Gruppe, sondern mit der breiten nichtdeutschen Masse zusammengearbeitet hätte"[8]. Aus diesem Grunde bemühte er sich im Herbst 1918 zu erreichen, daß das Deutsche Reich den baltischen Völkern zu ihrer staatlichen Selbständigkeit verhelfe. „Ich bin der Überzeugung", schrieb er seinem Onkel Theodor, „daß es den Letten und Esten vielleicht auch ohne Deutschland gelingen könnte, ihre Pläne zu verwirklichen. Aber das würde natürlich zur Folge haben, daß ein dauernder Stachel in den dortigen Völkern sitzen bleibt und die künftigen Beziehungen unerfreulich macht"[9].

Dadurch setzte Schiemann sich bewußt in scharfen Gegensatz zu den sogenannten Landesräten im okkupierten Baltikum und zum Baltischen Vertrauensrat in Berlin, die, einerseits gestützt auf die Rechtsgrundlage der bisherigen Privilegien, andererseits auf die reale Macht der Obersten Heeresleitung, hofften, gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Letten und Esten die traditionelle deutsche Vormachtstellung im Lande zu erhalten. Aber auch nach dem Ausbruch der Revolution in Deutschland und der Proklamierung der Staaten Lettland und Estland blieb zunächst der Einfluß der gleichen deutschbaltischen Kreise so stark, daß Schiemann daran zweifelte, ob für ihn auch nach dem Umsturz eine politisch-publizistische Betätigung in der Heimat überhaupt möglich sein werde. „Der Baltische Vertrauensrat tat alles mögliche", heißt es in seinem Nachlaß, „um vor meiner unbaltischen Gesinnung zu warnen . . . es schien, als ob die übereinstimmende Abneigung der deutschbaltischen Gesellschaft gegen meine Person

---

[6] Ebenda.

[7] Der Briefwechsel zwischen Theodor und Paul Schiemann wird in der „Zeitschrift für Ostforschung" veröffentlicht werden.

[8] Osteuropäische Korrespondenz, 6. Nov. 1918.

[9] Wie Anmerkung 7.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich endgültig durchsetzen wollte[10]." Infolgedessen meldete er sich, entgegen seiner ursprünglichen Absicht, auch nicht zur Baltischen Landeswehr, deren Kampf gegen den Bolschewismus er auf das lebhafteste begrüßte und durch entsprechende aufklärende und werbende Vorträge in Deutschland förderte, sondern blieb zunächst in Berlin.

Je mehr sich aber die bisher führenden deutschbaltischen Kreise auch im Berliner Vertrauensrat im Laufe des ereignisreichen Frühlings 1919 mit dem Gedanken an eine Selbständigkeit Lettlands und Estlands abzufinden gezwungen sahen, um so mehr wuchs der Einfluß Schiemanns. Anfang April wurde er, zusammen mit Baron Friedrich von der Ropp vom Baltischen Vertrauensrat nach Libau delegiert, um seine Meinung vor dem deutschbaltischen Nationalausschuß zu vertreten, der dort, anstelle der inzwischen aufgelösten Landesräte, aus verschiedenen deutschbaltischen Körperschaften und Berufsverbänden gebildet worden war.

Hier fand er zunächst wenig Resonanz. Zwar teilte er die Skepsis seiner Landsleute in der Heimat gegenüber weiten, für den Bolschewismus sehr anfälligen lettischen Kreisen, zumal gegenüber der lettischen Sozialdemokratie, die auch nach seiner Ansicht „damals die kommunistische Partei durchaus als ihre Bundesgenossin empfand", war aber entschieden für eine Zusammenarbeit mit den sogenannten bürgerlichen Letten, die in der damaligen Regierung maßgebend waren, wie Ulmanis, Valters und Zalits, weil sie alle „nicht weniger erbitterte Gegner des Bolschewismus waren als die Balten selbst"[11]. Infolgedessen verurteilte Schiemann scharf den Libauer Putsch des Stoßtrupps der Baltischen Landeswehr vom 16. April, (durch den die Regierung Ulmanis beseitigt wurde) und die gesamte sich daraus ergebende Politik bis zum unglücklichen Unternehmen von Wenden im Juni 1919[12]. Auch nachher hat Schiemann immer wieder die Ansicht geäußert, daß der verhängnisvolle Libauer Putsch die deutsch-lettischen Beziehungen auf lange Zeit hinaus vergiftet habe[13].

So entsprach es durchaus einer inneren Logik, daß Paul Schiemann erst nach dem Zusammenbruch dieser, durch Libau und Wenden charakterisierten Politik in seiner Heimat wieder aktiv in das politische Leben eintrat, um dann sehr schnell

[10] Nachlaß, Manuskript S. 239. – Um Mißverständnissen vorzubeugen, muß darauf hingewiesen werden, daß die Terminologie sich in den letzten Jahrzehnten geändert hat. In der Zeit zwischen den Weltkriegen und besonders seit 1945 ist es international üblich geworden, als „Balten" die Angehörigen der baltischen Völker (Esten, Letten, Litauer) zu bezeichnen, die Deutschen in den baltischen Landen im Unterschied dazu als Deutschbalten. Bis zum Ende des ersten Weltkrieges, also auch in der hier behandelten Zeit, wurden mit „Balten" ausschließlich die Deutschen des Baltikums bezeichnet. Der „Baltische Vertrauensrat" war (im Unterschied zu dem zur Zeit bestehenden „Baltischen Rat" und der „Baltischen Gesellschaft") ein rein deutsch-baltisches Gremium.

[11] Ebenda S. 254.

[12] Als Folge des Libauer Putsches war es am 22. Juni 1919 zu einer Schlacht zwischen der Baltischen Landeswehr und den Truppen der bürgerlichen (Ulmanis)-Letten und Esten gekommen, in der die Landeswehr eine schwere Niederlage erlitt. Vgl. H. v. Rimscha, Die Staatswerdung Lettlands und das baltische Deutschtum. Riga 1939, S. 142 ff.

[13] Nachlaß, Manuskript S. 254.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Führung zu ergreifen und sie ununterbrochen zu behalten, bis der weitreichende Arm der Nationalsozialisten ihm 1933 den Boden für jede politische Wirksamkeit entzog.

Schiemann war, wie bereits erwähnt, entgegen den Traditionen seiner Heimat, nicht über die historischen Körperschaften zu seiner führenden Stellung gelangt, sondern über eine politische Partei, die Deutsch-baltische Demokratische Partei, zu deren Präses er nach seiner Rückkehr in die Heimat gewählt worden war. Über die Partei war er Leader der deutschen Fraktion im lettländischen Landtag und damit politischer Führer des lettländischen Deutschtums geworden.

Um zu dieser Stellung zu gelangen, hätte er den Weg der Revolution gehen können. Die traditionelle Politik hatte jeden Boden verloren, und die zuerst in den Landesräten und dann im deutschbaltischen Nationalausschuß führenden Persönlichkeiten und Kreise hatten sich das größte Mißtrauen der neuen Machthaber im Staate zugezogen. Was hätte, so schien es, da näher gelegen, um mit den führenden lettischen Kreisen den unerläßlichen Kontakt herzustellen, als jetzt auch innerhalb des baltischen Deutschtums eine Revolution zu vollziehen und unter radikalem Bruch mit den Überlieferungen der Vergangenheit und den Exponenten der bisherigen deutschbaltischen Politik einen neuen Anfang auf ganz neuen Grundlagen zu setzen?

Schiemann ist diesen Weg nicht gegangen. Daß er es nicht tat, ist entscheidend sowohl für seine persönliche Stellung wie auch für die gesamte weitere Politik der deutschen Volksgruppe und wahrscheinlich auch für die Existenz des Deutschtums in Lettland (bis zur Zwangsumsiedlung 1939) geworden. Scheinbar entgegen dem realpolitischen Augenblicksinteresse der Deutschbalten und in direktem Gegensatz zu den seitens der Letten auf ihn, als den bisherigen Exponenten der deutschbaltischen Opposition, gesetzten Hoffnungen hat Schiemann ganz bewußt – darin übrigens im Einklang mit der Führung des estländischen Deutschtums – den revolutionären Weg abgelehnt. Unter Anknüpfung an politische, soziale und kulturelle Überlieferungen und unter betonter Anerkennung der geschichtlichen Aufgabe der Deutschen in seiner Heimat stellte er es sich zum Ziel, bei dem Einbau des Deutschtums in den neuen Staat seine bisherigen politischen Gegner nicht durch Verschärfung der Gegensätze abzustoßen, sondern sie zur aktiven Mitarbeit heranzuziehen.

Hätte er den revolutionären Weg beschritten, so wäre es unvermeidlich zu einer Spaltung innerhalb des Deutschtums in Lettland gekommen, ein sehr großer Teil wäre außer Landes gegangen, und der Rest hätte sich weitgehend assimilieren müssen. Wahrscheinlich hätte das die Preisgabe jeder deutschen Position im Lande bedeutet, wie Hitler das später durch die Umsiedlung verlangt hat.

Es erscheint gerechtfertigt, auf die Vorgänge in diesen entscheidenden Tagen etwas näher einzugehen. Denn es hat damals nicht unbeträchtliche Kräfte gegeben, die Schiemann auf den revolutionären Weg treiben wollten, sowohl in seiner eigenen Partei, wie vornehmlich in der ebenfalls demokratischen „Deutschbaltischen Fort-

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schrittlichen Partei", zu der viele Schiemann politisch und persönlich nahestehende Persönlichkeiten gehörten.

Diese Partei hat unter Führung des Barons Eduard Rosenberg versucht, in betonter und scharfer Distanzierung gegenüber den politisch bisher maßgebenden deutschbaltischen Kreisen und Persönlichkeiten einen offenen Bruch mit der Vergangenheit zu vollziehen.

Ein Vergleich des Verhaltens Schiemanns und Rosenbergs in diesem kritischen Zeitpunkt erscheint sehr lehrreich. Er ist besonders lehrreich, weil beide Politiker weltanschaulich auf der gleichen demokratisch-parlamentarischen Ebene standen, und weil beide eine tätige Mitarbeit der einheimischen Deutschen am neuen Staat verlangten, ohne Anspruch auf eine Sonderstellung und in Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Letten. Rosenberg erklärte aber seine Partei für die einzig wirklich demokratische, für die einzig wirklich loyale und politisch unbelastete, und insofern für die einzige, die das Vertrauen der Letten verdiene. Bei den Verhandlungen zwischen Deutschbalten und Letten unmittelbar nach der Staatsgründung brach Rosenberg aus der ursprünglichen Einheitsfront der deutschen Parteien aus, akzeptierte die von den Letten gestellten Bedingungen, besetzte die meisten der für die Deutschbalten vorgesehenen Sitze im sogenannten Volksrat[14] mit seinen Parteimitgliedern und sicherte sich selbst einen Ministersitz in der Regierung[15]. Zu dem nicht demokratisch gewählten, sondern von den historischen Körperschaften und berufsständischen Organisationen und auch den Parteien beschickten deutschbaltischen Nationalausschuß, der für sich in Anspruch nahm, die berufene Vertretung der Deutschen in Lettland zu sein, trat er in scharfe Opposition. Dadurch ergab sich eine Spaltung innerhalb des Deutschtums, die der lettischen Regierung durchaus willkommen war. Infolge seines Postens in der Regierung und seiner Beteiligung im Volksrat schien Rosenberg am längeren Hebel zu sitzen. Die Situation schien sich noch mehr zu seinen Gunsten zu verschieben, als die lettische Regierung, die bisher in Verhandlungen mit dem deutschbaltischen Nationalausschuß gestanden hatte, im Herbst 1919 erklärte, sie könne als Verhandlungspartner nur politische Parteien anerkennen, und Vertrauen würde sie nur jenen entgegenbringen, die sich vom Nationalausschuß distanzierten.

In diesem Augenblick stand Schiemann am Scheideweg seiner politischen Laufbahn. Der Entschluß, den er jetzt faßte, mußte bestimmend für alles weitere sein. Alle realpolitisch-taktischen Erwägungen schienen dafür zu sprechen, dem Wunsche der Regierung zu willfahren, sich als demokratische Partei vom Nationalausschuß zu trennen, dadurch das notwendige Vertrauen der Letten zu gewinnen und gleichzeitig – qua Partei – als anerkannter Verhandlungspartner in die Erscheinung zu treten. Der Nationalausschuß als solcher hatte ohnehin ausgespielt, – einen Monat später löste er sich auf. Schiemann hatte keine Bindung an ihn. Zwar arbeiteten

[14] Der lettländische Volksrat war eine, am Vortage der Proklamation Lettlands (18. Nov. 1918) begründete, nicht demokratisch gewählte, sondern von den einzelnen politischen Parteien beschickte provisorische Volksvertretung.

[15] Rimscha a. a. O., S. 112. Ausführlich bei Wachtsmuth a. a. O. III, S. 91.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch Vertreter seiner Partei im Ausschuß mit, maßgebend in ihm waren aber gerade jene Kreise, deren Politik er ablehnte. Sich von ihnen zu distanzieren, schien sowohl politisch-taktische Vorteile zu versprechen, wie der eigenen politischen Linie zu entsprechen.

Viele seiner Parteimitglieder haben Schiemann dazu gedrängt, dem Beispiel Rosenbergs zu folgen und den Trennungsstrich zu ziehen. Die logische Folge wäre eine – bereits beantragte – Fusion mit der Fortschrittlichen Partei gewesen. Damit hätte sich Schiemanns politische Basis noch erweitert, denn, daß ihm im gemeinsamen Lager mit der zahlenmäßig kleinen Fortschrittlichen Partei und in Anbetracht seiner persönlichen Überlegenheit über Rosenberg die Führung zugefallen wäre, ist unzweifelhaft.

Schiemann tat diesen Schritt nicht. Die Durchsetzung für richtig erkannter politischer Grundsätze war ihm wichtiger als der Gewinn politisch-taktischer Vorteile. Einer der wichtigsten dieser Grundsätze war die von ihm oft und gern berufene „nationale Solidarität", d. h. die unbedingte Erhaltung der Einheit des Deutschtums. Hierbei ging es für ihn nicht nur um Zweckmäßigkeit, sondern um nationale Würde. „Der Glaube an die Ehrlichkeit unserer staatlichen Überzeugung", erklärte er, „darf nicht von Bedingungen abhängig gemacht werden, die unserer nationalen Würde zu nahe treten. Das bedeutet die Zumutung, daß man der Demokratischen Partei erst volles Vertrauen entgegenbringen würde, wenn sie sich endgültig vom Nationalausschuß getrennt und einen endgültigen Strich zwischen sich und allen angeblich andersdenkenden Volksgenossen gezogen haben wird. Die Demokratische Partei ist seit je für eine Politik des Zusammengehens mit der lettischen Bevölkerung eingetreten, nicht um sich persönlich die Gunst der lettischen Mitbürger zu sichern, sondern weil diese Politik als die richtigste für die Gesamtheit und für alle Balten im Lande erkannt wurde. Heute aber haben wir mehr denn je Veranlassung, den Zusammenhang mit unseren deutschen Volksgenossen nicht zu verlieren und ihnen das ‚Umlernen' für die neue Zeit zu erleichtern. Eine Loslösung vom Nationalausschuß wäre eine Sprengung der kulturellen Gemeinschaft und damit eine Vernichtung unseres kulturellen Seins. Ein künftiger Friede ist nur möglich, wenn es gelingt, unser gesamtes Volkstum für die von uns als richtig erkannte Politik zu gewinnen. Das ist nur möglich in Zusammenarbeit mit dem deutschbaltischen Nationalausschuß als Vertretung des gesamten Deutschbaltentums in Lettland[16]."

Dank diesem Schritt blieb tatsächlich die Einheit des Deutschtums in Lettland erhalten. Er war die Voraussetzung zu einer sachlich engen und persönlich herzlichen Zusammenarbeit Schiemanns mit dem Exponenten der konservativen Kreise, Baron Wilhelm von Fircks, dem damaligen Vorsitzenden des Nationalausschusses. Diese Zusammenarbeit wiederum war die Voraussetzung dafür, daß in der Folgezeit auch Schiemanns politische Gegner sich hinter ihn stellten und seine Führung anerkannten. Und dieses schließlich war die Voraussetzung für alle deutschbaltische Politik in Lettland seit der Begründung des Staates.

[16] Rigasche Rundschau 14. Nov. 1919.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Ergebnis erwies sich dieser Schritt Schiemanns auch als ein Erfolg gegenüber den Letten. Denn Rosenberg hat mit seiner Taktik des Nachgebens sehr schnell Schiffbruch erlitten. Bezeichnenderweise schenkten die Letten in der Folgezeit ihr Vertrauen nicht ihm, sondern Schiemann.

Dieser war zunächst, genau so wie Rosenberg, über eine politische Partei zu seiner Stellung gelangt. Schiemann war sich aber darüber klar, daß diese Basis für ihn zu eng war, auch konnte die Partei als Organisationsform im Deutschbaltentum nie jene Bedeutung gewinnen, die ihr in einer parlamentarischen Demokratie zukäme. So schuf er sich im „Ausschuß der deutschbaltischen Parteien" (der an die Stelle des früheren Nationalausschusses als politische Vertretung der ganzen Volksgruppe getreten war) eine breitere, überparteiliche Plattform. Der Vorsitz in diesem Ausschuß hatte zunächst turnusmäßig zwischen den paritätisch in ihm vertretenen Parteien gewechselt; später wurde jedoch aus Geschäftsführungsgründen beschlossen, einen Vorsitzenden wenigstens auf die Dauer von sechs Monaten zu wählen. Es ist bezeichnend für die Stellung, die Schiemann faktisch einnahm, daß er, für ein halbes Jahr zum Vorsitzenden gewählt, über zehn Jahre in dieser Stellung verblieb, bis zum Siege des Faschismus über die Demokratie.

Während die einzelnen Parteien zwar formell fortbestanden, aber tatsächlich den Charakter politisch-technischer Hilfsorganisationen annahmen, sicherte unter Schiemanns Führung der Ausschuß der deutschbaltischen Parteien eine einheitliche politische Willensbildung, eine geschlossene deutsche Fraktion im Landtage und wuchs so eng zusammen, daß er, ohne es formell zu sein, selbst den Charakter einer „Partei" annahm. Als solche – als deutsche Partei – wurde er auch von den Letten empfunden und bezeichnet. Dem Ausschuß und nicht den einzelnen Parteien sind auch die deutschen Abgeordneten verantwortlich gewesen. So ergab sich der paradoxe Zustand, daß Schiemann Leader einer „Partei" war, die zum größten Teil aus Angehörigen anderer Parteien bestand.

Neben der nationalen Solidarität war der zweite politische Grundsatz Schiemanns die soziale Solidarität. Dieser Grundsatz trat für ihn „an die Stelle des veralteten Klassenkampfgedankens, dessen Unfähigkeit zu positivem Aufbau gerade die jüngste Geschichte erwiesen hat. Er strebt einen Ausgleich der wirtschaftlichen Interessengegensätze an, der die Arbeitsleistung zur tatsächlichen Grundlage unserer Gesellschaftsordnung macht[17]." Zur Verwirklichung dieses Ziels hat Schiemann bereits im Jahre 1920 eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die, wie z. B. die allgemeine Arbeitsdienstpflicht, später auch vom Nationalsozialismus vertreten wurden. Er scheute dabei auch nicht vor sozialistischen Forderungen zurück, wie z. B. der Sozialisierung solcher Betriebe, die nicht auf privatwirtschaftliche Initiative angewiesen sind, wie Verkehrswesen, Versicherungswesen, Ausbeutung von Wasserkräften und Bodenschätzen[18].

---

[17] Vgl. Die Richtlinien für die Tätigkeit der Deutschbaltischen Demokratischen Partei Lettlands. Abgedruckt bei Wachtsmuth a. a. O. III, S. 107.

[18] Ebenda.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schiemanns politische Konzeption hatte während seines Aufenthaltes in Deutschland in den Tagen der deutschen Revolution feste Gestalt angenommen. Er hatte damals zusammen mit Eduard Stadtler, Heinrich von Gleichen, Oscar Müller, Joachim Tiburtius und anderen zu einem kleinen Kreise gehört, deren Glieder sich selbst „Solidarier" nannten. Von diesem Kreise wurden „Grundsätze nationaler und sozialer Solidarität" schriftlich niedergelegt und eine „nationalsozialistische Vereinigung" begründet. Doch hatte diese Vereinigung nur kurzen Bestand. Die einzelnen Glieder des Kreises gingen in der Folgezeit in ganz verschiedene parteipolitische Lager, – Gleichen ins konservative, Müller ins sozialdemokratische, Schiemann ins liberale und Stadtler schließlich ins faschistische. Aber für Schiemann blieben die damals aufgestellten Grundsätze die Grundlage seiner Politik.

Man hat später von hier aus Verbindungslinien zwischen Schiemanns und Hitlers Politik finden wollen, und von nationalsozialistischer Seite ist auch der – vergebliche – Versuch gemacht worden, den politischen Führer des lettländischen Deutschtums in das NS-Lager hinüberzuziehen. Die Gegensätze waren in Wirklichkeit aber schlechthin unüberbrückbar. Sie lagen durchaus nicht nur etwa darin, daß Schiemann, wie Wachtsmuth meint, in zwei Kardinalfragen sich von den Nationalsozialisten unterschieden hätte, nämlich als Gegner des Rassenkampfes und als Anhänger des Parlamentarismus[19]. Für ihn waren nicht praktische Fragen der Staats- und Regierungsform entscheidend, sondern die grundsätzliche Ablehnung von Gewalt und Zwang, – von Terror gar nicht zu reden. Schiemann strebte eine Rechtsordnung an und nicht eine Machtordnung wie Hitler. Das von ihm oft und gern zitierte Wort: „Was Du nicht willst, das man Dir tu', das füg auch keinem andern zu" war für ihn nicht ein Ausdruck politischer Raison, sondern ein sittliches Postulat.

Bekanntlich war das angestrebte politisch-praktische Ziel der Schiemannschen Politik in Lettland die Durchsetzung einer nationalen Autonomie als öffentlich-rechtliche Körperschaft, „eines auf Grund demokratischer Wahlen aller deutschbaltischen Lettländer zusammengesetzten Repräsentativkörpers, dem die Vertretung der nationalen und kulturellen Interessen des Deutschbaltentums in Lettland und das Recht zusteht, von seinen Volksgenossen staatlich geschützte Abgaben zu erheben"[20]. Es ist ihm nicht beschieden gewesen, dieses Ziel voll zu erreichen. Er mußte sich mit Teilerfolgen (Schulautonomie) begnügen. – Hier ist nicht der Ort, seinen politischen Kampf um dieses Ziel im einzelnen darzustellen. W. Wachtsmuth hat das im 3. Bande seines Werkes „Von deutscher Arbeit in Lettland" ausführlich getan. Nur auf zwei Punkte sei kurz eingegangen, weil zum Teil nicht ganz richtige Vorstellungen darüber herrschen.

Es gehört zur deutschbaltischen Geschichtstradition, als Exponenten der politischen Führung des baltischen Deutschtums in Lettland bis 1933 Dr. Paul Schiemann und Baron Wilhelm von Fircks sozusagen in einem Atemzuge zu nennen.

[19] Ebenda, S. 110.
[20] Ebenda.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch Wachtsmuth hat das sowohl in dem genannten Buch über die Arbeit in Lettland wie in seiner Porträtskizze Schiemanns in „Baltische Köpfe" getan[21]. Diese Tradition ist aus politischen Gesichtspunkten heraus entstanden und hat zweifellos politisch ihre Berechtigung. Durch die Doppelführung wurde einerseits die nationale Solidarität gewahrt und den konservativen Gegnern Schiemanns erleichtert, sich hinter seine Führung zu stellen, und dadurch gleichzeitig dessen Stellung den Letten gegenüber gestärkt. Aber es bedeutet gewiß keine Schmälerung der Persönlichkeit von Fircks', seiner Verdienste und seiner Bedeutung als eines konservativen Gegen- und Mitspielers, wenn man feststellt, daß die Politik der Deutschen in Lettland in dieser Zeit gleichwohl im Zeichen Schiemanns gestanden hat. Die tragenden Grundlagen, auf denen diese Politik ruhte, waren von ihm gelegt worden; sie waren sein eigenstes, lange vorher erarbeitetes Gedankengut und haben den klarsten Niederschlag in den Satzungen seiner Partei gefunden. Fircks hatte, je nachdem fördernd oder bremsend, an dieser Politik mitgewirkt, aber ihr Exponent, zumal wenn man auch die über den Rahmen der baltischen Heimat hinausgreifenden Zielsetzungen mit einschließt, ist Paul Schiemann gewesen. Auch sein politisches Gewicht in der Volksgruppe war anders als das von Fircks. In einigen Kreisen des lettländischen Deutschtums bestand das Bestreben, auch die politische Führung der Volksgruppe in die Hände des Präsidenten der „Deutschbaltischen Volksgemeinschaft" zu legen und diesem auch die deutsche Landtagsfraktion zu unterstellen. Realisiert wurde dieser Plan erst im September 1933, als Schiemann nicht mehr an der Spitze der deutschen Fraktion stand. Der damalige Präsident der deutschbaltischen Volksgemeinschaft, Wilhelm von Rüdiger, stellt dazu ausdrücklich fest, daß diese Neuerung „wohl kaum durchzuführen gewesen wäre, wenn Schiemann noch die Leitung der deutschen Fraktion innegehabt hätte. Man hätte es ihm vielleicht auch nicht zugemutet"[22].

Größere Bedeutung kommt einer zweiten Frage zu. Nach der erfolgten Staatsgründung wurde von vielen Deutschbalten die Ansicht vertreten, daß es nunmehr die Aufgabe der Volksgruppenführung sei, sich auf die Vertretung der eigenen Volkstumsbelange im (innerlich abgelehnten) Staat zu beschränken. Schiemann lehnte diesen Standpunkt ab und verlangte eine aktive, wie es in seinem Parteiprogramm hieß „rückhaltlose", Mitarbeit am Staat und seinen Institutionen. Seiner Ansicht nach wäre eine Beschränkung auf die Vertretung der nationalen Rechte der eigenen Volksgruppe einem Verzicht auf Staatsbürgerpflichten und damit auf Staatsbürgerrechte gleichgekommen[23].

Diese Einstellung hatte schwerwiegende Folgen. Denn Schiemann verlangte damit nicht nur eine mehr oder weniger widerwillige Anerkennung des Heimatstaates, sondern eine positive Einstellung zu ihm und die Bereitschaft, als Staats-

[21] Vgl. Anmerkung 1.

[22] Nach den unveröffentlichen Memoiren von Dr. Wilhelm von Rüdiger, Manuskript Kapitel 5, S. 175.

[23] Vgl. Schiemanns Polemik mit dem in Berlin lebenden Dr. Georg Baron Manteuffel in der „Rigaschen Rundschau", Februar und März 1920.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bürger auch dessen gesamtstaatliche Interessen zu vertreten. Zwar wünschte er als Angehöriger seines Volkes eine möglichst intensive Pflege und Förderung des Kulturlebens der über die Staatsgrenzen hinausgehenden Volksgemeinschaft, als Staatsbürger lehnte er aber eine politische Interessenvertretung durch den konnationalen Auslandsstaat ab und stellte sich damit bewußt in den Schutz des Heimatstaates und nicht einer im Hintergrunde stehenden Macht gleichen Volkstums.

Der entgegengesetzte Standpunkt klang im Baltikum erstmals schon im November 1918 an, als August Winnig als Generalbevollmächtigter des Reiches anläßlich der neuen Staatengründungen (damals allerdings unter der Voraussetzung besonderer Verhältnisse, d. h. der Anwesenheit deutscher Truppen im Lande und der akuten Bedrohung durch den Bolschewismus) am 20. November der estnischen Regierung erklärte: „Alle estnischen Landeseinwohner deutscher Abstammung und Sprache stehen unter dem Schutz des deutschen Volksstaates." Die gleiche Erklärung gab er tags darauf in Riga ab und veröffentlichte sie in der Presse[24]. Von diesem Standpunkt gingen später bekanntlich auch die Nationalsozialisten aus und sind von da aus konsequenterweise in bezug auf die deutschen Volksgruppen zur Forderung eines „Staatsverrates aus Volkstreue" gekommen.

Zwischen dieser Politik und der Schiemanns gab es überhaupt keine Verbindungslinie. Und wenn Eugen Lemberg in seinem bedeutsamen Aufsatz „Umdenken in der Verbannung"[25] über die nationalen Minderheiten und ihre Gefährdung ganz allgemein die Behauptung aufstellt, sie seien „zu ewiger Opposition" verurteilt gewesen ... „von vornherein defensiv und isolationistisch denkend und auf den Schutz eines hinter ihnen stehenden Staates eigener Nationalität bauend", so gilt das nicht für alle Gruppen, die aktiv an der europäischen Nationalitätenbewegung mitarbeiteten.

Schiemann hat als langjähriger Vizepräsident des europäischen Nationalitätenkongresses diese Bewegung entscheidend beeinflußt[26]. Grundsätzlich lag, wie oben ausgeführt, seine europäische Politik auf der gleichen Ebene wie seine deutsche Volkstumspolitik in Lettland. Da sie sich aber vom Speziellen zum Allgemeinen erweiterte, so löste sie sich von den im Einzelfall besonderen Voraussetzungen und

[24] Vgl. Rimscha a. a. O., S. 95.

[25] Als Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament" erschienen (24. März 1954, S. 116).

[26] Präsident des Kongresses war der Italienslovene Dr. Wilfan, Schiemann war Vizepräsident. In Anbetracht der führenden, ja beherrschenden Stellung der deutschen Gruppen im Kongreß wäre es das Nächstliegende gewesen, wenn Schiemann zum Präsidenten gewählt worden wäre. Aus politischen Gründen wollte er das aber nicht. Gerade wegen des Überwiegens des deutschen Einflusses, mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Europa und um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, daß die andersnationalen Minderheiten sich im Schlepptau der Deutschen befänden, hielt Schiemann es für richtig, daß an der Spitze ein Nichtdeutscher stehe. Auch den unverhältnismäßig starken Führungsanteil der Deutschbalten innerhalb der deutschen Volksgruppen (Dr. Ammende – Generalsekretär des Nationalitätenkongresses; Werner Hasselblatt – Geschäftsführender Vorsitzender des deutschen Volksgruppenverbandes; Baron F. Uexküll – Chefredakteur der Verbandszeitschrift „Nation und Staat") wollte Schiemann nicht überbetonen. Bei den anderen deutschen Gruppen ging bereits das nette Scherzwort um: allen Balten zum Trotz sich erhalten!

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war im höheren Maße theoretisch-ideologisch bestimmt. – Dem Verfasser ist nur wenig Material hierüber zugänglich[27], – im Nachlaß Schiemanns findet sich darüber so gut wie nichts, – deshalb schöpft er im folgenden vorzüglich aus eigener Kenntnis und persönlichen Erinnerungen als damals nächster Mitarbeiter Schiemanns auf dem publizistischen Sektor.

Schiemann ging erstens davon aus, daß jede Minderheitenpolitik nur dann von Erfolg und Dauer sein kann, wenn sie nicht auf einen oder einige Staaten beschränkt bleibt, sondern in ganz Europa Geltung gewinnt. Eine Lösung des Problems mußte nach seiner Ansicht generell erfolgen und durfte sich nicht auf einzelne konkrete Fälle beschränken. Auch in diesem Punkte stand er im krassen Gegensatz zur Politik der Nationalsozialisten, die sehr deutlich in der Forderung Konrad Henleins vom 19. November 1937 erkennbar wird, „die sudetendeutsche Frage aus dem sogenannten volksdeutschen Fragebereich oder dem Fragebereich der deutschen Volksgruppen in Europa herauszulösen"[28].

Zweitens ging Schiemann davon aus, daß die Lösung des europäischen Nationalitätenproblems nicht an die jeweilige Machtkonstellation gebunden sein dürfe, weil Machtstellung einer fortlaufenden Veränderung unterliege. Eine auf Macht begründete Lösung würde nur so lange Geltung haben, wie die Macht dauert. Infolgedessen mußte und sollte eine Lösung angestrebt und gefunden werden, die sich auf das Recht gründet, auf eine übernationale, für alle Minderheitengruppen und Mehrheitsvölker unabhängig von ihrer jeweiligen Macht gleichermaßen geltende, international anerkannte und geschützte Rechtsordnung. Das bedeutete natürlich das genaue Gegenteil der Ziele und der späteren Praxis der Nationalsozialisten.

Drittens ging Schiemann von dem seit Versailles in Europa faktisch gegebenen Zustand aus, d. h. von dem zumal in Osteuropa (dank der Siedlungslage der Völker) unvermeidlichen Bestehen nationaler Minderheiten in den verschiedenen Staaten und von der Existenz der neugegründeten Staaten selbst. Er vertrat die Ansicht, daß im Einzelfall die staatlichen Grenzen auf dem Wege der Revision verbessert werden könnten, daß aber das Nationalitätenproblem an sich weder durch Verlegung der Staatsgrenzen, noch durch Verschiebung der Völkergruppen (Umsiedlung) gelöst werden könne.

Die letzte Voraussetzung schließlich war die als bestehend anerkannte und als solche bejahte Tatsache der zwiefachen Bindung der Angehörigen nationaler Minderheiten, deren jede für den einzelnen eine Verpflichtung in sich schloß: die Bindung als Volksgenosse an das eigene Volk und die Bindung als Staatsbürger an den Heimatstaat. Schiemann sah eine Lösung ausdrücklich nicht in der einseitigen Entscheidung für die eine Bindung auf Kosten der anderen, weil das ein Weg wäre, der unvermeidlich entweder zum Staatsverrat aus Volkstreue (Desertion) oder zum Volks-

[27] Über den europäischen Nationalitätenkongreß und den deutschbaltischen Anteil an ihm ist eine Tübinger Dissertation von Margarete Lutz im Entstehen. (Hg.)

[28] Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D, Band 2. Konrad Henleins Bericht an Reichsminister von Neurath vom 19. Nov. 1937, S. 51.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verrat aus Staatstreue (nationale Assimilation) führen mußte. Beides lehnte er entschieden ab. Er sah eine Lösung auch nicht – und dieses verdient besonders hervorgehoben zu werden, weil es Anlaß zu größten Unklarheiten gegeben hat – in einer Verewigung der Existenz der einzelnen Volksgruppen als wohlwollend bzw. gnädig oder auch widerwillig geschützte nationale Minderheiten. Das hätte seiner Ansicht nach ihre Degradierung zu nur geduldeten, aus dem geschichtlichen und politischen Leben der Heimat ausgeschalteten Gruppen bedeutet. Er hat eine solche Stellung wiederholt als unwürdig bezeichnet[29]. Zwar vertraten andere Minderheitenpolitiker damals – und vertreten zum Teil auch noch heute – in bezug auf den Dauerzustand der Minderheiten einen anderen Standpunkt. So hat Dr. Hannes Bergmann erst kürzlich den Friedensmachern von Versailles den Vorwurf gemacht, daß sie die nationalen Minderheiten für eine „zeitlich beschränkte Angelegenheit" gehalten und es versäumt hätten, ihnen ein „Recht auf Dauerzustand" zuzumessen[29a]. Demgegenüber hat Schiemann bereits 1920 unmißverständlich erklärt: „Es ist die Aufgabe der Minderheitenbewegung, den Weg zu zeigen, der zur Aufhebung der nationalen Minderheit als staatspolitischen Begriff führt"[29b].

Den Weg zur Lösung sah Schiemann in einer Aufhebung des Widerstreites zwischen Staatsangehörigkeit und Volkszugehörigkeit. Zu diesem Zweck verlangte er eine klare Abgrenzung der Pflichten und der Rechte, die einerseits aus der Staatsangehörigkeit und andererseits aus der Volkszugehörigkeit erwachsen. Von hier aus kam er zu seiner Forderung nach der Befreiung der Nation vom Staat und zu seiner Konzeption vom anationalen Staat als Grundlage einer gesamteuropäischen Ordnung.

Schiemanns Gedankengang war dabei – ganz konzentriert dargestellt – folgender: Der Staat ist eine Raumgemeinschaft; als solcher ist er primär als eine Tatsachengemeinschaft anzusehen.

Das Volk ist eine Personalgemeinschaft, in vollem Umfang eine Geistes- und Gefühlsgemeinschaft. Infolgedessen sind Staat und Volk verschiedenen Lebensgesetzen unterworfen. Deshalb können und sollen die Arbeitsgebiete der Staats- und der Volksgemeinschaft voneinander getrennt und gegeneinander abgegrenzt werden. Der staatlichen Betätigungssphäre würden demnach alle Lebensgebiete verbleiben, die an den Raum gebunden sind, so das wirtschaftliche, das verkehrstechnische und auch das politische im eigentlichen Sinne. „Politik ist die Arbeit am Gedeihen des Raumes, in dem man lebt", hat er kategorisch festgestellt, „jede Abweichung auf andere Ziele ist Selbstvernichtung[30]." Alle kulturellen Belange müßten aber aus der Betätigungssphäre des Staates herausgelöst, insofern „vom

[29] Das wird vom Ausschuß der deutschbaltischen Parteien in seiner Würdigung Schiemanns ausdrücklich hervorgehoben. Vgl. Wachtsmuth a. a. O., S. 427.

[29a] Dr. H. Bergmann, Etatistisches und volkliches Denken. In Volk und Staat, Festschrift für Karl Maßmann. Kiel 1954.

[29b] Zitiert nach Wachtsmuth. a. a. O. III, S. 176.

[30] Paul Schiemann, Ein europäisches Problem. S. 31.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Staate befreit" werden und der überstaatlichen Volksgemeinschaft vorbehalten bleiben. Schiemann verlangte mithin „von der Volksgemeinschaft die Beschränkung auf kulturelle Aufgaben und den Verzicht auf politische Zielsetzungen außerhalb des gegebenen Staatsraumes . . . und vom Staate den Verzicht auf kulturelle und nationale Totalität"[31], d. h. praktisch auf seinen Nationalstaatscharakter.

Schiemann hat als Parallele gern auf die Loslösung der Religionsgemeinschaften aus der staatlichen Betätigungssphäre hingewiesen und ihre Unterordnung unter eine eigene Rechtssphäre. Das gleiche strebte er für die Volksgemeinschaften an.

Die Widerstände dagegen – den staatlichen und den volklichen Egoismus – hoffte er durch eine systematische Stärkung und Erhaltung eines übernationalen Europabewußtseins zu überwinden. Bei seinen Bemühungen stellte er sich betont und zukunftsweisend auf den uns allen gemeinsamen Boden Europas, das er gelegentlich „unsere geistige Heimat" und „unser aller Vaterland" genannt hat. „Der Gemeinnutz Europas geht vor dem Eigennutz des Einzelstaates und Einzelvolkes[32]."

Das Schiemannsche Gedankengebäude ist mit zwingender Logik aufgebaut. Man wird sich aber des Eindrucks nicht erwehren können, daß seine Konzeption vom anationalen Staat als Grundlage einer europäischen Ordnung stark im Theoretischen und Konstruktiven haften bleibt. Ohne Zweifel hat er die währende und wachsende Kraft mancher politischer Faktoren unterschätzt: die nationalen Machtinstinkte der großen Völker und die nationale Eitelkeit der kleinen, denen es zu einer Prestigefrage geworden war, ihren souveränen Nationalstaat zu haben. Andere Faktoren hat er dagegen – jedenfalls für seine Zeit! – überschätzt, so das europäische Gemeinschaftsbewußtsein und wohl auch die Kraft der sittlichen Idee.

Praktisch ist Schiemann, dank der Entwicklung in den dreißiger Jahren, mit seiner Politik gescheitert. Aber man wird daraus kaum den Schluß ziehen dürfen, daß deshalb seine Zielsetzung falsch war und das Ziel selbst unerreichbar ist. Damals erwiesen sich die Gegenkräfte allerdings stärker als er erwartet hatte, und schließlich wurden er und seine Gesinnungsgenossen und Mitkämpfer vom siegenden Faschismus einfach überfahren.

Die erste Enttäuschung bereitete ihm der Völkerbund. Die Genfer Liga zeigte sich nicht fähig, ja überhaupt nicht gewillt, der Nationalitätenbewegung jenen über- und internationalen Rückhalt zu geben, dessen sie bedurfte und den sie bei den einzelnen Nationalstaaten nicht suchen konnte, ohne sich selbst aufzugeben. Die wahre Tragödie der verschiedenen Minderheitenverfahren vor dem Völkerbund – gelegentlich ist es geradezu eine Komödie gewesen – ist ja hinlänglich bekannt. Der Grund lag nicht allein im Überwiegen staatlicher Eigennutzinteressen und nationaler Machtaspirationen. Er lag auch darin, daß die Ziele und Absichten, zum Teil auch die Voraussetzungen der Nationalitätenbewegung von vielen führenden Persönlichkeiten in Genf überhaupt nicht begriffen wurden, am wenigsten

[31] Ebenda, S. 11.
[32] Ebenda, S. 42 und S. 8.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von den Vertretern südamerikanischer und ostasiatischer Mächte, die paradoxerweise gerade mit diesen typisch europäischen Fragen befaßt wurden. Das Nichtbegreifen bezieht sich zum Teil auch auf die Staatsmänner westeuropäischer Mächte, wobei eine nicht zu unterschätzende Rolle die mißverständliche und uneinheitliche Terminologie spielte. Trotzdem das Wort „national" in den westeuropäischen Sprachen bekanntlich im Sinne von staatlich und nicht wie im Deutschen und in den meisten osteuropäischen Sprachen im Sinne von volklich gebraucht wird, wurde in Genf, unabhängig vom Sinn, in der Regel in den verschiedenen Sprachen der gleiche Ausdruck verwandt und auch in amtlichen Übersetzungen beibehalten. Das hatte zur Folge, daß gerade jene Begriffe, die auf das säuberlichste unterschieden werden mußten – staatlich und volklich –, durch die verschiedene Bedeutung der Vokabel „national" hoffnungslos miteinander vermengt wurden[33]. Schon vor vierzig Jahren hat Ignaz Seipel sein bekanntes Buch über Nation und Staat unter das Motto gestellt: clarae notiones, boni amici!

Entscheidend für das schließliche Scheitern der Schiemannschen Politik auf europäischer Grundlage war aber nicht das Mißverstehen in Genf – es ist zum Teil sogar behoben worden –, sondern der Siegeszug des faschistisch-nationalistischen Machtdenkens. Als, hauptsächlich durch die Nationalsozialisten geschürt, jene selben Tendenzen Überhand gewannen, von denen Lemberg fälschlich behauptet, sie hätten „von vornherein" die Politik der nationalen Minderheiten bestimmt, als zumal die deutschen Volksgruppen – und innerhalb der Nationalitätenbewegung waren die deutschen Gruppen nicht nur führend, sondern entscheidend – von Hitler zu „fünften Kolonnen" degradiert und zu Werkzeugen der Machtpolitik des Dritten Reiches gemacht wurden, um den eigenen Heimatstaat innerlich auszuhöhlen und für eine Unterjochung durch Hitler reif zu machen, war damit der „echten", auf rechtlich-ethischen Grundlagen ruhenden Nationalitätenpolitik im Schiemannschen Sinne der Todesstoß versetzt.

Schiemann selbst hat, nachdem ihm in der Heimat durch den dort (1934) zur Macht gelangten faschistisch-autoritären Kurs der Boden für eine politische Wirksamkeit entzogen war, versucht, von Wien aus seine Politik fortzuführen und zunächst unter den deutschen Volksgruppen jene Elemente zu sammeln, die sich der NS-Gleichschaltungs- und Gewaltpolitik widersetzten. Im Februar 1936 begründete er in Wien eine „Minderheitenliga zur Befriedung Europas", zu der Vertreter aller

[33] Der Brasilianer Mello Franco erklärte als Berichterstatter für die Minderheitenfrage am 9. Dez. 1925 im Völkerbundrat, daß der Zweck des Minderheitenrechtes sei, „allmählich die notwendigen Bedingungen zur Herstellung einer vollkommenen nationalen Einheit vorzubereiten". Mello Franco hatte „complète unité nationale" gesagt. Die amtliche deutsche Übersetzung lautete höchst mißverständlich und offenbar von den Übersetzern selbst mißverstanden: vollkommene nationale Einheit. – Auf der gleichen Sitzung sagte Sir Austen Chamberlain nach der amtlichen deutschen Übersetzung, die Schöpfer des Minderheitenrechtes hätten nicht die Absicht gehabt, „inmitten der Nationen eine Gemeinschaft zu schaffen, die ewig dem nationalen Leben fremd bliebe". Nach der im Deutschen üblichen Terminologie ein barer Unsinn.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutschen Volksgruppen gehörten und die sich zum Ziel setzte, die Fahne des Rechtes gegenüber der siegenden Macht hochzuhalten[34].

Ohne Zweifel war dieser Versuch von vornherein zum Scheitern verurteilt. Zu einem Erfolg fehlten alle realen Voraussetzungen, sowohl in den einzelnen Volksgruppen selbst, wie auch in dem damals im Zeichen des Austrofaschismus stehenden Österreich. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß Schiemann die Hoffnungslosigkeit seines Unternehmens verkannt und sich irgendwelchen Illusionen hingegeben hätte. Bereits die Gründungsversammlung in Wien hatte etwas Gespenstisches. Ein großer Teil der von Schiemann persönlich geladenen deutschen Volkstumsführer, von denen er wußte, daß sie den Nationalsozialismus und seine Gleichschaltungspolitik entschieden ablehnten, riskierten es nicht, nach Wien zu kommen und sich zu exponieren. Und manche von jenen, die erschienen waren, stellten die Bedingung, weder öffentlich genannt noch in einer Mitgliederliste geführt zu werden. Der Terror, zumal der Wirtschaftsterror der Nationalsozialisten in den einzelnen Volksgruppen war bereits so groß, daß viele aus Angst, ihre Berufsstellung oder ihre wirtschaftliche Existenz zu verlieren, es nicht wagten, sich nach außen zu ihrem Tun zu bekennen[35]. So gewann das Unternehmen, ganz gegen Schiemanns Absicht, den Charakter des Konspirativen. Er selbst hatte diese Neugründung als eine öffentliche Manifestation des Widerstandswillens gedacht. Vielleicht war es auch mehr eine Art von Verzweiflungsschritt gewesen, um aus der erzwungenen Untätigkeit auszubrechen und unabhängig von allen Erfolgschancen überhaupt nur etwas „dagegen" zu tun. Eine praktische Tätigkeit hat der Verband nicht entfaltet und 1938 mit dem Anschluß auch formell sein Ende gefunden.

Abschließend sei noch einiges über Schiemanns Persönlichkeit gesagt, denn allein vom Politisch-Sachlichen her lassen sich weder seine Erfolge noch seine Stellung in der Heimat erklären. Seine politische Wirksamkeit war in höchstem Grade persönlich bestimmt. Es ging ihm stets mehr um die Menschenführung als um eine politische „Geschäftsführung". Er machte Politik nicht am Schreibtisch, nicht im Büro, nicht über Kanzleien, sondern unmittelbar von Mensch zu Mensch. Die Nachsitzungen mit viel Alkohol und wenig Konvention waren für seine politische Führung in der Regel wichtiger als die Sitzungen selbst.

Er hatte starke künstlerische und literarische Interessen und hat deshalb am schnellsten Kontakt mit jenen Politikern gefunden, die ähnliche Neigungen hatten, wie z. B. mit dem deutschen Gesandten in Lettland, Dr. A. Köster. Ja, es wurde gelegentlich die Ansicht geäußert, daß Schiemanns eigentlicher Beruf im Künst-

---

[34] Obgleich der Verfasser dem Verbande angehörte und an seiner Begründung teilgenommen hat, ist ihm seine genaue Bezeichnung nicht mehr in Erinnerung. Es ist möglich, daß der Name, wie Richard Breyer in seinem Buch: Das Deutsche Reich und Polen, Würzburg 1955 angibt, „Deutscher Verband zur nationalen Befriedung Europas" gewesen ist.

[35] Von prominenten Minderheitenführern, die aus ihrer Beteiligung am Verbande kein Geheimnis machten, wären außer Schiemann zu nennen: der Sudetendeutsche Dr. Kostka und der Polendeutsche Dr. Pant (ein ehemaliger Jugendgespiele Hitlers). Generalsekretär des Verbandes war der Österreicher Woldemar Quaisser.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lerisch-Literarischen liege. Er selbst hat das durchaus geleugnet. Als der alte Theodor Schiemann, dem die politische Betätigung seines Neffen Paul sehr ungelegen war, diesem empfahl, sich auf das Gebiet zu beschränken, auf dem er „wirklich zu Hause" sei, nämlich auf die Literatur, schrieb ihm der Neffe in einem ausführlichen Antwortbrief u. a.: „Du siehst wohl aus allem, was Du bisher vermutlich nicht wußtest, daß ich keineswegs ein Mensch bin, der durch Zufälligkeiten des Lebens in die Journalistik [man könnte hinzufügen: und in die Politik] verschlagen wurde und nun notgedrungen auch eine Ansicht vertreten muß, sondern daß es sich bei mir um eine in Kämpfen und Arbeit erworbene Überzeugung handelt, die eine Aufgabe in sich schließt[35a]". Diese Worte sind außerordentlich typisch für Paul Schiemann.

Er war kein systematischer Arbeiter, kein Freund der Regelmäßigkeit. Selbst hat er sich in seinen jungen Jahren als einen echten Bohemien bezeichnet und ist es in gewissem Sinne auch bis zum Schluß geblieben. Darin lag natürlich eine Gefahr. In seiner Heimat spielte auch nach dem Umbruch von 1918 das Gesellschaftliche eine große Rolle. Durch Herkunft – er entstammte einer alten kurländischen Juristenfamilie – und Lebensstellung hatte er von vornherein seinen festen Platz in der Gesellschaft. Durch seine bohemische Lebensweise hatte er aber, ganz abgesehen von seiner Politik, manchen gesellschaftlichen Anstoß erregt, bis zu einem gewissen Grade sich außerhalb der Gesellschaft gestellt. Der in Riga gesellschaftlich maßgebende Klub, zu dem zu gehören, wie in England, für eine im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeit wichtig war, hat durch Jahre seine Aufnahme als Mitglied verweigert.

Und gleichwohl wirkte sich gerade dieser Umstand auch zu seinen Gunsten aus. Er war kein Exponent bestimmter „Kreise", und infolge seiner geistig wie gesellschaftlich unabhängigen Haltung gelang es ihm, sehr gute persönliche Beziehungen gerade zu markanten Vertretern aller sozialen Schichten und Berufsstände zu unterhalten, zum Adel ebenso wie zum sogenannten kleinen Mann.

Schiemann hat einmal gemeint, der Deutschbalte sei „mehr als jeder andere Stamm zur Freundschaft fähig"[36]. Ob das so allgemein richtig ist oder nicht, mag dahingestellt sein – auf ihn selbst trifft es ohne Zweifel zu. Er hatte nicht nur eine große Freundschaftsfähigkeit, sondern auch ein großes Freundschaftsbedürfnis. Das hatte zur Folge, daß die politische Führungsgruppe um ihn schnell den Charakter eines Freundeskreises annahm. Dadurch gewann diese Gruppe einen sehr festen innerlichen Halt über alle politischen Gegensätze hinweg. Denn fast alle seine persönlichen Freunde in diesem Kreise gehörten anderen Parteien an als er selbst. Auf dieser persönlichen Grundlage beruhte auch sehr wesentlich seine fruchtbare politische Zusammenarbeit mit Baron Fircks.

Wenn Schiemann im Politischen auch neue Wege gegangen ist, so hat er an den alten, in seiner Heimat nach wie vor geltenden, aristokratisch bestimmten

[35a] Vgl. Anm. 7.

[36] Vgl. „Baltische Hefte" Nr. 1.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wertmaßstäben unbedenklich festgehalten und sie als für sich verbindlich anerkannt. Insofern war er ein sehr typischer Deutschbalte. Auch das hat ihm vieles erleichtert. Und er hat oft amüsiert und mit leichter Ironie davon gesprochen, daß seine politischen Gegner aus dem konservativen Lager – gleichsam um sich dafür zu entschuldigen, daß sie ihm Gefolgschaft leisteten – ihm wiederholt versicherten, er mache zwar in Demokratie, aber in Wirklichkeit sei er – gottlob! – gar kein Demokrat. „In Wirklichkeit" ist er selbstverständlich ein Demokrat gewesen. Er war es nur nicht in dem starren Sinne, wie man sich im „Weimarer" Deutschland einen Musterdemokraten vorzustellen pflegte, sondern er war viel mehr ein Demokrat im englischen Verstande, ein demokratischer Leader. Und es ist bezeichnend, daß er stets diesen englischen Ausdruck für seine eigene Stellung in Anspruch nahm und sich nie als Führer bezeichnete.

Gewiß hat er viele und erbitterte Gegner gehabt. Wenn man aber nachträglich, Schiller zitierend, von ihm gesagt hat, sein Charakterbild schwanke, von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, in der Geschichte, so ist das kaum gerechtfertigt[37]. In der „Geschichte" erscheint sein Charakterbild schon zehn Jahre nach seinem Tode überraschend einheitlich. Und auch seine früheren schärfsten Gegner aus dem NS-Lager – die in bezug auf zeitgenössische Vorgänge allerdings keine besondere Urteilskraft bewiesen, bei der Bewertung der Vergangenheit aber oft ein klares Urteil gezeigt haben – stimmen heute mit der von seinen Anhängern längst vertretenen Beurteilung Paul Schiemanns als Politiker weitgehend überein[38].

[37] Wachtsmuth, S. 156.

[38] Vgl. dazu das zusammenfassende Urteil Reinhard Wittrams im Rahmen einer Besprechung des Wachtsmuthschen Buches in der „Historischen Zeitschrift" 178, S. 388.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

WERNER CONZE

DAS ENDE DES PROLETARIATS

Helmut Schelsky hat ein empirisch-soziologisches Sammelwerk herausgegeben[1], das die Aufmerksamkeit der zeitgeschichtlichen Forschung in hohem Maße verdient. Es handelt sich dabei um eine Fortführung der von der Sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung von Jugendfragen 1950—52 durchgeführten und veröffentlichten Forschungen über die „Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend". Fragebogen wurden an 1300 Hamburger Berufsschüler gegeben, Monographien über Gruppen von Jugendlichen in Betrieben, Lagern und Wohnheimen wurden auf Grund von Beobachtung, Befragung und Unterhaltung hergestellt und ausgewertet. Dazu kamen zahlreiche Gruppendiskussionen mit Jugendlichen, Jugendleitern, Berufsschullehrern u. a. Das Rohmaterial selbst wurde nicht veröffentlicht, sondern einer flüssigen Darstellung zugrunde gelegt, in der die Materialnähe stark zutage tritt. Das wissenschaftlich Ergiebige der Arbeiten liegt nicht allein in der vorbildlichen Verbindung einer breiten empirischen Basis mit scharfer und fruchtbarer Begriffsbildung, die sowohl Nähe wie Distanz zum Material erkennen läßt, sondern besonders auch im Versuch, nicht Zustandsquerschnitte zu zeichnen, sondern geschichtliche Bewegung zu ergründen. Das konnte jedoch nicht mit der gleichen Sicherheit der Quellengrundlagen wie für die Gegenwartsaufnahme geschehen, da ähnliche Erhebungen für die zurückliegenden Jahrzehnte nicht vorliegen. So mußte auf Literatur von ungleichartigem Quellenwert aufgebaut werden. Es besteht kein Zweifel, daß außer diesem reich und scharfsinnig verwendeten Schrifttum vor allem der 20er Jahre noch reichlich und verschiedenartig Selbstaussagen zu finden gewesen wären, aus denen die bewußtseinssoziologischen Fragen, um die es geht, noch sicherer hätten beantwortet werden können. Doch war das nicht die Aufgabe der vorliegenden, gegenwartsorientierten Untersuchung. Darin könnte vielmehr eher eine Aufforderung an die Geschichtswissenschaft liegen, sich in stärkerem Maße von der heute auch in Deutschland erfreulich konkret werdenden Soziologie anregen zu lassen. Für die Zwecke der vorliegenden Arbeit erscheint der geschichtliche Rückgriff nicht nur ausreichend begründet, sondern gut geglückt zu sein. Die geschichtliche Sicht des Sammelwerks reizt zu mannigfaltigen Überlegungen, von denen im folgenden einiges angedeutet sein möge.

Die bewußte Anknüpfung an die 20er und 30er Jahre zeigt, daß das in den letzten Jahren viel diskutierte, durchaus unproletarische Verhalten und Bewußtsein des

[1] Arbeiterjugend gestern und heute. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen von Heinz Kluth, Ulrich Lothmar, Rudolf Tartler. Hrsg. und eingeführt von Helmut Schelsky. Veröffentlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft Hamburg. Quelle und Meyer, Heidelberg 1955, 349 S., 23.– DM.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„jungen Arbeiters" schon weit zurückliegt. Spätestens in den 20er Jahren begannen wesentliche „schichttypische" Unterschiede eingeebnet zu werden und war der „Weg zur Mitte" festzustellen, der sich heute bis zur „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" (Schelsky) fortgesetzt hat. Es handelt sich also beim „jungen Arbeiter" von heute nicht um einen „neuen Typ"[2], sondern um das Ergebnis eines jahrzehntelangen Prozesses der „Einbürgerung des Proletairs", wie es Franz Xaver von Baader schon im Jahre 1835 als das Ziel der gesellschaftlichen Wandlung bezeichnet hatte[3]. Aber während in den 20er Jahren trotz aller Begriffsverwirrung und allem Zwiespalt zwischen Ideologie und sozialer Wirklichkeit noch „Proletarier", „Arbeiter" und proletarische Jugend im Bewußtsein vorhanden waren, gibt es heute – außer in unbestreitbaren Vorstellungsresten – kein Proletariat, nicht einmal eine deutlich unterscheidbare Schicht „Arbeiter" mehr, und die Jugend, bei der sich der alte Gegensatz „proletarisch–bürgerlich" immer mehr verwischt hat, befindet sich nicht mehr in der „Bewegung" und sieht sich nicht mehr im Gegensatz, weder zur alten Generation noch zu einer andern Klasse. Von den befragten Berufsschülern, soweit sie „Arbeiter" waren, konnten 44 Prozent der männlichen und 75 Prozent der weiblichen auf die Frage, was sie unter einem Proletarier verstünden, keine Antwort geben, während 23 Prozent (14 Prozent) erklärten, das Wort nicht zu kennen; nur 33 Prozent (11 Prozent) gaben sehr verschiedenartige Antworten. Bei den Schülern, die Angestellte waren, war dem Bildungsstand gemäß die Kenntnis des Begriffs um ein geringes besser; aber auch bei ihnen waren über die Hälfte der männlichen und fast drei Viertel der weiblichen Befragten ohne Kenntnis oder blieben die Antwort schuldig. So ist dies der heutigen sozialen Lage nicht mehr entsprechende Wort nur noch besonders Geschulten oder Belesenen geläufig. Aber auch das Wort „Arbeiter" bezeichnet immer weniger eine sozial abgrenzbare Schicht. „Während so im Bewußtsein der ‚Arbeiter' der Arbeiter im steigenden Maße zur ‚Berufs'-Bezeichnung der Berufslosen, der Unqualifizierten wird, versuchen sich Gesetzgeber und Organisationen immer noch an den alten Grenzen zu orientieren, obwohl deren Verlauf nie ganz eindeutig und unbestritten festgelegt worden ist. Es gibt vielleicht nur noch e i n e ‚sichere' Bestimmung: Arbeiter ist, wer invalidenversicherungspflichtig ist, und invalidenversicherungspflichtig ist, wer Arbeiter ist." (S. 174).

So ist nicht nur das Fremdwort der Intellektuellen, sondern auch das deutsche, wohl vom französischen „ouvrier" als Klassen- oder Berufsbezeichnung übernommene Wort immer mehr außer Kurs gesetzt worden. Beide Begriffe werden jedenfalls von denen, auf die sie angewandt worden sind oder noch werden, als etwas Minderwertiges, Unangesehenes abgelehnt. Der Versuch, die Bezeichnungen für Ungelernte, Nichtqualifizierte, Arme, gesellschaftlich nicht Respektierte zu Ehrenbezeichnungen einer kommenden, durch das Proletariat herbeigeführten klassenlosen Gesellschaft zu machen, ist fehlgeschlagen, weil die Klassengesellschaft sich

[2] Karl Bednarik, Der junge Arbeiter von heute – ein neuer Typ. Stuttgart 1953.

[3] Über das dermalige Mißverhältnis der Vermögenslosen oder Proletairs zu den Vermögen besitzenden Klassen der Sozietät. 1835.

[4] Theodor Geiger, Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln und Hagen 1949.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im „Schmelztiegel" (Th. Geiger[4]) befindet und auf eine zur Mitte nivellierte, weder „bürgerliche" noch „proletarische" Gesellschaftsform zusteuert, in der nicht mehr das „Existenzminimum", sondern ein steigendes „Zivilisationsminimum" gemäß dem jeweils als „normal" angesehenen Lebenszuschnitt für die ständisch nicht mehr begrenzte, beruflich aber äußerst differenzierte Masse des ehemaligen „Proletariats" maßgebend ist. In dieser Masse aber nimmt der Anteil der „unqualifizierten" Arbeiter ständig ab, weil in der auf Leistung bedachten, aufgefächerten Industriewirtschaft immer mehr der Fachmann, zumindest der angelernte Qualitätsarbeiter verlangt wird.

Wenn die Begriffe „Arbeiter" und „Proletarier" ungern eigenbezogen angewandt und mit „unqualifiziert" gleichgesetzt werden, so wird damit im Grunde eine sehr alte, nie ganz verlorengegangene Vorstellung wiederaufgenommen: der Arbeiter (die „arbeitenden Klassen") oder Proletarier als Bezeichnung für das unterständische Volk vor oder zu Beginn der Industrialisierung, als (um 1840) das Wort „Proletarier" von Frankreich übernommen wurde und deshalb so rasch über die Kreise der radikalen Intelligenz hinaus Verbreitung gewann, weil es eine neue, vorher ungewohnte Wirklichkeit bezeichnete. Hegel hatte sie als die „Erzeugung des Pöbels" bezeichnet. Damit meinte er den Massenzuwachs der unterbäuerlichen und unterbürgerlichen Schicht, die durch die ständisch stabile Gesellschaft bisher im Nahrungsraum und in der Fortpflanzung beschränkt worden war, nun aber infolge eines lang angestauten Bevölkerungsdrucks und der mannigfachen Emanzipationen seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert das ständisch zugebilligte Maß überwucherte und damit zur Ursache der damals vielbeklagten Übervölkerung des Landes wurde. Dies unterständische, standlose, die Stände bedrohende Übermaß war mit einem gebräuchlichen Wort nicht zu fassen. Das neue Phänomen wurde durch ein neues Wort ausgedrückt[5].

Dies wurde seit dem Ende der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts viel, nicht nur von Sozialisten, angewandt und verbreitete sich neben dem Begriff des „Pauperismus" schnell in der Publizistik. Doch der „Pauper" wich in der Literatur dem „Proletarier", der in den 60er Jahren die Grenzen der Bildungswelt überschritt und zum politischen Schlagwort mit Massenverbreitung wurde. Das Wort bürgerte sich ein, weil es – ähnlich wie „Arbeiter" – trotz einer beibehaltenen weitergehenden Bedeutung im Sprachgebrauch vorwiegend auf den Industriearbeiter bezogen wurde, vor allem aber, weil es sich mit dem Sozialismus, d. h. in Deutschland in erster Linie dem Marxismus, verband. In dem Maße wie das gläubige Bekenntnis zum Marxismus wuchs, verbreitete sich auch die bewußte Anwendung des Worts „Proletarier". Mit diesem bewußt und prononciert Proletarier sein Wollen, weil man an den Sozialismus glaubte, oder dem krampfhaft Proletarier sein Sollen, weil es die organisierte Propaganda verlangte, ist wohl das eigentliche Charakteristikum der Geschichte dieses Wortes ausgedrückt. Das „Proletariat" war ein ideologie-

[5] Werner Conze, Vom „Pöbel" zum „Proletariat". Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Sozialismus in Deutschland. Vierteljahrsschrift f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch. 41, 1954, 333 ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

belastetes Wort, dessen Wertschätzung mit der Überzeugungskraft des Vulgärmarxismus stand und fiel. Die höchste Geltung hat es zweifellos zwischen 1890 und 1914 besessen. Zwar entschleierte damals bereits der Revisionismus den Riß zwischen Ideologie und Wirklichkeit. Doch wurde das Bewußtsein, als Proletarier Träger der besseren Zukunft zu sein, gleichwohl immer wieder ermöglicht, da die feindliche Front in der Staats- und Gesellschaftsverfassung des wilhelminischen Reichs sichtbar war und das stetige Anwachsen der sozialistischen Anhängerschaft leicht einen Erfolgsrausch und proletarischen Optimismus erzeugte.

Kluth weist mit Recht darauf hin, daß vom „Inhalt" her gesehen der Marxsche Arbeiterbegriff – wir fügen hinzu: auch der Proletarierbegriff – dem aus der berufsständischen Vorstellungswelt verwandt sei; „beide meinen den nicht qualifizierten, in eine mechanische Tätigkeit verflochtenen, beliebig auswechselbaren Menschen" (S. 26). So gingen also die ideologisch-politische und die übliche sozialpsychologische Wertung des Worts weit auseinander. Es hätte schon der Überzeugungskraft einer siegreichen Revolution bedurft, die sich – unbeschadet ihrer wirklichen Ergebnisse und Folgen – als proletarisch und die Proletarier als Sieger hätte verstehen müssen, wenn das unvolkstümliche Wort sich hätte behaupten sollen. Tatsächlich haftete ihm trotz aller betonten „proletarischen Kultur" stets etwas Inferiores an. Dem wich aber der Träger der Bezeichnung um so stärker aus, als er in der nüchternen Lebenspraxis den Ideologieglauben verlor (was seiner Zugehörigkeit zum Sozialismus keineswegs zu widersprechen brauchte) und die Erfahrung machte, daß auch im gegebenen „kapitalistischen System" materielle Lebensverbesserung und sozialer Aufstieg möglich waren, wozu die Organisation der Gewerkschaft wesentliche Hilfestellung bot. In der sozialistischen Selbstkritik wurde dies sehr früh schon als „Verkleinbürgerlichung" verächtlich gemacht, de facto aber hingenommen und gefördert. Diese Tendenz verstärkte sich nach 1919, als der Widerstand gegen den Staat fortfiel oder einer inneren Unsicherheit wich, die in der Parteidiskussion der Sozialdemokratie als Auseinandersetzung um „Staatspartei" oder „Klassenkampfpartei" erschien. Zu Beginn der 30er Jahre verschwand „Proletariat" bereits fast völlig aus den Veröffentlichungen der sozialistischen Jugendgruppen. Und wenn diese Entwicklung nach 1945 weitergeführt wurde, ja fast zum Ende gekommen ist, so ist – mit Kluth (S. 50) – daran zu erinnern, daß sie ja „1933 nicht stehengeblieben, sondern in mancher Hinsicht sogar ‚komprimiert' weitergelaufen" ist. Damit ist ein sozialgeschichtlicher Aspekt des „Dritten Reichs" angedeutet, der der Untersuchung wert wäre.

Von großer zeitgeschichtlicher Bedeutung sind die in den Beiträgen von Lothmar und Tartler angestellten Vergleiche der „Arbeiterjugend" von heute mit der in den 20er Jahren. Der Ursprung der bürgerlichen Jugendbewegung aus dem Wohlstandsprotest und der proletarischen aus dem Elendsprotest, deren Weg von der organisierten zur romantisch-revolutionär „bewegten" Jugend, sowie die beiderseitige Angleichung über die Hitler-Jugend zur heutigen Jugendpflege und Jugendorganisation ohne „Bewegung" werden anregend analysiert. Dabei muß freilich immer die den Verfassern bewußte Frage in Erinnerung gebracht werden, ob das

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bild der „Arbeiterjugend" zwischen den 20er Jahren und der Gegenwart sich wirklich so stark verschoben hat. Aber soviel scheint doch sicher zu sein: auch wenn sich der Unterschied vermutlich abschwächen würde, wenn wir für die Jahre um 1925 ähnlich exakte Unterlagen hätten wie für 1954, so ist doch der Trend unbestreitbar. Die Wirkungen der rasch fortschreitenden Technisierung unseres Daseins und die ernüchternden Erfahrungen aus den Katastrophen unserer jüngsten Geschichte haben – so dürfen vielleicht die vielen Einzelbeobachtungen zusammengefaßt werden – zu einem jugendlichen Durchschnittstypus geführt, der viele – zu Recht oder Unrecht – als „typisch deutsch" angesehene Eigenschaften abgelegt und sich dem amerikanischen Typus angenähert hat. Dazu gehören: die Berufstüchtigkeit mit dem Ziel, „besser" leben zu können, die Verwendung eines großen Teils der Freizeit zur beruflichen Fortbildung um dieses Zieles willen, das „Sichverlassen auf das eigene Geschick oder auf die unmittelbare Umgebung – Freunde, Bekannte und Familie" (S. 120), wozu das merkwürdigerweise nicht ausdrücklich behandelte Denken in „Jobs" zu rechnen wäre, die Ausübung eines „Hobby", das oft genug vom ehemals üblicheren Wirtshausgang ablenkt, ohne aber dem habitualisierten Besuch des für den Wohnbezirk zuständigen Kinos entgegenzustehen, schließlich auch die unpathetische und unideologische Anerkennung der parlamentarisch-demokratischen Republik ohne deutliche Vorstellung von ihrer Verfassung, die „permanente Adaptation an das Neue" (S. 273) und der fortschreitende Verlust eines eigenen Jugendraums. Hier wäre zu fragen, ob in der fortgesetzten Bewegung der überall ähnliche Bedingungen schaffenden industriellen Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur Schichten und Generationen, sondern auch Völker eingeebnet werden, so wie es in einheitlichen Großmachträumen wie in den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion fortdauernd geschieht.

Überblicken wir die Ergebnisse des hier nicht annähernd vollständig herangezogenen Werkes, so erhebt sich eine Frage, um derentwillen unsere Betrachtungen recht eigentlich angestellt worden sind. Zeitgeschichte ist – strukturell gesehen – die Geschichte des technisch-industriellen Zeitalters. Um dessen Struktur in ihren Grundlagen, Bedingungen und Wandlungen zu erfassen, bedarf es, grundsätzlich anders als für die Geschichte vor der industriellen Revolution, der intensiven methodischen und inhaltlichen Verbindung mit den systematischen Wissenschaften – wie in diesem Falle der Soziologie –, die es mit dem Menschen als geschichtlichem Wesen im Industriezeitalter zu tun haben. Zeitgeschichtsforschung sollte eine Kontaktstelle zwischen den Disziplinen sein, und sie sollte sich auch den von Historikern meist nicht beschrittenen methodischen Weg zu eigen machen, von einer Gegenwartsanalyse her die geschichtliche Tiefe zu suchen und damit für die Historie im engeren Sinne neue Fragestellungen zu gewinnen.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

AUS DEN AKTEN DES GAULEITERS KUBE

Vorbemerkung

Die beiden Hauptstücke dieser Dokumentation, die hier erstmals vollständig veröffentlicht werden, liegen in einer Photokopie des Originals vor und entstammen der Schriftgutverwaltung des Persönlichen Stabes des Reichsführers SS. Sie sind ungedruckte Nürnberger Dokumente, haben jedoch für die Prozesse selbst keine Rolle gespielt. In ihnen übt der „Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD Weißruthenien", Strauch, schärfste Kritik an der zwiespältigen Haltung des damaligen Generalkommissars für Weißruthenien, Gauleiter Wilhelm Kube, gegenüber der sogenannten Endlösung der Judenfrage. Kritik und Gegenkritik sind in einzigartiger Weise geeignet, auf die grauenhaften Praktiken bei der Durchführung der „Endlösung" neues Licht zu werfen, obwohl die Person des Generalkommissars Kube äußerlich im Vordergrund steht.

Als Sohn eines preußischen Sergeanten wurde Wilhelm Kube am 13. November 1887 in Glogau geboren. Es scheint, als ob der Unteroffizier Kube dieses Kind nicht dazu bestimmt hatte, Soldat zu werden. In Berlin besuchte der junge Kube nämlich das angesehene Gymnasium „Zum Grauen Kloster", das einst Bismarck „als normales Produkt unseres staatlichen Unterrichts" verlassen hatte, und studierte anschließend an der Berliner Universität Geschichte und Staatswissenschaften sowie aus Liebhaberei auch etwas Theologie. Hier gründete er 1909 einen deutschvölkischen Studentenverband und hatte bereits in dieser Zeit ständige Verbindung mit den Kreisen um Adolf Bartels, Theodor Fritsch und Liebermann von Sonnenberg. Er wurde Mitglied der Deutsch-Konservativen und war als Journalist für verschiedene Blätter dieser Richtung in Wismar und Breslau tätig. Der Weltkrieg unterbrach seine Entwicklung lediglich insofern, als er 1917 einundzwanzig Garnisontage als Landsturmmann beim Ersatz-Bataillon des Inf.-Rgts. 51 verbringen mußte, ehe seine Partei ihn, ihren schlesischen Generalsekretär, als unabkömmlich reklamieren konnte.

1919 gründete Kube dann den Deutschen Bismarckbund, aus dem die Bismarck-Jugendbewegung hervorging, zu deren „Reichsführer" er 1922 in Erlangen gewählt wurde. Inzwischen war Kube 1920 Generalsekretär des Landesverbandes Berlin der neuen Deutschnationalen Volkspartei geworden und zog als ihr Abgeordneter 1922 in die Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung ein. Im September 1923 trat er jedoch aus der DNVP aus, um sich der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung" anzuschließen. Die Konversion brachte ihm 1924 ein Reichstagsmandat. Trotzdem hatte Kube an der Seite Fricks noch nicht endgültig seinen Platz gefunden; denn es waren noch einige Umwege über verschiedene völkische Splittergruppen erforderlich, und es sollte noch zu unerfreulichen Auseinandersetzungen mit den späteren Parteifreunden kommen, ehe er 1928 an die Spitze sowohl der NSDAP-Fraktion im Preußischen Landtag als auch der 66 Parteigenos-

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sen des neuen Gaues „Ostmark"[1] gestellt wurde. In den folgenden fünf Jahren „eroberte" Kube seinen Gau, und als Dank ernannte ihn Hitler am 1. Juni 1933 zum Gauleiter des vereinigten Großgaues Kurmark, als der Kollege in Potsdam nach der Machtübernahme zugunsten der einträglicheren Pfründe eines Präsidenten der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie verzichtet hatte[2].

Als Vorkämpfer des völkischen Gedankens und einer der ersten völkischen Parlamentsvertreter überhaupt ist Wilhelm Kube auf jeder Station seiner parteipolitischen Entwicklung überzeugter Antisemit gewesen. Daß diese Gegnerschaft für ihn keine Theorie blieb, dafür zeugen nicht zuletzt die persönlichen Anrempeleien und Anpöbelungen, vor denen selbst seine jüdischen Parlamentskollegen nie sicher gewesen sind, und die Bezeichnung hemdärmelig für seinen Stil wäre namentlich im Hinblick auf seine Auslassungen zur „Judenfrage" noch geradezu euphemistisch[3].

Die schließlichen Bedenken des Generalkommissars von Weißruthenien werden also kaum der verspätete Durchbruch einer besseren Erkenntnis des einstigen völkischen Vorkämpfers gewesen sein. Es war vielmehr die praktische Durchführung seines theoretischen Feldgeschreis, vor der er jetzt zurückweichen sollte. Es war der ihm wie vielen seiner Gesinnungs- und Generationsgenossen eigentümliche Mangel an Vorstellungsvermögen und natürlicher Logik, der ihn nun mit Konsequenzen konfrontierte, an die er nie gedacht und die er so nicht gewollt hatte. Und doch waren es nur die Geister, die er selbst gerufen hatte, von denen der Zauberlehrling nun aufs tiefste erschreckt wurde. Denn nachdem Wilhelm Kube am 17. Juli 1941 zum Generalkommissar des Generalbezirks Weißruthenien bestellt worden war[4], trat ihm jener von ihm beschworene Ungeist in der Gestalt der in seinem Gebiet tätigen Sicherheitspolizei des Reichsführers-SS entgegen.

---

[1] Es handelte sich dabei noch um die alte „Ostmark", die aus der Niederlausitz, dem Gebiet um Frankfurt/Oder und der Grenzmark bestand.

[2] Zum Lebenslauf Kubes vgl. Gerd Rühle: Kurmark. Die Geschichte eines Gaues. – Berlin 1934; – Reichstags-Handbuch, III. Wahlperiode 1924; – Baldur v. Schirach: Die Pioniere des Dritten Reiches, Essen o. J., S. 140ff.; – Der Anti-Nazi, Redner- und Pressematerial über die NSDAP, hrsgg. vom Dt. Volksgemeinschaftsdienst, Blatt 115ff.

[3] Vgl. z. B. die folgenden Stellen aus Artikeln Kubes zur „Judenfrage": „Was Pest, Schwindsucht und Syphilis für die Menschheit gesundheitlich bedeuten, das bedeutet das Judentum sittlich für die weißen Völker ... Der Pestträger muß ausgemerzt und isoliert werden." („Westfälische Landeszeitung", 19. 5. 1934.) – „Das schwarz-rot-gelbe Schandsystem hat der deutschen Jugend völlig fremd und verständnislos gegenübergestanden. Es wäre ja auch nachgerade Unnatur gewesen, wenn sich deutsche Jugend für dieses Gemisch von Feigheit, Schmutz, Gemeinheit und Niedertracht, von Faulheit, Dummheit und Bosheit, dessen Superlativ Judentum heißt, begeistert hätte ... Die Republik von Weimar hat sich stets als jugendfeindlich und judenhörig gezeigt. Sie konnte ihre krummnasigen Tschandalenerzeuger nie verleugnen." („Der Märkische Adler", 3. 6. 1934.) – „Der Antisemitismus in Deutschland wird so lange bestehen, wie der nationalsozialistische Staat dauert: das heißt immer! Und die Bekämpfung des Judentums mit dem Ziele seiner endgültigen Vernichtung als geistiger und wirtschaftlicher Faktor, als politische Macht ist ein lebenswichtiger Teil des nationalsozialistischen Gesamtprogramms. Daran halten wir fest." („Westdeutscher Beobachter", 16. 6. 1935.)

[4] Bestellungsurkunde im Nürnb. Dokument NG–1325.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Plan, einen Erdteil „judenfrei" zu machen, zählt zu den makabersten Verirrungen des Dritten Reiches. Aller Streit um die genaue Zahl der Millionen dabei vernichteter Mitmenschen ist unwichtig angesichts der abgründigen Tatsache der Vernichtung selbst. Es spricht vieles dafür, dieses Problem sich aufhebenden Menschseins in das Gebiet der Psychopathologie zu verweisen. Ein Wort aber, das in jener Zeit oft gesagt, oft gehört und oft – nachgeredet wurde, ist geeignet, die Hintergründe dieser schauerlichen Verirrung zu beleuchten – ein Wort, das fast überall als Revolutionsvokabel belächelt und verspottet wurde und von dem es sich erst zu spät herausstellen sollte, daß es völlig ernst gemeint und von einigen gründlichen Gehirnen mit all seinen in ihm liegenden satanischen Konsequenzen zu Ende gedacht worden war. Es ist dies der dubiose Ausdruck „Schädling".

Mitmenschen wurden zu Schädlingen, – und die Betroffenen wußten gar nicht, was das bedeutete. Die Exekutoren aber hatten, nachdem der Ausdruck erst einmal gedankenlos akzeptiert worden war, die Logik auf ihrer Seite. Schädlinge werden unschädlich gemacht: auf der ganzen Welt ist das nicht anders. Und so fraß sich denn der Gedanke in einigen „sonst" normalen Köpfen unbarmherzig weiter. Wo es sich um Ungeziefer handelte, war zwangsläufig alles erlaubt, jedes Ungeziefer mußte „ausgemerzt" werden. Der Vorgang war mit einem Male aus dem Bereich moralischer Wertungen herausgerückt und wurde gleichsam zur Frage begrifflicher Konsequenz. Wer Einwendungen erhob, war einem Irrtum in der Klassifikation unterlegen. Er hatte eben den Juden noch nicht als das Ungeziefer erkannt, das – wie es bald geläufig über die Lippen gehen sollte – „aus dem Volkskörper entfernt"[5] werden mußte.

Vertretern dieser Schädlingsideologie sah sich Wilhelm Kube nun also in Weißruthenien gegenüber. Auch sein Weg nach Minsk übrigens war nicht frei gewesen von den für Kubes Leben so typischen Umwegen; und sein Schicksal während der ersten Jahre des Dritten Reiches zeigt noch einmal mit aller Deutlichkeit, daß dieser Mann alles andere als eine Mimose war, daß er vielmehr vor nichts so leicht zurückschreckte. Bereits dreieinhalb Jahre nach der Machtübernahme war nämlich Kube ziemlich ruhmlos von der politischen Bühne verschwunden. Wer damals seine Informationen allein aus der Presse bezog, erfuhr das allerdings bloß indirekt. Im Völkischen Beobachter etwa erschien lediglich am 8. August 1936 inmitten des Goldmedaillentaumels der Olympiade eine kleine, beinahe versteckte Notiz des Inhalts, daß der bisherige stellvertretende Gauleiter von Westfalen-Süd, Pg. Stürtz, Parteichef der Kurmark geworden war. Ob es dort früher bereits einen Gauleiter gegeben hatte, um wen es sich dabei handelte und warum er es jetzt nicht mehr war – das alles blieb der Phantasie des Lesers überlassen. Wer Reichs- oder Gauleiter der NSDAP war, erfuhr dagegen weit mehr, weil ihm per Einschreiben und Eilboten das Rundschreiben Nr. 99/36 des Stellvertreters des Führers ins Haus geschickt wurde (Dokument Nr. 1).

[5] Der für diese Mentalität bezeichnende Ausdruck findet sich etwa in einem Schreiben des Vertreters des Ausw. Amtes beim Reichskommissar f. d. bes. niederl. Gebiete an das AA, vom 25. 6. 43 (NG–2631).

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Damit war es still um den „Preußenführer" geworden. Denn wer als hoher Funktionär eines totalen Staates ins Fallen kommt, stürzt gewöhnlich gründlich. Die Vergehen Kubes hatten allerdings nicht genügt, ihn völlig von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Für einen Sitz in der obersten Volksvertretung erschienen im Dritten Reich selbst derartige Gestalten immer noch als ausreichend qualifiziert, so daß die deutschen Wähler 1938 auch den „Oberpräsidenten im einstweiligen Ruhestand" Wilhelm Kube wieder in den Reichstag entsenden durften[6]. Genau genommen, bedeutete dies freilich wenig mehr als eine dekorative Geste im Sinne der Anordnung des Stellvertreters des Führers vom 14. April 1934, wonach gerade der disqualifizierte und kaltgestellte Funktionär bei allen Parteiveranstaltungen „besonders herangezogen und ehrend behandelt" werden sollte[7]. So war die Rückkehr des gestürzten Würdenträgers in das aktive politische Leben im Jahre 1941 doch erstaunlich genug und bot Stoff zu abenteuerlichen Vermutungen.

In Wirklichkeit war der „alte Kämpfer" Kube trotz seiner moralischen Defekte von seinem Führer nie völlig verdammt worden, und wenn er auch für das Reichsgebiet nicht mehr tragbar war, so erschien er doch für den neuen „Lebensraum" noch gut genug. In der für die Personalfragen entscheidenden Sitzung vom 16. Juli 1941 hätte Hitler daher Kube am liebsten mit dem profilierten Amt eines Reichskommissars in Moskau betraut und konnte von diesem Vorhaben nur unter Hinweis auf das vorgerückte Alter des Kandidaten abgebracht werden[8]. Die Nominierung Kubes für Weißruthenien aber war von Rosenberg ausgegangen, zu dessen engerem Freundeskreis jedoch der zwar völkische, aber im groben Sinne deutsch-christliche Streiter der Kampfzeit zweifellos nicht gehörte[9]. Es ist also durchaus möglich, daß Rosenberg den ehemaligen Preußenführer im Auftrag eines Dritten präsentierte, so daß die in SS-Kreisen kursierende Auffassung, Kube habe sich durch Dienst als unbekannter SS-Mann die Protektion Himmlers zu verschaffen gewußt und sich so den Weg nach Minsk geebnet, zwar im Hinblick auf die kommenden Ereignisse wenig wahrscheinlich, aber doch nicht völlig von der Hand zu weisen ist[10]. Seine Gegenspieler in der Sicherheitspolizei jedenfalls hielten diese Version für richtig und waren daher um so mehr empört, bei ihrer Arbeit gerade von seiten des Generalkommissars immer wieder Schwierigkeiten in den Weg gelegt zu bekommen.

Es ist hier nicht der Platz, die weißruthenische Politik Kubes einer Prüfung zu unterziehen. Erwähnt sei nur, daß man Weißruthenien trotz seiner grundsätzlichen Verschiedenheit als weiteren Generalbezirk dem die drei Baltenstaaten umfassenden Reichskommissariat Ostland (mit dem Sitz in Riga) zugeteilt hatte. „Weißruthenien", so ließ sich Rosenberg am 20. Juni 1941, zwei Tage also vor dem Beginn des

---

[6] Der Großdeutsche Reichstag, IV. Wahlperiode 1938.

[7] Zusammenstellung aller bis zum 31. März 1937 erlassenen und noch gültigen Anordnungen des Stellvertreters des Führers, München 1937, S. 47.

[8] Aktenvermerk Bormanns vom 16. 7. 1941 (Dok. L–221, IMT Bd. XXXVIII, S. 90).

[9] Für das Verhältnis Kubes zum Christentum vgl. Hans Buchheim: Glaubenskrise im Dritten Reich, Stuttgart 1953, S. 69ff.

[10] Aussage Strauchs in: Nürnberg, Fall IX, Prot. (deutsch), S. 5363.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

russischen Abenteuers, vor seinen engsten Ost-Mitarbeitern vernehmen, „hat zwar einen gänzlich anderen Charakter, aber aus diesen baltischen Ländern werden wahrscheinlich viele unsoziale Menschen angesiedelt [sic!] werden müssen, und für diese unliebsamen Elemente, auch aus dem Generalgouvernement und dem Wartheland, ist Weißruthenien ein sehr geeignetes Auffanggebiet[11]".

Die Generalkommissare haben sich von Anfang an aus der Abhängigkeit vom Reichskommissar in Riga zu lösen versucht. Jedoch erst kurz vor Toresschluß, 1944, ist es nach Einverleibung der Trümmerstücke des ehemaligen Reichskommissariats Ukraine dem Kube-Nachfolger und SS-Gruppenführer von Gottberg gelungen, den Generalbezirk Weißruthenien allmählich aus dem Reichskommissariat herauszulösen[12].

Neben solchen politischen Querelen aber machte Kube in Minsk vor allem ein anderes Problem zu schaffen: eben die sogenannte „Endlösung der Judenfrage". Den alten Völkischen überfiel angesichts der Art, in der die jungen SS-Funktionäre in seiner weißruthenischen Umgebung die „Judenfrage lösten", ein Unbehagen.

Auf Hitlers Befehl waren nämlich 1941 unmittelbar hinter den vormarschierenden deutschen Armeen in Einsatz- und Sonderkommandos unterteilte, sogenannte Einsatzgruppen nach Rußland gesandt worden, um ebenso unermüdlich wie systematisch alle kommunistischen Funktionäre, Juden, Zigeuner und sonst verdächtigen Personen zu beseitigen. Wer heute die grauenhaften Erfolgsmeldungen dieser Sonderformationen liest, glaubt zunächst, es mit den halt- und grenzenlosen Phantastereien eines Schizophrenen zu tun zu haben. Denn jene Berichte sprechen von vier- und fünfstelligen Zahlen erschossener, liquidierter und „sonderbehandelter" Mitmenschen in einem Gleichmut, als handle es sich um Tonnen exportierter Steinkohle oder um zurückgelegte Eisenbahnkilometer[13]. Als dann die Periode des Vormarschs abgeschlossen war, wurden Führer jener Einsatzkommandos als „Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD" in den jeweiligen Bezirken der Zivilverwaltung seßhaft, wo es nach ihrer Vorstellungswelt und Terminologie noch immer genügend zu „überholen", zu „durchkämmen" und zu „behandeln" gab[14].

In diese Zeit beginnender sicherheitspolizeilicher Konsolidierung kam Kube hinein. Solange nun Himmlers Spezialorgane — die ihr gerüttelt Maß dazu beitrugen, den Ruf zahlreicher anständiger SS-Männer in den Schmutz zu ziehen — „nur"

---

[11] Rede des Reichsleiters A. Rosenberg vor den engsten Beteiligten am Ostproblem am 20. Juni 1941 (1058–PS).

[12] Vermerk d. RMin für die bes. Ostgebiete über die Besprechung mit d. stv. Generalkommissar von Weißruthenien, SS-Gruf. v. Gottberg, am 1. 3. 1944 (NO–1860).

[13] Die Tätigkeit der Einsatzgruppen wird auf Grund sämtlicher zugänglichen Unterlagen eine Arbeit von Helmut Krausnick im Rahmen der Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte München behandeln.

[14] Über die Judenliquidierungen in Weißruthenien vgl. die Tätigkeits- und Lageberichte der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei u. des SD in der UdSSR sowie die Ereignismeldungen UdSSR des Chefs der Sipo u. d. SD, u. a. etwa: Ereignismeldung Nr. 21 vom 13. 7. 41 (NO–2937), Nr. 32 v. 24. 7. 41 (NO–2955), Nr. 178 v. 9. 3. 42 (NO–3241), Tätigkeitsbericht Nr. 6 für Oktober 1941 (R–102).

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die einheimischen Juden oder angeblich Bandenverdächtige hinmordeten, hatte Kube im Prinzip nichts dagegen einzuwenden, sondern bestellte geradezu in seiner ersten Zeit – vielleicht auch in Unkenntnis von Umfang und Systematik – derartige Maßnahmen[15]. Die Art des Vorgehens jedoch und Einzelheiten der Mordaktion riefen bei ihm wie bei dem Reichskommissar Lohse starke Bedenken hervor, da diese Methoden „der deutschen Sache nicht würdig" seien und „unserem Ansehen stärksten Abbruch" täten[16]. Daher verlangte Kube anläßlich einer Besprechung in Riga am 21. März 1942 bezüglich der Judenfrage, „daß bei der Liquidierung korrekter [!] vorgegangen wird. Verschiedene Vorgänge in Weißruthenien hätten bereits zur Folge gehabt, daß die Weißruthenen selbst ihre Kinder aus Angst in Sicherheit gebracht haben[17]."

Als „der deutschen Sache nicht würdig" verurteilte der Gauleiter zum Beispiel, daß man in Sluzk nach einer „Aktion" schwerverwundete Juden lebendig begraben hatte, die sich dann aus ihren Gräbern wieder herauszuarbeiten vermochten. Wegen dieser – wie er schrieb – „bodenlosen Schweinerei" stellte Kube Anfang November 1941 Strafantrag gegen das gesamte Offizierkorps des Polizeibataillons Nr. 11[18]. Ferner wurde nach Meinung Kubes das Ansehen des Deutschtums dadurch aufs schwerste beeinträchtigt, daß den in das Gerichtsgefängnis Minsk eingelieferten Juden bereits ein bis zwei Stunden vor der „betreffenden Aktion" durch ein eigens für diesen Zweck verhaftetes jüdisches Zahnarztehepaar die „Goldbrücken, Kronen und Plomben ausgezogen bzw. ausgebrochen" wurden. Auch über diesen Fall schickte der Generalkommissar am 1. Juni 1943 einen Bericht nach Riga, den Lohse mit der empörten Frage: „Was ist dagegen Katyn?" an Rosenberg weiterleitete[19].

Von derartigen „Auswüchsen" abgesehen fand Kube jedoch – wie gesagt – an der Exekutivtätigkeit der Polizei gegenüber den Landeseinwohnern amtlich nichts zu bemängeln. Denn es war zweifellos keine Ironie, sondern lediglich ein grammatischer Lapsus, wenn er am 31. Juli 1942 berichtete: „In eingehenden Besprechungen mit dem SS-Brigadeführer Zenner und dem hervorragend tüchtigen Leiter des SD, SS-Obersturmbannführer Dr. jur. Strauch, haben wir in Weißruthenien in den letzten zehn Wochen rund 55000 Juden liquidiert. Im Gebiet Minsk-Land ist das Judentum völlig ausgemerzt..." Und es folgten Einzelheiten der traurigen Erfolge[20].

---

[15] Vgl. Ereignismeldung UdSSR Nr. 124 des Chefs der Sipo u. des SD v. 25. 10. 41 (NO – 3160): „Auf Wunsch des Gauleiters Kube wurde die Gegend des Kreises Marina-Gorka überholt. Die Aktion erstreckte sich besonders auf die Ortschaft Talka, wo 222 Juden zur Liquidierung gebracht wurden."

[16] Schreiben Reichskommissar Ostland an RMin für die bes. Ostgebiete v. 18. 6. 43 (R–135).

[17] Niederschrift über die unter Vorsitz des Herrn Reichskommissars für das Ostland am 21. 3. 42 durchgeführte Besprechung mit den Generalkommissaren, v. 26. 3. 42 (NG–1958); – Proteste Kubes beim RMin für die bes. Ostgebiete gegen die Methoden der Partisanenbekämpfung im Juni 1943 in: NO–3028.

[18] NO–2456; – vgl. für 1943 auch: Nbg. IX (Prot. [deutsch], S. 5373/74).

[19] Beide Schreiben in R–135 (z. T. auch erneut eingereiht als NO–2607).

[20] Bericht des Generalkommissars Weißruthenien an den Reichskommissar Ostland v. 31. 7. 42 (3428–PS).

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Von jenem – und dieser Ausdruck war allerdings sicher von Kube ironisch gemeint – so „hervorragend tüchtigen" Dr. Strauch ist später in der Verhandlung des amerikanischen Militärgerichtshofes behauptet worden, der – nach Himmlers Ansicht – „weiche" Kube habe derartige Ziffern nur aus taktischen Gründen und gewissermaßen unter Druck nach Berlin gemeldet. Selbst Strauch jedoch, dessen Verhör ihn übrigens als einen allem Anschein nach echten partiell Geistesgestörten ausweist, sprach schließlich nicht mehr von einer reinen Fiktion, sondern von einem bloßen Fehler in der Datierung[21].

Man kann daher Wilhelm Kube wohl Glauben schenken, wenn er in dem erwähnten Schreiben fortfährt: „Mir und dem SD wäre es natürlich das liebste, nach Wegfall der wirtschaftlichen Ansprüche der Wehrmacht das Judentum im Generalbezirk Weißruthenien endgültig zu beseitigen." Wogegen er sich jedoch mit Nachdruck wandte, das war die immer erneute – wie er es bezeichnete – „Einfuhr" von Juden aus dem Reich[22]. Es hatte nämlich Ende Oktober 1941 die planmäßige Deportation der reichsdeutschen Juden in die Ostgebiete begonnen, wobei in der Anfangszeit neben Riga gerade Minsk als Hauptauffangraum vorgesehen war[23]. Und erst diese Dislozierung führte dazu, daß die Vernichtungsspezialisten Himmlers bei dem Generalkommissar von Weißruthenien ernste ideologische Mängel feststellen mußten.

Als die Rassentheorie in der zweiten Hälfte des Dritten Reiches den Höhepunkt methodisch-rationalen Massenmordes erreicht hatte, da gab es selbst in dem kleinen Kreis der Wissenden viele, die sich weigerten, den Schädlingsbegriff zu Ende zu denken. Andere wiederum haben wohl dem Befehl wie jedem Befehl gehorcht, den dazugehörigen Denkprozeß jedoch nicht nachvollzogen, so daß ein nur verdrängtes Gewissen in jeder labilen Gemütslage zu revoltieren drohte. Daß eine derartige, im Sinne der Anstifter gefährliche Halbheit selbst in den höchsten Stellen anzutreffen

---

[21] Nbg. IX Prot. (d), S. 5362/66, 5369/70, 5379/80, 5382. – Strauch wurde am 8./9. April 1948 zum Tode durch Erhängen verurteilt.

[22] Übrigens ergebnislos, da Lohse nach einem Vermerk v. 24. 8./15. 9. 42 einen Protest gegen die Judentransporte ablehnte (3668–PS).

[23] Vgl. RdErl Chef Ordnungspolizei v. 24. 10. 41 (3921–PS) u. einen Bericht der Einsatzgruppe A (2273–PS; – hier ist allerdings irrtümlich von 1940 statt 1941 die Rede); für den Zeitpunkt ferner: RdErl des RFinMin v. 4. 11. 41 (NG–4905), AktVerm. des RJustizMin v. 21. 11. 41 (NG–839), Aufz. des AA v. 28. 10. 41 (NG–182) u. einen Erlaß des RMin für die bes. Ostgebiete an den Reichskommissar Ostland v. 25. 10. 41 (NO–365). In dem letzterwähnten, von Amtsgerichtsrat Dr. Wetzel verfaßten Schriftstück findet sich folgender Passus, der ein Beispiel dafür ist, wie es nach genügend langer Infektion auch einem Beamten außerhalb des engeren Kreises der Akteure nur noch um die Methoden, nicht um die Sache selbst ging: „Nach Sachlage bestehen keine Bedenken, wenn diejenigen Juden, die nicht arbeitsfähig sind, mit den Brackschen Hilfsmitteln (ein durch Oberdienstleiter Brack von der Kanzlei des Führers der NSDAP empfohlener Vergasungsapparat. – D. H.) beseitigt werden. Auf diese Weise dürften dann auch Vorgänge, wie sie sich bei den Erschießungen von Juden in Wilna nach einem mir vorliegenden Bericht ergeben haben, und die auch im Hinblick darauf, daß die Erschießungen öffentlich vorgenommen wurden, kaum gebilligt werden können, nicht mehr möglich sein."

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war, zeigt das prominente Beispiel des SS-Obergruppenführers von dem Bach-Zelewski, des Höheren SS- und Polizeiführers Rußland-Mitte, der bereits im Februar 1942 infolge der körperlichen Belastungen einer Operation zeitweise auch seelisch zusammenbrach und von – wie der Reichsarzt-SS Himmler meldete – „Vorstellungen im Zusammenhang mit den von ihm selbst geleiteten Judenerschießungen und anderen schweren Erlebnissen im Osten" gepeinigt wurde[24].

Der Fall Kube jedoch lag anders. Für den russischen Juden akzeptierte Kube die Gültigkeit des Untermenschen- und Schädlingsbegriffs einschließlich seiner Konsequenzen, soweit sie nur dem „deutschen Ansehen" nicht Abbruch taten. Doch dann begannen die Transporte aus dem Reich, und mit ihnen kamen vor allem viele Berliner Juden, – die gleichen Menschen also, die der völkische Antisemit Kube früher in wüster Form beschimpft und bekämpft hatte. Als aber sein Antisemitismus nun vor seine letzte Konsequenz gestellt war, da – zerbrach er. Der Mensch Kube stand hier vor einer Grenze, die insofern etwas Unheimliches an sich hat, als sie nicht etwa horizontal – vielleicht zwischen Haft und Tod – die Stadien der „sozialpolitischen Hygiene" in Gut und Böse trennte, sondern vertikal den dogmatisch festgelegten Umfang des Schädlingsbegriffs durchschnitt und damit anzweifelte. Denn es geschah das Absonderliche, daß der Gauleiter Kube, der den Mord an den russischen und polnischen Juden ohne grundsätzliche Skrupel hinnahm, völlig regelwidrig den Juden seines eigenen – wie er sagte – abendländischen Kulturkreises entdeckte.

Auch sonst hat es in jenen Jahren Klagen über das „unwürdige" Benehmen deutscher Dienststellen gegenüber Juden gegeben, – so etwa, wenn diese im Osten als offizielle „Quartiermacher für die deutsche Wehrmacht" verwendet oder wenn jüdische Putzfrauen als „Facharbeiterinnen" einstweilen von der Vernichtung ausgenommen wurden[25]. Der Gauleiter Kube jedoch begnügte sich nicht damit, diese deutschen Juden heimlich zu schützen, sondern er nahm um ihretwillen den offenen Kampf mit ihren Schergen auf, was diese von einem nationalsozialistischen Hoheitsträger am allerwenigsten erwarteten.

Bald nach dem Eintreffen der ersten Transporte von Juden aus dem Reich besichtigte Kube am 29. November 1941 das Minsker Ghetto. Bereits bei dieser Gelegenheit kamen ihm Klagen über den Umfang des von der Deportation betroffenen Personenkreises zu Ohren. Er stellte eine Liste zusammen und sandte sie nach Berlin, ohne etwas anderes zu erreichen, als durch den sonst von allem formaljuristischen Denken unbeschwerten Heydrich in einem höchst verärgerten Brief darüber belehrt zu werden, daß es „sich bei den Betreffenden ausnahmslos um Juden im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen" handelte[26]. Obwohl „von vornherein" von dem korrekten Vorgehen seiner Funktionäre überzeugt, sei er, Heydrich, dem von Kube

[24] Schreiben des Reichsarztes-SS Dr. Grawitz an Himmler v. 4. 3. 42 (NO–600).

[25] Vgl. etwa einen RdErl d. Reichsführers SS v. 13. 8. 43 (NO–1247) u. ein Schreiben des Hauptkommissars in Baranowitsche an den RK Ostland v. 10. 2. 42 (3667–PS).

[26] S. unten, Dokument Nr. 3.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„blindlings" geglaubten „Geseires einiger Juden" zufolge „im dritten Kriegsjahr" zu einer „zeitraubenden Nachprüfung" der Beanstandungen veranlaßt worden!

Am 16. Dezember 1941 befaßte Kube auch seinen Freund Hinrich Lohse in Riga mit dem Los der deportierten deutschen Juden. Er erwähnte dabei solche vom Standpunkt der Schädlingsideologie natürlich völlig irrelevanten Tatsachen wie etwa die Existenz von dekorierten deutschen Frontkämpfern als Insassen des Minsker Ghettos und formulierte dann einen Satz, der allerdings geeignet war, die sogenannten weltanschaulichen Grundsätze der Heydrich-Himmlerschen Ausrottungspolitik in Frage zu stellen. „Ich bin gewiß hart" – so meinte Kube – „und bereit, die Judenfrage mitlösen zu helfen, aber Menschen, die aus unserem Kulturkreis kommen, sind doch etwas anderes als die bodenständigen vertierten Horden[27]."

Es ist verständlich, daß die Reibereien zwischen den zuständigen SS-Funktionären und einem Mann, der trotz seiner „Verdienste um die Bewegung" derart ketzerische Ansichten vertrat, kein Ende nahmen. Neben den zahlreichen kleineren Interventionen für die Juden seines persönlichen Bereichs unternahm Kube aber auch größere Aktionen, um zu retten, was noch zu retten war. So machte er etwa den Versuch, 4000 Juden in kriegswichtiger Produktion zu verstecken, indem er mit ihnen in großem Maßstab eine Panjewagenfabrik aufzog[28]. Das Unternehmen scheiterte jedoch in jenem Sommer 1943, in dem seine Gegner vollends zum Angriff gegen den gefährlichen Häretiker übergingen.

Sein Hauptantagonist war dabei der seit Februar 1942 als „Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD Weißruthenien" amtierende, als „hervorragend tüchtig" bereits erwähnte SS-Obersturmbannführer Strauch, dem selbst seine gewiß nicht zartfühlenden Vorgesetzten ein „nicht sonderlich stark entwickeltes Gemütsleben" attestieren mußten[29]. Strauch hat nachmals in Nürnberg Kube als „unerhörten Gegner" der Judenaktionen und einwandfreien „Judenfreund" bezeichnet[30], da er ihn zur Einstellung der Vernichtungsmaßnahmen zu überreden versucht habe[31]. Obwohl Kube alles andere als ein „Judenfreund" war, mochte er den konsequenten Vertretern der Schädlingsideologie bei seiner zwiespältigen Haltung angesichts der Mordaktion wohl so erscheinen. Und weder Loyalitätsbekenntnisse waren imstande, diesen Eindruck zu verwischen, noch Komplimente wie etwa für den berüchtigten SS-Desperado Dirlewanger, den Kube dem SS-Brigadeführer

---

[27] 3665–PS.

[28] Aktenvermerk SS-Hauptamt v. 14. 7. 43 (NO–3370), ablehnende Entscheidung Himmlers v. 20. 8. 43 (NO–3304).

[29] Beurteilung Strauchs durch seinen zuständigen Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD anläßlich d. Beförderungsvorschlags zum SS-Standartenführer in Strauchs Personalakten (NO–2966).

[30] Nbg. IX Prot. (d), S. 5367, 5371, 5382.

[31] Nbg. IX Prot. (d), S. 5346, 5357/59, 5361/62, 5371, 5379.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

v. Gottberg gegenüber wider bessere Überzeugung als einen „ordentlichen Kerl" rühmte[32].

Am 20. Juli 1943 kam es zu einem nochmaligen Zusammenstoß Strauchs mit Kube, nachdem jener in den Morgenstunden des Tages als entscheidenden Schlag die gesamte jüdische Belegschaft des Generalskommissariats – wie man das damals zu nennen pflegte – „der Sonderbehandlung zugeführt" hatte. Wenn Kube in dieser Unterredung den Mordaktionen der nationalsozialistischen Einsatzgruppen das „Deutschland Kants und Goethes" gegenüberstellte, so war das keine lediglich ornamental gemeinte Phrase, sondern es deutet jene Formulierung vielmehr die letzten Reminiszenzen an, die eine Generation von Zauberlehrlingen noch mit der Humanitas verbanden. Und wenn Strauch sich dagegen verwahrte, daß er und seine Kollegen „über diese üble Arbeit hinaus auch noch mit Schmutz übergossen würden", so zeigt dies beispielhaft, mit welch entsetzlicher Folgerichtigkeit die gerufenen Geister bereits einer „guten Sache" Opfer zu bringen vermeinten!

Strauch fertigte über den Vorfall einen Aktenvermerk an (Dokument Nr. 2), der in Berlin dem Ostministerium präsentiert wurde, das denn auch versprach, den Generalkommissar Kube ernstlich zu verwarnen[33]. Der in den letzten Julitagen zum Ic beim Chef der Bandenkampfverbände Himmlers beförderte Strauch aber überreichte als Abschluß seiner Minsker Tätigkeit darüber hinaus in einem Bericht an seinen Vorgesetzten noch einmal die gesammelten Gravamina gegen Kube. Zunächst unterzog er darin das Vor- und Privatleben des Satrapen von Minsk einer anscheinend lohnenden Untersuchung. Ihr folgte die lange Reihe der vermeintlichen Beweise für die „Judenhörigkeit" Kubes. Ihr bestimmendes Moment ist der Vorwurf, daß Kube den deutschen Juden nicht wie den einheimischen als Untermenschen und Schädling betrachten wollte. Hat er doch den Angaben einiger deutscher Juden mehr Glauben geschenkt als selbst den amtlichen Feststellungen reichsdeutscher Dienststellen! Hat er doch behauptet, daß man den Juden Mendelssohn nicht einfach aus der Musikgeschichte streichen könne, ohne daß eine Lücke entstünde! Hat er doch die Liquidierung lediglich auf die polnischen und russischen Juden beschränken wollen! Und hat er sich doch schließlich besonders gegen die brutale Beseitigung ehemaliger jüdischer Frontkämpfer aufgelehnt, die als Ordnungsdienst im Ghetto eingesetzt waren und die der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD Minsk durch einen so raffinierten Trick hinters Licht geführt und aus dem Ghetto herausgelockt hatte, um durch die Ausschaltung jeder Gegenwehr „Blutvergießen auf deutscher Seite zu vermeiden"!

Diese Dokumentation gleichsam aus den Kellergeschossen nationalsozialistischer Großraumpolitik erscheint deshalb von Bedeutung, weil sie einen weiteren Einblick

[32] Aktenvermerk über die Rücksprache des SS-Brigadeführers von Gottberg beim Gauleiter Kube am Donnerstag, den 15. 7. 43 (NO–4316). – In Wirklichkeit stand Kube den Methoden Dirlewangers völlig ablehnend gegenüber (vgl. seinen Brief an den Reichskommissar Ostland v. 3. 6. 43 in: NO–3028).

[33] Schreiben d. SS-Ogruf. Berger an SS-Ostubaf. Dr. Brandt (Pers. Stab RFSS) v. 18. 8. 43 (NO–4315).

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in die Praxis der Judenvernichtung erlaubt und an einem beispiellosen Fall menschlicher Hybris, von dem für den Außenstehenden gewöhnlich nur eine statistische Fassade sichtbar wird, von der viel wichtigeren Seite ursächlichen Zusammenhangs heranführt. Vermögen sonst häufig nur Zahlenkolonnen unpersönlich zu beeindrucken, so entsetzen hier die menschlich-unmenschlichen Persönlichkeiten der Akteure jener Statistik selbst. In der hilflosen Ohnmacht aber, mit welcher der weltanschauliche Fanatiker der seinem Willen entzogenen Personifikation seiner „bloßen Gedanken" gegenübersteht, offenbart sich stellvertretend das Verhängnis aller geistigen Intoleranz.[34]

Helmut Heiber

Dokument Nr. 1

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Der Stellvertreter des Führers

München, den
Braunes Haus

Rundschreiben Nr. 99/36[1]

Eilboten!
Einschreiben!

An alle Reichsleiter und Gauleiter!

Betrifft: Gauleiterwechsel im Gau Kurmark.

In Abschrift beiliegendes Schreiben erhielt Reichsleiter Buch anonym zugesandt. Im Verlauf der durch die Geheime Staatspolizei angestellten Nachforschungen ergab sich, daß der Verfasser des Schreibens der bisherige Gauleiter Kube ist. Auf Vorhalt durch den Stellvertreter des Führers mußte Kube dies zugeben.
Die in dem Schreiben an Reichsleiter Buch aufgestellte Behauptung der nichtarischen Abstammung der Frau Buch wurde durch unabhängige Sippenforschungsstellen, von denen eine das Reichsamt für Sippenforschung ist, einwandfrei als unwahr festgesellt. Beide Gutachten decken sich darin, daß Frau Buch rein arischer Abstammung ist. Kube hat sich unabhängig davon, nach eigener Angabe, gleichfalls von der Unrichtigkeit seiner Behauptung überzeugt. Ein Gauleiter hat also unter dem Decknamen „einige Berliner Juden" ein anonymes Schreiben verschickt, in dem zwei Reichsleiter bezichtigt werden, unter Verheimlichung der Tatsache der jüdischen Abstammung ihrer Frau vor dem Führer ihre Ämter zu führen und in dem der eine Reichsleiter als zu den Berliner Juden gehörig bezeichnet wird. Darüber hinaus hat dieser Gau-

[34] Kube fiel in der Nacht zum 22. September 1943 einem Attentat seines russischen Dienstmädchens zum Opfer. (Vgl. den Artikel von Gerald Reitlinger, The Doubts of Wilhelm Kube. A Nuremberg Story, in: The Wiener Library Bulletin, Vol. IV, No. 5–6, S. 53 u. Vol. V, No. 1–2, S. 8, dem wesentlich die hier veröffentlichten Dokumente zugrunde liegen.) Frühere Anschläge waren vom SD rechtzeitig vereitelt worden. (Vgl. Ereignismeldung UdSSR Nr. 187 des Chefs der Sipo u. des SD v. 30. 3. 42, NO–3257; Nr. 189 v. 3. 4. 42, NO–3258; Meldungen aus d. bes. Ostgeb. des Chefs der Sipo u. des SD Nr. 2 v. 8. 5. 42, NO–3560). Hitler ordnete ein Staatsbegräbnis an.

[1] Das vorliegende Exemplar des vervielfältigten Rundschreibens enstammt, nach erhaltenen Auskünften, dem Archiv Alfred Rosenbergs. Das Datum ist nicht ausgefüllt.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

leiter über dritte die gleichen unwahren Behauptungen verbreitet. Im Hinblick auf die Ungeheuerlichkeit dieser Vorgänge hat der Führer Kube veranlaßt seine Ämter niederzulegen.
Der Führer hat zum Gauleiter des Gaues Kurmark den bisherigen stellvertretenden Gauleiter des Gaues Westfalen-Süd Emil Stürtz ernannt.

gez. R. Heß

f. d. R.
Friedrichs.
1 Anlage

Abschrift

Berlin, 26. April 1936

Sehr geehrter Herr Major Buch!

Sie sind der Oberste Richter der Partei, die jeden anständigen Juden bekämpft und infamiert, das sollten Sie als unser Verwandter nicht tun. Wissen Sie, daß Ihre Frau jüdisches Blut hat? Wissen Sie, daß die Familie ihrer Frau (Bilernesti, siehe Ahnentafel Ihrer Frau!) noch 1820 bis 1825 dem Ghetto in Frankfurt am Main angehört hat? Wissen Sie, daß Sie Kinder gezeugt haben, die unseres Blutes sind? Ihr Schwiegersohn, der wie Sie Reichsleiter der Nationalsozialisten ist[2], weiß es, daß seine Frau und seine Schwiegermutter nicht rein arischer Abstammung sind. Das Reichssippenamt weiß es auch! Nur Sie sollten es nicht wissen? Sie sind am meisten belastet, Sie haben Hunderte von Menschen verurteilt, wegen des gleichen tragischen Schicksals, das Ihre Frau betroffen hat. Welche Konsequenzen ziehen Sie, Sie weiser und gerechter Richter! Wir freuen uns, Sie zu den unseren zählen zu dürfen.

Einige Berliner Juden

Dokument Nr. 2 (NO-4317)

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei u. d. SD
– Weißruthenien –

Minsk, den 20. Juli 1943

Persönlicher Stab Reichsführer-SS
(Eingangsstempel:) Schriftgutverwaltung
Akt. Nr. Geh. / 102/22

Aktenvermerk

Am Dienstag, den 20. Juli 1943, habe ich befehlsgemäß gegen 7.00 Uhr die beim Generalkommissar Weißruthenien beschäftigten 70 Juden in Haft genommen und der Sonderbehandlung zugeführt.

Am gleichen Tage um 10.00 Uhr erhielt ich einen Anruf vom Generalkommissariat, daß der Gauleiter mich sofort zu sprechen wünsche. Ich kam diesem Wunsche nach.

Der Gauleiter machte äußerlich einen ruhigen Eindruck, während aus seiner Sprache heraus zu hören war, daß er sich in höchster Erregung befand. Er befragte mich, wie ich dazu käme, die bei ihm beschäftigten Juden festzunehmen. Ich erklärte, daß ich strikten Befehl gehabt habe, diese Aktion durchzuführen. Er verlangte von

[2] Es handelt sich um Martin Bormann.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mir einen schriftlichen Befehl. Ich entgegnete, mir genüge ein mündlicher Befehl, da ich diesen ebenso korrekt durchzuführen hätte, wie einen schriftlichen. Gauleiter Kube betonte dann, es handle sich um einen schweren Eingriff in seine Hoheitsrechte; die jüdischen Arbeitskräfte unterstünden ihm und es ginge nicht an, daß der Reichsführer-SS bzw. der Obergruppenführer von dem Bach in sein Generalkommissariat hineinregiere. Darüber hinaus fasse er diese Maßnahme als eine gegen ihn persönlich gerichtete Schikane auf. Wenn nur bei ihm und nicht bei allen Wehrmachts- und sonstigen Dienststellen die Juden entfernt würden, so müsse er darin einen persönlichen Angriff erblicken. Der Obergruppenführer von dem Bach sei bei seinem letzten Aufenthalt in Minsk bis 3.00 Uhr morgens sein Gast gewesen. Bei seinem derzeitigen Aufenthalt hätte er jedoch nichts von sich hören lassen. Er müsse daher annehmen, daß in diesem Zusammenhang die Judenaktion als besonderer Affront ihm gegenüber gedacht sei. Er könne selbstverständlich nicht seine Männer bewaffnen, um den SD an der Festnahme zu hindern. Er müsse sich also der Gewalt beugen. Er lasse jedoch keinen Zweifel darüber, daß er in Zukunft jede Zusammenarbeit mit der Polizei – insbesondere mit der Sicherheitspolizei – ablehne, er würde es auch nicht mehr gestatten, daß ein Angehöriger der Sicherheitspolizei sein Dienstgebäude in Zukunft betrete.

Wenn wir aber den Kampf wollten, so könne er auch anders. Er erinnere an den Fall SS-Hauptsturmführer Stark, der in einer sadistischen Weise 3 Weißrutheninnen mißhandelt habe und seinen Koffer mit Juwelen und Wertgegenständen mit nach Berlin genommen habe. Ich entgegnete darauf, daß der sogenannte Fall Stark zwar vor meiner Tätigkeit in Weißruthenien gelegen habe, daß ich ihn aber trotzdem überprüft hätte und daß ein Grund zum Einschreiten gegen Stark nicht vorgelegen habe. Die Wertgegenstände seien von Stark beim Hauptamt Wirtschaft und Bauten gemäß eines Reichsführer-Befehles abgeliefert worden. Der Gauleiter behauptete, auch das sei ungesetzlich, die Wertgegenstände hätten bei ihm abgegeben werden müssen. Der Reichsführer habe nicht die Berechtigung, derartige Befehle zu erteilen. Ich erwiderte, daß ich kein Recht hätte, die Befehle meines Reichsführers auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen. Wenn der Reichsführer mir einen Befehl erteile, so stehe es für mich fest, daß er auch die Befugnis dazu habe.

Kube befragte mich dann, ob ich mich denn auch genau so angelegentlich, wie ich mich um seine Juden kümmere, um die Viehtransporte an Obergruppenführer Berger gekümmert habe. Ich entgegnete, daß mir von solchen Viehtransporten nichts bekannt sei. Kube fand dies merkwürdig, da es doch die Pflicht der Polizei sei, derartige Ungesetzlichkeiten zu unterbinden.

Ich betonte, daß es mir unverständlich sei, daß deutsche Menschen wegen einiger Juden uneins würden. Ich könne immer wieder feststellen, daß man meinen Männern und mir Barbarei und Sadismus vorwerfe, während ich lediglich meine Pflicht täte. Sogar die Tatsache, daß Juden, die sonderbehandelt werden sollten, ordnungsmäßig durch Fachärzte Goldplomben entfernt worden seien, sei zum Gegenstand von Unterhaltungen gemacht worden. Kube entgegnete, diese Art unseres Vorgehens sei eines deutschen Menschen und eines Deutschlands Kants und Goethes unwürdig. Wenn der deutsche Ruf in aller Welt untergraben würde, so sei es unsere Schuld. Im übrigen sei es auch richtig, daß meine Männer sich an diesen Exekutionen geradezu aufgeilen würden. Ich habe gegen diese Darstellung energisch protestiert und betont, daß es bedauerlich sei, daß wir über diese üble Arbeit hinaus auch noch mit Schmutz übergossen würden.

Damit war die Unterredung beendet.

[gez.] Strauch
SS-Obersturmbannführer.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument Nr. 3 (NO-2262)

Der Reichsführer SS und Chef
der Deutschen Polizei
Der Chef der Bandenkampfverbände
I c Tgb.-Nr. 2/43

O. U. am 25. 7. 1943
(Eingangsstempel:)
Persönlicher Stab Reichsführer-SS
Schriftgutverwaltung
Akt. Nr. Geh. /

An den
Chef der Bandenkampfverbände
SS-Obergruppenführer und General
der Polizei von dem BACH

Betr.: Generalkommissar für Weißruthenien, Gauleiter KUBE.

Vorgang: ohne.

Obergruppenführer!

Nachstehend darf ich einen Bericht über den Generalkommissar für Weißruthenien, Gauleiter KUBE, überreichen.
Ich habe den Bericht aus Unterlagen zusammengestellt, die beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des S.D. Weißruthenien vorhanden sind.
Die Gerüchtebildung um Gauleiter Kube ist bekanntermaßen sehr umfangreich. Ich habe daher in meinem Bericht fast ausschließlich Tatsachen erwähnt, die dokumentarisch festliegen oder für die ich selbst Zeuge bin. Ich habe versucht nachzuweisen, daß Kube auf verwaltungs- und führungsmäßigem Gebiet völlig unfähig ist, daß er der SS und Polizei gegenüber feindlich eingestellt ist und daß er endlich in der Judenfrage eine absolut unmögliche Haltung zeigt.
In Weißruthenien herrscht zur Zeit ein verwaltungsmäßiges Chaos. Die Verwaltung ist allenfalls in einem Drittel des Gebietes Herr der Lage. Das restliche 2/3 des Raumes hat sie resigniert aufgegeben und wagt sich nicht mehr hinein, auch wenn die Bandenlage dort nicht so schwerwiegend ist. Es werden keinerlei Anstrengungen mehr gemacht, den Raum für die Zivilverwaltung zurückzuerobern. Es ist bezeichnend, daß bei Großaktionen der SS und Polizei die Verwaltung niemals zur Stelle ist, um sofort nach der Befriedung ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Infolgedessen werden fast alle Aktionen illusorisch.
Für die derzeitige Bandenlage kann die Verwaltung sicherlich nicht allein verantwortlich gemacht werden, da verschiedene andere Faktoren mit ausschlaggebend sind. Jedoch sind von der Verwaltung derartig viele Fehler gemacht worden, daß sie bei der Beurteilung der Lage stark ins Gewicht fallen müssen.
Als der Raum Weißruthenien nach Einzug der deutschen Truppen und bei Übergabe an die Zivilverwaltung noch völlig ruhig war, hat sich die Verwaltung zunächst einmal wohnlich eingerichtet. Es wurden Machtkämpfe ausgefochten. Man hat sich um die besten Jagdgebiete gestritten und stürzte sich auf die wenigen vorhandenen Verbrauchsgüter des Landes. Mit ganz geringen Ausnahmen – hier ist eigentlich nur Minsk-Land zu nennen – hatte man überhaupt keine Vorstellung, wie man den Raum beherrschen sollte. Tastend wurden überall Versuche gemacht. Jeder Gebietskommissar versuchte sein eigenes Rezept, weil es keine einheitliche Führung von seiten des Generalkommissars gab. Die bolschewistischen Kräfte, die bewußt im Raume zurückgelassen worden waren, standen zunächst unter dem Eindruck einer Schockwirkung, die durch das überraschende Vorgehen der deutschen Truppen ausgelöst worden war. Als nun durch die Unfähigkeit der Verwaltung ein Vakuum entstand, machten sich

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die gegnerischen Kräfte diese Situation zunutze. Sie drängten sich zum Teil in die unteren Verwaltungsstellen. Sie konnten aber auch, da jegliche deutsche Propaganda fehlte, dem Volk klarmachen, daß die Deutschen keineswegs besser seien als die Bolschewisten. Das Volk müsse mehr hungern als früher, die Deutschen wollten aus der Bevölkerung Sklaven machen.

Die mangelnde Propaganda hat sich besonders verheerend ausgewirkt. Da die Russen unter dem bolschewistischen System eine ausgezeichnete Propaganda gewohnt waren, fiel das Ausbleiben einer deutschen Propaganda sehr stark ins Gewicht. Die Lücke konnte jedoch von den gegnerischen Kräften besonders gut ausgefüllt werden.

Als nun endlich deutsche Maßnahmen, wie Einsetzung von Rayon-, Orts- und Gemeindebürgermeistern, Landverteilung usw. einsetzten, war es schon zu spät. Aber auch hier hätte eine gute Propaganda noch manches retten können. Sie versagte jedoch in einer geradezu jämmerlichen Form. Ich führe hier bewußt wieder das Gegenbeispiel Minsk-Land an, da es sich gerade hier zeigte, daß eine gute und straffe Führung, verbunden mit einer ordentlichen Propaganda, einen Erfolg zeitigte, der gegenüber der sonstigen Verworrenheit geradezu erstaunlich war.

Für diese aufgezeigten Mängel ist Gauleiter Kube als Chef der Verwaltung verantwortlich zu machen. Sein Ziel war es von vorne herein, unabhängig zu werden, da ihm seine Rolle als Generalkommissar unter einem Reichskommissar nicht behagte. Er erhob den Anspruch, den Reichskommissaren Gauleiter Lohse und Koch gleichgestellt werden zu müssen, zumal er sich weit befähigter glaubte als diese beiden.

So begann die weißruthenische Politik des Generalkommissars. Er wollte den Nachweis erbringen, daß Weißruthenien weder zum Ostland noch zur Mitte noch zur Ukraine gehören dürfe, da das weißruthenische Volk auf Grund seiner Rasse, seiner Entwicklung und seiner Geschichte eigenständig sei.

An sich ist diese weißruthenische Politik aus Gründen der Zersplitterung des russischen Großraumes zu bejahen. Jedoch gehört zur Verfolgung einer solchen Politik ein kalter, nüchterner und klarer Kopf, der zu jeder Zeit die Zügel straff hält. Vor allen Dingen dürfen hier egoistische Momente keine Rolle spielen.

Gauleiter Kube steuerte bewußt auf einen weißruthenischen Staat los, als dessen Reichsverweser er sich sah. Alle seine Maßnahmen sind eigentlich nur unter diesem Blickwinkel zu verstehen. Vielfach ließen seine offiziellen Reden, insbesondere seine Reden in kleinerem weißruthenischem Kreise, jegliche deutsche Würde vermissen. Als kleines Beispiel zitiere ich einen Brief, der an den Leiter des weißruthenischen Selbsthilfewerkes, Dr. Ermatschenko, gerichtet war:

„Sehr geehrter, lieber Herr Dr. Ermatschenko!

Herzlich danke ich Ihnen, ebenfalls den Damen und Herren des weißruthenischen Selbsthilfewerkes für den freundschaftlichen Glückwunsch anläßlich meines Geburtstages. Sie alle haben mir damit eine große Freude bereitet, und ich bitte, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meinen herzlichen Dank zu übermitteln. Sie können überzeugt sein, daß ich in Zukunft mit Ihnen gemeinsam im politischen Geiste unseres großen Führers Adolf Hitler am Neuaufbau des weißruthenischen Landes, das so harte Prüfungen kennengelernt hat, zusammenarbeiten werde. Mit den besten Wünschen für Sie und Ihre Tätigkeit

Ihr

Wilhelm Kube“

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dr. Ermatschenko wollte mit Billigung des Gauleiters diesen Brief in der weißruthenischen Presse veröffentlichen. Nur mit einiger Mühe konnten wir dies verhindern.

Der oben erwähnte Dr. Ermatschenko war das gegebene Werkzeug für die weißruthenische Politik des Generalkommissars. Ihm hatte er zu verstehen gegeben, daß er weißruthenischer Ministerpräsident werden könnte. Ermatschenko ging auf dieses Ziel mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mittel und mit der Unterstützung des Gauleiters los. Es würde zu weit führen, all die in diesem Punkte gemachten Fehler aufzuzeigen. Es dürfte genügen, wenn ich mitteile, daß ich ein Jahr meines Aufenthaltes in Weißruthenien gebraucht habe, um Ermatschenko zur Strecke zu bringen.

Als das Reichssicherheitshauptamt eingriff und einen Untersuchungsbeamten nach Minsk entsandte, um das hochverräterische Treiben des Ermatschenko in allen Punkten klarzustellen, begab ich mich zum Gauleiter und unterrichtete ihn über die Sachlage. Mir gegenüber betonte er, er sei in allen Punkten einverstanden. Er bäte lediglich, seines, des Gauleiters Ansehens wegen, nicht allzu hart anzufassen. Nach meiner Verabschiedung jedoch sprach er fernmündlich mit dem Ostministerium und legte hier Protest ein gegen das Vorgehen der Sicherheitspolizei. Durch einen seiner Beauftragten ließ er dem Ermatschenko wichtige Nachrichten zukommen, die im Zusammenhang mit der Vernehmung standen. Im Verlauf der Untersuchung wurde Ermatschenko von seiten des Generalkommissariats moralisch und seelisch gestützt, so daß sich die Ermittlungen außerordentlich schwierig gestalteten. Nachdem Ermatschenko nicht mehr zu halten war, schrieb der Gauleiter an ihn einen Brief, in den ich zwar Einblick genommen habe, der mir aber in Abschrift nicht vorliegt. Hierin bedankt er sich in überschwenglicher und beinahe unwürdiger Form für die geleistete Arbeit und zeigte somit, daß nicht er, sondern die Sicherheitspolizei den Sturz Ermatschenkos veranlaßt habe.

Die oben angeführten verwaltungsmäßigen Mängel in Weißruthenien sind in der Hauptsache auf eine verfehlte Personalpolitik des Generalkommissars zurückzuführen. Man kann diese Politik kurz auf die Formel bringen, daß alle eingesetzten Männer, die tüchtig und stark sind, beseitigt werden, daß aber alle diejenigen Dummköpfe und Speichellecker, die zum größten Teil mit den früheren Geschicken des Gauleiters verbunden sind und die sich auch jetzt wieder an ihn geklammert haben, gehalten werden. Für die Klasse der anständigen Mitarbeiter benenne ich den Landrat Eger, Hauptabteilungsleiter II, den Abteilungsleiter Propaganda, Dr. Scholz, den 2. Staatsanwalt Assessor Scheid, der weggelobt wurde und den Inspektor Weiche, dem das Vertrauen entzogen wurde, nur weil er es gewagt hatte, eine „frühere Bekannte" des Gauleiters für den Nachtdienst einzusetzen.

Auf der anderen Seite wird zum Beispiel ein Mann wie der Stadtkommissar Janetzke mit allen Mitteln gehalten. Janetzke ist ein völlig haltloser, dem Alkohol verfallener Mensch. Seine Amtsführung ist erschreckend nachlässig und unsauber. Seine Frau, die ebenfalls dem Alkohol reichlich zuspricht, hat eine Lebensmittelhinterziehung schwerster Form begangen. Sie hat sich in eine Prügelei mit dem Fahrer des Stadtkommissars eingelassen. Bei einem „Fest" öffnete sie in Gegenwart ihres Mannes einem betrunkenen Festteilnehmer die Kleider und schwärzte einige seiner Körperteile mit Schuhcreme. Alle diese Dinge sind dem Gauleiter bekannt. Er konnte zwar nicht umhin, ein Verfahren anhängig zu machen, führte dieses aber so durch, daß es unter allen Umständen mit einer Rehabilitierung bzw. lediglich nur mit einer Versetzung von Minsk nach Nowogrodek enden sollte.

Der Landrat z. D. Schröder, Leiter des Beschaffungsamtes, ist meines Wissens schon in Brandenburg mit dem Gauleiter verbunden gewesen. Der Lebenswandel des Schröder in alkoholischer und erotischer Beziehung ist ebenfalls eines deutschen Menschen im Osten unwürdig. Sein „Geschäftsgebahren" als Leiter des Beschaffungsamtes

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ist derartig undurchsichtig, daß ihm von der gesamten Dienststelle der Vorwurf der Unterschleife gemacht wird. Seine ständige Redensart ist die, daß ein Wort beim Gauleiter genüge, um alle Vorwürfe hinfällig werden zu lassen. Obwohl der Titel Landrat durch das Reichsinnenministerium aberkannt wurde und obwohl das Ostministerium eine Verwendung des Schröder als Gebietskommissar grundsätzlich ablehnte, setzte ihn der Gauleiter als Vertreter des Stadtkommissars ein und bat beim Reichskommissar um die endgültige Bestätigung als Stadtkommissar.

In Glebokie ist als Gebietskommissar der ebenfalls zum früheren Kreise Kube gehörige Paul Hachmann tätig. Dieser übte vor der Machtübernahme und noch einige Zeit nach der Machtübernahme den Beruf eines Privatdetektivs und Choristen aus. Er ist mehrfach wegen Diebstahls und Unterschlagung vorbestraft. Die Vorstrafen sind allerdings nach der Machtübernahme aus dem Strafregister gelöscht worden. Hachmann ist als Gebietskommissar völlig unmöglich. Sein Verhalten zu den Juden ist unglaublich. Er wird jedoch vom Gauleiter gegen alle warnenden Stimmen gehalten.

Die Personalpolitik des Generalkommissars wird dadurch noch verworrener, daß niemand weiß, ob seine Arbeit anerkannt oder abgelehnt wird. Kube hat nie die Verantwortungsfreudigkeit, seinen Mitarbeitern eine Beurteilung mitzuteilen. In sehr vielen Fällen hat er die Männer gelobt, von denen er an den Reichskommissar oder an das Ostministerium schrieb, sie seien völlig unbrauchbar. Daß bei dieser Situation die Arbeits- und Verantwortungsfreudigkeit immer geringer wird, ist verständlich. Die besseren Mitarbeiter drängen sich an die Front, um endlich dieser Ansammlung von Unfähigkeit, Minderwertigkeit und Hinterlist zu entrinnen.

In bezug auf die persönliche Haltung des Gauleiters ist die Gerüchtebildung besonders umfangreich. Einwandfreie Unterlagen zu diesem Punkte liegen jedoch kaum vor.

Kube hat einmal in einem kleinen Kreise mit sichtlicher Freude erzählt, wie er durchreisenden Künstlerinnen persönlich Unterwäsche angepaßt hätte. Es ist auch ziemlich sicher, daß er bis zum Eintreffen seiner Frau in Minsk hin und wieder Verkehr mit seinen weiblichen Angestellten gehabt hat.

Belegt ist die Tatsache, daß dem Gauleiter eines Tages eine weißruthenische Ärztin durch ihre Schönheit auffiel. Er verlor sie dann aber aus dem Auge. Da es ihm nicht gelang, die Personalien der Ärztin festzustellen, berief er einen weißruthenischen Ärztetag nach Minsk, auf dem er eine Ansprache hielt. Er entdeckte die von ihm gesuchte Weißruthenin und gab seinem Adjutanten den Auftrag, sie zu fotografieren und ihre Personalien festzustellen. An dem darauffolgenden Tage wurde die Ärztin zum Leiter des einheimischen Selbsthilfewerkes bestellt, der ihr eröffnete, sie werde vom Generalkommissar als seine Hausgehilfin angefordert. Als sie sich jedoch weigerte, wurde ihr erklärt, man müsse für die weißruthenische Sache Opfer bringen. Bei weiterer Weigerung wurden ihr polizeiliche Maßnahmen in Aussicht gestellt. Erst auf diese Drohung hin hat sich die Weißruthenin zum Dienst beim Gauleiter bereit erklärt. Ob es in diesem Falle zu irgendwelchen Intimitäten gekommen ist, ist bisher nicht bekannt und wird zur Zeit noch ermittelt.

Abschließend kann gesagt werden, daß seit dem Auftreten von Frau Kube in Minsk Vorwürfe in dieser Beziehung nicht mehr erhoben werden können.

Bezüglich der Einstellung des Gauleiters zur SS und Polizei kann festgestellt werden, daß er ihnen ablehnend gegenüberstand. Der exakte Nachweis ist außerordentlich schwierig zu erbringen, da nach außen eine freundliche Haltung zur SS und eine Wertschätzung des Reichsführers SS zur Schau gestellt wurde. So bot er den SS und Polizeiführern, Brigadeführer ZENNER und v. GOTTBERG das freundschaftliche „Du" an und gebrauchte dieses Du selbst bei hochoffiziellen Anlässen.

Im Alltagsleben, insbesondere bei Vorgehen der Polizei gegen Juden, worauf später noch ausführlich eingegangen werden soll, brach jedoch seine ablehnende Haltung

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

immer wieder durch. Während zu Brigadeführer Zenner nach außen ein freundschaftliches Verhältnis bestand, machte er hinter seinem Rücken mündliche und schriftliche Berichte an den Reichskommissar sowie an den Ostminister, worin er die Unfähigkeit des Brigadeführers betonte.

Nach dem Unternehmen „Sumpffieber" war SS-Obergruppenführer Jeckeln der Auffassung, daß Weißruthenien im großen und ganzen befriedet sei. Der Gauleiter stimmte ihm zu und richtete ein Dankschreiben an ihn. Im vertrauten Kreise jedoch machte er sich über den Obergruppenführer lustig und behauptete, dieser habe falsche Meldungen an den Reichsführer erstattet.

Nach den erfolgreichen Unternehmungen „Hornung", „Föhn", „Cottbus" usw. richtet der Generalkommissar ein vertrauliches Rundschreiben an die Gebietskommissare, worin er diese aufforderte, nähere Angaben über die tatsächlichen Erfolge der Polizei zu machen. Er bezweifelte in diesen Rundschreiben die offiziellen Angaben der Polizei und strafte somit die verantwortlichen Führer Lügen.

Im April 1942 lehnte der Gauleiter anläßlich der Führer-Geburtstagfeier die Sicherung seiner Person durch die Sicherheitspolizei ab. Er ließ mitteilen, daß er auf den Schutz durch die SS verzichte, er lasse sich ab jetzt von seinem SA-Sturm beschützen. Nur auf Grund der Tatsache, daß während der Feier das Licht erlosch und ein Stuhl unter schußähnlichem Geräusch zusammenbrach, wurde der Schutzdienst der Polizei wieder zugelassen.

Ich zitiere zu diesem Punkt eine Aktennotiz vom 24. 10. 1942: „Pg. Dr. Weber (SS-Obersturmführer) hat als Hauskommandant veranlaßt, daß die in dem Haus Potsdam wohnende Frau Mühlenkordt in ein anderes Haus zieht. Dr. W. hat sich dabei eines wohl etwas scharfen Tones bedient. Jedenfalls hat die Frau M. sofort eine schriftliche Beschwerde direkt an den Gauleiter gerichtet. Derselbe hat ein Schreiben losgelassen, in dem zu lesen ist, daß er das Verhalten des Dr. W. einer deutschen Frau gegenüber taktlos findet und daß das Haus Potsdam dem G.K. gehöre und nicht dem Dr. Weber für seine SS-Zwecke allein zur Verfügung stünde."

Ich bemerke dazu, daß Obersturmführer Dr. Weber ab und zu Angehörige der Waffen-SS, die von der Front kamen, im Hause Potsdam aufnahm.

Eine weitere Aktennotiz vom 2. 12. 1942: zeigt ebenfalls die innere Einstellung des Generalkommissars zur Polizei:

„Bei dem am 1. 12. 1942 stattfindenden Gästeabend des Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg war auch der Gauleiter zugegen. Im Gespräch kam man auf die Judenfrage und in diesem Zusammenhang wandte sich der Generalkommissar an mich mit der Aufforderung, ich solle mich mit dem Kommandeur in Verbindung setzen, damit einmal das 5. Pol.-Revier beobachtet würde. Auf meine Antwort, daß wir wüßten, daß die weißruthenische Schutzmanschaft sehr undurchsichtig sei, antwortete der Gauleiter, diese seien sehr durchsichtig, es handle sich aber nicht um die Weißruthenen sondern um die Deutschen. Als ich darauf fragte, inwiefern, antwortete der Gauleiter daß man ihm seinen besten Klavierstimmer erschossen habe, ohne daß ein Grund dazu vorgelegen habe.

In diesem Zusammenhang bezeichnete der Gauleiter den Wachtmeister, der den Juden angeblich erschossen hat, als „Schwein". Ich konnte zu dieser unmöglichen Formulierung leider keine Stellung nehmen, da der Gauleiter in diesem Kreis behauptete, der Kommandeur sei selbst über diesen Vorfall empört gewesen." Es ist selbstverständlich, daß von einer Empörung auf unserer Seite keine Rede sein konnte. Am 12. 5. 1942 rief der Gauleiter den SS-Brigadeführer Zenner an und erklärte, daß der S.D. am 11. 5. 1942 und einige Tage davor auf dem schwarzen Markt eine größere Aktion auf Lebensmittel durchgeführt habe. Der S.D. sei mit mehreren LKW dort

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vorgefahren und habe sämtliche Lebensmittel beschlagnahmt. Er verlange Bericht, weil er die Sache in Riga vortragen wolle, da der SD. mit solchen Aktionen die Ernährungsgrundlage für Minsk vollständig vernichte. Es stellte sich heraus, daß die gemachten Angaben frei erfunden waren. Schwerwiegend dabei aber ist, daß der Gauleiter ohne Überprüfung des Sachverhaltes der Sicherheitspolizei unterstellte, daß sie Aktionen durchführe, um sich selbst zu bereichern.

Im Verlaufe des Unternehmens „Sumpffieber" erhielt ich unter dem 17. 9. 1942 folgendes Fernschreiben:

„Der Generalkommissar bittet, dem SS-Obergruppenführer Jeckeln mitzuteilen, daß er sich mit dem Hauptkommissar Baranowitsche SA-Obergruppenführer FENZ in Verbindung setzt, um von diesem über die Lage unterrichtet zu werden. Ebenso bitte der Generalkommissar den Obergruppenführer, jeweils die Gebietskommissare zu besuchen, wenn er in deren Gebiet kommt."

Auf diese unverschämte Forderung antwortete der Obergruppenführer:

„Bitte Generalkommissar mitzuteilen, daß sich bislang noch keiner der Herren Gebietskommissare, in deren Gebiet ich tätig war, mit mir in Verbindung setzte, so daß es mir nicht möglich war, mich mit ihnen zu besprechen."

Die Einschätzung eines SS-Obergruppenführers durch den Gauleiter dürfte durch diesen Schriftwechsel klar hervorgehen.

Die Einstellung des Generalkommissars KUBE zur Judenfrage ist derartig, daß man schon von Judenhörigkeit sprechen kann. Zwar ist auch hier seine Zwiespältigkeit klar erkennbar, indem er in all seinen offiziellen Reden und Schreiben betont, daß die Judenfrage schnellstens und radikal bereinigt werden müsse. Über seine tatsächliche Einstellung aber geben Briefe, Aussprüche und Anordnungen, die ich nachstehend aufführe, Aufschluß, wobei ich auch die positiven Schreiben zu Wort kommen lassen werde.

Als schwerwiegendstes Dokument möchte ich ein Schreiben des gefallenen Chefs der Sicherheitspolizei, SS-Obergruppenführer Heyderich[3] vorwegnehmen. Obergruppenführer Heyderich schreibt unter dem 21. 3. 1942:

„Sehr geehrter Pg. Kube!

Gauleiter und Reichsstatthalter Dr. Meyer hat mir unter Überreichung eines Personenverzeichnisses zahlreiche Beanstandungen mitgeteilt, wonach bei der Evakuierung der Juden aus dem Reichsgebiet nach Minsk hinsichtlich des Personenkreises die gegebenen Richtlinien nicht beachtet worden wären.

Obwohl ich von vornherein der Überzeugung war, daß die von mir erlassenen Richtlinien hinsichtlich der technischen Durchführung der Evakuierung von Juden aus dem Reichsgebiet in jedem Falle genaueste Beachtung gefunden haben, habe ich trotzdem die von Ihnen beanstandeten Fälle im einzelnen einer gründlichen zeitraubenden Nachprüfung unterziehen lassen. Wie aus der als Anlage beigefügten Zusammenstellung des Prüfungsergebnisses zu ersehen ist, handelt es sich bei den Betreffenden ausnahmslos um Juden im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen bzw. um Juden und Jüdinnen, die infolge Scheidung und ähnliches zu ihren deutschblütigen Ehepartnern nicht mehr in Beziehung stehen und daher den Juden schlechthin gleichzusetzen sind.

Über das Zustandekommen der mir vorliegenden Liste wurde ich nicht orientiert. Ich kann mir aber dieses Entstehen der Liste nicht anders erklären, als daß man den Angaben der evakuierten Juden blindlings glaubte.

[3] So im Dokument selbst.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Man war also geneigt, den Angaben der Juden mehr Glauben zu schenken als reichsdeutschen Dienststellen, die im Rahmen gegebener bis ins einzelne gehender Vorschriften nach genauester Prüfung jedes Einzelfalles handeln.
Und dies in einer Zeit, in welcher die Bereinigung des Judenproblems im Reich usw. in Angriff genommen worden ist.
Viele der in dem dortigen Verzeichnis aufgeführten Juden sind bereits bekannt, daß sie immer wieder versuchen, ihre Zugehörigkeit zum Judentum mit allen möglichen und unmöglichen Gründen in Abrede zu stellen, wie es überhaupt in der Natur der Sache liegt, daß insbesondere Mischlinge ersten Grades bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf bedacht sind, ihre Zugehörigkeit zum Judentum abzuleugnen.
Sie werden mir zugeben, daß es im dritten Kriegsjahr auch für die Sicherheitspolizei und den Sicherheitsdienst kriegswichtigere Aufgaben gibt als dem Geseires von Juden nachzulaufen, zeitraubende Ermittlungen anzustellen und soviele meiner Mitarbeiter von anderen und weit wichtigeren Aufgaben abzuhalten. Wenn ich überhaupt in eine Nachprüfung Ihrer Liste eingetreten bin so nur deshalb, um ein für allemal solche Angriffe dokumentarisch zu widerlegen. Ich bedauere, sechseinhalb Jahre nach Erlaß der Nürnberger Gesetze noch eine derartige Rechtfertigung schreiben zu müssen.

Heil Hitler!

gez. Heyderich."

Wie diese von Obergruppenführer Heyderich gerügte Liste zustande kam, zeigt folgende Aktennotiz:

„Am 29. 11. 1941 wurde das Ghetto durch Gauleiter Kube besichtigt.
Anwesend waren: SS-Brigadeführer Zenner, General der Polizei Herf und einige politische Leiter. Der Jude Frank übernahm die Führung. Im Laufe des Gespräches erwähnte Frank, daß hier Leute sind, deren Brüder im Felde stehen. Kube erklärte, diese Fälle sofort dem Führer zu melden. Er verlangte von Frank eine namentliche Liste über diese Vorfälle. In dem Berliner Teil des Ghettos hielt Kube 2 Mädchen an, die nach seiner Ansicht arisches Aussehen hatten und ließ die Personalien durch einen politischen Leiter feststellen und aufschreiben. Die ganzen Vorgänge spielten sich in Gegenwart des Juden Frank ab."
Der Generalkommissar selbst hat also die Juden aufgefordert, derartige Listen von angeblich unberechtigt umgesiedelten Juden aufzustellen.
Eine merkwürdige Einstellung zur Judenfrage zeigt auch der folgende Brief vom 15. 1. 1942 an SS-Brigadeführer Zenner:

„Mein lieber Carl!

Heute meldet mir mein Fahrdienstleiter, daß der SS-Oberscharführer, der die Vernehmung wegen des Garagenbrandes leitete, sich folgende Entgleisung geleistet hätte. Er fragte die mir unterstellten Fahrer vor Zeugen, er hätte gehört, der Gauleiter habe sich bei dem Juden, der ihm den Maybach gerettet habe, bedankt. Er wünsche zu wissen, in welcher Form dieser Dank erfolgt sei.
Abgesehen davon, daß es sich hier um eine ganz unerhörte Taktlosigkeit des betreffenden Oberscharführers vom SD handelt, sehe ich darin auch eine Achtungsverletzung. Der betreffende Jude hatte sich in die brennende Garage hineinbegeben und hatte meinen, vom Feuer bedrohten wertvollen Maybach ohne Hilfe herausgebracht. Damit hat er dem Reich einen Wert von etwa 20.000 Reichsmark erhalten. Daß ich mich dafür als anständiger Mensch bedanke, ist eine Selbstverständlichkeit (Unterstreichung nicht im Original)[4]. Auf das Schärfste muß ich es mir aber verbitten,

[4] *Bemerkung des Verfassers dieser Beschwerde gegen Kube.*

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß ein mir indirekt unterstellter Polizeibeamter durch die Art der Vernehmung mein Verhalten kritisiert. Ich bitte Dich, das Erforderliche zu veranlassen. Auf keinen Fall darf derselbe wieder mit Vernehmungen des Generalkommissariats befaßt werden. Jedenfalls besitzt er nicht die Reife, die dafür notwendig ist."

Tatsache war, daß der Gauleiter dem Juden, der den Wagen aus der Garage herausgeholt hatte, enthusiastisch die Hand drückte und sich bei ihm bedankte. Dem Ermittlungsbeamten wurde diese Tatsache durch Fahrer des G.K. mitgeteilt. Er konnte es nicht unterlassen, darüber sein Erstaunen zum Ausdruck zu bringen. Daraufhin glaubte der Generalkommissar berechtigt zu sein, den Ermittlungsbeamten in übelster Form anzugreifen.

Derartige Angriffe auf meine Führer und Männer waren an der Tagesordnung.

Am 1. 3. 1942 sollte eine Aktion gegen das russische Ghetto in Minsk stattfinden. Der Generalkommissar war vorher benachrichtigt worden. Die Aktion sollte dadurch getarnt werden, daß dem Ältestenrat mitgeteilt wurde, 5000 Juden des Minsker Ghettos würden umgesiedelt. Sie seien vom Ältestenrat auszusuchen und bereitzustellen. Jeder Jude dürfe 5 kg Gepäck mit sich führen.

Die tatsächlichen Absichten der Sicherheitspolizei sind nachweislich durch das Generalkommissariat verraten worden. Die im G.K. beschäftigten Juden wurden durch mehrere Tage hindurch nicht in das Ghetto gelassen sondern im G.K. zurückbehalten. Schon dadurch wurde den Ghetto-Juden klar, daß die Darstellung der Sicherheitspolizei nicht richtig sei. Darüber hinaus sind aber weitere Indiskretionen begangen worden, wie aus V-Mann Meldungen hervorgeht. Eine einwandfreie Klärung dieser Vorgänge war damals nicht möglich. Fest steht aber, daß der Gauleiter sein Wissen dazu benutzt hat, seine Juden zu retten.

Infolge des Verrats war kein Jude zum angegebenen Termin zur Stelle. Es blieb nun nichts mehr übrig als mit Anwendung von Gewalt die Juden zusammenzutreiben. Hierbei wurde Widerstand geleistet, und es mußte von den eingesetzten Kräften von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden. In der schlimmsten Situation, als alles daran gesetzt werden mußte, um den Widerstand zu brechen, erschien der Gauleiter. Ich zitiere jetzt eine Aktennotiz vom 5. 3. 1942:

„Ungefähr gegen 16.30 Uhr erschien der Gauleiter in Begleitung seines persönlichen Adjutanten und eines SS-Untersturmführers. Schon von weitem konnte man sehen, daß der Gauleiter außergewöhnlich erregt war. Da ich merkte, daß der Gauleiter auf mich zukam, ging ich ihm entgegen und begrüßte ihn. Der Gauleiter überschüttete mich sofort mit Vorwürfen über die unerhörten Vorkommnisse, die sich bei der Zusammentreibung der Juden abgespielt haben sollten. Er warf mir vor, daß im Ghetto wiederholt geschossen worden sei, so daß Querschläger auch außerhalb des Ghettos vorgefunden wurden. Der Ton des Gauleiters war außerordentlich scharf. Die von ihm erhobenen Vorwürfe waren von den umstehenden russischen Juden und weißruthenischen Schutzmännern zu hören. Ich fühle mich durch das Verhalten des Gauleiters in meiner Eigenschaft als Sachbearbeiter für Judenfragen und als SS-Führer erheblich brüskiert." Der Gauleiter hat sich dann noch längere Zeit im Ghetto aufgehalten. Er hat mehrere meiner Männer erheblich beschimpft. Dabei fielen[5] immer Ausdrücke wie „Schweinerei" und „wir sprechen uns wieder". Nach einer nicht hundertprozentig verbürgten Nachricht soll er bei dieser Gelegenheit an jüdische Kinder Bonbons verteilt haben.

In einer Aktennotiz des damaligen Kommandeurs der Sipo und des SD heißt es:

„Am nächsten Morgen, Dienstag, den 2. 3. 1942, erschien um 9 Uhr Landrat Reuscher und bat mich in förmlicher Weise um Auskunft, wo sich die drei jüdischen Friseure des Gauleiters befänden. Der Gauleiter wünsche von mir sofort Aufschluß, zumal ich

[5] Im Original: „vielen".

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Erklärung abgegeben hätte, von der Aktion sämtliche deutschen Juden auszunehmen. Ich war nicht in der Lage, dem Landrat Reuscher eine sachdienliche Auskunft zu erteilen, worauf dieser sofort zum deutschen Ältestenrat in das Ghetto fahren wollte, wovon ich ihm jedoch abriet mit dem Bemerken, der mehrfache Besuch des Gauleiters gestern im Ghetto habe sich bereits ungünstig ausgewirkt. Der Landrat gab sich hiermit zufrieden. Er wünschte nur baldmöglichst einen Bericht über den Verbleib dieser Juden. Ich begab mich sofort zu Brigadeführer Zenner und setzte ihn von dieser Unterredung in Kenntnis. Unterdessen hatte der Gauleiter bereits beim Brigadeführer angerufen. Nach dessen Ausführungen habe sich der Gauleiter am Apparat geradezu überschrieen. Es sei kein vernünftiges Wort mit ihm zu reden gewesen. Der Gauleiter habe den SD. für das Verschwinden der Juden verantwortlich gemacht. Er habe die Forderung gestellt, daß bis spätestens abends die Friseure herbeizuschaffen seien, andernfalls er Anzeige bei dem Sondergericht erstatte. Er breche jede Verbindung zum SD. ab."

Diese Beschimpfungen gingen tagelang weiter. Am 4. 3. 1942 drohte der Generalkommissar mit einer Diebstahlsanzeige gegen den SS-Obersturmführer Burckhardt, weil dieser ordnungsmäßig gegen Quittung 2 Schreibmaschinen aus dem Ghetto entnommen hatte.

Am 3. 3. 1942 begab sich der Generalkommissar nach Wileika, weil er erfahren hatte, daß auch in Wileika und Molodetschno Judenaktionen stattfinden würden. Er suchte die dortige Außendienststelle der Sicherheitspolizei auf und ließ sich Bericht erstatten. Offenbar hoffte er, auch hier das Vorgehen der Sicherheitspolizei beanstanden zu können.

Anscheinend ist von seiten des Gauleiters ein Bericht an den Ostminister gemacht worden, denn am 10. 3. 1942 ging nachstehendes Schreiben ein:

„Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete hat einen Bericht über den Verlauf der letzten Judenaktion in Minsk angefordert. Ich bitte zu diesem Zweck, mir möglichst umgehend eine Darstellung der durch Sie getroffenen Maßnahmen zuzuleiten."

Auf dieses Schreiben wurde von seiten der Sicherheitspolizei nicht reagiert.

Bezeichnend für den Willen des Gauleiters, die Sicherheitspolizei regelmäßig ins Unrecht zu setzen, ist folgende Aktennotiz vom 18. 4. 1942:

Der Gauleiter ruft um 11.15 Uhr an und teilt folgendes mit: Der Staatsanwalt hat ihm berichtet, daß vor wenigen Tagen ungefähr 15 jüdische Frauen und Männer blutüberströmt über die Straße geführt wurden. Der begleitende Dolmetscher hat außerdem im Gefängnis selbst auf die Juden geschossen und dadurch den dort tätigen Justizwachtmeister erheblich gefährdet. Der Gauleiter verlangt strengste Untersuchung und Bestrafung. Über die erfolgte Maßnahme ist umgehend an ihn zu berichten."

Ich habe unter dem 25. 4. 1942 auszugsweise folgendes Schreiben an den Gauleiter gerichtet:

„. . . Neben dieser rein sachlichen Feststellung darf ich Ihnen, Gauleiter, gegenüber noch folgende Ausführungen machen: Ich darf Sie bitten, mir die Personen zu benennen, die in verleumderischer Weise behauptet haben, ich hätte jüdische oder sonstige Personen blutüberströmt durch Minsk führen lassen. Ich muß immer wiedererkennen, daß man meinen Männern den Vorwurf des entarteten Sadismus machen will. Meine Führer und Männer erfüllen täglich und stündlich ihre harte Pflicht. Wir sehen uns einem Gegner gegenüber, der vor keinem Mittel zurückscheut. Kaum eine Festnahme konnte in den letzten Wochen durchgeführt werden, ohne daß nicht auf meine Männer geschossen wurde. Daß wir bei dieser Sachlage nicht gerade sanft zu-

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fassen, dürfte selbstverständlich sein. Es würde niemand am allerletzten der Reichsführer oder der Führer verstehen können, wenn ich nicht allerschärfste Maßnahmen ergreifen würde, um das Leben der mir anvertrauten Führer und Männer zu sichern. Weichheit und Humanitätsduselei würden hier schwere Folgen haben. Mir ist jedenfalls das Leben einer meiner Männer lieber als das von hundert Juden oder Partisanen. Weil aber unsere Aufgaben hart und schwer sind, muß ich mich vor meine Männer stellen und jede Verleumdung schärfstens zurückweisen."

Der Generalkommissar ging in einem Schreiben vom 28. 4. 1942 bezeichnenderweise auf meine Vorwürfe überhaupt nicht ein sondern schlägt eine Trennung der Häftlinge innerhalb des Gefängnisses vor. Weiterhin schreibt er:

„Daß das Judentum in den Rahmen des politischen Verbrechertums hineingehört ist für mich als Ehrenzeichenträger der Partei eine Selbstverständlichkeit. Mir wäre es am liebsten, wir könnten sämtliche russischen (im Original nicht unterstrichen)[6] Juden so schnell und geräuschlos wie möglich dem verdienten Schicksal zuführen. Im übrigen werden Sie mich stets bereitfinden, mit Ihnen und Ihren Männern kameradschaftlich zusammenzuarbeiten. Ich stehe seit meiner Studentenzeit (1908 bis 1912) als deutschvölkischer Student im Kampfe gegen das Judentum."

Wenn also Gauleiter Kube sich angegriffen fühlt, so behauptet er sofort, auch er sei ein großer Gegner der Juden. Auch nach jeder Führerrede war er in seinen offiziellen Äußerungen stark judenfeindlich eingestellt. Er hat auch mehrere Schreiben an den höheren SS- und Polizeiführer Ostland, an den SS- und Polizeiführer Weißruthenien und an mich herausgehen lassen, worin er eindeutig die Lösung der Judenfrage verlangt. Ich sehe in seinen Reden und Schreiben, in denen er zur Judenfrage Stellung nimmt, lediglich ein Mittel, sich für spätere Zeiten abdecken zu können.

Wie man in seiner eigenen Behörde darüber denkt, zeigt folgendes kleines Erlebnis:

In einer Besprechung über jüdische Arbeitskräfte, an der ein großer Teil der verantwortlichen Männer des Generalkommissariats anwesend war, erklärte ich, daß die Judenfrage bis zum Eintritt des Winters auch in Weißruthenien in vollem Umfange gelöst sein würde. Ein Referent wandte ein, es sei unter diesen Umständen erforderlich, sämtliche Wehrmachts- und Zivildienststellen sowie sämtliche Betriebe, die Juden bisher beschäftigt hätten, zu unterrichten. Ich entgegnete, dies sei nicht mehr erforderlich, da ja der Gauleiter in mehreren Reden die Lösung der Judenfrage verlangt hätte. Spontan antwortete der Abteilungsleiter, mir sei doch die Zwiespältigkeit des Gauleiters bestens bekannt.

Man ist also innerhalb der Zivilverwaltung selbst davon überzeugt, daß der Gauleiter anders spricht als er denkt. Ich jedenfalls kann aus eigener Erfahrung behaupten, daß nicht eine Festnahme eines beim G.K. beschäftigten Juden erfolgt ist, ohne daß es zu erheblichen Beschwerden des Generalkommissars geführt hätte.

Meine Beamten hatten in Erfahrung gebracht, daß in der Nähe des Generalkommissariats ein schwunghafter Handel mit falschen Pässen betrieben wurde. Es wurde sofort zugegriffen, wobei es zu vier Festnahmen kam. Bei zweien der Festgenommenen handelte es sich um Jüdinnen des Generalkommissariats. Ehe meine Beamten diese Tatsache durch Vernehmung festgestellt hatten, lag schon bei mir ein Anruf des Gauleiters vor und ein erheblicher Protest gegen die Festnahme.

Eine deutsche Angehörige des Generalkommissariats erstattete Anzeige gegen einen im G.K. beschäftigten jüdischen Uhrmacher, weil dieser ihre goldene Armbanduhr unterschlagen hatte. Die Festnahme des Juden erfolgte nach Unterrichtung des Adjutanten des Gauleiters. Trotzdem protestierte dieser gegen unsere Maßnahme.

Eine Anzahl von Juden und Jüdinnen wurden nach Unterrichtung des Hauskommandanten im Generalkommissariat festgenommen, weil sie den Judenstern abgelegt

[6] Vgl. Anm. 4

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatten. Bei der Vernehmung stellte sich heraus, daß ein Referent des Generalkommissariats auf die bloße Behauptung hin, sie seien Vierteljuden, Ausweise für Weißruthenen ausgestellt hatte. Trotz der Unterrichtung und trotz Mitteilung des Tatbestandes erfolgte ein persönlicher Protest des Gauleiters. Der fahrlässig handelnde Referent wurde jedoch nicht bestraft.
Ein Jude der als Elektrotechniker im G.K. beschäftigt war, hatte die Telefonleitungen zu überprüfen und zu reparieren. Er schuf sich eine Abhörvorrichtung, durch die er in die Lage versetzt war, sämtliche Gespräche, auch die des Generalkommissars, abzuhören. Der Inhalt der Telefongespräche wurde an andere Juden weitergegeben. Gegen die Festnahme protestierte der Gauleiter persönlich und bezweifelte mehrfach den von der Sicherheitspolizei ermittelten Sachverhalt.
Derartige Fälle haben sich in zahlreichem Maße ergeben. Es soll davon abgesehen werden, weitere aufzuzählen.
Der Generalkommissar KUBE scheint den deutschen Juden, die vor meiner Zeit in Stärke von 5000 Mann in das Ghetto eingeliefert wurden, versprochen zu haben, daß ihnen Leben und Gesundheit erhalten bliebe. Für diese Behauptung liegen keine einwandfreien Unterlagen vor. Der Rückschluß dürfte jedoch auf Grund des vorliegenden Materials gerechtfertigt sein.

Bezeichnend ist eine Aktennotiz vom 2. Oktober 1942:

„Anläßlich der Besprechung am 2. Okt. 1942 kam Gauleiter Kube auf den Stuttgarter Dichter Georg Schmückle zu sprechen, den ich persönlich gut kenne. Er lobte seine Werke, darunter den Novellenband „Die rote Maske". Ich wies daraufhin, daß in diesem Novellenband der württembergische Finanzjude Süß Oppenheimer eigentlich verherrlicht würde. Kube erklärte darauf, daß wir jungen Nationalsozialisten da noch nicht die richtige Einstellung hätten. Wir hätten, wenn von einem Juden die Rede sei, immer Angst, unsere Seele zu gefährden. Er als völkischer Student habe schon vor dem Weltkrieg Mendelsohn[7] und Offenbach gehört und sei deshalb von seiner völkischen Idee nicht abgekommen. Er verstehe es nicht, daß man heute Mendelsohn[7] zum Beispiel einfach totschweige und daß jüdische Werke nicht mehr gespielt werden dürften, so z. B. Hoffmanns Erzählungen von Offenbach. Er beschränke sich allerdings auf die Juden des 19. Jahrhunderts, die nach der Ghettobefreiung einen kolossalen Aufschwung genommen hätten. Es stehe einwandfrei fest, daß die Juden Kunst hatten. Diese rühre von den 6 % nordischen Blutsanteil her, die die Juden hätten, evtl. auch von den westischen und romanischen Einflüssen.
Wir jungen Nationalsozialisten hätten wohl biologisch die richtige Einstellung, aber geistig würden wir doch nicht das Richtige treffen. Er sei jedenfalls der Ansicht, daß man den jüdischen Beitrag zur Musikgeschichte in Gestalt eines Mendelsohn[7] nicht einfach wegnehmen könne, ohne daß eine Lücke entstehe."

Der Gauleiter hatte erfahren, daß ein deutscher Jude von einem Polizeibeamten eine Ohrfeige erhalten hatte. In Gegenwart des Juden stellte Kube den Polizeibeamten zur Rede und brüllte ihn an, ob er etwa in Besitz des Eisernen Kreuzes sei wie der Jude. Der Beamte konnte glücklicherweise diese Frage bejahen.
Am 2. 12. 1941 erklärte der Älteste der Juden aus dem Altreich, er habe beim Besuch des Gauleiters im Ghetto den Eindruck gewonnen, daß dieser die Juden aus dem Reich etwas weniger scharf angefaßt sehen möchte als die russischen Juden, die doch nicht miteinander verglichen werden könnten.
Am 2. 2. 1942 wurde dem KdS. in Minsk vertraulich mitgeteilt, daß der beim Generalkommissar in Minsk als Friseur beschäftigte Jude, der täglich die Rasur des Gauleiters

[7] So in der Wiedergabe der erw. Aktennotiz durch Strauch.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vornimmt, geäußert habe, daß alle im Dienstgebäude des Generalkommissariats beschäftigten Juden unter dem persönlichen Schutz des Gauleiters stünden. Es stehe jedem Juden das Recht zu, sich bei unpassender Behandlung durch Reichsdeutsche beim Gauleiter zu beschweren. Daß diese Behauptung des Juden kein leeres Geschwätz bedeutet, beweist die Tatsache, daß Kube mehrfach Deutsche zur Rechenschaft zog wegen Mißhandlung bzw. Beschimpfung von Juden. Seine Kenntnis über derartige Vorfälle konnte er nur durch die beteiligten Juden selbst haben.
Bei einer Ghetto-Großaktion war durch V-Männer bekannt geworden, daß der Ordnungsdienst der deutschen Juden, der vorwiegend aus ehemaligen Kriegsteilnehmern bestand, gewillt war, mit der Waffe Widerstand zu leisten. Um Blutvergießen auf deutscher Seite zu vermeiden, wurde der Ordnungsdienst an anderer Stelle zusammengezogen. Ihm wurde erklärt, in der Stadt sei ein Brand ausgebrochen, sie hätten sich zur Löscharbeit zur Verfügung zu stellen. Die Juden wurden dann auf LKW verladen und sonderbehandelt. Auch diese Angelegenheit kam dem Gauleiter auf unerfindliche Art zu Ohren. Er hat sich einmal darüber aufgeregt, daß es brutal sei, diese ehemaligen Frontkämpfer zu beseitigen, daß zum anderen aber die Art des Vorgehens unerhört sei.
In dem schon von mir erwähnten Schreiben vom 28. 4. 1942 führt Kube aus, es sei ihm am liebsten, es könnten sämtliche russischen Juden so schnell wie möglich dem verdienten Schicksal zugeführt werden, also auch hier wieder nimmt er die deutschen Juden aus.

Unter dem 30. 10. 1942 gab der Generalkommissar folgenden Erlaß heraus:

„An die Herren Hauptabteilungsleiter I, II, III.

Betr.: Anzeigen an die Polizei und SD.

Anzeigen über Verfehlungen von Mitgliedern der Behörde oder von Weißruthenen, Juden usw., die bei uns beschäftigt sind, sind mir vorher zur Genehmigung vorzulegen. Ich bitte, die Herren Hauptabteilungsleiter durch Umlauf an die ihnen unterstellten Dienststellen die strikte Beachtung dieser Anordnung sicherzustellen.

Der Generalkommissar in Minsk
gez. Kube

Die deutschen Angehörigen des Generalkommissariats waren verständlicherweise über die Tatsache, daß sie in einem Satz mit Juden genannt wurden, maßlos empört. Dem Generalkommissar ging es aber nicht um Mitglieder der Behörde oder um Weißruthenen sondern ausschließlich um seine deutschen Juden, die er vor dem Zugriff der Sicherheitspolizei sichern wollte.

Ein Abteilungsleiter berichtet unter dem 7. 11. 1942:

Bei einem Durchgang durch das Generalkommissariat habe er vor einer Tür einen Juden sich herumlümmeln sehen. Auf die Frage, was er dort tue, hat er geantwortet: „Ich warte auf den Chef". Auf die weitere Frage, wer denn der Chef sei, antwortete der Jude: Der Gauleiter.
Es ist nicht wenigen Angehörigen der Zivilverwaltung zugestoßen, daß sie vom Gauleiter vor herumstehenden Juden angebrüllt wurden. So wurde der Altparteigenosse und Ortsgruppenleiter HÖDER angebrüllt und mit Entlassung bedroht, weil er gesagt hatte, Robert Ley würde sich gewiß wundern, wenn er einmal höre, daß im Robert-Ley-Haus in Minsk Juden untergebracht seien. Auch hier handelte es sich wieder um deutsche Juden.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Den deutschen Juden, insbesondere den Friseusen und Schneiderinnen wurden seitens des Generalkommissars bzw. seiner Frau Lebensmittel-, Obst- und Gemüsezuwendungen gemacht.

Mir persönlich gegenüber hat KUBE häufig betont, daß man die aus dem Reich evakuierten Juden ohne Schwierigkeiten erhalten könnte, da sie die Sprache des Landes nicht verstünden und daher in bandenmäßiger Hinsicht nicht gefährlich werden könnten.

Aus allen diesen Erfahrungen habe ich die Überzeugung gewonnen, daß er im Grunde seines Herzens Gegner unserer Judenaktionen ist. Wenn er dies nach außen nicht zugibt, so tut er es nur aus Angst vor den Folgen. Bei den russischen Juden wäre er noch einverstanden, weil er sein Gewissen hier soweit beruhigt sieht als es sich bei ihnen vorwiegend um Helfer der Banden handelt.

Ich kann diesen Bericht nicht abschließen, ohne zu betonen, daß fast sämtliche von mir angeführten Tatsachen in weitesten Kreisen der Zivilverwaltung und der Wehrmacht, zum Teil sogar auch bei den Weißruthenen, bekannt geworden sind. Die Wehrmacht lächelt und sieht dem Versagen des Gauleiters mit Vergnügen zu. Die weitsichtigen Angehörigen der Zivilverwaltung sind verzweifelt und sehen aus [der] verfahrenen Situation keinen Ausweg mehr. Auch die Weißruthenen haben den Glauben an die deutsche Führung verloren, weil sie die Ziellosigkeit der Politik immer wieder am eigenen Leibe verspüren müssen. Ein Verbleiben des Generalkommissars in seinem Amte scheint mir unter diesen Umständen untunlich zu sein.

[gez.] Strauch

SS-Obersturmbannführer

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Forschungsberichte

EUGENE C. MURDOCK

ZUM EINTRITT DER VEREINIGTEN STAATEN IN DEN ZWEITEN WELTKRIEG

Vorbemerkung des Herausgebers. Es ist lange schon geplant gewesen, in dieser Zeitschrift einen amerikanischen Historiker mit einer kritischen Studie zur Pearl-Harbor-Kontroverse zu Gehör zu bringen, doch hat sich die Absicht infolge eines immer noch anwachsenden Quellenmaterials bisher nicht verwirklichen lassen. Wir begrüßen es um so mehr, einen Bericht von Professor Eugene C. Murdock vom Rio Grande College, Rio Grande, Ohio, bringen zu können, der in die massenhafte und in Deutschland erst teilweise bekannte Literatur zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten nach dem Gesichtspunkt der beiden sich gegenüberstehenden Schulen Ordnung und Übersicht bringt. Es ist allerdings nötig gewesen, den Bericht bei der Übersetzung zugleich erheblich zu kürzen, wobei unvermeidlicherweise einiges an Farbe verlorengegangen ist. Es versteht sich, daß aufs strengste darauf geachtet worden ist, den Gedankengang und die Meinung des Verf. gleichwohl so genau wie möglich wiederzugeben. H. R.

Seit 1945 sind 13 gewichtige Bücher in den Vereinigten Staaten erschienen, die sich ausschließlich mit dem obigen Thema beschäftigen, nicht gerechnet die zahllosen Artikel, Berichte und Darstellungen in anderen Werken. In diese kaum noch zu bewältigende Fülle soll mit dem vorliegenden Versuch eine gewisse Ordnung gebracht werden. Und zwar sollen dabei zwei Kategorien zugrunde gelegt werden: 1. die des Revisionismus, des Angriffs auf Roosevelts Außenpolitik; 2. eine, die man „Regularismus" nennen kann und die im großen und ganzen seine Politik verteidigt.

1. Der Gegensatz der Lager

Der Revisionismus seit dem Ende des zweiten Weltkriegs will, wie alle historische Forschung, die Wahrheit finden. Sein Wesen indessen liegt in einer scharfen Kritik an der auswärtigen Politik Franklin D. Roosevelts, wobei die Ansatzpunkte durchaus nicht bei allen Kritikern die gleichen sind. Eine Richtung ist davon überzeugt, daß der Präsident Haupt einer Verschwörung gewesen sei, mit dem Zweck, die Vereinigten Staaten gegen den Willen des eigenen Volkes in den Krieg hineinzuziehen, während eine andere den Kriegseintritt vielmehr auf die dilettantische Diplomatie Roosevelts zurückführen will. Revisionisten aller Schattierungen sind jedoch davon überzeugt, 1. daß der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten nicht in ihrem Interesse lag, 2. daß wirkliche staatsmännische Kunst diesen Kriegseintritt leicht hätte vermeiden können und 3. daß der besorgniserregende Zustand der

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heutigen Welt sich wesentlich auf die Beteiligung der USA am zweiten Weltkrieg zurückführen lasse[1].

Der hier neu eingeführte Begriff Regularismus dient in unserem Zusammenhang dazu, alle nichtrevisionistischen Ansichten zu umschreiben. Regularismus bedeutet nicht notwendig eine Apologie von Roosevelts Außenpolitik. Vielmehr kennzeichnet er die Suche nach anderen Gründen für den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten als denen der „Verschwörung" oder des „Dilettantismus". Auch innerhalb des Regularismus liegen die Schwerpunkte durchaus nicht einheitlich. Sie reichen von der Überzeugung der Unvermeidlichkeit der Beteiligung der USA am zweiten Weltkrieg bis zur These, daß man nur unter Opferung aller Ideale habe beiseite stehen oder daß nur ein Wunder an Geschicklichkeit den Frieden habe erhalten können[2].

Morgenstern vertritt am konsequentesten den Gedanken der „Verschwörung". Obwohl nach ihm Roosevelt, Hull, Stimson, Knox, Marshall und Stark Datum und Örtlichkeit des japanischen Angriffs vorher wissen konnten, hätten sie ihn als „Überraschung" darzustellen gewußt. Aus den abgehörten japanischen Telegrammen zogen sie keinerlei Konsequenzen, was auf eine „unglaubliche Verschwörung"[3] hindeute. Ähnlich äußert sich Chamberlin. Roosevelt habe trotz wiederholter Beteuerung seiner friedlichen Absichten auf den Krieg im geheimen hingesteuert. Er log im Wahlkampf von 1940, er täuschte die amerikanische Öffentlichkeit über das lend-lease-Programm und über die Bedrohung der amerikanischen Sicherheit durch die Achsenmächte[4].

Auch bei Beard liegt in der Täuschung der amerikanischen Öffentlichkeit der Ansatz seiner Kritik. Neben dem „Anschein" friedlicher Bemühungen trieb die Regierung in der „Realität" auf den Krieg zu[5]. Beard versucht zu zeigen, daß die geheimen Verpflichtungen gegenüber Großbritannien, die mangelnde Unterrichtung der militärischen Befehlshaber, das Nichternstnehmen der abgehörten japanischen Telegramme, die wiederholten Provokationen Deutschlands und Ja-

[1] Die wichtigsten revisionistischen Autoren sind: John T. Flynn, *The Truth About Pearl Harbor* (1944), und *The Final Secret of Pearl Harbor* (1945), Charles A. Beard, *American Foreign Policy in the Making*, 1932–1940 (1946) und *Roosevelt and the Coming of the War*, 1941 (1948), George Morgenstern, *Pearl Harbor* (1947), William Henry Chamberlin, *America's Second Crusade* (1950), Frederic R. Sanborn, *Design for War* (1951), Charles C. Tansill, *Back Door to War* (1952), Harry E. Barnes (editor), *Perpetual War for Perpetual Peace* (1953) und Robert A. Theobald, *The Final Secret of Pearl Harbor* (1954).

[2] Die wichtigsten Vertreter des Regularismus sind: Walter Millis, *This Is Pearl* (1947), Herbert Feis, *The Road To Pearl Harbor* (1950) Basil Rauch, *Roosevelt from Munich to Pearl Harbor* (1950), und William L. Langer und S. Everett Gleason, *The Challenge to Isolation* (1952) und *The Undeclared War* (1953). Andere Autoren wie Samuel Flagg Bemis, Thomas A. Bailey, Dexter Perkins, Allan Nevins, Samuel Eliot Morison, Ruhl Bartlett, Julius Pratt, Gordon Craig, Charles Griffin haben sich in Artikeln und Text-Books in ähnlicher Richtung geäußert.

[3] Morgenstern, *Pearl Harbor*, S. 167.

[4] Chamberlin, *America's Second Crusade*, S. 95–177.

[5] Beard's Buch von 1948 hat deswegen zwei Teile: „Appearances" und „Realities".

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

pans, sowie mangelnde Bereitschaft, mit Japan zu verhandeln, Teilstücke der kriegsprovozierenden Politik des Präsidenten waren, ohne daß er die Öffentlichkeit darüber informierte. Nach dem Angriff auf Pearl Harbor verhinderte die Regierung eine Untersuchung durch den Kongreß, indem man die Roberts Commission auf Linie mit der „offiziellen These" brachte, daß der Angriff eine aggressive Handlung sei, wobei die Verantwortung für die schweren Verluste nicht auf Roosevelt, sondern auf die Kommandeure in Hawai fiel. Erst der Bericht der Minderheit des Komitees brachte Klarheit in die Sache und enthüllte die Verschwörung[6].

Flynns Buch ist schon vor Ende des Krieges geschrieben, aber auf seinen Spuren wandeln alle Nachfolger. Roosevelt wollte Krieg, und er tat alles, um ihn herbeizuführen. Das Zerstörer-Abkommen, lend-lease, die Geleitzüge, die Hilfe an China, der wirtschaftliche Druck auf Japan und die geheimen Abmachungen mit Großbritannien weisen in diese Richtung. Gleichzeitig aber setzte der Präsident die pazifische Flotte und Hawai dem japanischen Angriff aus[7].

Auch Barnes hält solche Anklagen gegen Roosevelt für bewiesen. Schon die Rückendeckung, die er der englischen Garantie in Polen gab, macht seine Absichten deutlich. Für Barnes waren sogar Hitlers Forderungen an Polen „die vernünftigsten, die er je gestellt hat"![8]. Aber Roosevelt mischte sich ein und machte so den Krieg unvermeidlich. Die Bereitschaft Japans zum Kompromiß hält Barnes für gegeben, doch glaubt er im Gegensatz zu Morgenstern nicht, daß der genaue Angriffstermin auf Pearl Harbor der amerikanischen Führung bekannt gewesen sei. Immerhin wußte man von einer solchen Möglichkeit und hätte deswegen Hawai warnen sollen. Diese ausgebliebene Warnung ist für Barnes der Beweis, daß der Angriff geradezu gewünscht wurde[9].

Die Argumente Tansills liegen auf derselben Ebene. Auch für ihn saßen die Verantwortlichen der Katastrophe von Pearl Harbor nicht in Hawai, sondern in Washington[10]. Theobald zählt sieben Schritte der Politik Roosevelts auf, die nach seiner Meinung bestimmt waren, den Krieg herbeizuführen[11]: Militärische Vorbereitungen der Vereinigten Staaten, wiederholte Provokationen gegenüber Deutschland, wirtschaftlicher Druck auf Japan, Abmachungen mit Churchill, das Ultimatum vom 26. November, die militärische Schwäche der Flotte in Pearl Harbor und – für ihn am wichtigsten – die ausgebliebenen Warnungen an die Befehlshaber in Hawai. Zu letzterem Punkt trägt Theobald seine Anklagen in Form eines Syllogismus vor: General Marshall und Admiral Stark waren loyale und

---

[6] Beard, *Roosevelt and the Coming of the War*, 1941, S. 234–240, 243–244, 265–273, 355–374, 377–406, 407–420.

[7] Flynn, *The Truth about Pearl Harbor*, S. 32.

[8] Barnes, *The Struggle against the Historical Blackout* (7th. Ed. 1951), S. 34.

[9] Barnes, *Rauch on Roosevelt*, S. 17–19.

[10] Tansill, *Back Door to War*, S. 629.

[11] Theobald, *The Final Secret of Pearl Harbor*, S. 4; *United States News and World Report*, April 2, 1954, S. 52.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

intelligente Staatsdiener. Sie gaben ihre Informationen nicht nach Hawai weiter. Also muß ein direkter Befehl Roosevelts vorgelegen haben. Selbstverständlich dementierten Marshall und Stark eine solch phantastische Anklage[12].

Die Revisionisten sind sich über Roosevelts Motive nicht einig. Beard, Barnes und Tansill suchen auch nicht danach; sie schreiben sie dem „Bösen" in Roosevelt zu. Chamberlin jedoch gibt als Motiv den Ehrgeiz des Präsidenten, ein großer Führer der Menschheit zu werden, seinen Willen, die Vereinigten Staaten durch einen Krieg aus der Depression herauszuführen, und seine Überzeugung, daß eine Aktion gegen die Achsenmächte notwendig sei[13].

Sanborn sucht die Motive des Präsidenten in seinen Mißerfolgen im Jahre 1937[14]. Morgenstern deutet drei Möglichkeiten der Motivierung an: Mißerfolge in der Innenpolitik, Ehrgeiz und die Hoffnung, daß die Macht des Oberbefehlshabers im Kriege die politische Stellung des Präsidenten im Lande stärken werde[15]. Auf einen Nenner gebracht, könnte man sagen, daß die Revisionisten Roosevelts Motive in der Befriedigung persönlichen Ehrgeizes und der Ablenkung vom Mißerfolg des New Deal suchen.

Zu diesen Erklärungen des Kriegseintritts stehen die regularistischen Thesen in einem scharfen Widerspruch. Millis meint, daß angesichts der vielen Zufälligkeiten in der amerikanischen Vorkriegspolitik man sich des Glaubens kaum erwehren könne, Pearl Harbor sei unerbittlich „prädestiniert" gewesen[16].

Für Bailey ist eine solche Feststellung zu vage. Der amerikanische Kriegseintritt entspringt bei ihm letzten Endes der Überzeugung des amerikanischen Volkes, „es handle sich um Selbstverteidigung, weil es seine wertvollsten Traditionen und Institutionen durch internationale Gangster bedroht sah[17]".

Eine Anzahl der Vertreter der regularistischen Theorie diskutieren überhaupt nicht das Wie oder Warum des Kriegseintritts. Er war für sie eine selbstverständliche Notwendigkeit, und je früher der Eintritt geschah, um so besser[18]. Walter Johnson etwa betrachtet den deutschen Einmarsch in Polen als den Moment, seit dem der Krieg für die Vereinigten Staaten unvermeidlich geworden sei[19].

Auch Rauch betont gegenüber der revisionistischen Historiographie unter scharfer Verwerfung der Anklage gegen Roosevelt die Verantwortung der Achsenmächte für den Krieg. Ihre Verletzungen der Neutralität hätten dem Präsidenten reichlich

---

[12] Theobald, *The Final Secret of Pearl Harbor*, S. 90–123; *United States News and World Report*, 2. April 1954, S. 70–77. David Lawrence, in *Columbus Evening Dispatch*, 7. April 1954. *New York Times*, 18. April 1954.

[13] Chamberlin, a. a. O., S. 348–351.

[14] Sanborn, *Design for War*, S. 21–52.

[15] Morgenstern, a. a. O., S. 327.

[16] Millis, *This is Pearl*, S. 340.

[17] Bailey, *A Diplomatic History of the American People*, S. 802.

[18] z. B. Morison, *By Land and Sea*, S. 338.

[19] Johnson, *Journal of Modern History* 19 (Juni, 1947), S. 181.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Möglichkeiten einer Kriegserklärung gegeben, wenn er eine solche gewünscht hätte.

Ebenso bestreitet Gordon Craig, daß Roosevelt einen Krieg wollte. Vor September 1939 befürwortete der Präsident ein System kollektiver Sicherheit, und danach lag für ihn der einzige Weg zur Vermeidung eines Krieges in der tatkräftigen Unterstützung der Alliierten[20]. Langer und Gleason sehen in Pearl Harbor ein beklagenswertes Zeugnis der Unachtsamkeit, aber schlechterdings keinen Beweis der These, „daß der Präsident oder irgendein anderer Amerikaner in verantwortlicher Stellung die Japaner zum Angriff ermutigt hätte, um das Land in den europäischen Krieg durch die pazifische Hintertür hineinzuziehen"[21].

Richard Snyder hält die von Morgenstern gegebenen Hinweise für nicht substantiell genug, um zu so einer weitgehenden Vermutung wie der einer Verschwörung zu kommen[22]. Norman Palmer sieht darin eine „groteske Entstellung" und lenkt den Blick vielmehr auf das Ganze der internationalen Lage zu[23], Langer und Gleason betonen die friedlichen Absichten des Präsidenten, die er bei an sich gegebenen Gelegenheiten zum Kriegseintritt, so während der französischen Krise von 1940, bewiesen habe[24].

Dexter Perkins, der sich mit der Wesensart des Revisionismus gründlicher als jeder andere beschäftigt hat, sieht dessen Wurzeln in der Desillusionierung, in Parteilichkeit und Pazifismus. Er könne ein wertvolles Korrektiv sein, wenn er nicht von dogmatischen Annahmen ausgehe[25]. Ähnlich äußert sich Wayne Cole: Man wünschte sich, die Revisionisten hätten ihre Interpretationen im „bescheidenen Gewand der Hypothese" gemacht und sie nicht „im Königskleid unangreifbarer Wahrheiten" vorgetragen[26].

Das Argument von Millis richtet seine Kritik auch gegen eine falsche Apologie. Er glaubt, daß für Roosevelt das Problem des Krieges und wie man ihn vermeiden könne, nicht primär war. Es ging ihm um große Entscheidungen für die Welt und die USA, die auch das Risiko des Krieges einschlossen. Man muß daher das Problem auf einer höheren Ebene sehen. Die Vereinigten Staaten standen vor der elementaren Frage, welche Stellung sie in dem Gegeneinander historischer Kräfte einnehmen sollten. Hierin, nicht in der von den Revisionisten vereinzelten Frage des Kriegsausbruchs, liegt, nach Millis' Überzeugung, das wesentliche Kriterium für die Beurteilung der Rooseveltschen Politik[27].

Zwei regularistische Autoren, Charles Griffin und Arthur M. Schlesinger jr., halten im übrigen Roosevelt temperamentsmäßig für gar nicht fähig, die angeb-

[20] Craig, *New York Herald Tribune*, 19. August 1951.

[21] Langer und Gleason, *The Undeclared War*, S. 937.

[22] Snyder, *American Political Science Review* 41 (Oktober, 1947), S. 1024.

[23] Palmer, *American Political Science Review* 45 (März, 1951), S. 266.

[24] Langer und Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 537–42.

[25] Perkins, *Reviewing Revisionism and the Revisionists;* paper read at 1954 Mississippi Valley Historical Convention, April 23, Madison, Wisconsin. *New York Times*, 11. Mai 1952.

[26] Cole, *American Historical Review* 59 (Juli 1954), S. 926.

[27] Millis, *New York Herald Tribune*, 23. April 1950.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

liche Verschwörung vorauszuplanen. Er war Pragmatiker und stets nur auf den Augenblick eingestellt. Improvisation ist das Kennzeichen seiner Politik, nicht weite Voraussicht[28]. Morison beschuldigt an dieser Stelle Beard der mangelnden Logik. Noch 1936 habe er vor der primitiven Vorstellung gewarnt, als gehe alles Unglück in der Welt auf „böse Politiker" zurück. Später sei Roosevelt bei ihm zu solch einem „bösen Politiker" geworden[29].

Ein wichtiger Streitgegenstand in der Diskussion ist das Problem der nationalen Sicherheit, und die Frage, bis zu welchem Maße sie von den Achsenmächten bedroht war. Die Revisionisten leugnen, daß die Gefahr einer Invasion der westlichen Hemisphäre durch Deutschland vorlag. Barnes etwa findet für eine solche Vermutung keinen Anhaltspunkt in den deutschen Dokumenten. Hitler plante nicht einmal, in Großbritannien zu landen. Im Gegenteil, er „liebte" die Engländer, was er bewies, indem er den alliierten Truppen aus Dünkirchen zu entkommen erlaubte[30]. Roosevelt log daher, wenn er von einer Bedrohung der amerikanischen oder der britischen nationalen Existenz durch die Nazis sprach. Entsprechend verweist Tansill auf verzweifelte Bemühungen Hitlers, einem Krieg mit den USA zu entgehen. Die Kriegsmarine hatte strenge Anweisung, Zwischenfälle zu vermeiden. So gelang es Roosevelt nicht, Deutschland zu provozieren. Die Wendung zum Fernen Osten, die Einleitung von Pearl Harbor entspringt diesem Fehlschlag[31]. Hitler bedrohte nicht „Iowa über Dakar und Brasilien", seine Angriffspläne waren auf den Osten gerichtet. Wenn das zu einer deutsch-japanischen Herrschaft über Eurasien geführt hätte, so wäre diese Nachbarschaft in den Augen Chamberlins der Koexistenz mit dem Kommunismus bei weitem vorzuziehen gewesen[32]. Warum war es denn nötig, die „alliierten Kastanien" aus dem Feuer zu holen, wo doch eine solche Politik klärlich im Widerspruch zu George Washingtons „Abschiedsbotschaft" stand und das amerikanische Interesse verletzte? Die Antwort sieht Sanborn in Roosevelts romantischer Liebe für die Briten[33].

Für die Regularisten ist die Tatsache, daß Hitler noch keine spezifischen Invasionspläne hinsichtlich der westlichen Hemisphäre besaß, für die Problemstellung irrelevant. Bemis, Bailey und Morison betonen, daß die amerikanische Freiheit in jedem Falle von dem deutsch-japanischen Hegemonialstreben bedroht sein mußte[34]. So auch Perkins: „Das amerikanische Volk oder doch ein großer Teil fühlte sich

---

[28] Griffin, *American Historical Review* 54 (Januar 1949) S. 584; Schlesinger, *Roosevelt and his Detractors, Harpers* 200 (Juni 1950), S. 64.

[29] Morison, *By Land and Sea*, S. 335–36.

[30] Die Revisionisten akzeptieren gern diese umstrittene These. Für die wirklichen Vorgänge siehe: L. F. Ellis, *The War in France and Flanders*, 1939–40, 346–352. *New York Times*, 24. Jan. 1954 und den Artikel von H. Meier-Welcker in dieser Zeitschrift 2 (1954), S. 274.

[31] Tansill, *Back Door to War*, S. 614f. *Perpetual War for Perpetual Peace*, S. 161f.

[32] Chamberlin, *Perpetual War for Perpetual Peace*, S. 490f, 500f, 523f.

[33] Sanborn, *Design for War*, S. 199–251. *Perpetual War*, S. 193.

[34] Bemis, *New York Times*, 15. Okt. 1950 und 20. Jan. 1952; Bailey a. a. O., S. 782; Morison, a. a. O., S. 337.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch den deutschen Koloß bedroht und handelte entsprechend."[35] Craig beschuldigt die Revisionisten, an keiner Stelle die Konsequenzen einer alliierten Niederlage für die USA zu bedenken[36].

Die meisten Historiker des zweiten Weltkrieges stimmen darin überein, daß die USA schon vor dem 8. und 11. Dezember 1941 in den Krieg eingetreten seien. Gerade hier liegt für die Revisionisten eine besonders schwere Schuld der amerikanischen Regierung, die den Status der Neutralität in unzulässiger Weise verletzt habe. Auch die Regularisten stellen ein solches Abweichen fest. Für sie ist diese Feststellung jedoch relativ unwichtig, da ein Eingreifen auf alliierter Seite für die USA ohnehin wünschenswert war. Insbesondere das Zerstörer-Abkommen und die lend-lease sind den Revisionisten klare Anhaltspunkte für die Beendigung der Neutralität. Zahlreiche revisionistische Stimmen kennzeichnen beide als Kriegsmaßnahmen[37]. Für Bemis dagegen würde strikte Neutralität Hilfe für den Angreifer bedeutet haben. Es kam für Washington darauf an, „eine Niederlage Großbritanniens zu verhindern, während es sich der steigenden Gefahr gegenüber anfing zu bewaffnen"[38]. Bei den Regularisten findet sich auch die These, daß die alten Konzeptionen des internationalen Rechts durch die aggressive Praxis der Achsenmächte längst umgeworfen waren. So kann etwa Bailey zu dem Schluß kommen: „Seit Ende Frühjahr 1940 hatte Hitler die Rechte der Neutralen abgeschafft und allen Demokratien den Krieg erklärt[39]." Da die Neutralität nicht mehr respektiert wurde, waren auch die Neutralen ihrerseits von der Einhaltung der Neutralität entbunden[40]. Die Achsenmächte „betrachteten das internationale Recht als eine Farce. Enthaltung vom Kriege wurde sehr viel gefährlicher als Teilnahme[41]."

Ein wichtiges Argument des Revisionismus liegt in der Frage, welchen Wert der Kriegseintritt gehabt habe und ob er auch im Rückblick noch für notwendig gehalten werden könne. Barnes behauptet wiederholt, daß eine der wichtigsten Folgen von Amerikas zweitem Kreuzzug eine Umwandlung der amerikanischen Gesellschaft in Richtung auf George Orwells „1984" gewesen sei[42]. Hitler wurde man zwar los, aber Stalin trat an seine Stelle und dazu kamen psychologische und wirtschaftliche Folgen bis hin zum Zwang zur allgemeinen Wehrpflicht und zum „Kalten Krieg"[43].

Von den Regularisten wird die Wertfrage positiv beantwortet. Erst der Sieg

---

[35] Perkins, *New York Times*, 11. Mai 1952; Yale Review 43 (Dez. 1953), S. 293; *Reviewing Revisionism and the Rev.*

[36] Craig, *New York Times*, 9. Feb. 1947.

[37] Flynn a. a. O., S. 5. Barnes, *Rauch on Roosevelt*, S. 13. Tansill a. a. O., S. 599. Chamberlin a. a. O., S. 129.

[38] Bemis, a. a. O., S. 391.

[39] Bailey, a. a. O., S. 757–778.

[40] Rauch, a. a. O., S. 252.

[41] Nevins and Hacker, *The United States and its Place in World Affairs*, S. 527.

[42] Barnes, *Rauch on Roosevelt*, S. 3; *The Struggle Against the Historical Blackout*, S. 52–54; *Perpetual War for Perpetual Peace*, S. 70–74.

[43] Chamberlin a. a. O., S. 337–345.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über die Achsenmächte schuf die Voraussetzungen dafür, auch der größeren kommunistischen Gefahr entgegenzutreten[44]. Das Heraufkommen dieser neuen Gefahr ist kein Argument gegen die Beseitigung der alten[45].

2. Schwerpunkte der Diskussion

Nach einer allgemeinen Analyse der sich gegenüberstehenden Typen der Auffassung soll nun ihre spezifische Anwendbarkeit für einzelne Ereignisse untersucht werden. Die Auswahl dieser Ereignisse geschah für unsere Betrachtung nach Maßgabe der Bedeutung, die sie für das Gesamtproblem des Kriegseintritts besitzen. Ihre Behandlung erfolgt chronologisch.

Das Zerstörer-Abkommen

Seine Voraussetzungen liegen in der schwierigen militärischen Situation Englands im Frühjahr 1940. Die Möglichkeit einer deutschen Invasion war bedrohlich näher gerückt, und Churchill unterstrich in zahlreichen Botschaften an Roosevelt die Notwendigkeit einer unmittelbaren und großzügigen amerikanischen Hilfe. Obwohl der Präsident solchen Forderungen sich geneigt zeigte, hielten ihn jedoch innerpolitische und staatsrechtliche Bedenken zunächst zurück. Erst bei Beginn der Schlacht um England im Sommer 1940 drängte eine alarmierte öffentliche Meinung in den Staaten darauf, England die Zerstörer zu überlassen. Ein Gallup Poll ergab 61% dafür. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Willkie versprach, die Sache aus dem Wahlkampf auszuklammern.

Schwieriger erwies sich die Überwindung juristischer Widerstände. Insbesondere war die Frage ungeklärt, ob das Abkommen über die Übergabe der Zerstörer der Zustimmung des Senats bedürfe oder eine Folge der exekutiven Gewalt des Präsidenten sei (treaty oder executive agreement). Die Entscheidung fiel zugunsten der Exekutive. Am 2. September 1940 wurde das Abkommen abgeschlossen. Im Austausch für 50 alte Zerstörer wurde eine Anzahl britischer westindischer Inseln den USA auf 99 Jahre verpachtet.

Die Kritik der Revisionisten an dem Abkommen konzentriert sich auf zwei Punkte. Sie halten es nach nationalem und internationalem Recht für ungesetzlich und schreiben ihm zu, daß es die USA näher an den Krieg herangebracht habe. „Neutralität und Zerstörerabkommen lassen sich nicht miteinander versöhnen[46]." Auch die Verhandlungsmethoden des Präsidenten, seine „Ein-Mann-Außenpolitik", erregen den Ärger der Revisionisten. Sie hätten den gefährlichen Präzedenzfall eines fait accompli hinter dem Rücken des amerikanischen Volkes geschaffen, das nun nicht mehr die Freiheit besaß, über die zukünftige Politik der USA zu entscheiden[47]. Für Beard ist das Abkommen eines der Beispiele für Roosevelts „Friedens-

[44] Bemis, *New York Times*, 15. Oktober 1950; *Yale Review* 40 (September 1950), S. 151.

[45] Fleming, *The Nation*, 175 (19. Dezember 1953), S. 552–553.

[46] Borchard, *Neglected Aspects of the Destroyers Deal*, *American Journal of International Law* 34 (Oktober 1940), S. 587; Tansill, *Back Door to War*, S. 589.

[47] Sanborn, a. a. O., S. 183.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reden" bei gleichzeitiger „Kriegspolitik"[48]. Barnes wie auch Chamberlin erwähnen, eine Konferenz führender Staatsrechtler hätte schon damals ihre Meinung geteilt, daß „die Regierung im geheimen entschieden habe, rechtlich und moralisch in den Krieg einzutreten"[49].

Die Regularisten geben im allgemeinen den staatsrechtlich fragwürdigen Charakter des Abkommens zu, führen es jedoch auf die Notlage Großbritanniens zurück. Die Verteidigung der freien Welt machte kühne Schritte für sie notwendig. Auch wird angeführt, daß der Präsident bei diesem Schritt der Zustimmung der öffentlichen Meinung sicher war. Rauch beschreibt das Abkommen als „einen entscheidenden Schritt, der die Vereinigten Staaten über die alten Prinzipien hinausführte und die Folgerungen aus einem System kollektiver Sicherheit akzeptierte"[50]. Die Übernahme der westindischen Inseln entsprach im übrigen geradezu isolationistischen Zielen[51]. Auch Nevins hält das Abkommen für den wichtigsten Schritt des Präsidenten im Sommer 1940 und einen, der vom Publikum enthusiastisch begrüßt wurde[52]. Er brachte tatsächlich die Vereinigten Staaten nahe an eine „angloamerikanische Allianz gegen Hitler" heran. Es war „ein drastischer Abschied von den überlieferten Formen der Neutralität"[53]. Während der Wert der neuerworbenen militärischen Stützpunkte wohl allgemein anerkannt wurde, schieden sich die Geister im Lande an der Beurteilung der Methoden der Erwerbung, wobei Bailey wie Bemis das Revolutionäre des Schrittes durchaus anerkennen[54]. Langer und Gleason schreiben über das Abkommen: „Das Land erkannte, was eine Niederlage Großbritanniens für das eigene Schicksal bedeuten würde, und es ließ sich vorhersehen, daß die amerikanische Politik, wenn auch zögernd und widerstrebend, doch die ganze Länge des Weges gehen würde, der für die Niederlage Hitlers und seiner Alliierten nötig war[55]."

In diese entscheidende militärische Situation fielen die Wahlen des Jahres 1940. Da beide Kandidaten den internationalen Flügeln ihrer Parteien angehörten und beide versprachen, das Land aus dem Krieg herauszuhalten, war eine Abgrenzung ihrer außenpolitischen Programme schwierig. Die Revisionisten halten von Willkies Internationalismus nicht viel, um so schärfer kritisieren sie unter Beards Führung Roosevelts Versprechungen und Friedensbeteuerungen als trügerische Wahlpropaganda. „Fromme Phrasen" verbargen die „geheime Verschwörung"[56].

[48] Beard, *American Foreign Policy in the Making*, 1932–1940, S. 298, 312.

[49] Barnes, *Rauch on Roosevelt*, S. 13. Chamberlin, a. a. O., S. 147; *Perpetual War for Perpetual Peace* S. 486.

[50] Rauch, a. a. O., S. 252.

[51] Langer und Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 756, 770–776; *The Undeclared War*, S. 2.

[52] Nevins, *The New Deal in World Affairs*, S. 219.

[53] Millis, *This is Pearl*, S. 5–6.

[54] Bailey, a. a. O., S. 770–772. Bemis, a. a. O., S. 381–385.

[55] Langer und Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 776.

[56] Beard, *American Foreign Policy in the Making*, 1932–1940, S. 265–322; *Roosevelt and the Coming of the War*, S. 3–12, 133–138. Sanborn, *Design for War*, S. 149–168. Chamberlin, *Americas' Second Crusade*, S. 123; *Perpetual Peace for Perpetual War*, S. 497–498, 536. Morgenstern, *Pearl Harbor*, S. 85–88, 284. Tansill, *Back Door to War*, S. 603.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Regularisten versuchen eine Erklärung von Roosevelts vereinfachender Terminologie aus der Komplexität der Lage heraus. Den Revisionisten werfen sie vor, daß sie einzelne Sätze aus dem Zusammenhang reißen und den unvermeidlichen Charakter von Wahlversprechungen bzw. die Notwendigkeit, sie späteren Lagen anzupassen, nicht genügend in Rechnung stellen[57].

Lend-Lease

Ihre Vorgeschichte führt von Churchills anregendem Brief einen Monat nach der Präsidentenwahl zur Pressekonferenz vom 17. Dezember und dem berühmten fire side chat vom 29. Dezember, in dem die USA als „Arsenal der Demokratie" bezeichnet wurden[58].

Als Gesetz wurde lend-lease am 10. Januar 1941 eingebracht. Dem folgte eine heftige Debatte von zwei Monaten, die das Land in zwei Lager schied. Die Revisionisten von heute identifizieren sich mit den Isolationisten von damals, und die Regularisten stimmen mit den Befürwortern des Gesetzes überein. Die Anklage taucht wieder auf, daß das Gesetz als Friedensmaßnahme getarnt worden sei, während es doch in Wirklichkeit auf den Krieg zielte. Beard schreibt die lend-lease „britischen Machenschaften" zu. Sie hätte einen Angriff auf die Vereinigten Staaten durchaus gerechtfertigt. Ferner verletzte der Präsident die dem Gesetz eingefügte Klausel, daß es amerikanischen Schiffen verboten sein solle, kriegswichtige Waren nach Europa zu transportieren. Im übrigen vergrößerte das Gesetz die Macht des Präsidenten in unzulässiger Weise, von dessen persönlichem Wollen nunmehr die Entscheidung über Krieg und Frieden abhing[59].

Alle übrigen Revisionisten folgen dieser von Beard vorgezeichneten Führung der Argumente. Immer wieder wird hervorgehoben, daß die Verabschiedung der lend-lease durch den Kongreß eigentlich auf einem Mißverständnis beruhte – der Kriegscharakter der Maßnahme wurde nicht deutlich genug gemacht – und daß sie die Vereinigten Staaten in eine gefährliche Abhängigkeit von Großbritannien gebracht habe.[60] Noch weiter geht Sanborn, indem er behauptet, die britische Krise im Jahre 1941 sei „gestellt" gewesen, um das Gesetz in Washington durchzubringen. In Wahrheit wußte man dort von Hitlers Angriffsplänen im Osten, mit deren

---

[57] Rauch, *Roosevelt from Munich to Pearl Harbor*, S. 263–271. Langer und Gleason, *The Undeclared War*, S. 202–212. Bailey, *A Diplomatic History of the American People*, S. 772–773; *Man in the Street*, S. 11–12. Bemis, *United States as a World Power*, S. 384; *New York Times*, 18. Februar 1951. Perkins, *New York Times*, 11. Mai 1952. Craig, *Yale Review* 37 (Juni 1948), S. 762–763. Morison, *By Land and Sea*, S. 336–338. Johnson, *Journal of Modern History* 19 (Juni 1947), S. 181.

[58] Zur Vorgeschichte der lend-lease siehe: Robert Sherwood, *Roosevelt and Hopkins*, S. 221–229.

[59] Beard, *Roosevelt and the Coming of the War*, S. 13–68.

[60] Chamberlin, a. a. O., S. 124–129. Tansill, a. a. O., S. 604–605. Barnes, *Rauch on Roosevelt*, S. 13–14.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausführung ja Englands Lage leichter werden mußte. Wenn trotz geringer Sympathie der Öffentlichkeit das neue Gesetz mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, so schreibt Sanborn das „einem verwirrten Vertrauen in Roosevelts Versprechungen" zu[61]. Für Morgenstern liegt die Gefährlichkeit der lend-lease hingegen in der Tatsache, daß die USA durch die Hilfe für Großbritannien ihre pazifische Front militärisch entblößt hätten[62].

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen um die lend-lease steht die Kontroverse Beard–Rauch. Rauch sucht klarzulegen, daß Roosevelt mit seinen Wahlkampfparolen, das Land werde nicht in den Krieg hineingezogen werden, immer den Hinweis auf die potentiellen Gefahren verband[63]. Um den Einwand der „britischen Machenschaften" zu entkräften, kann Rauch auf die Pittman Resolution zur Hilfe für Südamerika vom 15. Juni 1940 verweisen, die das Prinzip der lend-lease schon enthielt. Obwohl die internationale Problematik dieses Gesetzes sicher nicht in allem durchsichtig gewesen sei, war es das Verdienst von lend-lease, „das Verständnis der öffentlichen Meinung für die notwendige Unterstützung, die man den Opfern der Aggression gewähren mußte", zu erhöhen. Die schließliche Bedeutung der lend-lease lag darin, daß sie die Solidarität mit diesen Opfern unterstrich[64].

Die übrigen Regularisten lassen sich auf solche Diskussionen überhaupt nicht ein. Lend-lease ist für sie schlechthin eine gute und notwendige Maßnahme. Es finden sich bei ihnen nur Erörterungen von Randfragen, nachdem die Grundfrage eindeutig gelöst ist. Millis geht auf Einzelheiten wie die angeblich künstlich gestellte Februarkrise 1941 ein. Eine „Kriegsdrohung" in der Form eines japanischen Angriffs auf Malaya habe damals eine gewisse Wahrscheinlichkeit gehabt und wenn Churchill dies als Mittel benutzte, um die Gefährlichkeit der britischen Krise Roosevelt einzuhämmern, so war das im Grunde auch zum Besten der Vereinigten Staaten, die mit großer Mehrheit eine wichtige Entscheidung trafen. Auch für Millis endete die amerikanische Neutralität mit der lend-lease. Aber er begrüßt diese Entscheidung im Gegensatz zur revisionistischen Kritik[65].

Für Bailey liegt der wesentliche Unterschied der lend-lease gegenüber dem Zerstörer-Abkommen in der großen öffentlichen Kontroverse, die der Verabschiedung vorausging, bis sie als ihr Ergebnis eine in den Kongreßvoten sichtbare Zustimmung des amerikanischen Volkes erbrachte[66]. Nach Bemis waren die ungewöhnlich großen Vollmachten, die der Präsident in der lend-lease erhielt, ein Maßstab der Besorgnis, die sich der amerikanischen Öffentlichkeit angesichts der militärischen Erfolge Deutschlands bemächtigt hatte[67].

---

[61] Sanborn, a. a. O., S. 246–250.
[62] Morgenstern, a. a. O., S. 91, 360–362.
[63] Rauch, *Roosevelt from Munich to Pearl Harbor*, S. 300.
[64] Ebenda, S. 302, 305f, 313.
[65] Millis, a. a. O., S. 45–49.
[66] Bailey, *A Diplomatic History of the American People*, S. 774–775.
[67] Bemis, *The United States as a World Power*, S. 385–386.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Einfrierungsorder

Schon seit dem Ausbruch des chinesisch-japanischen Krieges im Juli 1937 wurde in den Vereinigten Staaten ein Embargo für nach Japan bestimmte Waren gefordert. Derart extreme Maßnahmen wurden jedoch zunächst vermieden, aber da amerikanische Proteste auch in der Folgezeit ergebnislos blieben, sollte mit Januar 1940 der Handelsvertrag mit Japan auslaufen. Praktisch wirkte sich diese Entscheidung jedoch erst am 26. Juli 1940 aus, als die USA nach der japanischen Invasion Indochinas ein beschränktes Embargo auf Öl und Schrott verkündeten. Im September verschlechterte sich die Situation weiter nach der Eroberung von Tonkin durch die Japaner. Die Antwort war das unbeschränkte Embargo auf Schrott und Stahl vom 26. September. Neue aggressive Schritte Japans ließen in der Folgezeit eine weitere Verschärfung der Beziehungen eintreten.

Der deutsche Einmarsch in die Sowjetunion bedeutete indessen auch für die japanische Regierung eine ernstliche Krisis. Jedoch fiel mit dem Sturz Matsuokas als Außenminister die Entscheidung für die Fortsetzung der Aggressionspolitik in Südostasien. Indochina wurde nun vollends besetzt. Am 24. Juli waren die Operationen abgeschlossen, und als Antwort ließ Roosevelt am 26. Juli die japanischen Vermögenswerte in den Vereinigten Staaten einfrieren.

Die Historiker des zweiten Weltkriegs haben sich ausführlich mit dem Zusammenhang zwischen dieser Order und dem Zusammenbruch der japanisch-amerikanischen Verhandlungen befaßt. Dabei tendieren die Revisionisten im allgemeinen dazu, in ihr eine wichtige Ursache für weitere Aggressionen Japans in Südostasien zu suchen. Die Regularisten erwidern darauf, daß „appeasement" die einzige Alternative gewesen wäre. Tansill insbesondere kritisiert die Unfähigkeit, die durch den Sturz Matsuokas neu entstandene diplomatische Situation genügend für die Zwecke der Friedenserhaltung auszunützen[68]. Sanborn verweist in diesem Zusammenhang auf die Kritik der Admirale Turner und Stark, die in der Einfrierungsorder eine Verschärfung der Kriegsgefahr sahen und gegen Sanktionen waren. Er läßt jedoch in seiner Darstellung aus, daß es zwischen der Order und der Besetzung von Indochina einen ursächlichen Zusammenhang gab[69].

Demgegenüber besteht Morgenstern darauf, daß die Besetzung Indochinas nur der Vorwand für die Einfrierungsorder war. Er bezieht sich auf eine Mitteilung des Bankhauses J. P. Morgan an einen japanischen Bankbeamten, schon vom 2. Juli datiert, wonach eine Einfrierung der Vermögenswerte unmittelbar bevorstehe. Sein besonderes Angriffsziel ist der Botschafter Grew und seine berühmte Depesche vom 12. September 1940[70]. Nach Morgensterns Überzeugung wußte Roosevelt, daß Sanktionen Krieg bedeuten würden, und er war nicht unglücklich darüber[71].

[68] Tansill a. a. O., S. 637.

[69] Sanborn a. a. O., S. 323–326.

[70] Wegen dieser Botschaft (die sogen. „green light message"), in der Grew ein Embargo empfahl, begegnet er bei den Revisionisten herber Kritik, während seine Unterstützung des Ersuchens von Konoye für eine Konferenz ihren Beifall findet.

[71] Morgenstern, *Pearl Harbor*, S. 132–137; *Perpetual War for Perpetual Peace*, S. 328–329.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wenig Erwähnung findet die Einfrierungsorder bei Theobald, Chamberlin und Barnes, die sich mehr auf Pearl Harbor konzentrieren oder den Schritt lediglich in Übereinstimmung finden mit der Entscheidung für den Krieg, die nach ihnen schon mit dem Zerstörer-Abkommen fiel[72].

Unter den Regularisten stimmt Feis der These zu, daß die Einfrierung tatsächlich eine Zwangslage für Japan schuf. Aber sie mußte deshalb nicht notwendig auf den Krieg zuführen. Japan behielt als Alternative die Möglichkeit von Verhandlungen und die Möglichkeit des Nachgebens. Auch für ihn beginnt jedenfalls die Kausalkette bei den aggressiven Schritten Japans[73].

Einen weiteren Schwerpunkt bildet in der regularistischen Diskussion die Beurteilung der Bedeutung, die der Sturz Matsuokas für das Fortschreiten der Ereignisse besaß. Schon bei Feis klingt das an; besonders Langer und Gleason befassen sich damit. Sie leugnen, daß die personelle Änderung in Japan eine versöhnliche Wendung andeutete. Man wußte das Gegenteil aus den aufgefangenen Depeschen („Magic"). Auch für sie liegt der japanische Wille zur Eroberung fest, der als logische Folge zur Einfrierungsorder führte. In diesem Punkt (Sanktionen) ging die öffentliche Meinung sogar weiter als Roosevelt. Man fragte nicht nach Japans wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten, überwältigend war die Einsicht, daß der japanischen Aggression Einhalt geboten werden müsse[74]. Daher gibt es etwa für Millis in der amerikanischen Diplomatie nunmehr kein Zurück mehr. Seit dem 26. Juli mußte Japan sein Öl entweder in Südostasien oder durch Konzessionen gegenüber den USA finden. Da der japanische Eroberungswille feststand, hätte auch eine vorübergehende Nachgiebigkeit keinen Erfolg gehabt[75].

Dennoch schloß nach Rauch auch dieser Befehl weitere Verhandlungen nicht aus[76]. Nevins hält die Notwendigkeit des Befehls durchaus für gegeben, und Perkins kommt zu ähnlichen Ergebnissen wie Rauch[77]. Eine fatalistische Interpretation des Befehls verbiete sich schon durch die Überlegung, daß die Japaner danach auf neue Verhandlungen drängten. Morison und Bailey bejahen zwar auch die Notwendigkeit des Befehls, betonen aber gleichzeitig, welch ausschlaggebende Bedeutung wirtschaftliche Sanktionen, insbesondere beim Öl, für Krieg und Frieden haben können[78].

Kurz muß in diesem Zusammenhang noch das Angebot Roosevelts an Nomura zur Neutralisierung Indochinas erwähnt werden. Die Revisionisten halten im allgemeinen das Neutralitätsangebot und die Einfrierungsorder für einander wider-

---

[72] Theobald, *The final Secret of Pearl Harbor*, S. 12-15; *United States News and World Report*, 2. April 1954, S. 55. Chamberlin, a. a. O., S. 153-155. Barnes, *Rauch on Roosevelt*, S. 14.

[73] Feis, a. a. O., S. 225–252.

[74] Langer und Gleason, *The Undeclared War*, S. 638–654, 662.

[75] Millis, a. a. O., S. 114–118.

[76] Rauch, a. a. O., S. 392–393.

[77] Nevins, *The New Deal in World Affairs*, S. 234–235. Perkins, *Reviewing Revisionism and the Revisionists*.

[78] Morison, a. a. O., S. 542. Bailey, *A Diplomatic History of the American People*, S. 793.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sprechende Maßnahmen. Deswegen konnte sich das Neutralitätsangebot auch nicht auswirken[79]. Für die Regularisten dagegen bot es noch einmal eine wirkliche Chance für Japan, auf dem begangenen Wege umzukehren. Daß es auch diese Chance ausschlug, entlarvte es als Aggressor[80].

Für eine weitere Auseinandersetzung mit der Außenpolitik Roosevelts sind auch die angeblichen Verpflichtungen interessant, die Roosevelt bei seiner ersten Begegnung mit Churchill diesem gegenüber eingegangen sein soll. Die Revisionisten verstehen darunter, daß Roosevelt den britischen Besitz in Asien garantiert habe. Als Beweisstücke führen sie das „Ultimatum" an Nomura vom 17. August und Churchills Unterhausrede vom 27. Januar 1942 an, während sie von der Atlantik-Charta nur mit Verachtung als bloßer Propaganda sprechen[81]. Auf der anderen Seite leugnen die Regularisten, daß Verpflichtungen auf der Konferenz ausgesprochen worden seien. So etwa Rauch, der meint, es handle sich dabei um sinnentstellende Auslegung probritischer Äußerungen Roosevelts. Einen ähnlichen Tenor haben auch die andern Stimmen aus dem regularistischen Lager, die sich mit der Konferenz befassen, wobei auch von ihnen die Atlantik-Charta nur kurz erwähnt wird[82].

Die Konferenz auf höchster Ebene

Als sich Roosevelt zur Übermittlung der an die japanische Adresse auf der atlantischen Konferenz besprochenen Warnung am 17. August mit Nomura traf, ergriff der japanische Botschafter die Initiative mit dem Vorschlag eines Treffens von Roosevelt und Konoye[83]. Der Präsident stimmte dem zwar zu, wollte aber vorher eine Klärung des japanischen Standpunktes erreichen. Er hatte als Datum den 15. Oktober empfohlen und in einem Brief an Konoye vom 28. August noch einmal die Notwendigkeit der Zusammenkunft betont. Hull erläuterte dann am 3. September gegenüber Nomura die amerikanischen Forderungen, die die Japaner am 6. und 22. September mit Gegenvorschlägen beantworteten, welche allerdings nichts Neues ergaben. Während dieser Notenwechsel noch andauerte, sandte Botschafter Grew am 29. September einen detaillierten Bericht nach Washington, in dem er dem Präsidenten dringend das Gespräch mit Konoye nahelegte. Man solle es nicht unnötig an Einzelfragen scheitern lassen. Die Hauptsache sei, Konoye und

---

[79] Morgenstern, a. a. O., S. 137. Sanborn, a. a. O., S. 324–325. Tansill, a. a. O., S. 636–637.

[80] Rauch, a. a. O., S. 391–395. Langer und Gleason, *The Undeclared War*, S. 650–651.

[81] Die Frage, warum sie in der Literatur über den zweiten Weltkrieg meist übergangen wird, wurde vor der Ohio Academy of History 1954 von Professor Stanley McCordock aufgeworfen und vom Referenten kommentiert.

[82] Rauch, *Roosevelt from Munich to Pearl Harbor*, S. 358–374. Langer und Gleason, *The Undeclared War*, S. 663–692. Millis, *This is Pearl*, S. 126–127. Nevins, *The New Deal in World Affairs*, S. 249. Feis, *Road to Pearl Harbor*, S. 255–258. Bailey, *A Diplomatic History of the American People*, S. 782–789. Bemis, *United States as a World Power*, S. 389.

[83] Millis spricht davon daß Nomura schon am 8. August gegenüber Hull den Konferenzvorschlag gemacht habe. Rauch und Beard bestehen jedoch auf dem 17. August. Millis a. a. O., S. 141. Beard, *Roosevelt and the Coming of the War*, S. 189 u. Rauch, a. a. O., S. 434.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Roosevelt würden sich treffen. Bei Bedingungen, die Japan das Gesicht wahren ließen, sei Konoye durchaus zu Kompromissen bereit.

Trotz dieses Rates lehnte Hull noch am 2. Oktober ein solches Treffen ab. Er bestand auf den amerikanischen Forderungen und bedauerte, daß die Japaner nicht darauf eingegangen seien. Andererseits stand nun aber Konoye auch unter dem Druck der militärischen Führer Japans, die endlich einen Erfolg der Verhandlungen sehen wollten, widrigenfalls sie die Diplomatie durch militärische Maßnahmen ablösen würden. Nach Hulls negativer Note kam es dann am 16. Oktober zum Sturz von Konoye. Damit war auch die Möglichkeit einer Konferenz auf höchster Ebene vertan.

Die Revisionisten sind sich einig, daß darin ein schwerer Fehler lag. Die Ablehnung der Konferenz ist nach ihrer Meinung ein typischer Fall von Kriegstreiberei. Morgenstern etwa schreibt, daß die überspitzten amerikanischen Forderungen ein Beweis für die tatsächlich vorhandene Allianz mit den imperialistischen Mächten wie Großbritannien, den Niederlanden und China waren. Er sowohl wie Beard fragen sich, warum man die Chance einer Konferenz auf höchster Ebene sich habe entgehen lassen. Offenbar war Hull voller Mißtrauen, aber eben deshalb trägt er eine erhebliche Verantwortlichkeit für den ausbrechenden Krieg, ja, Beard meint, das Zustandekommen der Konferenz würde Roosevelts Verschwörung vereitelt haben[84].

Für Tansill lag in der Mahnung Grews zugleich die Bestätigung, daß bei beiderseitiger Kompromißbereitschaft durchaus der Friede hätte gewahrt werden können. Statt dessen brachte die amerikanische Verzögerungstaktik den Sturz Konoyes und damit den endgültigen Verlust der Konferenzmöglichkeit[85]. In diesem Zusammenhang verweist Sanborn auf zwei japanische Noten vom 4. und 26. September, die man in der Sammlung der amerikanischen Dokumente von 1941 nur kurz abtat. Sie beweisen einmal mehr die japanische Kompromißbereitschaft, die auf keine amerikanische Gegenliebe stieß[86]. Das Argument der übrigen revisionistischen Autoren folgt diesen vorgezeichneten Linien[87].

Demgegenüber bezweifeln die regularistischen Autoren den Wert der Konferenz. Sie habe erfahrungsgemäß nur dann eine Aussicht auf Erfolg bieten können, wenn sich die gegenseitigen Standpunkte einigermaßen in Vorverhandlungen angenähert hätten. Die harten Tatsachen sprechen indessen gegen die japanischen Friedensworte[88]. Im besten Falle hätte die Konferenz den Krieg hinausschieben können, ohne ihn wirklich zu verhindern. Nicht das „Ultimatum" vom 26. November, sondern schon die Note vom Oktober bedeutete den Bruch[89]. In einer Konferenz sah man zu sehr die Gefahr eines neuen München. Es war richtig, daß

[84] Morgenstern, a. a. O., S. 145. Beard, *Roosevelt and the Coming of the War*, S. 189–192, 496–506.

[85] Tansill, a. a. O., S. 640–642.

[86] Sanborn, a. a. O., S. 368, 391–412.

[87] Chamberlin, a. a. O., S. 161–163. Flynn, a. a. O., S. 11.

[88] Rauch, *Roosevelt from Munich to Pearl Harbor*, S. 437–454.

[89] Feis, a. a. O., S. 251–254, 274–278.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die amerikanische Politik Sicherheiten haben wollte, ehe sie sich von Verhandlungen auf höchster Ebene einen Erfolg versprach[90].

Auf regularistischer Seite wird auch geleugnet, daß das Nichtzustandekommen der Konferenz die Politik Japans grundsätzlich geändert habe. Schon lange vor der geplanten Konferenz war das Übergewicht der militärischen Führung in Japan sichergestellt[91]. Insbesondere wird die Festigkeit des Staatssekretärs Hull verteidigt, der sich in seinem Verdacht bestätigt fand, daß Konoye das eine und Tojo das andere versprach[92]. Im übrigen war angesichts der japanischen Besetzung Indochinas wenig Aussicht auf Erfolg[93]. Der Glaube an den guten Willen Japans war völlig erschüttert[94].

Rauch, Langer-Gleason und Sanborn erörtern schließlich eine weitere Episode im Zusammenhang mit dem geplanten Konferenzprojekt. Es handelt sich um überraschende Zugeständnisse, die am 13. Oktober von dem japanischen Botschaftsrat Wakasugi gemacht, aber nach Tojos Regierungsantritt zurückgezogen wurden. Rauch sieht darin den Beweis, daß man auf japanischer Seite wohl wußte, wie die Beziehungen entspannt werden konnten, daß man aber dies eben offiziell nicht aufnahm. Auch für Langer und Gleason ist er offenbar eigenmächtig vorgegangen, während Sanborn in seinen Eröffnungen den Friedenswillen Japans bezeugt sieht[95].

Der Verabschiedung der lend-lease im März 1941 folgte eine heftige Diskussion über die Geleitzüge, die nach Ansicht der Kritiker Zwischenfälle fördern mußten. Die Regierung stritt ab, daß Geleitzüge benützt würden, es handle sich nur um „Neutralitätspatrouillen". Wie dem auch sei, Zwischenfälle ereigneten sich im Sommer und Herbst 1941, die die USA nahe an den Krieg heranbrachten. Die Revisionisten behaupten, Roosevelt habe sie bewußt herbeigeführt, um die Deutschen zu einer Kriegserklärung an die USA zu veranlassen. Erst als Hitler nicht anbiß, habe der Präsident sich Asien zugewandt[96]. Die regularistischen Autoren dagegen weisen darauf hin, daß die Verabschiedung der lend-lease das Risiko der Beförderung eingeschlossen habe und es im Gegenteil Roosevelts friedliche Absichten beweise, daß er trotz der „Zwischenfälle" nicht zu weiteren kriegerischen Maßnahmen Zuflucht genommen habe[97].

[90] Millis, *This is Pearl*, S. 139–179. Langer und Gleason, *The Undeclared War*, S. 698–709.

[91] Craig, *Yale Review* 37 (Juni 1948), S. 764; *New York Times*, 9. Februar 1947.

[92] Griffin, *American Historical Review* 54 (Januar 1949), S. 585. Morison, *By Land and Sea*, S. 542.

[93] Bemis, *The United States as a World Power*, S. 398.

[94] Perkins, *Reviewing Revisionism and the Revisionists.*

[95] Rauch, a. a. O., S. 448–451. Langer und Gleason, a. a. O., S. 725f. Sanborn, a. a. O., S. 410–412.

[96] Tansill, *Back Door to War*, S. 612–615. Sanborn, *Design for War*, S. 366–367, 377–378. 420–424. *Perpetual War for Perpetual Peace*, S. 218–222. Beard, *Roosevelt and the Coming of the War*, S. 133–155. Theobald, *The Final Secret of Pearl Harbor*, S. 11. Flynn, *The Truth About Pearl Harbor*, S. 6–7. Chamberlin, *Perpetual War for Perpetual Peace*, S. 487.

[97] Rauch, *Roosevelt from Munich to Pearl Harbor*, S. 416–430. Millis, *This is Pearl*, S. 150–151, 184, 190–191. Nevins, *The New Deal in World Affairs*, S. 228–229. Langer und Gleason, *The*

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Novemberverhandlungen

An der Wende vom Oktober zum November verschlechterten sich die amerikanisch-japanischen Beziehungen zusehends. Mit einem letzten diplomatischen Schritt der Entspannung, den das Kabinett Tojo beschloß, sollten verstärkte Kriegsvorbereitungen Hand in Hand gehen. Nomura erhielt die Anweisung, daß, wenn die Verhandlungen bis zum 25. November nicht erfolgreich gewesen sein sollten, Krieg wahrscheinlich die Folge sein werde. Der Sondergesandte Kurusu wurde nach Washington zu seiner Unterstützung entsandt. Hull erhielt am 7. November von Nomura den sogenannten Plan A, der eine Lösung der schwebenden Probleme auf lange Sicht vorschlug. Da diese Vorschläge nichts Neues enthielten, begegnete ihnen Hull am 15. November mit einer Gegeneinladung zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern und mit anderen Nationen Südostasiens. Nomura und Kurusu reagierten darauf mit der Vorlage des Planes B am 20. November, der kurzfristig eine Vertagung der schwebenden Probleme vorschlug, indem ein Kompromiß bei beiderseitiger Kompromißbereitschaft angestrebt wurde[98]. Auch Hull hielt einen ähnlichen Plan eines modus vivendi in Bereitschaft, der eine beschränkte Aufhebung des Ölembargos im Tausch gegen begrenzte japanische Rückzüge vorsah. Man war sich in Washington des Zeitdrucks bewußt, unter dem man stand, obwohl abgefangene japanische Telegramme als letzten Zeitpunkt der Verhandlungen nunmehr den 29. November angaben.

Nach einer historischen Kabinettssitzung am 25. November zog sich jedoch Hull unter starkem britischen und chinesischen Druck von dem Modus-vivendi-Plan zurück und schlug statt dessen Nomura eine dauernde Lösung vor, als deren Bedingung jedoch ein Rückzug Japans aus China und Indochina stipuliert wurde. Erst danach sollten gegenseitige Verpflichtungen möglich sein. Neben einem multilateralen Nichtangriffspakt für den Pazifik, einer multilateralen Garantie für Indochina sollte in Zukunft nur noch Nationalchina unterstützt und die exterritorialen Rechte in China beseitigt werden. Daneben war ein Handelsvertrag mit der Meistbegünstigungsklausel vorgesehen, eine Stabilisation des gegenseitigen Zahlungsverkehrs, die Aufhebung der Einfrierungsmaßnahmen und die Anerkennung, daß diese Verpflichtungen nicht in Konflikt mit Verpflichtungen gegenüber dritten Mächten standen. Nomura wurde bedeutet, daß diese Vorschläge die Antwort auf den japanischen Plan B vom 20. November darstellten. Er antwortete, daß seine Regierung sie kaum werde annehmen können. Die Frage stellt sich also, ob Washington mit der Note vom 26. November für den japanischen Angriff verantwortlich war.

Undeclared War, S. 742–749, 755–757. Bailey, *A Diplomatic History of the American People*, S. 789. Griffin, *American Historical Review* 54 (Januar 1949), S. 385. Perkins, *America and Two Wars*, S. 148–149.

[98] Japan sollte sich von Süd- nach Nordindochina zurückziehen und keine weiteren Bewegungen in Südostasien einleiten. Die Vereinigten Staaten sollten dazu beitragen, den japanischen Warenverkehr mit Niederländisch-Ostindien wieder in Gang zu bringen, ferner das in Japan benötigte Öl liefern und die Hilfslieferungen an China einstellen.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die revisionistische Antwort ist eindeutig: Die gemäßigten japanischen Vorschläge standen gegen den amerikanischen Willen zum Krieg. In dieser Beleuchtung erscheint das amerikanische Memorandum vom 26. November als „Ultimatum", für Beard das erste Ultimatum, das aus der amerikanischen Hemisphäre nach außen gerichtet wurde. Es zerstörte absolut die vorhandene Kompromißbereitschaft Japans und konnte nur einen japanischen Angriff zur Folge haben. Als Staatsmann hätte damit Hull kläglich versagt. Nach Beard hätten die USA sich niemals in japanische Interessen in Ostasien einmischen dürfen[99].

Die Schuld für das Hinauszögern der Verhandlungen gehört nach Morgenstern und anderen Revisionisten eindeutig auf das Konto der USA. Nicht der Plan B war das Ultimatum, sondern das Memorandum vom 26. November. Die Anklage taucht wieder auf, Roosevelt habe seine Politik nicht auf das amerikanische Interesse gegründet, sondern sie in den Dienst anderer Länder gestellt und so die Möglichkeit eines modus vivendi verscherzt[100]. Theobald vermeidet zwar das Wort Ultimatum, weist aber ausdrücklich auf den provokatorischen Charakter der Note hin. Japan blieb nur Nachgeben oder Krieg[101]. Auch Sanborn läßt keinen Zweifel, daß die amerikanische Regierung wissen mußte, was die Note vom 26. November bedeutete[102].

Der Plan B und selbst der modus vivendi hätte konstruktive Lösungen ergeben können, wenn Hull nicht Tschiang und Churchill nachgegeben hätte. So aber bedeutete, nach Chamberlin, die Note vom 26. November wenn nicht ein Ultimatum, so doch das Drücken auf den Knopf[103]. Für Tansill hingegen war schon Mitte Oktober der Krieg unvermeidlich durch den Regierungsantritt Tojos und die unnachgiebige Haltung der amerikanischen Regierung. Der November war nur noch ein Zwischenspiel, ehe das wirkliche Drama dann im Dezember begann[104].

Die Regularisten bestreiten die meisten dieser Argumente. Die Note vom 26. November war kein „Ultimatum", angesichts der ausweichenden Haltung der japanischen Regierung hätte jedes Nachgeben gegenüber Vorschlägen aus Tokio ein vollständiges „Appeasement" bedeutet, verbunden mit dem Abschreiben Chinas. So kann Rauch im Gegensatz zu Beard von jener Note sagen, daß sie die staatsmännische Haltung der amerikanischen Regierung bewiesen habe. Was die angebliche Unterwürfigkeit gegenüber anderen Mächten anlangt, stellt Rauch fest, daß die Einhaltung von Verpflichtungen gegenüber einem Alliierten wie etwa China wesentlich notwendiger gewesen sei als das Nachgeben gegenüber den aggressiven Forderungen Japans. In diesem Zusammenhang verweist Rauch

---

[99] Beard, *Roosevelt and the Coming of the War*, S. 233–249, 506–516.
[100] Morgenstern, a. a. O., S. 144–168, 377–380.
[101] Theobald, a. a. O., S. 20–21; *United States News and World Report*, 2. April 1954, S. 56.
[102] Sanborn, a. a. O., S. 427–486.
[103] Chamberlin, a. a. O., S. 164–168.
[104] Tansill, a. a. O., S. 644–650.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

übrigens auf die Bezeichnung als Ultimatum, die der japanische Außenminister Togo seiner eigenen Note vom 20. November gab[105].

Langer und Gleason glauben nicht, daß man von den japanischen Kabinettssitzungen vom Anfang November auf wirklich friedliche Absichten der japanischen Regierung schließen dürfe. Japan war auf eine Politik der Aggression und Expansion eingeschworen. Sie schreiben Hulls unnachgiebige Haltung dem Wissen um diese Politik zu, das sich für die amerikanische Seite aus der Kenntnis der japanischen Geheimcodes ergab. Dennoch kritisieren Langer und Gleason Hull für die Note vom 26. November, die allerdings überscharf gewesen und nicht mit den militärischen Stellen und den Alliierten abgesprochen worden sei[106]. Feis hingegen ist in diesem Punkt weniger kritisch als Langer und Gleason. Die Ablehnung der Pläne A und B unterstützt er. Auch das Abweichen vom modus vivendi auf Grund chinesischen Einspruchs hält er für begründet. Es war in dieser komplexen Situation nahezu unmöglich, den Krieg in letzter Stunde zu vermeiden[107].

Millis betrachtet den Einfrierungsbefehl vom 26. Juli als den wirklichen Wendepunkt und nicht das Memorandum vom 26. November. Die japanische Kriegsmaschine lief schon, und man darf deswegen dem Schritt von Hull keine zu große Bedeutung zuschreiben. Angesichts der aufgefangenen Depeschen zeigt sich Millis allerdings erstaunt, daß man auf amerikanischer Seite keine größeren Verteidigungsmaßnahmen im pazifischen Raum getroffen habe. Dies ist für ihn, im Gegensatz zu den Revisionisten, jedoch nicht Zeugnis einer Verschwörung, sondern ein Ausdruck von Fahrlässigkeit und mangelnder Koordination[108]. Nevins verteidigt das Abgehen vom modus vivendi, der den Japanern zu weitgehende Zugeständnisse gemacht hätte. Die Note Hulls war noch einmal ein echter Versuch zur Beilegung der Streitigkeiten, aber sie stieß bei mangelndem japanischem Willen zum Ausgleich ins Leere[109]. Griffin und Morison konzentrieren ihre Ausführungen auf den nicht ultimativen Charakter der Note, während Perkins auf die enge Bindung an China hinweist, die für die USA ein Abgehen vom modus-vivendi-Vorschlag notwendig machte[110]. Craig teilt ebenfalls diesen letzteren Standpunkt[111], und Bemis verweist auf die tiefe Kluft zwischen „den Prinzipien der guten Nachbarschaft in der amerikanischen Welt und der Herrschaft der Gewalt im Fernen Osten"[112].

Die Behandlung zweier weniger wichtiger Fragen soll unsere Diskussion der Novemberverhandlungen abschließen. Stimson gibt uns in seinem Tagebuch einen

---

105 Rauch, a. a. O., S. 457–477.

106 Langer und Gleason, *The Undeclared War*, S. 848–901.

107 Feis, *The Road to Pearl Harbor*, S. 291–325.

108 Millis, a. a. O., S. 216–244.

109 Nevins, a. a. O., S. 238–243.

110 Griffin, *American Historical Review* 54 (Januar 1949), S. 385. Morison, a. a. O., S. 343. Perkins, *Reviewing Revisionism and Revisionists.*

111 Craig, *Yale Review* 37 (Juni 1948), S. 763–764. *New York Times*, 9. Februar 1947.

112 Bemis, *The United States as a World Power*, S. 399; *Journal of Modern History* 19, (März 1947), S. 57.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bericht von der Kabinettssitzung vom 25. November: „Er (der Präsident) brachte die Rede auf die Möglichkeit eines japanischen Angriffes vielleicht schon am nächsten Montag ... die Frage war, wie man sie (die Japaner) in eine Position manövrieren könne, den ersten Schuß abzufeuern, ohne zuviel Schaden anzurichten." Den Revisionisten ist das Wort „manövrieren" ein positiver Beweis für die Absicht Roosevelts, Japan zu provozieren. Morgenstern hatte es noch übersehen, aber seitdem ist es ein Hauptargument geworden. Beard überschreibt sein Schlußkapitel sogar: „Maneuvering the Japs into Firing the First Shot". Es sei eine beherrschende Idee gewesen, daß nur so eine Beteiligung der USA am Kriege legitimiert werden könne[113]. Auch die übrigen revisionistischen Autoren interpretieren das „Schlüsselwort" in dieser Weise als Ausdruck der bewußten Kriegspolitik Washingtons[114].

Die regularistischen Autoren geben zu, daß das Wort „manövrieren" nicht eben glücklich gewählt sei. Die Revisionisten hätten es aber aus dem Zusammenhang gerissen und entsprechend falsch interpretiert, wobei ihre bösartigen Absichten offenkundig seien. Aber auch die regularistischen Argumente bleiben an dieser Stelle im Doppeldeutigen und Verwirrten stecken. Eine eindeutige Klärung des Falles können jedenfalls auch sie nicht geben. Rauch interpretiert das Wort nach militärischen Gesichtspunkten und setzt dabei voraus, daß der Krieg schon unabwendbar geworden sei. Man muß sich darüber im klaren sein, schreiben die Regularisten, daß es unbedingt notwendig war, beim tatsächlichen Kriegsbeginn die Vorgeschichte, die zum Kriege hingeführt hatte, sichtbar zu machen – in anderen Worten, die Japaner den ersten Schuß feuern zu lassen, um sie auch dadurch als das, was sie waren, als Aggressoren zu entlarven. Das war sicher keine einfache Aufgabe, besonders wenn man dabei noch berücksichtigt, daß die Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung im eigenen Lande das Problem noch verschärfte[115].

Richard Current zeigt sich in einer tiefschürfenden Analyse des Ausdrucks „manövrieren" weder mit den Revisionisten noch mit den Regularisten einverstanden. Er unterscheidet zwischen einer Möglichkeit des Angriffes auf amerikanisches Territorium und einem Angriff auf Thailand, Malaya und Singapore. Als diese letztere Möglichkeit sei der Angriff von Washington erwartet worden (das Wort „wir" bei Stimson konnte auch die Alliierten mit einschließen). Das Problem war also, wie man einen Angriff auf nichtamerikanisches Gebiet zugleich als einen Angriff auf die Vereinigten Staaten betrachten könne[116].

---

[113] Beard, *Roosevelt and the Coming of the War*, S. 517–569.

[114] Chamberlin, a. a. O., S. 167. Sanborn, a. a. O., S. 473–474. Tansill. a. a. O., chapter 26. Theobald, a. a. O., S. 76.

[115] Rauch, *Roosevelt from Munich to Pearl Harbor*, S. 472–473. Feis, a. a. O., S. 314–315. Langer and Gleason, *The Undeclared War*, S. 886. Millis, a. a. O., S. 237. Morison, a. a. O., S. 342. Griffin, *American Historical Review* 54 (Januar 1949), S. 385–386. Craig, *Yale Review* 37 (Juni 1948), S. 763–764.

[116] Richard Current, *How Stimson Meant to ‚maneuver' the Japanese*, *Mississippi Valley Historical Review* 40 (Juni 1953), S. 67–74. Gespräch mit Current vom 28. April 1955.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Noch eine letzte Frage bleibt zu klären. Schon am 25. November lief die japanische Flotte von den Kurilen aus. Während die Revisionisten davon überzeugt sind, daß dieser Befehl jederzeit zurückgenommen werden konnte, sollte sich im letzten Augenblick noch die Möglichkeit einer friedlichen Lösung ergeben, betrachten die Regularisten gerade dieses Ereignis als einen klaren Beweis dafür, daß die Note vom 26. November nicht das den Krieg auslösende Ereignis gewesen sein könne[117].

3. Schlußbemerkung

Bei unserer Darlegung der beiderseitigen Standpunkte ist es offenkundig geworden, daß die Revisionisten Roosevelt unter ex post facto-Erwägungen anklagen. Sie können nicht beweisen, daß die Entwicklung der Ereignisse, nur weil sie auf den Krieg hinauslief, auf einen vorgefaßten amerikanischen Plan sich zurückführen läßt. Jede Handlung, auch jede beiläufige Bemerkung gilt ihnen als Zeugnis der Verschwörung. Sie werden dabei so weit getrieben, daß sie Irrtum, Zufall und ehrliche Absicht völlig ausschließen. Sie übersehen dabei ganz, daß die Geschichte sich niemals so eingleisig vorwärtsbewegt. Ihr Bedauern, daß die USA in den Krieg hineingezogen wurden, führt sie zu diesem Extrem.

Gegen diese nur auf dem Papier gut aussehende Logik haben die Regularisten zuweilen einen schwierigen Stand, weil sie keine so schlüssige Theorie besitzen. Ihre Überlegenheit liegt in der Einsicht in die Komplexität geschichtlicher Vorgänge. Allerdings haben sie sich im Fortgang der Diskussion in eine Abwehr drängen lassen, die manche ihrer Argumente als unzusammenhängend erscheinen läßt. Dennoch hat ihr der Realität der Geschichte aufgeschlossener Sinn größere Chancen, dieser Realität gerecht zu werden, als das geschlossene Paket revisionistischer Simplifikationen[118].

Noch mehr neigt sich die Schale zugunsten der Regularisten, wenn man die merkwürdige ethische Indifferenz bedenkt, die die Revisionisten der brutalen Machtpolitik auf deutscher und japanischer Seite gegenüber an den Tag legen. Während die Regularisten, ohne von der Suche nach der Wahrheit abzuweichen, in ihrem Protest gegen Hitler unzweideutig sind, dürfte es den revisionistischen Autoren schwerfallen, sich vom Vorwurf einer zynischen Doppelmoral zu reinigen. Für die eigene Regierung haben sie nur Tadel, aber Hitler und die japanischen Führer empfangen kaum etwas anderes als Lob.

Nicht einer der revisionistischen Autoren erhebt Einspruch gegen die Behandlung der unterworfenen Völker und der Juden durch Hitler. Kein Wort fällt von den Gaskammern und den Konzentrationslagern. Wenn man an seltenen Stellen aber einmal kritische Punkte berühren muß in der Haltung der Achsenmächte, schränkt man das gern mit der Bemerkung ein, daß dies die Amerikaner nichts

[117] Rauch, *Roosevelt from Munich to Pearl Harbor*, S. 474f. Langer and Gleason, *The Undeclared War*, S. 904.

[118] Es ist nützlich, auf die gewandelte Bedeutung des Begriffs Revisionismus hinzuweisen. Nach dem ersten Weltkrieg sollte er die These der Alleinschuld Deutschlands entkräften. Nach dem zweiten Weltkrieg versucht er die Alleinschuld der USA und Roosevelts zu beweisen.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

angehe, daß die britischen Imperialisten viel schlimmer gewesen seien als die Nazis, und der Kommunismus ein größeres Übel als der Faschismus darstelle. Auf die Revisionisten mag man wohl anwenden, was Rauch von den Opponenten der lend-lease schrieb: „Man konnte bemerken, daß die Isolationisten nicht die allgemeine Abneigung der Amerikaner gegen Nazismus und Faschismus teilten. Selten nur protestierten sie auf mehr als oberflächliche Weise dagegen, während sie schneller bei der Hand waren, die Sünden von Demokratien wie Großbritannien und Frankreich anzuprangern[119]."

[119] Rauch, *Roosevelt from Munich to Pearl Harbor*, S. 311.

Berichtigung

In der Dokumentation von Fritz T. Epstein, „Zwischen Compiègne und Versailles" im 4. Heft des 3. Jahrgangs (1955) muß es auf Seite 419, Zeile 1, statt „18. März" 28. März heißen. Auf Seite 444 muß in Zeile 2 des Kommentars (1. Absatz) nach den Worten „geschrieben ist," das Wort „läßt" eingefügt werden.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Karl Dietrich Bracher, Privatdozent für Wissenschaft von der Politik und Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin, Abteilungsleiter am Institut für politische Wissenschaft, Berlin-Dahlem, Gelfertstr. 11.

Dr. Werner Conze, Professor für neuere Geschichte an der Universität Münster, Münster/Westf., Martin-Luther-Straße 4.

Dr. Hans W. Gatzke, Associate Professor für Geschichte, Department of History, The Johns Hopkins University, Baltimore 18, Maryland, USA.

Dr. Helmut Heiber, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München, München 22, Reitmorstraße 29.

Eugene C. Murdock, Professor für Geschichte am Rio Grande College, Rio Grande/Ohio (USA).

Dr. Hans von Rimscha, Professor für Geschichte Osteuropas an der Universität Erlangen, Erlangen, Gebbertstraße 109.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte